

# EUROPA UND DIE FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE

# MIDEM

## JAHRESSTUDIE

# 2022

## **IMPRESSUM**

**ISSN** 2750-3461

### **Herausgeber:**

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor  
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden  
*Institut für Politikwissenschaft*  
*Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*  
Philosophische Fakultät  
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811  
midem@mailbox.tu-dresden.de  
www.forum-midem.de

### **Zitiervorschlag:**

MIDEM 2022: Europa und die Fluchtmigration aus der Ukraine. Jahresstudie, Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

### **Redaktion:**

Dr. Oliviero Angeli  
Johanna Haupt

### **Gestaltung:**

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2022

*MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.*

**MERCATOR FORUM MIGRATION UND DEMOKRATIE**

**EUROPA UND DIE  
FLUCHTMIGRATION  
AUS DER UKRAINE**

**MIDEM JAHRESSTUDIE 2022**



# INHALTSVERZEICHNIS

	<b>VORWORT</b>	7
	<b>ERGEBNISSE</b>	8
<b>A</b>	<b>EINLEITUNG</b>	10
<b>B</b>	<b>EINSTELLUNGEN ZU KRIEG UND MIGRATION IN EUROPA</b>	20
<b>C</b>	<b>FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE</b>	40
	1 Deutschland	41
	2 Polen	77
	3 Slowakei	99
	4 Tschechien	121
	5 Ungarn	143
	<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	160
	<b>AUTORINNEN UND AUTOREN</b>	164
	<b>IMPRESSUM</b>	165



## VORWORT

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat eine Fluchtbewegung von Millionen von Menschen ausgelöst, wie es sie in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Sie übertrifft bei weitem die Zahl der Geflüchteten, die 2015 und in den nachfolgenden Jahren aus dem Nahen Osten und anderen Krisenregionen in die Europäische Union gekommen sind. Die Herausforderungen bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung sind immens – und ungleich verteilt. Länder wie Polen, Tschechien und Deutschland haben mit Abstand die meisten Geflüchteten aufgenommen – auf die Zahl der Einwohner gerechnet, liegen auch die baltischen Staaten und die Slowakei weit vorn.

Die MIDEM Jahresstudie 2022 zeigt, wie die Visegrád-Staaten, also Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn, die Herausforderungen bewältigt haben. Dabei fällt auf, dass die Bereitschaft, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen, wesentlich ausgeprägter war und weiterhin auch ist, als dies 2015/2016 in diesen Ländern der Fall war. In Deutschland konnte auf Erfahrungen der letzten Jahre zurückgegriffen werden, die es Politik, Verwaltung und den Netzwerken von Wohlfahrtsverbänden und freiwilligen Helfern erlaubten, schnell auf die Lage zu reagieren. Hervor sticht das große zivilgesellschaftliche Engagement in den untersuchten Ländern.

Zum ersten Mal wurde die EU-Massenzustrom-Richtlinie angewandt. Hier zeigten sich die Länder der EU einig. Das hatte unmittelbare Konsequenzen für die Geflüchteten aus der Ukraine, nicht nur beim Aufenthaltsrecht, sondern auch bei der Gesundheitsversorgung, der schulischen Bildung und beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Sozialleistungen. Die MIDEM Jahresstudie versucht hier eine erste Bilanz. Sie fällt keineswegs einheitlich aus.

Ob die EU mit der Aufnahmepolitik der Geflüchteten aus der Ukraine einen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik vollzogen hat, muss bezweifelt werden. Zu groß sind die Unterschiede zwischen den Fluchtbewegungen aus der Ukraine und der von 2015/2016. Das zeigt auch die MIDEM Befragung in zehn europäischen Ländern, deren Ergebnisse im ersten Teil der Jahresstudie dargestellt werden. Sie zeigt, wie hoch nach wie vor die Unterstützung für die Ukraine und die Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten in Europa ist, wenngleich sich mit Fortdauer des Krieges immer stärker die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten bemerkbar machen. Vor allem zeigt die Befragung aber auch, dass Migration generell in Europa ein sehr konflikträchtiges Politikfeld bleibt und nicht alle Geflüchteten gleichermaßen willkommen geheißen werden.

Allen Autorinnen und Autoren der Jahresstudie ist zu danken, dass sie – wie gewohnt – in konzentrierter und engagierter Weise die fortlaufende Recherche und Auswertung von Daten, Informationen und Dokumenten vorangetrieben und sodann in übersichtliche Beiträge verwandelt haben. Das Befragungsinstitut YouGov hat dankenswerterweise die Daten rechtzeitig geliefert, die in erster Teilauswertung hier präsentiert werden. Das Team von Redaktion, Lektorat und Herstellung hat bis zuletzt hart gearbeitet, um Texte und Zahlen in eine ansprechende und lesbare Form zu bringen. Ihnen gilt ebenfalls großer Dank – wie auch wieder der Stiftung Mercator für die wunderbare, großzügige und vertrauensvolle Unterstützung.



Prof. Dr. Hans Vorländer  
Direktor  
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)  
TU Dresden

# ERGEBNISSE

■ Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Europäische Union in den vergangenen Monaten näher zusammenrücken lassen. Auch die Bürgerinnen und Bürger in Europa zeigen sich weitgehend einig in ihrer Verurteilung Russlands und ihrer Unterstützung für die Ukraine. In Fragen der militärischen oder politischen Unterstützung der Ukraine gehen die Meinungen nicht so weit auseinander, dass eine Spaltung der Gesellschaft befürchtet wird. Offensichtlich sehen sich die Menschen in Europa in diesen Fragen grundsätzlich im Konsens und erwarten kein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Nur in Tschechien wird dem Krieg in der Ukraine vor allen anderen Themen ein hohes Konfliktpotenzial zugeschrieben.

■ Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges in den Wintermonaten werden ein wichtiger Stresstest für die Solidarität mit der Ukraine sein. Zwar war die Solidarität mit der Ukraine von Anfang an groß, doch könnten die sich bereits deutlich abzeichnenden Folgen der Energiekrise ein Umschwenken der öffentlichen Meinung in puncto Unterstützung für die Ukraine zur Folge haben. Laut unserer Befragung ist bereits jetzt nur eine knappe relative Mehrheit (40 Prozent) dafür, die Unterstützung für die Ukraine fortzusetzen, selbst um den Preis negativer wirtschaftlicher und sozialer Folgen. Jedoch sind 39 Prozent der Befragten eher der gegenteiligen Meinung, wonach die Unterstützung für die Ukraine wegen der negativen Folgen besser eingeschränkt werden sollte.

Die geringste Bereitschaft, die Ukraine auch angesichts wachsender wirtschaftlicher Folgekosten in gleichem Umfang weiter zu unterstützen, besteht in Tschechien und Ungarn – aber auch in Ostdeutschland.

■ Auch im Bereich der Flüchtlingspolitik hat eine engere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene stattgefunden. Mit der erstmaligen Einigung über die Anwendung der EU-Massenzustrom-Richtlinie ist ein wichtiger Durchbruch in der europäischen Flüchtlingspolitik gelungen. Dadurch wurde den Geflüchteten aus der Ukraine ein schneller Zugang zu Wohnraum, Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheitsversorgung ermöglicht. Deutschland hat sich bei der Umsetzung der Richtlinie hervorgetan und Geflüchtete aus der Ukraine in vielen Bereichen mit Einheimischen gleichgestellt. So werden sie seit Anfang Juni in die Grundsicherung nach Sozialgesetzbuch einbezogen, statt wie bisher zunächst unter das Asylbewerberleistungsgesetz zu fallen.

■ Im Vergleich zu den ostmitteleuropäischen Ländern war Deutschland bei der Bewältigung des Zustroms von Geflüchteten im Vorteil. Staat, Verwaltung und Zivilgesellschaft konnten auf Erfahrungen und Routinen aus den vergangenen Jahren aufbauen. Viele Ehrenamtliche reaktivierten im Frühjahr Kontakte und Netzwerke. Was 2015 neu entstanden ist, baute 2022 auf bestehenden Strukturen auf. Auch Staat und Verwaltung kamen ihren administrativen Aufgaben bei der Aufnahme von Geflüchteten deutlich besser nach. Dennoch stoßen zunehmend viele Kommunen an die Grenzen der Belastbarkeit.

■ In den meisten ostmitteleuropäischen Ländern wurde die Hauptlast der ukrainischen Fluchtmigration von Freiwilligen und privaten Initiativen getragen – nicht vom Staat. Da diese Staaten wenig Erfahrung mit Fluchtmigration haben, ist es vor allem der Zivilgesellschaft zu verdanken, dass Erstversorgungs- und Aufnahmestrukturen schnell aufgebaut werden konnten. Die Bereitschaft, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen Schutz und Zugang zu Arbeit und Bildung zu gewähren, war gerade zu Beginn sehr groß. Inzwischen machen sich Sorgen vor Überlastung breit, die auch aus dem verschärften Wettbewerb um Arbeit, Unterkunft oder Dienstleistungen resultieren. Doch auch gezielte Falschmeldungen und Desinformationskampagnen, die sich in den (sozialen) Medien verbreiten, können diese Sorgen verstärken.

■ Migration wird häufig negativ mit dem Wunsch nach Kontrolle und Begrenzung verknüpft. Dabei bröckelt die positive Grundeinstellung zu Migration vor allem in den Ländern, denen in den letzten Jahren ein Trend zu größerer Migrationsoffenheit attestiert wurde. So plädiert in fast allen europäischen Ländern eine deutliche Mehrheit für die Begrenzung von Zuwanderung. Ausgerechnet in Ländern wie Schweden, in denen das Thema Migration traditionell eher positiv besetzt ist, fällt diese Mehrheit besonders stark aus. Auf der anderen Seite zeichnet sich in Polen, dem in der Vergangenheit eher wenig Erfahrung mit der Aufnahme von Geflüchteten zugeschrieben wurde, eine gegenläufige Tendenz ab.

■ Die Folgen der Pandemie, die Furcht vor einer Ausweitung des Krieges und die schwierige wirtschaftliche Lage führen zu einer gefährlichen Gemengelage, die von rechtspopulistischen und -extremen Parteien instrumentalisiert werden könnte, um ihrer politischen Agenda Gehör zu verschaffen. Bisher richteten sich die Kampagnen rechtspopulistischer Parteien eher gegen die politisch Verantwortlichen als gegen die Geflüchteten aus der Ukraine. Eine Ausnahme stellen Minderheiten unter den Geflüchteten wie Drittstaatsangehörige und Roma und Romnja dar, die vielerorts zur Zielscheibe rechtspopulistischer Kampagnen geworden sind.

■ Aufgrund der derzeitigen Häufung der Krisenereignisse hat die ukrainische Fluchtmigration nicht zu einer starken Bedeutungszunahme von Migration in der öffentlichen Wahrnehmung geführt. Dabei spaltet kaum ein Thema die Öffentlichkeit so sehr wie das Thema Migration. Nach Einschätzung einer großen Mehrheit in Europa ist Migration das politisch konfliktträchtigste Thema – weit vor wirtschafts- und klimapolitischen Fragen. Lediglich in Ländern wie Polen und Tschechien, die in den vergangenen Monaten besonders viele Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen haben, rangiert das Thema eher im Mittelfeld.

■ Der Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine stellt keinen Paradigmenwechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik dar. Vielmehr haben sich die politischen und gesellschaftlichen Unterschiede im Umgang mit den Geflüchteten weiter vertieft: Während sich die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter nahezu ungeteilter Zustimmung erfreut, bleibt die Ablehnung von Geflüchteten anderer Herkunft stark. Der oft vermutete Stimmungsumschwung in der ostmitteleuropäischen Flüchtlingspolitik hat demnach wohl eher mit den kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten zu tun, die mit der ukrainischen Bevölkerung bestehen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich im Gegensatz zur eher positiven Bewertung ukrainischer Geflüchteter eine starke Ablehnung gegenüber muslimischer Zuwanderung zeigt – wobei Tschechien (74 Prozent) und Ungarn (60 Prozent) besonders hervorstechen.

■ Zwischen Ost- und Westdeutschland werden signifikante Unterschiede im Hinblick auf Krieg und Migration deutlich. So zeigt die MIDEM Befragung: Während im Westen Deutschlands 42 Prozent der Befragten dafür plädieren, an der Unterstützung der Ukraine festzuhalten, selbst um den Preis negativer wirtschaftlicher und sozialer Folgen, sind es im Osten nur 28 Prozent. Damit unterscheidet sich die Stimmungslage in Ostdeutschland im europäischen Vergleich deutlich vom EU-Durchschnitt und kommt eher der in Tschechien oder Ungarn nahe. Gleiches gilt auch für die Frage nach den Ursachen des Krieges: Im Osten sieht mehr als ein Drittel der Befragten eine Teilschuld bei der NATO – ähnlich wie in Tschechien und Ungarn. Wenig überraschend ist schließlich, dass laut unserer Erhebung die Zustimmung zu migrationskritischen Aussagen im Osten Deutschlands weit stärker ausfällt als im Westen.



# EINLEITUNG

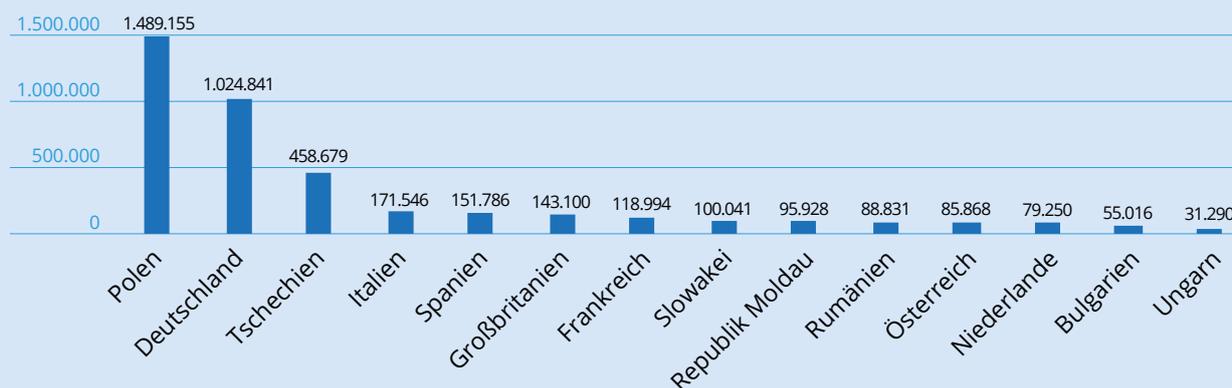
# EINLEITUNG

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat einen Exodus von Millionen von Menschen ausgelöst, wie es ihn in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Mit mehr als 7,8 Millionen an Geflüchteten übertrifft die ukrainische Fluchtbewegung bei weitem die Zahl der Geflüchteten, die 2015 und 2016 aus dem Nahen Osten und anderen Krisenregionen in die EU kamen. Etwa 4,4 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer erhielten einen vorübergehenden Schutzstatus in der Europäischen Union (UNHCR 2022).<sup>1</sup> Die meisten Geflüchteten aus der Ukraine – vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen – gingen nach Polen, aber auch in andere Nachbarländer wie die Slowakei, Ungarn und Moldawien. Viele zogen weiter, insbesondere nach Deutschland und in die Tschechische Republik. Schon Wochen nach Kriegsbeginn kehrten viele Geflüchtete in ihre Heimat zurück. Allerdings ist ein Ende der Fluchtbewegung noch nicht in Sicht. Vielmehr muss befürchtet werden, dass angesichts der immer noch ungewissen Kriegslage und der russischen Angriffe auf zivile Infrastruktur und Energieversorgung noch mehr Menschen im Ausland Zuflucht suchen werden.

Schutzsuchende Menschen aus der Ukraine sind in Europa ungleich verteilt. Vor allem in den ersten Monaten hat das benachbarte Polen die Hauptlast der europäischen Flüchtlingspolitik geschultert. Nach wie vor ist Polen in absoluten Zahlen das mit Abstand wichtigste Zufluchtsland für Geflüchtete aus der Ukraine. Es folgen Deutschland und die Tschechische Republik (Abbildung 1).<sup>2</sup> Pro Kopf der Bevölkerung verzeichnen kleinere Länder wie Estland und Montenegro die höchste Zahl an Erstaufnahmen (Abbildung 2). Die Geflüchteten aus der Ukraine haben sich vor allem in den größeren Städten Europas niedergelassen. So leben in Polen zwei Drittel aller Geflüchteten aus der Ukraine in den zwölf größten Ballungsgebieten. Eine

## ZAHLE DER GEFLÜCHTETEN IN POLEN AM HÖCHSTEN

Abb. 1: Geflüchtete aus der Ukraine in Europa, in absoluten Zahlen nach Zielland (Stand: 8. November 2022)



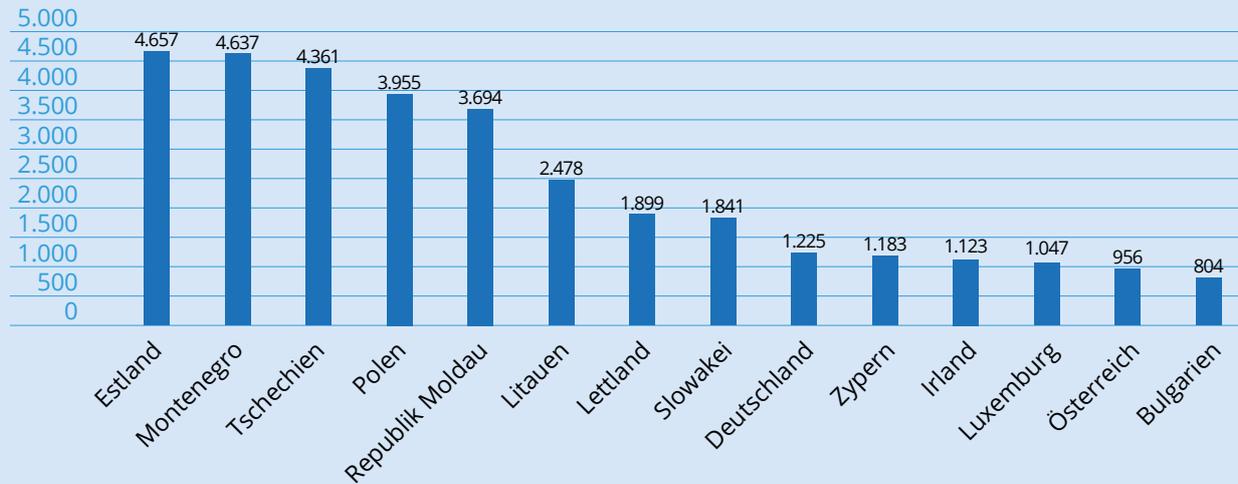
Anmerkung: Es wird geschätzt, dass etwa 2,5 Millionen Menschen die von Russland kontrollierten Gebiete der Ukraine in Richtung Russland oder Belarus verlassen haben. Da nicht klar ist, ob und wenn ja, in welchem Umfang es sich dabei um Vertreibungen handelt, werden Russland und Belarus in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.

Quelle: UNHCR 2022 / Eigene Darstellung

1 Auch die Zahl der Binnenvertriebenen beläuft sich nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) auf mehrere Millionen Menschen (DTM 2022).

2 Die Daten über Geflüchtete aus der Ukraine sind nur teilweise belastbar, da ukrainische Staatsangehörige im Vergleich zu anderen Geflüchteten einen visumfreien Zugang zur EU genießen. Wenn ukrainische Geflüchtete in der EU ankommen, müssen sie sich deshalb nicht zwangsläufig bei den Behörden registrieren lassen. Selbst nachdem sich die Geflüchteten bei den Behörden eines Mitgliedstaats registriert haben, können sie in einen anderen Mitgliedstaat weiterreisen.

Abb. 2: Geflüchtete aus der Ukraine pro 100.000 Einwohner in Europa, nach Zielland (Stand: 8. November 2022)



Anmerkung: Es wird geschätzt, dass etwa 2,5 Millionen Menschen die von Russland kontrollierten Gebiete der Ukraine in Richtung Russland oder Belarus verlassen haben. Da nicht klar ist, ob und wenn ja, in welchem Umfang es sich dabei um Vertreibung handelt, werden Russland und Belarus in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.

Quelle: UNHCR 2022 / Eigene Darstellung

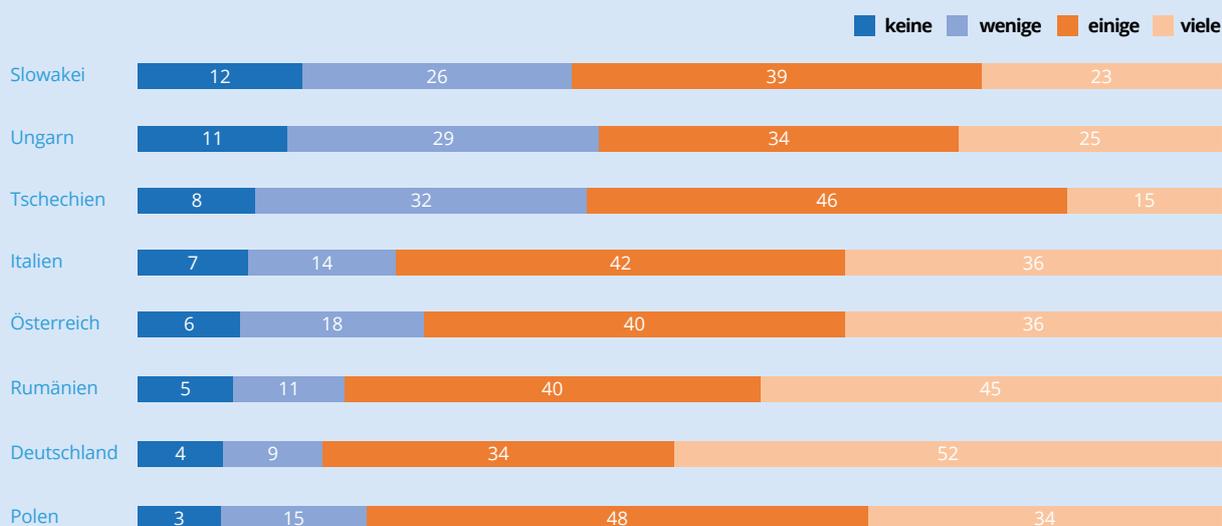
etwas geringere Konzentration auf die größeren Städte ist in Deutschland zu beobachten, wo wenige Wochen nach Kriegsbeginn weniger als die Hälfte der Geflüchteten in größeren Städten lebte (European Parliament 2022).<sup>3</sup>

## ERSTMALIGE ANWENDUNG DER EU-MASSENZUSTROM-RICHTLINIE

Mit der Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen aus der Ukraine konnte die Erwartung verbunden werden, dass es in Europa zu einem Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik kommt: Zum ersten Mal seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2001 wurde am 3. März 2022 die Anwendung der EU-Massenzustrom-Richtlinie bzw. „Richtlinie über den temporären Schutz“ beschlossen. Diese Entscheidung ist ein wichtiger Meilenstein in der europäischen Flüchtlingspolitik. Denn damit gelang 2022, was 2015 noch unmöglich war: Unter den EU-Staaten bestand Einigkeit über die Notwendigkeit, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen. In den vergangenen Jahren hatten Vorschläge, die Richtlinie zu aktivieren, nie die erforderliche Mehrheit erzielt – wohl auch aus Uneinigkeit darüber, wie die aufgenommenen Geflüchteten innerhalb der EU verteilt werden sollten. Die Richtlinie ist ein wichtiges rechtliches Instrument für die Aufnahme von Schutzsuchenden, das auf die Erfahrungen aus früheren europäischen Kriegen (insbesondere den Jugoslawienkriegen) zurückgeht. Durch die Aktivierung der Richtlinie können Geflüchtete aus der Ukraine in der EU leben, ohne einen Asylantrag stellen zu müssen. Sie haben dadurch schneller Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch zu Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und anderen öffentlichen Dienstleistungen. Insbesondere Deutschland hat sich bei der Umsetzung der Richtlinie hervorgetan und Geflüchtete aus der Ukraine in vielen Bereichen mit Einheimischen gleichgestellt (vgl. in dieser Studie: Deutschland). So werden sie seit Anfang Juni in die Grundsicherung nach Sozialgesetzbuch einbezogen, statt wie bisher zunächst unter das Asylbewerberleistungsgesetz zu fallen. Zusätzlich zu diesen Unterstützungsleistungen haben sie Zugang zu allen Förder- und Qualifizierungsangeboten wie Sprachkursen, Integrationskursen sowie anderen Weiterbildungsmöglichkeiten.

<sup>3</sup> In Warschau zum Beispiel waren Ende April und Anfang Mai 9,2 Prozent der Stadtbevölkerung Geflüchtete aus der Ukraine, in Berlin 2,7 Prozent (European Parliament 2022).

Abb. 3: Wie viele ukrainische Geflüchtete sollen aufgenommen werden? (in Prozent aller Befragten)



Quelle: Dražanová/Geddes 2022 / Eigene Darstellung

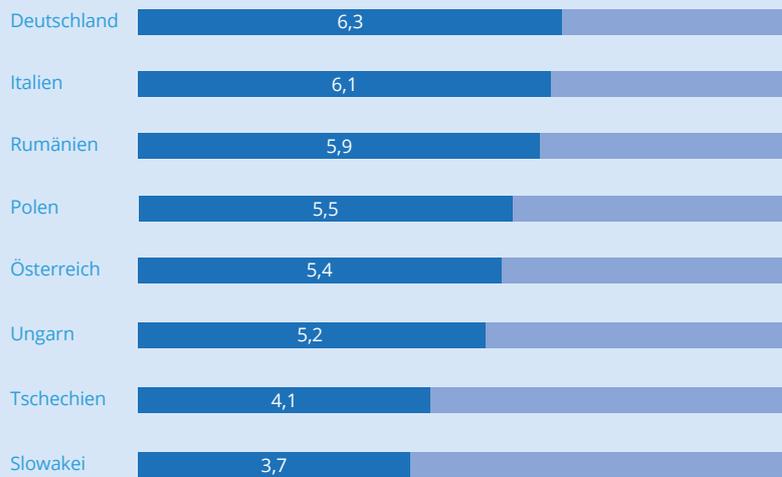
Ein genauerer Blick auf die politische Gesamtlage lässt einen weiteren wichtigen Unterschied zu 2015/16 erkennen: Anders als in der „Flüchtlingskrise“ hat die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine Europa nicht nur nicht gespalten – sie hat auch bislang noch keine neuen Bruchlinien innerhalb der europäischen Gesellschaften geschaffen. So zeigte bereits im Juni 2022 eine Untersuchung, dass die Bevölkerungsmehrheit in den Hauptzielländern der ukrainischen Fluchtmigration die Aufnahme von Geflüchteten klar befürwortet (Abbildung 3). Selbst in Ländern mit traditionell negativen Einstellungen gegenüber Geflüchteten (wie etwa Tschechien oder Ungarn) lag der Anteil der Befragten, die überhaupt keine ukrainischen Geflüchteten aufnehmen würden, nur bei etwa 10 Prozent. Deutschland gehörte dabei zu den aufnahmefreudigsten Ländern: Mehr als die Hälfte der Befragten befürwortete die Aufnahme vieler ukrainischer Geflüchteter.

Wie beim Syrienkrieg 2015 waren Solidarität und Anteilnahme gegenüber den Geflüchteten zunächst enorm – diesmal allerdings auch in Ländern wie Polen, die sich in den letzten Jahren nicht gerade als flüchtlingsfreundlich erwiesen haben. Dabei konnten in Deutschland die meisten Freiwilligeninitiativen auf Netzwerke und Erfahrungen aufbauen, die im Jahr 2015 entstanden sind. In den Aufnahmeländern Ostmitteleuropas hingegen mussten diese Strukturen sehr schnell aus dem Boden gestampft werden, zumeist spontan aus den Reihen der Zivilgesellschaft. In Deutschland zeigt sich ein weiterer Unterschied im Hinblick auf die Rolle der Verwaltung. Die Ämter und Behörden, von denen viele 2015 überlastet waren, kommen ihren administrativen Aufgaben im Bereich der Aufnahme von Geflüchteten nun deutlich besser nach. Auch in dieser Hinsicht sind ostmitteleuropäische Länder im Nachteil: Da sie wenig Erfahrung mit Fluchtmigration haben, sind die Aufnahme- und Integrationsstrukturen nur schwach ausgebildet. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass es laut einer im April 2022 durchgeführten Umfrage deutliche Unterschiede zwischen den Aufnahmeländern in Bezug auf die offizielle Registrierung gibt: Während fast 70 Prozent der Befragten in Deutschland zumindest als Geflüchtete registriert waren, traf dies nur auf 16 Prozent der Befragten in Polen zu (Pötzsckhe et al. 2022).

## UNTERSCHIEDE ZU 2015

## FREIWILLIGE KÖNNEN AUF NETZWERKE UND ERFAHRUNGEN AUFBAUEN

Abb. 4: Zufriedenheit mit der Reaktion der Regierung auf die ukrainische Fluchtmigration (Mittelwerte)



Anmerkung: Skalierung von 0=„gar nicht zufrieden“ bis 10=„voll und ganz zufrieden“

Quelle: Dražanová/Geddes 2022 / Eigene Darstellung

## SOLIDARITÄT STÖSST AN IHRE GRENZEN

Die überwiegend große Hilfsbereitschaft gegenüber den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach fast einem Jahr Krieg die Solidarität vieler Freiwilliger allmählich der Müdigkeit und Erschöpfung weicht. In vielen Ländern macht sich zudem die Sorge breit, dass die Aufnahmegesellschaften an die Grenzen der eigenen Belastbarkeit stoßen. Tatsächlich überließen die meisten ostmitteleuropäischen Staaten die Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten in den ersten Wochen – aufgrund der fehlenden Aufnahme- und Versorgungsstrukturen – weitgehend dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürgern. Dabei wurde das Engagement der vielen Freiwilligen noch nicht auf staatliche Strukturen übertragen. Zudem fahren einige Staaten inzwischen ihre Programme zur finanziellen Unterstützung von Menschen, die Geflüchtete bei sich zu Hause aufgenommen haben, zurück (vgl. in dieser Studie: Polen).

## WIRTSCHAFTLICHE SORGEN KÖNNEN ZU EINEM STIMMUNGSUMSCHWUNG FÜHREN

Dieser Rückgang der Unterstützung von staatlicher Seite kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Viele Haushalte in Europa haben wegen der steigenden Inflation und Energiekosten mit finanziellen Engpässen zu kämpfen. Es bleibt offen, inwieweit die Solidarität der Bevölkerung mit den Geflüchteten anhält, wenn die existenziellen Notlagen durch die steigenden Energiekosten zunehmen. Bislang trifft der Unmut der Menschen allerdings eher die politisch Verantwortlichen als die Geflüchteten. Dabei wird den nationalen Regierungen vorgehalten, sie seien nicht in der Lage, das Land durch die Energiekrise zu führen und dabei auch die Probleme der Betreuung und Integration von Geflüchteten wirksam anzugehen (Abbildung 4). Dies gilt insbesondere für die ostmitteleuropäischen Länder, in denen das Vertrauen in staatliche Akteure traditionell niedrig ist und die Bereitschaft, die Ukraine auch angesichts wachsender wirtschaftlicher Folgekosten weiter zu unterstützen, am geringsten ist (vgl. in dieser Studie: Einstellungen zu Krieg und Migration in Europa). Doch auch in Deutschland machen sich erste Gefühle von Überforderung bemerkbar. So wird zunehmend Kritik an der Aufnahmepolitik der Regierung geübt, die zu einer wachsenden Belastung insbesondere für Kommunen geführt hat. Vor allem in Ostdeutschland fällt die Kritik auf fruchtbaren Boden: So zeigt die MIDEM Befragung, dass im Westen Deutschlands 42 Prozent der Befragten dafür plädieren, an der Unterstützung der Ukraine festzuhalten, selbst um den Preis negativer wirtschaftlicher und sozialer Folgen, im Osten sind es dagegen nur 28 Prozent (ebd.).

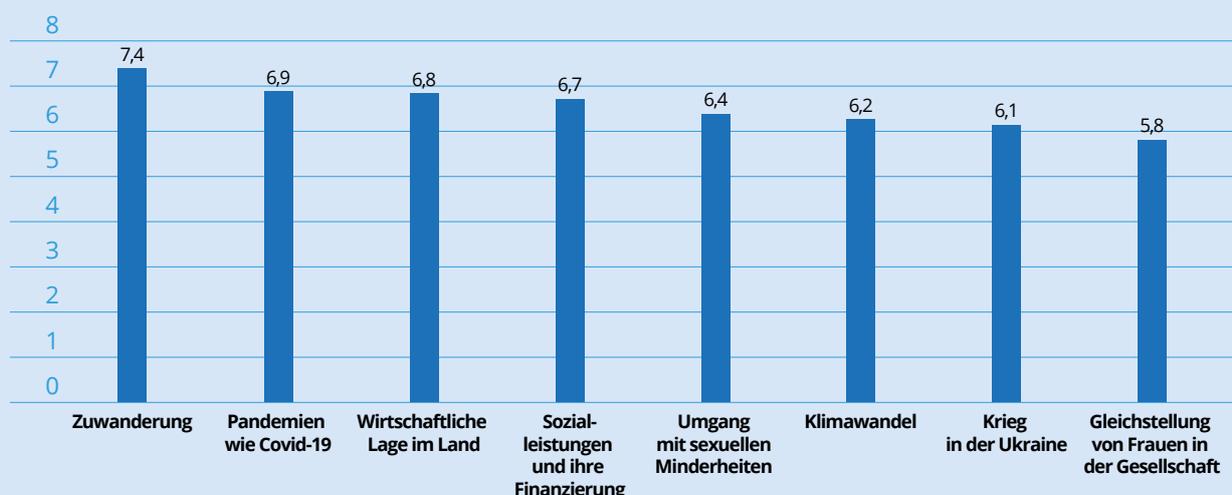
Die Kombination aus Erschöpfung und Sorge führt zu einer gefährlichen Gemengelage, die durch die Folgen der Pandemie, die Furcht vor einer Ausweitung des Krieges und die schwierige wirtschaftliche Lage noch verschärft wird. Hauptprofiteure dieser Entwicklung könnten rechtspopulistische und -extreme Parteien sein, die es in den letzten Jahren verstanden haben, mit dem Thema Migration ihre Wählerschaft zu mobilisieren und ihrer politischen Agenda Gehör zu verschaffen. Die Ausgangslage ist jedoch eine andere als noch 2015: Die „Flüchtlingskrise“ hatte nur begrenzte Auswirkungen auf die grundlegenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten (MIDEM 2018; 2019). Diese blieben relativ stabil, wobei sich ein allgemeiner Trend zu positiveren Einstellungen fortsetzte – mit Ausnahme der ostmitteleuropäischen Länder. Einen großen Einfluss hatte die „Flüchtlingskrise“ dagegen auf die Salienz der Migration als politisches Thema: Migration avancierte in den folgenden Jahren in vielen europäischen Ländern zum wichtigsten Thema. Anders 2022: Aufgrund der derzeitigen Häufung der Krisenereignisse hat die ukrainische Fluchtmigration nicht zu einer vergleichbaren Bedeutungszunahme von Migration in der öffentlichen Wahrnehmung geführt, auch wenn es immer noch ein wichtiges Thema ist.

**RECHTSPOPULISTEN IN LAUERSTELLUNG**

Wie die Ergebnisse der MIDEM-Erhebung zeigen, wird Migration heute europaweit als das Thema mit dem bei weitem stärksten Spaltungspotenzial wahrgenommen (Abbildung 5). Dabei wird ebenfalls deutlich, dass die positive Grundeinstellung zur Migration vor allem in den Ländern bröckelt, denen in den letzten Jahren ein Trend zu größerer Migrationsoffenheit attestiert wurde. So plädiert in fast allen europäischen Ländern eine deutliche Mehrheit der Befragten für die Begrenzung von Zuwanderung, wobei diese Mehrheit ausgerechnet in Ländern wie Schweden, in denen das Thema Migration traditionell eher positiv besetzt waren, besonders stark ausfällt. Auf der anderen Seite zeichnet sich in Polen, dem in der Vergangenheit eher wenig Erfahrung mit der Aufnahme von Geflüchteten zugeschrieben wurde, eine gegenläufige Tendenz ab. Hier ist der Anteil derjenigen, die eine Begrenzung der Einwanderungsmöglichkeiten fordern, mit 42 Prozent so niedrig wie nirgendwo sonst in Europa.

**MIGRATION: THEMA MIT DEM STÄRKSTEN SPALTUNGSPOTENZIAL**

Abb. 5: Spaltungswahrnehmung verschiedener Themen in Europa (Mittelwerte)



Anmerkung: Dargestellt sind Mittelwerte. Fragestellung: „Bei welchen der angesprochenen politischen Themen sehen Sie eine Spaltung der Gesellschaft in [Land]? Bitte geben Sie Ihre Antwort auf einer Skala von 0 (gar keine Spaltung) bis 10 (sehr starke Spaltung) an.“ Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n = mindestens 18.279 pro Item).  
Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

## RESTRIKTIVE HALTUNG IN DER MIGRATIONSPOLITIK

Diese Ergebnisse könnten darauf hindeuten, dass die Einstellung gegenüber Geflüchteten eng mit der Wahrnehmung und auch der Erwartung gelingender Integration zusammenhängt. Dies geht auch aus den Ergebnissen der Befragung hervor. Dabei zeichnet sich ein eindeutiges Meinungsbild ab: Europaweit stimmen 75 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sich Zugewanderte an die „Kultur und Werte“ des jeweiligen Landes anpassen sollten, „um gut zusammenleben zu können“. Am meisten Zustimmung findet diese Forderung in traditionell migrations-skeptischen Ländern wie Tschechien und Ungarn, aber auch in einigen „klassischen“ westeuropäischen Einwanderungsländern (Niederlande und Schweden). Diese eher restriktive Haltung im Bereich der Integrationspolitik spiegelt sich auch in den Einstellungen zu Migration wider: So plädiert in fast allen europäischen Ländern eine deutliche Mehrheit dafür, Zuwanderung zu begrenzen. Ausgerechnet in Ländern wie Schweden, in denen das Thema Migration traditionell eher positiv besetzt, fällt diese Mehrheit besonders stark aus. Auf der anderen Seite zeichnet sich in Polen, dem in der Vergangenheit eher wenig Erfahrung mit der Aufnahme von Geflüchteten zugeschrieben wurde, eine gegenläufige Tendenz ab. Diese eher positive Grundeinstellung Polens lässt sich wohl vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter erklären.

## KONKURRENZ AUF DEM WOHNUNGSMARKT

Doch auch eine zunächst überaus positive Grundeinstellung gegenüber den Schutzsuchenden aus der Ukraine kann in Ablehnung umschlagen, wenn sich in der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, dass Geflüchtete die Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Ressourcen verschärfen. So dürfte sich in Zukunft der Wettbewerb um bezahlbaren Wohnraum in den europäischen Großstädten, in denen Geflüchtete Zuflucht gefunden haben, verschärfen. In Polen beispielsweise, wo ein großer Teil der Geflüchteten in Großstädten untergebracht ist, ist bereits jetzt ein starker Anstieg der Mietpreise zu verzeichnen (Trojanek/Gluszak 2022). In einigen Ländern, darunter auch Deutschland, hat die Frage der Unterbringung und Überlastung mancher Kommunen eine Debatte darüber ausgelöst, wie eine bessere Verteilung der Geflüchteten innerhalb des Landes aussehen könnte.<sup>4</sup> Dabei müssen neben dem Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt auch andere Aspekte der Integration wie insbesondere die Verfügbarkeit von Sprachkursen und insbesondere Kinderbetreuungsplätzen berücksichtigt werden. Dies liegt daran, dass unter den ukrainischen Geflüchteten verhältnismäßig viele Kinder sind, was zu einer starken Nachfrage nach Kinderbetreuungs- und Schulplätzen führt.

## MIGRATION ALS BELASTUNG FÜR DIE SOZIALSYSTEME WAHRGENOMMEN

Im Zuge rechtspopulistischer Mobilisierung dürfte auch die Diskussion über die Kosten der ukrainischen Fluchtmigration an Bedeutung gewinnen. Die MIDEM-Befragung zeigt, dass sich gerade in den ostmitteleuropäischen Ländern der Eindruck verfestigt hat, dass Migration eine Belastung für die Sozialsysteme darstellt. Auch in Deutschland könnte die überwiegend positive Einstellung gegenüber den ukrainischen Geflüchteten durch die Unterstellung, sie würden bevorzugt behandelt, Schaden nehmen. So ist im politischen Diskurs bereits von der „Sogwirkung“ des deutschen Sozialsystems auf ukrainische Geflüchtete die Rede (vgl. in dieser Studie: Deutschland). Dabei spielen gezielte Falschmeldungen und Desinformationskampagnen, die sich in den (sozialen) Medien verbreiten, eine wichtige Rolle (vgl. in dieser Studie: Slowakei). Dazu gehören falsche oder irreführende Angaben über die finanzielle Unterstützung für Geflüchteten. Diese Kampagnen finden

---

<sup>4</sup> Es ist denkbar, dass mit Hilfe von passgenauen Algorithmen oder Matching-Verfahren zwischen Kommunen und Schutzsuchenden die Aufnahme bedarfs- und ressourcengerechter gestaltet werden kann.

nicht überall in Europa Anklang<sup>5</sup>, aber dort, wo sie in den öffentlichen Diskurs einsickern, wie zuletzt in Tschechien und der Slowakei, können sie zu einer Stimmungsumschwung in der Bevölkerung führen. Dabei trifft der Vorwurf des Missbrauchs von Sozialleistungen vor allem ethnische Minderheiten unter den Geflüchteten, die wie insbesondere die Roma und Romnja ohnehin häufig Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Wenn Medien gezielt negative Stereotype über bestimmte Gruppen von Geflüchteten verbreiten, kann sich das auf die Einstellungen in der Bevölkerung auswirken. In Ungarn zum Beispiel reproduzieren und verstärken die Medien soziale Ängste und bereits bestehende Stereotypen über Geflüchtete aus anderen Krisenregionen der Welt. Dabei zeigt sich die andere Seite der vergleichsweise freundlichen Haltung gegenüber ukrainischen Geflüchteten: die weiterhin ablehnende Haltung gegenüber den Ankommenden, die in den Augen der meisten Ungarinnen und Ungarn nicht so bedürftig erscheinen wie ukrainische Frauen und Kinder. Gemeint sind junge Männer, die nach 2015 über die Balkanroute nach Ungarn gekommen sind und zumeist als Gefahr dargestellt werden. Dabei zeigen die Ergebnisse der MIDEM Befragung, dass Doppelstandards im Umgang mit Geflüchteten nicht nur der ungarischen Bevölkerung eigen sind. Danach gefragt, ob Flüchtlinge aus der Ukraine deutlich besser in die Gesellschaft integrierbar sind als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika, stimmte in Schweden (66,2 Prozent) und Tschechien (64,6 Prozent) eine eindeutige Mehrheit dieser Aussage zu – noch mehr als in Ungarn (55 Prozent).

Offensichtlich macht es in weiten Teilen Europas immer noch einen Unterschied, ob ukrainische Mütter, Kinder und alte Menschen fliehen oder junge Männer aus dem Nahen Osten und Afrika. Beim Vergleich der Einstellungen gegenüber Geflüchteten heute und im Jahr 2015 kommen jedoch auch andere Faktoren ins Spiel: So gibt es zwischen den Menschen in der Ukraine und den ostmitteleuropäischen Ländern weitaus mehr kulturelle und historische Gemeinsamkeiten, als dies mit Geflüchteten aus dem Nahen Osten oder Afrika der Fall ist. Polen grenzt im Osten an die Ukraine, die (neben den Deutschen) die größte ausländische Minderheit im Land darstellt. Auch die Erinnerung an die grausame sowjetische Besatzung verbindet die beiden Völker in besonderer Weise. Darüber hinaus spielt auch die Nähe des ukrainischen Kriegsgeschehens, das durch europäische Medien umfangreich dokumentiert ist, eine wichtige Rolle.

Der Paradigmenwechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik ist letztlich ausgeblieben. Tatsächlich fällt die Bilanz nach fast zehn Monaten ukrainischer Fluchtmigration sehr gemischt aus. Einerseits begünstigt das allgemein positive öffentliche Klima gegenüber den Geflüchteten in Teilen Ostmitteleuropas ein allmähliches Umdenken in der Flüchtlings- und Migrationspolitik – was in manchen Ländern zu einer stärkeren Kooperationsbereitschaft auf der europäischen Ebene führen könnte. Positiv ist auch, dass aus den Erfahrungen mit der schnellen und unbürokratischen Aufnahme von Menschen Lehren für die Zukunft gezogen werden können. Andererseits sind die politischen und gesellschaftlichen Widersprüche im Umgang mit den Geflüchteten nicht überwunden, sondern durch den gemeinsamen Kraftakt bei der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten allenfalls kurz aus dem Blickfeld geraten. Tatsache ist jedoch, dass die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen praktisch ungeteilte Unterstützung genießt, während die Ablehnung von Geflüchteten

## DOPPELSTANDARDS IN DEN EINSTELLUNGEN ZUR MIGRATION

## KULTURELLE UND HISTORISCHE GEMEINSAMKEITEN MIT DEN GEFLÜCHTETEN AUS DER UKRAINE

## PARADIGMENWECHSEL BLEIBT AUS

<sup>5</sup> In Polen hat die rechtsextreme Konfederacja-Partei mit ihrer Behauptung, Geflüchtete würden gegenüber Einheimischen bevorzugt, bisher wenig Zuspruch in der Öffentlichkeit bekommen.

anderer Herkunft in den meisten Staaten stark bleibt. Der in Ostmitteleuropa konstatierte Stimmungswandel in der Flüchtlingspolitik gilt nicht allen Geflüchteten gleichermaßen, sondern beruht auf kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten, die zwischen Ostmitteleuropa und der Ukraine bestehen.

#### **STRUKTUR DER STUDIE**

Die vorliegende MIDEM Jahresstudie setzt sich aus quantitativen und qualitativen Untersuchungen zusammen. Die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung (Abschnitt B) basieren auf einer in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut YouGov durchgeführten repräsentativen Befragung in zehn europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Polen, Schweden, Spanien, Tschechien und Ungarn). Der qualitative Teil der Studie (Abschnitt C) bietet Einblicke und Hintergrundanalysen zur gesellschaftlichen und politischen Verarbeitung der ukrainischen Fluchtmigration in einigen der am meisten davon betroffenen Ländern: Deutschland, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Die Studie wertet zu diesem Zweck Umfragen, politische Diskurse und politisch-administrative Maßnahmen aus.

## LITERATUR

*Dražanová, Lenka / Geddes, Andrew* 2022: Europeans welcome Ukrainian refugees but governments need to show they can manage. In: MPC Blog – Debate Migration, Juni 2022. Verfügbar unter: <https://blogs.eui.eu/migrationpolicycentre/attitudes-towards-ukrainian-refugees-and-the-responses-of-european-governments/> (letzter Zugriff: 20.11.2022).

*DTM – Displacement Tracking Matrix* 2022: Ukraine. South Eastern Europe, Eastern Europe and Central Asia. Verfügbar unter: <https://dtm.iom.int/ukraine> (letzter Zugriff: 15.11.2022).

*European Parliament* 2022: Research for REGI Committee Cities and the Ukrainian Refugees. Verfügbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/699654/IPOL\\_BRI\(2022\)699654\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/699654/IPOL_BRI(2022)699654_EN.pdf) (letzter Zugriff: 15.11.2022).

*MIDEM* 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht, Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

*MIDEM* 2019: Migration und Europa. Jahresbericht, Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

*Pöttschke, Steffen / Weiß, Bernd / Hebel, Anna / Piepenburg, Joachim G. / Poppek, Oleksandra* 2022: Geflüchtete aus der Ukraine – Erste deskriptive Ergebnisse einer Onlinebefragung in Deutschland und Polen. In: GESIS Blog, 18. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://blog.gesis.org/gefluchtete-aus-der-ukraine-erste-deskriptive-ergebnisse-einer-onlinebefragung-in-deutschland-und-polen/> (letzter Zugriff: 15.11.2022).

*Trojanek, Radoslaw / Gluszk, Michal* 2022: Short-Run Impact of the Ukrainian Refugee Crisis on the Housing Market in Poland. In: Finance Research Letters, Volume 50, 2022. Verfügbar unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1544612322004366?via%3Dihub> (letzter Zugriff: 15.11.2022).

*UNHCR* 2022: Ukraine Situation Flash Update #33. 21. Oktober 2022. Verfügbar unter: <https://data.unhcr.org/en/documents/details/96361> (letzter Zugriff: 15.11.2022).



**EINSTELLUNGEN ZU  
KRIEG UND MIGRATION IN EUROPA**

# EINSTELLUNGEN ZU KRIEG UND MIGRATION IN EUROPA

## ERGEBNISSE EINER ERHEBUNG IN ZEHN EUROPÄISCHEN LÄNDERN

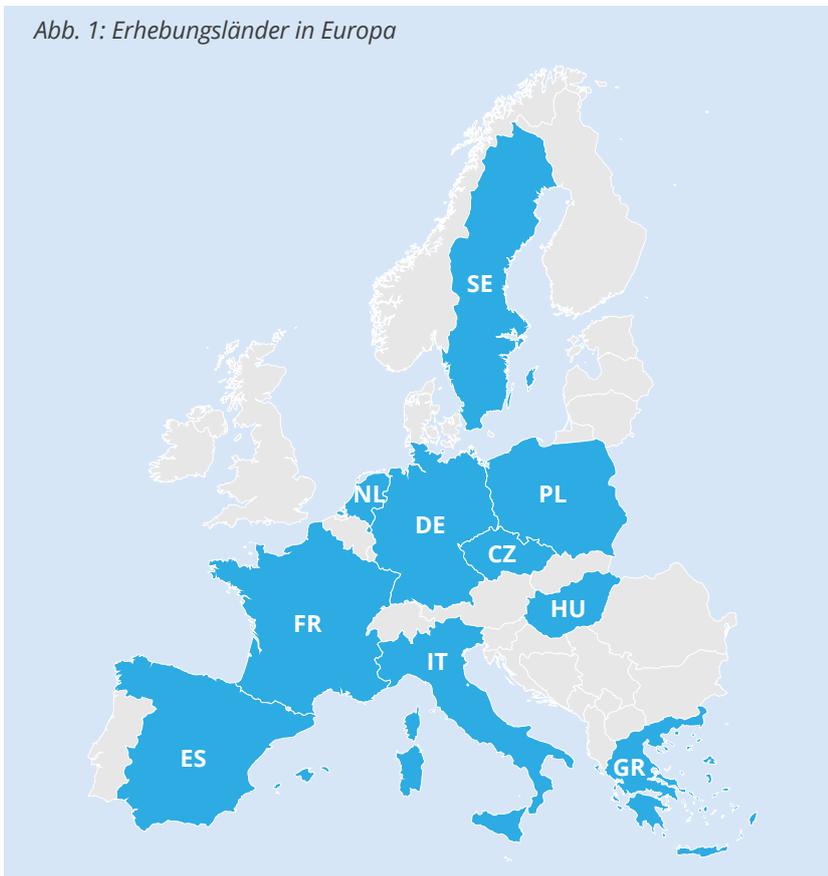
Der Krieg in der Ukraine hat die politische Lage in Europa verändert. Nicht nur die Sicherheitsarchitektur des Kontinents wurde durch den russischen Angriff erschüttert, auch seine wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen prägen im Herbst 2022 die öffentliche Diskussion. Angesichts von gegenwärtig mehr als 7,7 Millionen geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer in Europa haben sich außerdem die Rahmenbedingungen einer europäischen Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik nachhaltig verändert.

In ganz Europa haben Regierungen auf diese Verwerfungen zum Großteil mit Geschlossenheit reagiert. Dabei zeigte man sich in den europäischen Hauptstädten stets bemüht, auch die Stimmungen und Einstellungen in der Bevölkerung im Blick zu behalten. Wie werden etwa die Ursachen des Ukraine-Konflikts beurteilt? Sind die Menschen auch vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Negativfolgen zu einer weiteren Unterstützung der Ukraine bereit? Haben sich ihre Einstellungen zu Flucht, Einwanderung und Asyl angesichts des Krieges verändert? Werden Geflüchtete aus der Ukraine anders bewertet als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika?

Diese Fragen waren Teil einer Erhebung, die das Mercator Forum Migration und Demokratie in Zusammenarbeit mit YouGov zwischen dem 16. September und 12. Oktober 2022 durchgeführt hat. Dabei wurden in zehn Staaten der Europäischen Union – Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Polen, Schweden, Spanien, Tschechien und Ungarn (Abbildung 1) – insgesamt 20.403 Personen mit Hilfe regionaler Online-Access-Panels befragt. Die Ergebnisse sind gewichtet und repräsentativ für die Bevölkerung ab 18 Jahren (vgl. Infobox 1). Sie werden im Folgenden in Form von acht Kernpunkten vorgestellt.

## METHODIK

Abb. 1: Erhebungsländer in Europa



### INFOBOX – Datengrundlage

Die empirische Grundlage der hier präsentierten Ergebnisse ist eine Erhebung, die MIDEM in Zusammenarbeit mit YouGov Deutschland in zehn Staaten der Europäischen Union durchgeführt hat. Im Zeitraum vom 16. September bis 12. Oktober 2022 wurden dabei insgesamt 20.403 Personen ab 18 Jahren befragt. Die Daten wurden in Deutschland (n = 2.091), Frankreich (n = 2.071), Griechenland (n = 1.587), Italien (n = 2.123), Niederlande (n = 2.095), Polen (n = 2.055), Schweden (n = 2.106), Spanien (n = 2.105), Tschechien (n = 2.101) und Ungarn (n = 2.069) erhoben. Die Auswahl der Länder erfolgte mit dem Ziel, mit der so gebildeten Grundgesamtheit die sozialräumliche und politisch-kulturelle Vielfalt der EU sowie einen Großteil – letztlich sind es knapp 80 Prozent – ihrer Bevölkerung abzudecken.

Grundlage für die Stichprobenziehung waren (regionale) Online-Access-Panels. Um Merkmalsverteilungen der Bevölkerung in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen, wurde nach Alter, Geschlecht, Region sowie Bildung quotiert. Durch eine nachträgliche Gewichtung konnten zusätzliche Verteilungsunterschiede zwischen der Stichprobe und den Bevölkerungen in den jeweiligen Ländern ausgeglichen werden. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Bevölkerung ab 18 Jahren.

Bei der Befragung erhielten die Teilnehmenden einen standardisierten Fragebogen, der etablierte Items aus vorausgehenden Erhebungen aufgriff, einzelne Fragen dabei an länderspezifische Kontexte angepasste, aber auch neu entwickelte Items integrierte.

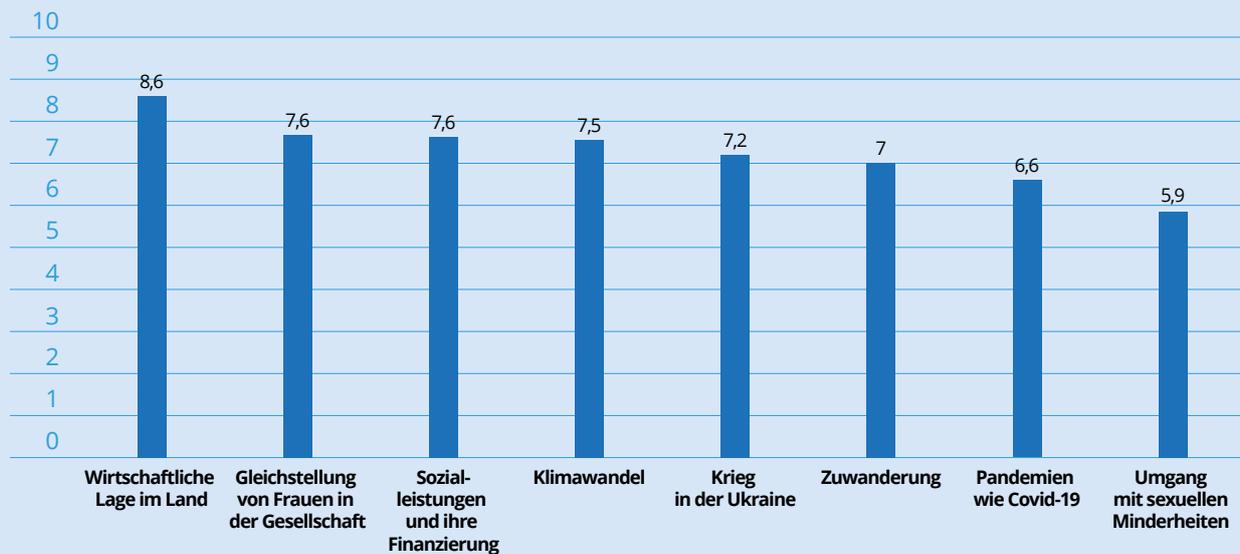
## 1. Salienz: Wirtschaftliche und soziale Folgen des Krieges stehen überall im Fokus

Um ein solides Meinungsbild des Problemzusammenhangs von Ukraine-Krieg und Migration zu entwerfen, muss zunächst die Salienz, d.h. die subjektiv zugeschriebene Bedeutung eines Themas im Vergleich zu anderen Themen in den Blick genommen werden. Welche generelle Relevanz wird dem Krieg in der Ukraine, der wirtschaftlichen Lage und dem Thema Zuwanderung zugeschrieben? Insgesamt acht Problembereiche wurden den Befragten hier nacheinander präsentiert. Auf einer Skala von „0 – überhaupt nicht wichtig“ bis „10 – sehr wichtig“ sollte jeweils angegeben werden, für wie wichtig sie das Thema halten.

### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN AM WICHTIGSTEN

Das Ergebnis weist zunächst für den Bereich Wirtschaft und Soziales eine hohe Relevanz aus. Der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land wurde in allen untersuchten europäischen Ländern die mit Abstand größte Bedeutung zugeschrieben. Das Thema Sozialleistungen und ihre Finanzierung rangierte ebenfalls weit vorn. Themen wie der Krieg in der Ukraine oder Zuwanderung finden sich eher im Mittelfeld wieder. Dies deutet darauf hin, dass sich der Fokus der Öffentlichkeit inzwischen zunehmend weg von den eigentlichen Kriegshandlungen hin zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges für das eigene Land, die eigene Region und die eigene Lebenshaltung verlagert hat. Rezession, Inflation und sich verschärfende soziale Spannungen, die zum Teil als unmittelbare Folgen des Krieges sowie der anschließenden Sanktionspolitik gelten können, sind im Herbst 2022 in der Wahrnehmung der Europäerinnen und Europäer deutlich in den Vordergrund gerückt und werden als wichtig erachtet. Der Covid-19-Pandemie hingegen, jenes Thema also, das in den vergangenen beiden Jahren Politik, Medien und öffentliche Diskussion dominierte, wird im Vergleich dazu nur noch relativ wenig Beachtung geschenkt (Abbildung 2).

Abb. 2: Salienz verschiedener Themen in Europa (Mittelwerte)



Anmerkung: Dargestellt sind Mittelwerte. Fragestellung: „Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Themen?“ Die Befragten sollten sich zwischen „0 – überhaupt nicht wichtig“ und „10 – sehr wichtig“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

Dieses Gesamtbild kann in allen betrachteten Ländern festgestellt werden. Abweichungen sind lediglich vereinzelt zu beobachten, etwa in Schweden, wo Zuwanderung als drittwichtigstes Thema beschrieben wird, oder in Polen, wo der Krieg in der Ukraine eine vergleichsweise hohe Salienz aufweist.

## 2. Konfliktpotenzial: Dem Krieg in der Ukraine wird keine gesellschaftliche Spaltungswirkung zugeschrieben, Migration und Covid-19 hingegen schon

Doch nicht nur die wahrgenommene Wichtigkeit eines Themas, sondern auch das ihm subjektiv zugerechnete gesellschaftliche Konflikt- bzw. Spaltungspotenzial war in unserer Erhebung von Interesse. Hier wurde – ebenfalls mit Hilfe einer Skala von „0 – gar keine Spaltung“ bis „10 – sehr starke Spaltung“ – ermittelt, bei welchem der angesprochenen Problem-bereiche die Befragten im jeweiligen Land eine „Spaltung der Gesellschaft“ glauben, beobachten zu können.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Trotz seiner vergleichsweise geringeren Salienz wird dem Thema Zuwanderung europaweit das mit Abstand stärkste Spaltungspotenzial zugeschrieben. Offenbar ist nach Wahrnehmung einer großen Mehrheit in Europa das Thema dazu geeignet, gesellschaftliche Konflikte zu provozieren. Lediglich in Polen, Tschechien und Ungarn rangiert das Thema Migration bei dieser Frage eher im Mittelfeld – in Ländern also, die in den vergangenen Monaten besonders stark mit der Fluchtmigration aus der Ukraine konfrontiert waren. Dies deutet darauf hin, dass die Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern in Europa anders konnotiert und mit anderen Bewertungen versehen wird als die generelle Frage nach Zuwanderung. Letztere lenkte die Überlegung der Befragten vermutlich eher auf den Zuzug von Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika.

**HOHE SPALTUNGSWIRKUNG BEI ZUWANDERUNG UND COVID-19**

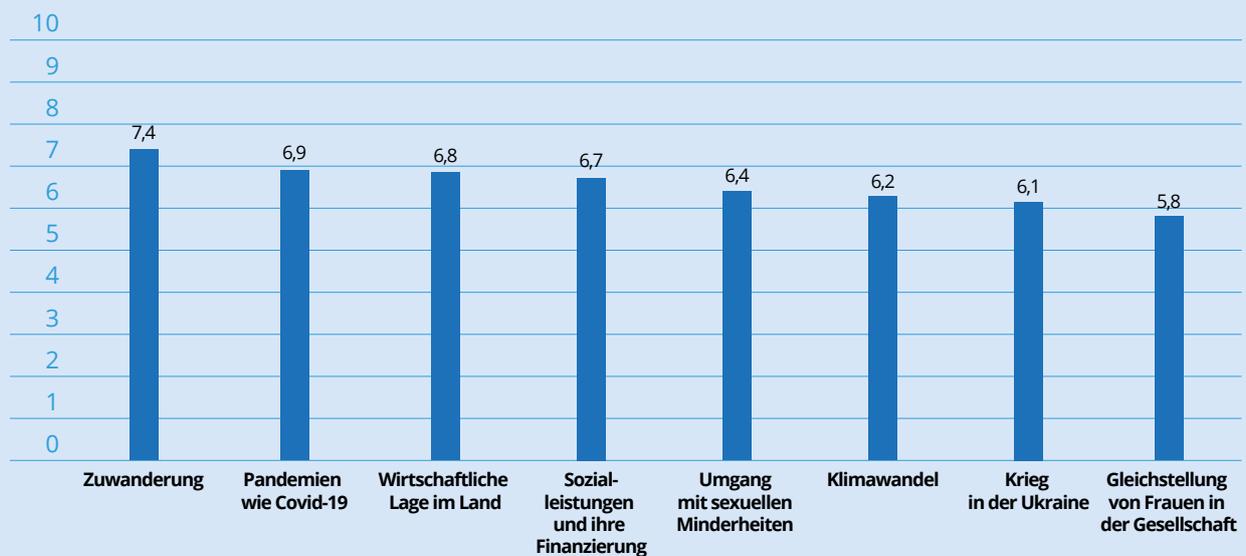
Ein ähnliches Zusammenspiel von ermittelter Salienz und zugeschriebener Spaltungswirkung zeigt sich bei Covid-19. Auch bei diesem Thema wird in den von uns untersuchten Ländern ein hohes gesellschaftliches Konfliktpotenzial erkannt, obwohl die Pandemie bei der Frage nach „persönlicher Wichtigkeit“ kaum eine Rolle spielt. Eine Ausnahme stellt hier allerdings Spanien dar, wo Covid-19 in der Rangfolge unterschiedlicher Themen eher einen der hinteren Plätze belegt.

**WENIG KONFLIKTPOTENZIAL BEIM  
THEMA UKRAINE-KRIEG**

Beim Thema Krieg in der Ukraine scheinen sich die Menschen in Europa ebenfalls einig: In fast allen untersuchten Ländern wird hier keine Spaltung der Gesellschaft diagnostiziert. Offenbar sieht man die eigene Bevölkerung in ihrer Verurteilung Russlands und ihrer Unterstützung der Ukraine weitgehend vereint, werden dennoch vorhandene Meinungsverschiedenheiten nicht als gravierend angesehen. Auch der Streit zwischen denen, die die Unterstützung der Ukraine nur innerhalb gewisser Grenzen mittragen und jenen, denen bisherige Hilfen (Stichwort Waffenlieferungen) nicht weit genug gehen, scheint nicht die Wahrnehmung eines grundlegenden Konflikts zu erzeugen. Eine auffallende Besonderheit in Europa stellt allerdings Tschechien dar, wo das Meinungsbild den komplett gegensätzlichen Befund bietet. Dem Krieg in der Ukraine wird hier tatsächlich vor allen anderen Themen eine gesellschaftliche Spaltungswirkung unterstellt.

Wirtschaftliche Lage und Sozialleistungen finden sich zwar nur im vorderen Mittelfeld, angesichts ihrer hohen Salienz ist hier jedoch mittelfristig eine weitere Zuspitzung zu vermuten. Eine mögliche Verschärfung wirtschaftlicher Probleme und sozialer Konfliktlagen sowie damit verbundene Proteste dürfte früher oder später auch das diesen Themen zugeschriebene Spaltungspotenzial weiter erhöhen (Abbildung 3).

Abb. 3: Spaltungswahrnehmung verschiedener Themen in Europa (Mittelwerte)



Anmerkung: Dargestellt sind Mittelwerte. Fragestellung: „Bei welchen der angesprochenen politischen Themen sehen Sie eine Spaltung der Gesellschaft? Bitte geben Sie Ihre Antwort auf einer Skala von 0 (gar keine Spaltung) bis 10 (sehr starke Spaltung) an.“ Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n = mindestens 18.279 pro Item).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

### 3. Einstellungen zum Krieg in Europa: Unterstützung für die Ukraine auch bei steigenden wirtschaftlichen Folgekosten?

Wie die Auswertung der zugeschriebenen Wichtigkeit (Salienz) einzelner Themen zeigt, stehen in allen untersuchten Ländern gegenwärtig vor allem wirtschaftliche und soziale Fragen im Zentrum der Diskussion – etwa nach Sicherung der Energieversorgung, Verhinderung von Insolvenzen oder notwendigen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Umso wichtiger scheint es, auch bei der Frage nach der Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine zugleich auf die Dimension individueller und gesellschaftlicher Kosten zu verweisen. Denn nur so ist es möglich, ein realistisches Bild über die Positionierung der Europäerinnen und Europäer zum Konflikt zu erhalten – ein Meinungsbild, das über das meist schnell und „billig“ artikuliert Sympathiebekenntnis für die ukrainischen Verteidigungsbemühungen gegen den fremden Aggressor hinausgeht und stattdessen die Bereitschaft für eine „nachhaltige“, längerfristige und mit entsprechendem Durchhaltevermögen ausgestattete Unterstützung ermitteln will.

Zu diesem Zweck wurde in unsere Erhebung eine entsprechende Frage integriert, die die Hilfe für die Ukraine unmittelbar mit ihren möglichen Kosten in Verbindung bringt. Die Befragten konnten dabei im Kontinuum zwischen zwei inhaltlich gegenläufigen Aussagen ihre eigene Position abgestuft und präzise markieren. Diese bekräftigten einerseits die Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine, „auch wenn das mit negativen Folgen für das eigene Land (wie steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten) verbunden ist“, forderten andererseits hingegen „die Unterstützung für die Ukraine“ einzuschränken, „um negative Folgen für das eigene Land (wie steigende Energie- und Lebenshaltungskosten) zu vermeiden“ (vgl. Infobox 2).

#### UKRAINE-UNTERSTÜTZUNG UND IHRE WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN

#### INFOBOX – Kategorisierung der Skalen

Bei den meisten der erhobenen Items sollten Befragte sich auf einer Elf-Punkte-Skala zwischen zwei Polen positionieren. Zur besseren Darstellung wurden jene Items in drei Kategorien geteilt, wobei jeweils Befragte in eine Gruppe fallen, die entweder einen Wert zwischen 0 und 4, oder zwischen 6 und 10 oder eine 5 angaben. So wurde beispielsweise zu einigen Aussagen das Maß an Zustimmung abgefragt, bei denen Befragte sich zwischen den Polen „0 – stimme überhaupt nicht zu“ und „10 – stimme voll und ganz zu“ positionieren sollten. Die drei resultierenden Kategorien sind: Ablehnung, Zustimmung und eine Mittelkategorie. Dabei fallen Befragte, die der jeweiligen Aussage nicht zustimmen und eine Antwort zwischen 0 und 4 angaben, in die Kategorie der Ablehnung, jene, die sich in der Mitte platzierten und eine 5 angaben, in die Mittelkategorie, und wer sich zwischen 6 und 10 verortete in die Gruppe der Zustimmung.

Wie Abbildung 4 zeigt, plädierte dabei mit 40 Prozent eine knappe relative Mehrheit der rund 20.000 befragten Europäerinnen und Europäer mehr oder weniger deutlich dafür, die Unterstützung der Ukraine auch um den Preis negativer wirtschaftlicher und sozialer Folgen für das eigene Land weiter aufrechtzuerhalten. 39 Prozent tendierten eher zur gegenteiligen Aussage, nach der die Unterstützung der Ukraine angesichts derart negativer Folgen besser eingeschränkt werden sollte. Ein großer Teil von 21 Prozent zeigte sich unentschlossen und positionierte sich genau in der Mitte.

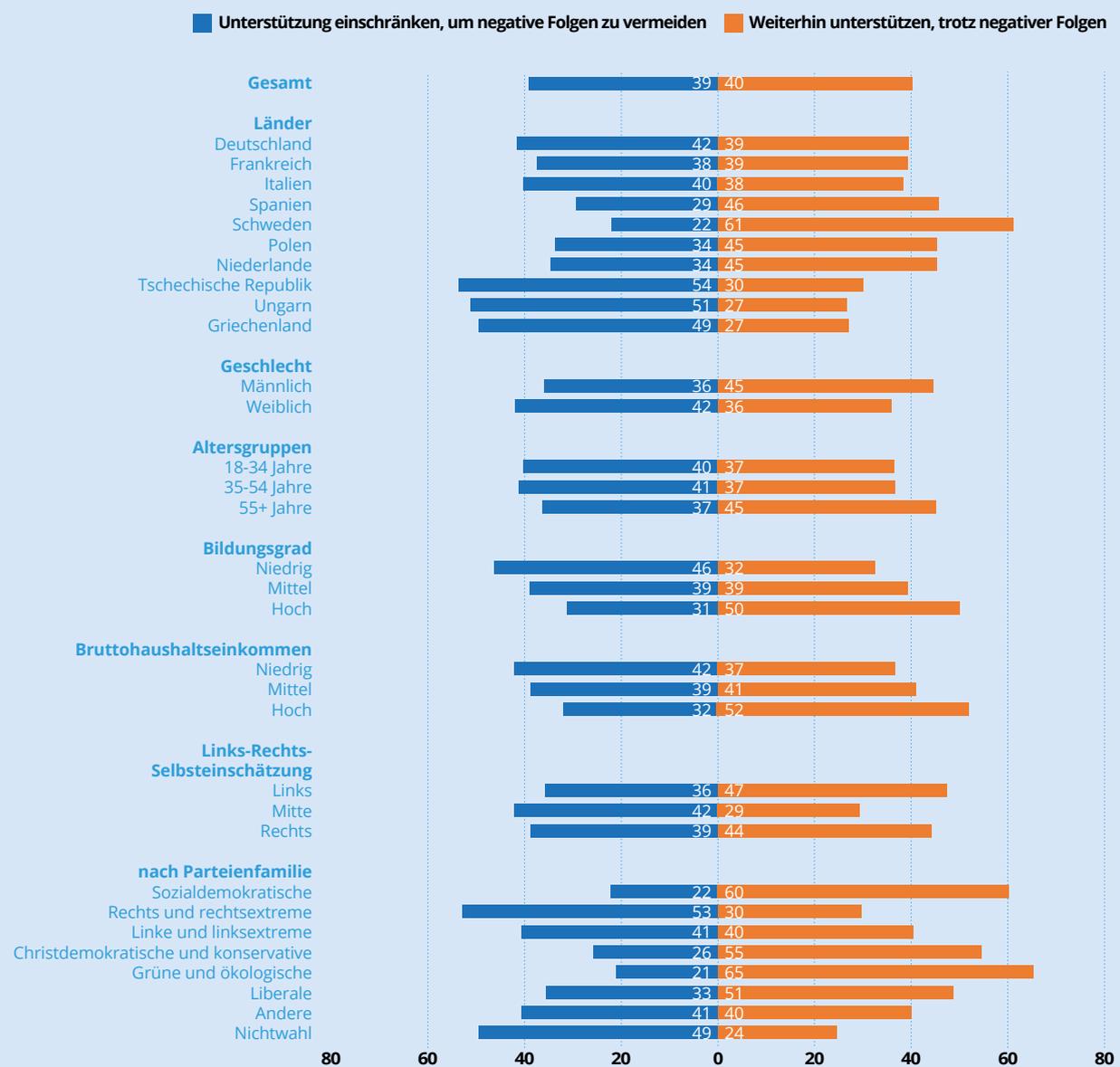
Die geringste Bereitschaft, die Ukraine auch angesichts wachsender wirtschaftlicher Folgekosten weiterhin im gleichen Ausmaß zu unterstützen, zeigte sich in Tschechien, Ungarn und Griechenland. Hier sprach sich jeweils eine

#### UNEINIGKEIT IN EUROPA

deutliche Mehrheit von 54 Prozent (Tschechien), 51 Prozent (Ungarn) bzw. 49 Prozent (Griechenland) dafür aus, die Unterstützung eher zurückzufahren, um negative Folgen für das eigene Land nach Möglichkeit zu vermeiden. Ein gegenteiliges Meinungsbild zeigte sich demgegenüber in Spanien, Polen und den Niederlanden. Hier erwiesen sich diejenigen, die für eine anhaltende Unterstützung der Ukraine plädierten, um etwa 10 bis 20 Prozentpunkte zahlreicher als die Anhängerinnen und Anhänger der Gegenposition.

Eine besonders große Mehrheit von 61 Prozent sprach sich wiederum in Schweden für die nachhaltige Unterstützung der Ukraine aus. Die geopolitische Lage des Landes, regelmäßige Provokationen Moskaus sowie die si-

Abb. 4. Einstellung zur Ukrainepolitik nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile derjenigen Personen, die die Ukraine „weiterhin unterstützen“ bzw. „die Unterstützung einschränken“ möchten, gruppiert nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen. Die Befragten sollten sich dabei zwischen „0 – [Land] sollte die Unterstützung für die Ukraine einschränken, um negative Folgen für das eigene Land (wie steigende Energie- und Lebenshaltungskosten) zu vermeiden“ und „10 – [Land] sollte die Ukraine unterstützen, auch wenn das mit negativen Folgen für das eigene Land (wie steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten) verbunden ist“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

cherheitspolitische Neuorientierung des Landes als zukünftiges NATO-Mitglied scheinen hier – wie vermutlich auch in Finnland und im Baltikum – zur Entstehung einer besonders hohen Unterstützungsbereitschaft des ukrainischen Verteidigungskampfes gegen den russischen Aggressor beigetragen zu haben. Im Mittelfeld hingegen: Deutschland, Italien und Frankreich. Hier hielten sich die beiden Gruppen in etwa die Waage (Abbildung 4).

#### **4. Einstellungen zum Krieg in Europa: Ist die NATO Schuld am Ukraine-Krieg? Sichtweise populär in Griechenland und Ungarn, nicht jedoch in Polen und Schweden**

Doch nicht nur über die Rolle des eigenen Landes, sondern auch über die Hintergründe und tieferen Ursachen des Krieges zwischen der Ukraine und Russland wird in Europa viel diskutiert und spekuliert. Zwar liegt die Schuldfrage für die meisten europäischen Beobachter dabei weitestgehend übereinstimmend auf russischer Seite, dennoch sind ebenso zahlreiche, teilweise bis in den verschwörungsideologischen Bereich reichende Argumente zu hören, die auch der NATO und den USA eine Mitverantwortung an der Eskalation des Konflikts zuschreiben. Vor diesem Hintergrund haben wir in unserer Erhebung auch eine Frage integriert, die – konträr zur allgemeinen öffentlichen Mehrheitsmeinung in Europa – die Schuld des Krieges eher im Verhalten der NATO sieht. Das Ausmaß ihrer Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage „Die NATO hat Russland so lange provoziert, dass Russland in den Krieg ziehen musste“ konnten die Befragten dabei ebenfalls auf einer Skala von 0 bis 10 verorten.

Im Ergebnis lehnte zwar eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent diese Aussage ab, zugleich aber stimmte mit 26 Prozent auch reichlich ein Viertel der Befragten zu. Dies ist bemerkenswert, zeigt es doch, dass die vom Krenl verbreitete Sicht auf den Ukraine-Krieg als „gerechtfertigte Reaktion“ auf ein vermeintlich stetiges „Vorrücken“ der NATO nach Osten von einem nicht unerheblichen Teil der europäischen Bürgerinnen und Bürger geteilt wird. Als besonders auffällig erweisen sich dabei Griechenland, Ungarn, Italien und Tschechien. In diesen Ländern sieht sogar mehr als ein Drittel der Bevölkerung die Schuld am Ukraine-Krieg eher bei der NATO – in Griechenland trifft dies mit 42 Prozent sogar auf eine relative Mehrheit der Bevölkerung zu. Umgekehrt ist die Zustimmung zu dieser Aussage in Schweden, Polen und den Niederlanden besonders gering und liegt in allen drei Ländern unter 20 Prozent. In Schweden und Polen lehnen gar fast drei Viertel der Befragten die These einer „NATO-Provokation“ explizit ab (Abbildung 5).

**EIN VIERTEL SIEHT  
SCHULD BEI DER NATO**

Eine Aufschlüsselung nach soziodemographischen Merkmalen und politischen Präferenzen lässt hier ebenfalls gewisse Zusammenhänge erkennen. Niedrige Bildung, niedriges Einkommen, eine politische Selbstverortung rechts der Mitte sowie die Nähe zu extrem rechten oder extrem linken Parteien: all diese Merkmale erhöhen europaweit die Wahrscheinlichkeit, dass die NATO als Hauptschuldige am Ukraine-Krieg gesehen wird (Abbildung 5).

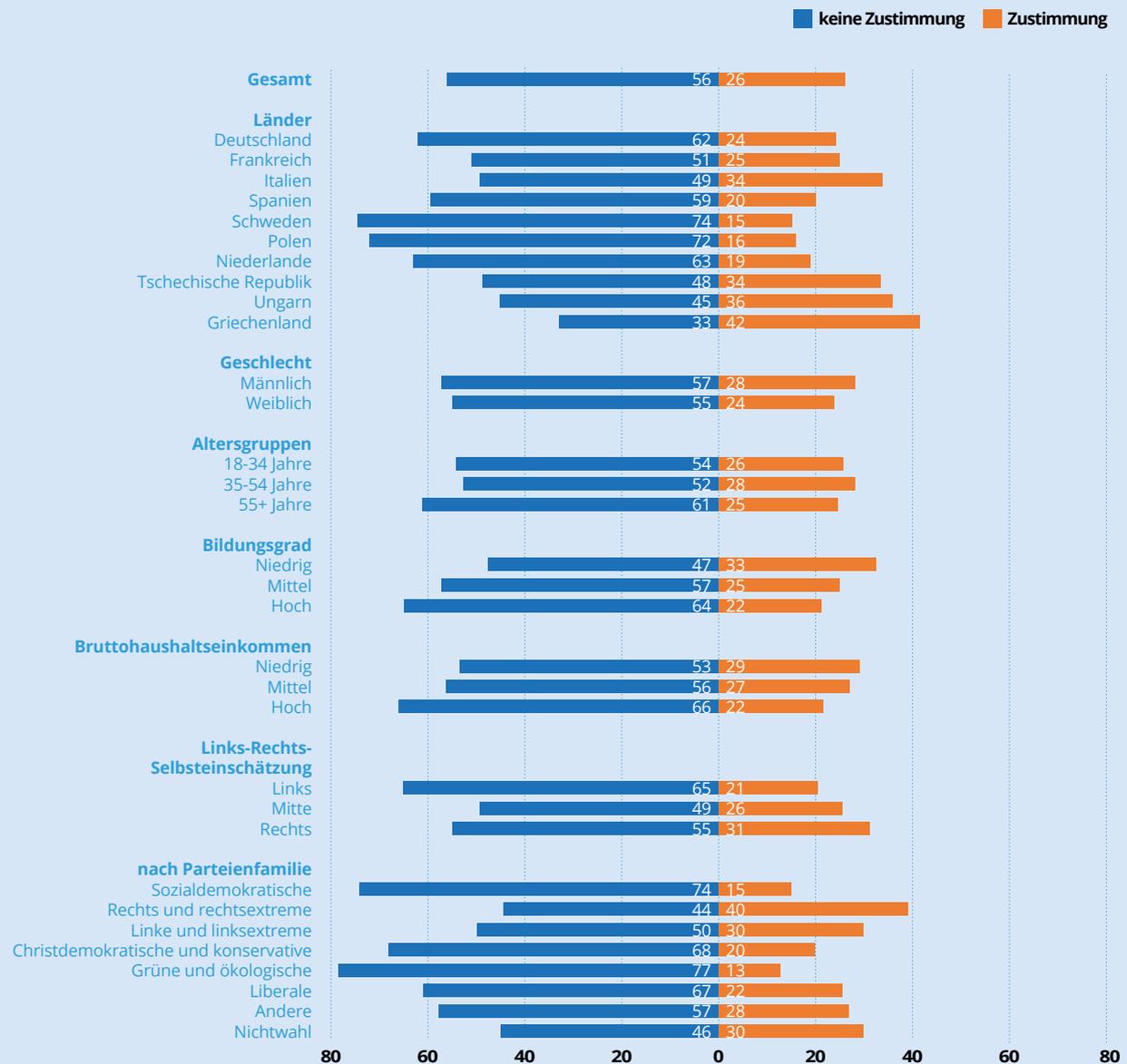
#### **5. Große Offenheit gegenüber kriegsbedingter Fluchtmigration: Ukrainerinnen und Ukrainer gelten europaweit als deutlich besser integrierbar**

Neben den vermuteten Ursachen des Krieges haben auch seine unmittelbaren Folgen in Europa unterschiedliche Interpretationen und Formen der Betroffenheit erzeugt. So hat etwa das traditionell eher als migrationskritisch geltende Polen allein im Jahr 2022 rund 1,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen (Stand: 09.11.2022). Vor diesem Hintergrund wird oft gemutmaßt, dass die Fluchtmigration aus der Ukraine anders bewertet wird als jene, die im vergangenen Jahrzehnt die europäischen Debatten geprägt hat. Macht hier also die Herkunft der Menschen einen Unterschied? Auch diese Überlegungen fanden in

unserer Befragung Berücksichtigung, indem die rund 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach ihrem Grad der Zustimmung – zwischen „0 – stimme überhaupt nicht zu“ und „10 – stimme voll und ganz zu“ – zur Aussage „Flüchtlinge aus der Ukraine sind deutlich besser in die Gesellschaft integrierbar als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika“ befragt wurden.

Das ermittelte Antwortverhalten ergab auch hier eine eindeutige Tendenz: Insgesamt 56 Prozent der Befragten stimmten mit dieser Aussage mehr oder weniger stark überein, nur 26 Prozent lehnten sie ab. Insbesondere

Abb. 5: Nato Verantwortung für den Ukraine-Krieg nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die der Aussage „Die Nato hat Russland so lange provoziert, dass Russland in den Krieg ziehen musste“ zustimmen bzw. nicht zustimmen, gruppiert nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, n = 20.403).

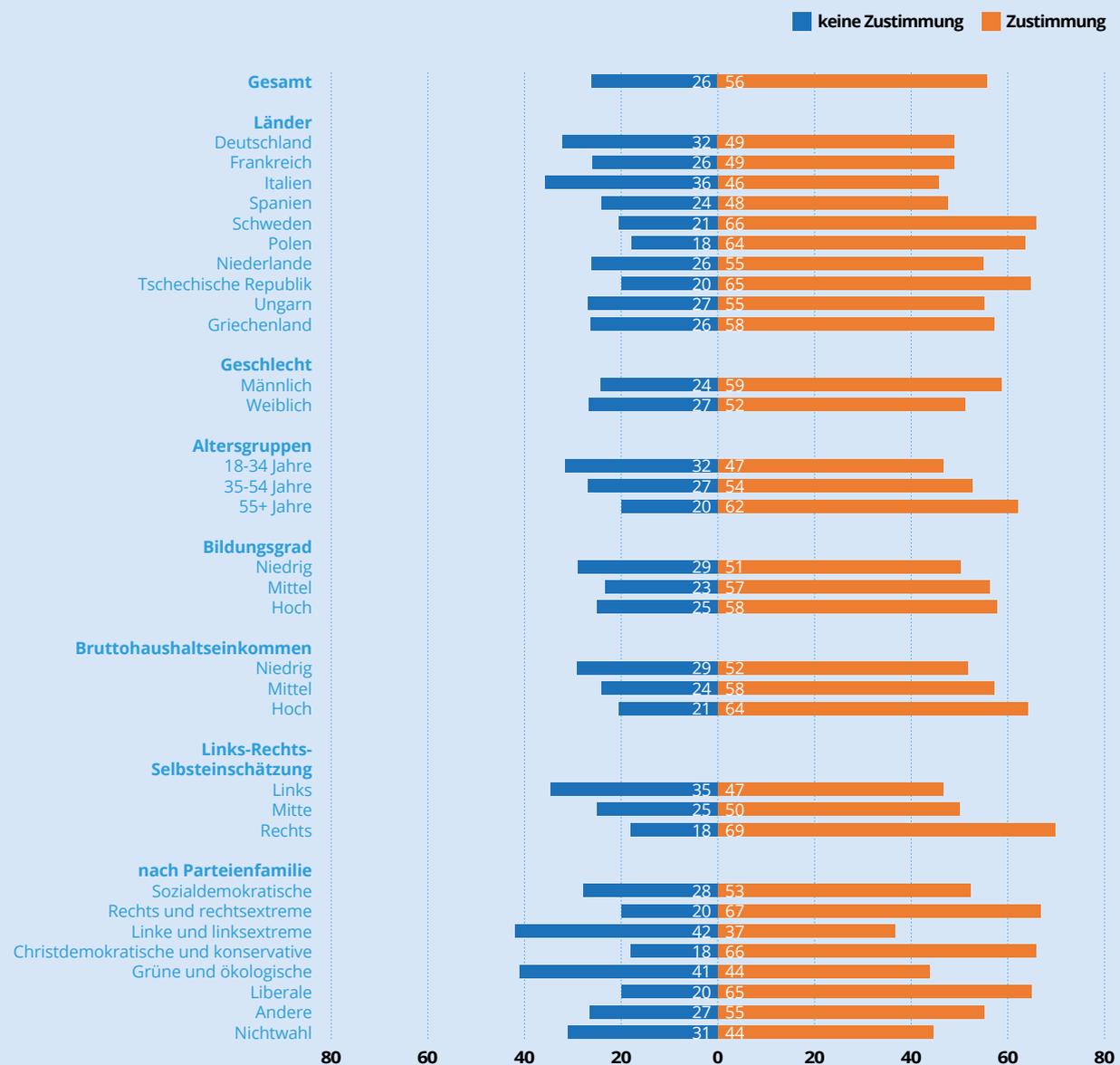
Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

in Schweden (66 Prozent) und Tschechien (65 Prozent) war der Anteil derjenigen nochmals deutlich größer, die der Meinung waren, ukrainische Geflüchtete seien „deutlich besser“ in die schwedische bzw. tschechische Gesellschaft integrierbar als „jene aus dem Nahen Osten oder Afrika“.

**MEHRHEIT HÄLT UKRAINISCHE  
GEFLÜCHTETE FÜR BESSER  
INTEGRIERBAR**

An dritter Stelle folgte mit 64 Prozent Polen, was darauf hindeutet, dass der beschriebene Stimmungswandel im Land gegenüber der Aufnahme und Integration von Geflüchteten wohl tatsächlich mit deren konkreter Herkunft in Verbindung zu bringen ist. Bekanntlich bestehen zwischen Polen und der Ukraine seit Jahrzehnten mit Blick auf Wirtschaftsaustausch,

Abb. 6: Einschätzung der Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteter nach Ländern sowie soziodemographischen und politischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die der Aussage „Flüchtlinge aus der Ukraine sind deutlich besser in die deutsche Gesellschaft integrierbar als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika“ zustimmen bzw. nicht zustimmen, gruppiert nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

Arbeitsmigration, aber auch familiäre Verflechtungen sehr enge Beziehungen. Angesichts der großen Zahl an Kriegsflüchtlingen aus dem Nachbarland scheinen die Polinnen und Polen vor diesem Hintergrund heute tatsächlich eher aufgeschlossen gegenüber Zuwanderung und Geflüchtetenaufnahme eingestellt – ganz anders als dies etwa noch vor einigen Jahren mit Blick auf Geflüchtete aus dem Nahen Osten und Afrika zu beobachten war.

**GLEICHES MEINUNGSBILD BEI MITTELMEERANRAINERN**

Die geringste Zustimmung zur Aussage über die abweichende Integrationsfähigkeit unterschiedlicher Gruppen von Geflüchteten war wiederum in den Mittelmeeranrainern Frankreich, Spanien und Italien zu verzeichnen – in Ländern also, die mit einer gewissen geographischen Distanz zur Ukraine in den vergangenen Jahren eher von der Fluchtmigration aus Nordafrika betroffen waren. Nur zwischen 46 und 49 Prozent stimmten hier der Aussage zu, dass Ukrainerinnen und Ukrainer tendenziell besser integrierbar sind – wobei auch in Deutschland rund ein Drittel der Befragten diese Aussage explizit ablehnt (Abbildung 6).

In Abbildung 6 wird dieses Ergebnis nochmals für Europa insgesamt nach soziodemographischen Merkmalen und politischen Präferenzen aufgeschlüsselt. Dabei zeigt sich, dass im Schnitt mehr Männer als Frauen, eher Ältere und Menschen mit höherem Einkommen von einer besseren Integrationsfähigkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer ausgehen. Sie positionieren sich zudem eher rechts der Mitte und stehen tendenziell häufiger rechten, konservativen oder liberalen Parteien nahe.

**6. Genereller Blick auf Zuwanderung: Mehrheit will Zuzugsmöglichkeiten einschränken**

Im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine haben sich insgesamt die Rahmenbedingungen der europäischen Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik nachhaltig verändert. Galten bis Anfang dieses Jahres noch vor allem die Länder Südeuropas, insbesondere Italien und Griechenland, als jene Regionen, die an der „Außengrenze“ der EU am unmittelbarsten mit der Ankunft von Geflüchteten konfrontiert waren, stehen nun die traditionell eher als migrationskritisch geltenden Gesellschaften Mittel- und Osteuropas – allen voran Polen, aber auch Tschechien und Ungarn – als Erstaufnahme- und Transitländer im Zentrum des Geschehens.

**ZUWANDERUNG ERLEICHTERN ODER EINSCHRÄNKEN?**

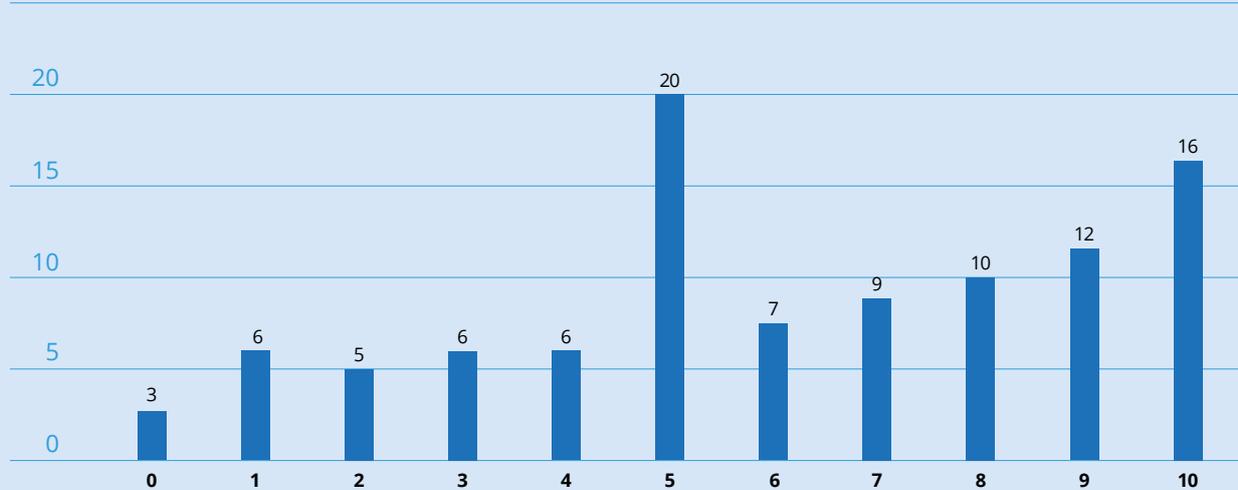
Vor diesem Hintergrund haben wir in unserer Erhebung das Thema *Migration* mit Hilfe zusätzlicher Fragen eingehender untersucht. Zunächst konnten die Befragten dabei die eigene Position im Spannungsfeld zwischen zwei allgemeinen, inhaltlich gegenläufigen Aussagen markieren: „die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ auf der einen Seite und „die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“ auf der anderen Seite. Je nachdem, welchen der beiden Aussagen die Befragten eher zustimmten, ließ sich damit die eigene Meinung abgestuft und präzise zum Ausdruck bringen. Im weiteren Verlauf der Analyse wurde dann eine Gruppierung der Antworten vorgenommen (Infobox 2).

**RESTRIKTIVE POSITION ÜBERWIEGT DEUTLICH**

Die Ergebnisse finden sich in Abbildung 7 dargestellt und zeigen ein Gesamtbild politischer Präferenzen, das klar auf die Begrenzung der Zuwanderung ausgerichtet ist. Insgesamt sprachen sich europaweit 55 Prozent der Befragten mehr oder weniger vehement dafür aus, „die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer“ einzuschränken. Nur 25 Prozent waren gegenteiliger Auffassung. Rund ein Fünftel der Befragten ließ hier keine Präferenz erkennen und positionierte sich genau in der Mitte. Unter denen, die für eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten plädierten, brachte sogar jede(r) Zweite seine Position mit besonders starker Vehemenz zum Ausdruck, in-

Abb. 7: Einstellungen zum Thema Zuwanderung (Angaben in Prozent)

0 – Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden 10 – Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden



Anmerkung: Antwortverteilung. Fragestellung: „Zum Thema Zuwanderung gibt es unterschiedliche Meinungen. Wo würden Sie Ihre persönliche Meinung hier einordnen?“ Die Befragten sollten sich zwischen „0 – Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ und „10 – Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

dem er bzw. sie auf der Skala eine 9 oder 10 wählte. Die Gruppe derjenigen, die mit besonderem Nachdruck eine Erleichterung von Einwanderung befürworteten (Antwortkategorien 0 und 1), fiel mit neun Prozent eher klein aus (Abbildung 7).

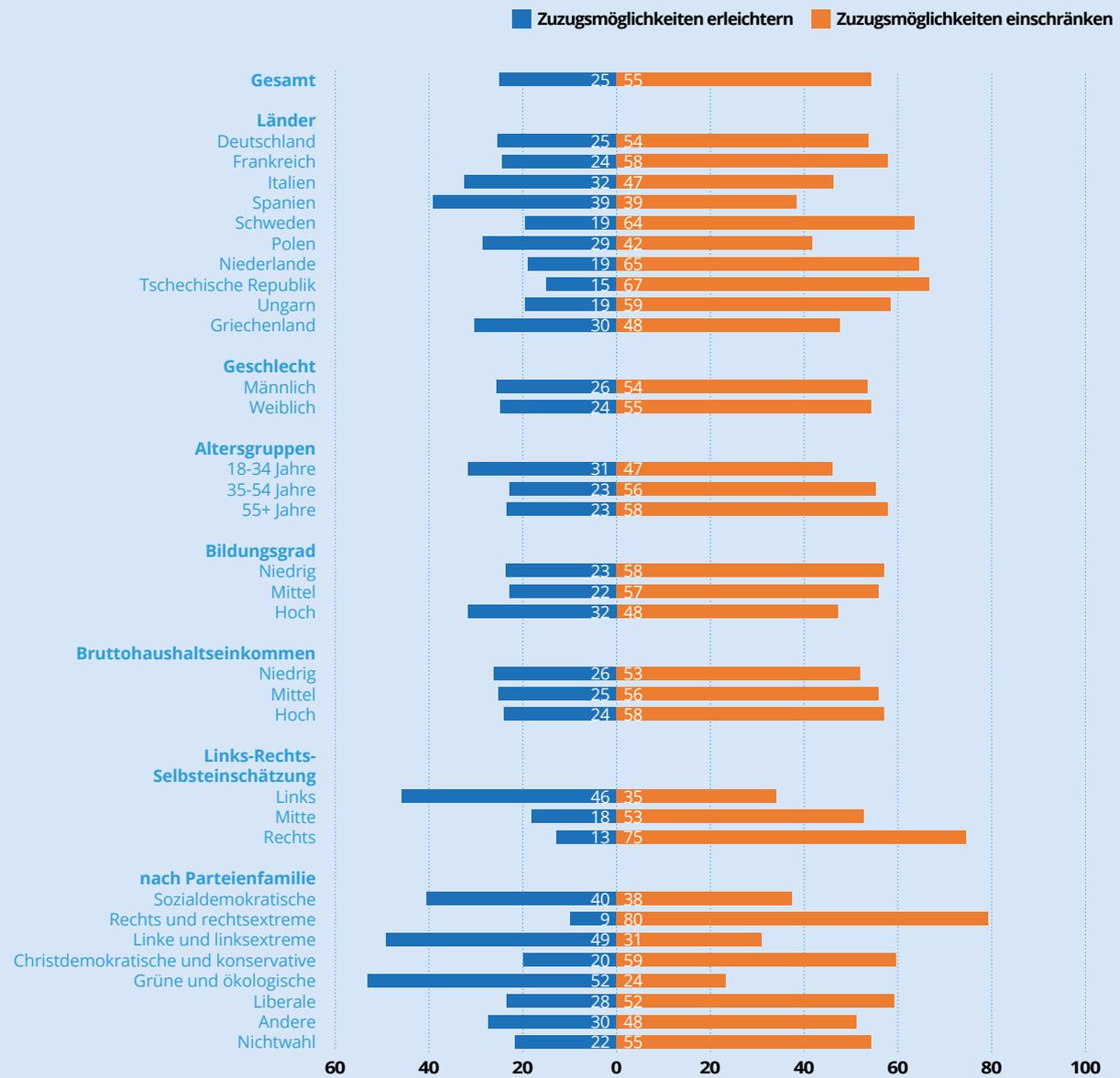
Zwar bildet sich diese Stimmungslage auch in der Einzelbetrachtung der untersuchten Länder ab, ein Vergleich fördert hier jedoch einige bemerkenswerte Ergebnisse zutage (Abbildung 8). Zunächst lässt sich feststellen, dass in allen europäischen Ländern – mit Ausnahme Spaniens – eine deutliche Mehrheit der Befragten für die Einschränkung von Zuwanderung plädiert. Besonders groß ist diese Mehrheit in Tschechien, Schweden und den Niederlanden, wo jeweils rund zwei Drittel eine entsprechende Meinung vertreten. Aber auch in Ungarn, Frankreich und – mit leichtem Abstand – Deutschland plädieren deutlich über die Hälfte der Befragten für eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten. In all diesen Ländern lässt sich außerdem eine auffällig große Gruppe identifizieren, die sich besonders deutlich positionierten, indem sie der vorgelegten Aussage mit 9 oder 10 zustimmten. Dieser „Kern an Zuwanderungsskeptikern“ fällt in Schweden (38 Prozent), Tschechien (37 Prozent) und Ungarn (35 Prozent) am höchsten aus.

**IN TSCHEDIEN, SCHWEDEN UND DEN NIEDERLANDEN DEUTLICHE MEHRHEIT FÜR EINSCHRÄNKUNG**

Diese Ergebnisse sind besonders für den Fall Schwedens bemerkenswert, denn noch zur sog. Flüchtlingskrise 2015 galt das Land bei einigen Beobachtern als besonders liberal, was die Aufnahme von Geflüchteten betrifft. Allerdings deuteten Aufstieg und Erfolg der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) bereits in den vergangenen Jahren auf einen Wandel des Meinungsbildes in Teilen der Bevölkerung hin. Im Herbst 2022 zeigen die Befragten in Schweden schließlich deutliche Vorbehalte und plädieren mit einer besonders großen Mehrheit von 64 Prozent dafür, die „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer“ einzuschränken. Ähnliche hohe Werte sind nur für traditionell als zuwanderungskritisch geltende Staaten in Mitteleuropa, wie Tschechien und Ungarn sowie die Niederlande zu verzeichnen. Letztere gelten ebenfalls als ein liberales Einwanderungsland, in dem das Migrationsthema allerdings bereits seit vielen Jahren für erhebliche politische und gesellschaftliche Konflikte sorgt.

**STIMMUNGSSCHWUNG IN SCHWEDEN?**

Abb. 8: Einstellung zum Thema Zuwanderung nach Ländern sowie soziodemographischen und politischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die Zuzugsmöglichkeiten erleichtern bzw. einschränken möchten, gruppiert nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen. Die Befragten sollten sich zwischen „0 – Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ und „10 – Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

**POLEN, ITALIEN UND SPANIEN OFFENER**

Auf der anderen Seite des Ländervergleichs stehen Polen, Italien und Spanien. Hier fällt der Anteil derjenigen, die sich für eine Beschränkung der „Zuzugsmöglichkeiten von Ausländern“ aussprachen, mit Abstand am kleinsten aus. In Italien votierte gar ein Drittel der Befragten für die Erleichterung und Liberalisierung der Einwanderungsregeln. In Spanien waren es sogar 39 Prozent. Damit stehen die Ergebnisse für Spanien gar insofern dem europäischen Meinungsbild entgegen, als dass sich hier die beiden Gruppen derjenigen, die für eine Erleichterung respektive eine Einschränkung der Zuwanderungsmöglichkeiten plädieren, in etwa die Waage halten. Für Italien sind die Ergebnisse ebenfalls bemerkenswert, gelang es hier doch in der Vergangenheit rechtspopulistischen Parteien regelmäßig mit

dezidiert migrationskritischen Positionen und Kampagnen erhebliche Mobilisierungs- und Wahlerfolge zu erzielen.

In Polen wiederum zeigt sich ein Stimmungsbild, das aus anderen Gründen bemerkenswert ist. Mit Ausnahme von Spanien ist der Anteil derjenigen, die eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten für „Ausländer“ fordern, mit 42 Prozent so klein wie nirgendwo anders in Europa. Gerade im Vergleich mit anderen Ländern der sog. Visegrád-Gruppe, wie Tschechien oder Ungarn, fallen diese Ergebnisse auf, zumal noch im Zuge der sog. Flüchtlingskrise 2015 die polnische Bevölkerung sich besonders kritisch gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten positionierte und auch die polnische Regierung im vergangenen Jahrzehnt in Europa besonders vehement für eine Politik der Abschottung gegenüber Geflüchteten eintrat. In unserer Erhebung aus dem Herbst 2022 zeigen sich für Polen jedoch Antwortverteilungen, die sich deutlich von denen aus Tschechien oder Ungarn unterscheiden (Abbildung 8).

### POLEN WEICHT VOM REST DER VISEGRÁD-GRUPPE AB

#### INFOBOX 3 – Parteienfamilien

Um einen Vergleich zwischen den politischen Parteien der verschiedenen untersuchten Länder zu ermöglichen, wurden diese in ihre jeweiligen Parteienfamilien kategorisiert (Annex). Dabei wird zwischen sechs Kategorien unterschieden: linke und linksextreme, grüne und ökologische, sozialdemokratische, liberale, christdemokratische und konservative, sowie rechte und rechtsextreme Parteien. Diese Einteilung basiert überwiegend auf den Daten des Manifesto Projekts. Dabei werden Parteien in allen OECD Ländern nach ihrer Position auf einer wirtschaftlichen (Staat/Markt) und einer kulturellen (Freiheit/Autorität) Links/Rechts-Dimension eingeteilt. Auf Grundlage dieser Koordinaten werden die Parteien der jeweiligen Familie zugefügt. Im Manifesto Projekt wird zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien unterschieden, welche der Übersicht halber hier zusammengefügt wurden.<sup>1</sup>

## 7. Genereller Blick auf Zuwanderung: Einstellungen in Europa skeptisch

Um diese Ergebnisse besser einordnen zu können, wurden in unserer Untersuchung noch weitere, in anderen Erhebungen bereits getestete und in der empirischen Forschung etablierte Fragen zum Bereich Migration integriert. Diese Fragen sind einerseits dazu geeignet, über die generelle Einstellung zu Migration und Einwanderung Auskunft zu geben. Sie wenden sich dabei andererseits zugleich spezifischen Aspekten der Beurteilung zu. So konnte etwa anhand des – ebenfalls mit einer Skala von 0 bis 10 ermittelten – Ausmaßes an Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage „Ausländer belasten das Sozialsystem eines Landes“ stärker die sozioökonomische Beurteilungs- und Vorurteilsdimension von Migration erfasst werden. Die Ergebnisse finden sich in Abbildung 9 dargestellt und bezeugen erneut ein eher negatives Bild von Migration. Europaweit stimmten 56 Prozent aller Befragten dieser Aussage mehr oder weniger deutlich zu, nur 29 Prozent lehnten sie ab. Auch hier weisen Tschechien, Ungarn und die Niederlande besonders hohe Zustimmungswerte auf, lassen also besonders große Bevölkerungsteile erkennen, die die sozioökonomischen Auswirkungen von Zuwanderung eher kritisch beurteilen. In Italien und Spanien hingegen erwiesen sich die Beurteilungen eher ausgeglichen, in Spanien lehnte gar eine

### ZUWANDERUNG MIT SOZIALEN BELASTUNGEN ASSOZIIERT

<sup>1</sup> Vgl. Lehmann, Pola / Burst, Tobias / Matthieß, Theres / Regel, Sven / Volkens, Andrea / Weßels, Bernhard / Zehnter, Lisa (2022): The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2022a. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). <https://doi.org/10.25522/manifesto.mpd.2022a>

relative Mehrheit der Befragten die Aussage über die Migration womöglich verbundenen „Belastungen des Sozialsystems“ ab. Die Ergebnisse für Polen liegen eher im Mittelfeld, weisen gar eine große Nähe zu den europäischen Durchschnittswerten auf. Auch Schweden zählt im Vergleich nach wie vor zu den Ländern, in denen das Urteil über die sozialen Folgen von Migration vergleichsweise differenziert ausfällt, auch wenn sich hier ebenfalls eine Mehrheit von 50 Prozent kritisch äußerte (Abbildung 9).

### VORBEHALTE GEGENÜBER MUSLIMISCHER ZUWANDERUNG

In gewissem Sinne konträr zur Frage nach der spezifischen Bewertung ukrainischer Geflüchteter im Vergleich mit jenen aus dem Nahen Osten und Afrika war auch eine Frage nach muslimischer Zuwanderung Teil der Untersuchung. Hier wurden die Befragten mit der Forderung konfrontiert, wonach die „Zuwanderung von Muslimen“ eingeschränkt werden sollte. Europaweit lag die Zustimmung zu dieser Aussage bei 57 Prozent, wobei mehr als die Hälfte dieser Zustimmung durch die Auswahl der „9“ oder „10“ sogar mit größtmöglichem Nachdruck artikuliert wurde. Nur 27 Prozent brachten mehr oder weniger deutlich ihre Ablehnung zum Ausdruck, waren also nicht der Meinung, die „Zuwanderung von Muslimen“ sollte eingeschränkt werden.

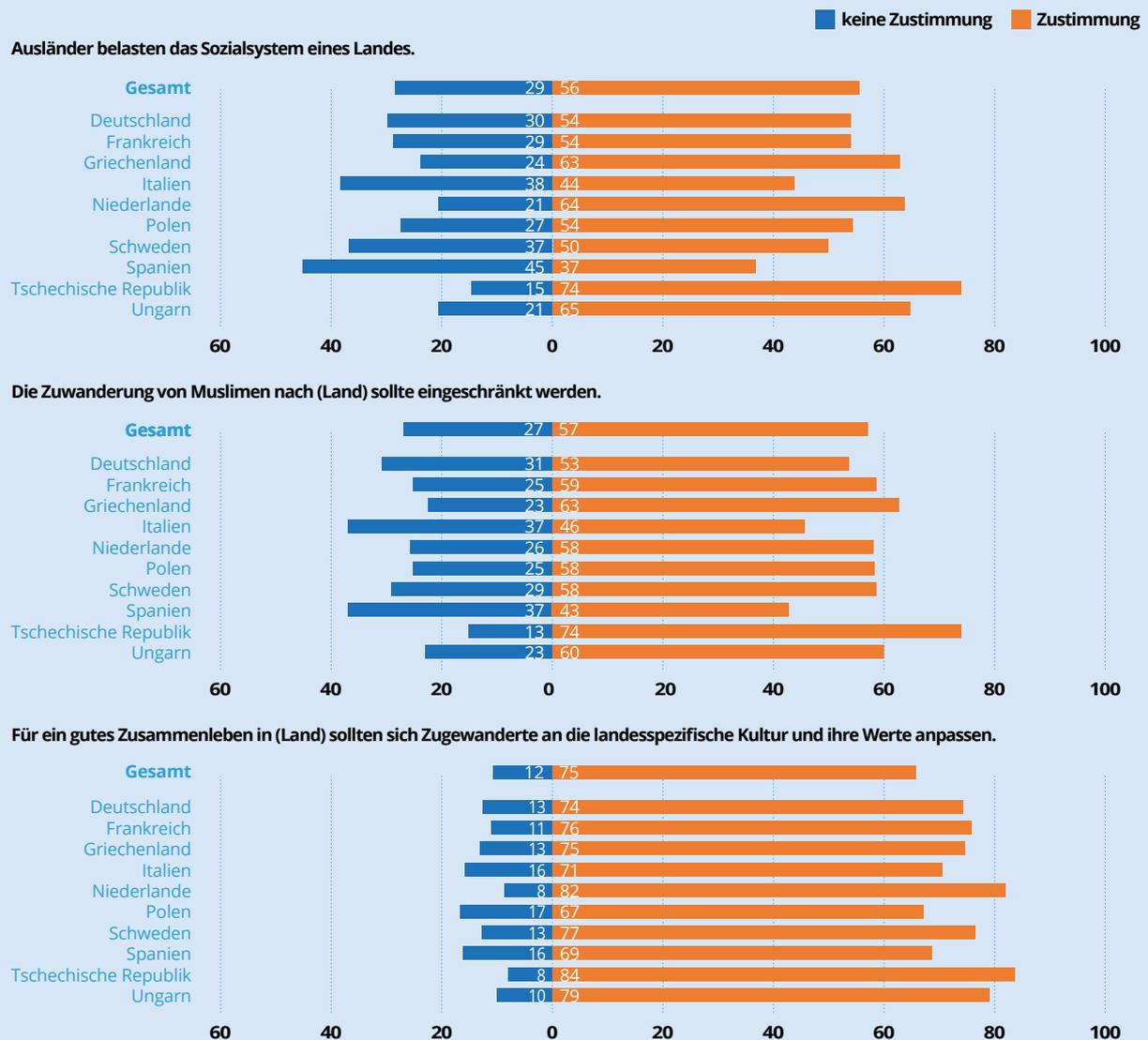
Im Gegensatz zur eher positiven Bewertung ukrainischer Geflüchteter zeigt sich damit in ganz Europa eine starke Ablehnung gegenüber muslimischer Zuwanderung, die insbesondere in Tschechien (74 Prozent), Griechenland (63 Prozent) und Ungarn (60 Prozent) äußerst hoch ausfällt. Die Einschätzungen in Deutschland, Italien und Spanien scheinen demgegenüber noch am wenigsten kritisch zu sein, wenngleich auch in diesen Ländern eine relative Mehrheit von 53 Prozent (Deutschland), 46 Prozent (Italien) bzw. 43 Prozent (Spanien) zur Auffassung neigt, die „Zuwanderung von Muslimen“ sollte eingeschränkt werden. Polen und Schweden finden sich hier erneut im Mittelfeld wieder, wobei insbesondere in Schweden immerhin knapp ein Drittel der Befragten der genannten Aussage nicht zustimmt (Abbildung 9).

### GELUNGENE INTEGRATION ALS KULTURELLE ANPASSUNG

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung einer vermeintlich „besseren Integrierbarkeit“ ukrainischer Geflüchteter gegenüber jenen aus dem Nahen Osten ist schließlich auch die Frage nach dem Verständnis „gelingener Integration“ interessant. In der politischen und gesellschaftlichen Diskussion ringen hier seit langem völlig unterschiedliche Idealbilder um Deutungshoheit. Auf der einen Seite wird Integration eher einseitig im Sinne von Anpassung oder gar Assimilation definiert, bei der Neuankömmlingen eine gewisse „Bringschuld“ zugeschrieben wird, sich an bestehende Sozialnormen, Umgangsformen oder gar Leitkulturen der Aufnahmegesellschaft anzugleichen. Auf der anderen Seite finden sich hingegen Vorstellungen, die das Ideal einer gelingenden Integration eher mit der gleichberechtigten Koexistenz unterschiedlicher Kulturen assoziieren. Vor diesem Hintergrund wurde auch in unserer Erhebung gefragt, inwiefern sich Zugewanderte „für ein gutes Zusammenleben“ an „Kultur und Werte“ des jeweiligen Landes anpassen sollten.

Die Ergebnisse zeigen ein eher eindimensionales Meinungsbild: Europaweit stimmten 75 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, wobei 45 Prozent aller Befragten durch die Auswahl von 9 oder 10 gar ihre größtmögliche Zustimmung zum Ausdruck brachten. Dieses Ergebnis scheint vor allem im Hinblick auf den Vergleich einzelner Länder bemerkenswert. So findet sich mit Polen ein Land am unteren Ende der Zustimmungsrangings, dem bis dato eher pauschal eine ausgeprägte migrationsskeptische Haltung und ein national-konservativ geprägtes Bild von Integration zugeschrieben wird. Mit 67 Prozent Zustimmung zur genannten Aussage über eine notwendige „kulturelle Anpassung“ der Zugewanderten scheint sich dies zunächst zu bestätigen. Allerdings findet sich Polen – neben Spanien (69 Prozent) und Italien (71 Prozent) – damit immer noch am unteren Ende der Skala, zumal in

Abb. 9: Zustimmung zu verschiedenen migrationsbezogenen Aussagen (Angaben in Prozent)



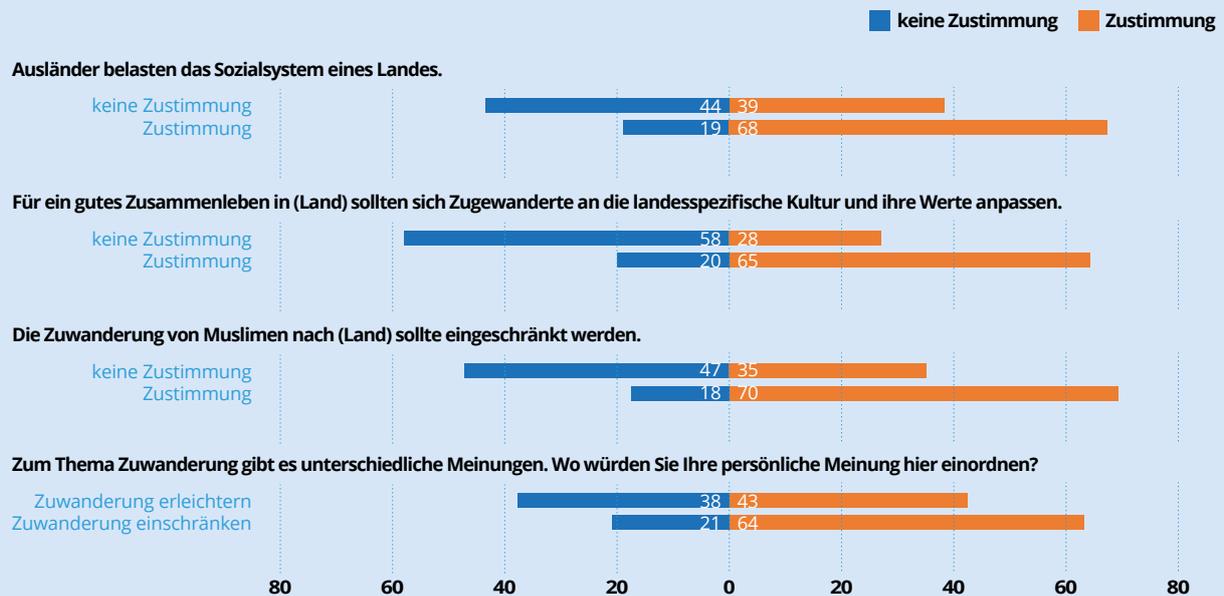
Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die der entsprechenden Aussage zustimmen bzw. nicht zustimmen, gruppiert nach Ländern. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

Polen zugleich der europaweit größte Anteil an Befragten eine solche Forderung nach Anpassung ablehnt. Am meisten Zustimmung findet die Forderung nach „Assimilation“ hingegen in Tschechien, Ungarn, den Niederlanden und Schweden. In der schwedischen Bevölkerung, so scheint es hier, haben sich offenbar nicht nur migrationskritische Haltungen durchgesetzt, sondern auch eher national-konservativ ausgerichtete Vorstellungen von Integration an Boden gewonnen (Abbildung 9).

Die in unserer Erhebung abgefragten Einstellungen zu Migration und Integration lassen sich schließlich auch unmittelbar zur Frage nach der Bewertung der Geflüchteten aus der Ukraine in Beziehung setzen. Dabei zeigt sich, dass die Auffassung „Flüchtlinge aus der Ukraine sind deutlich besser in die Gesellschaft integrierbar“ überdurchschnittlich stark in jenen Bevölkerungsgruppen verbreitet ist, die eher zuwanderungsskeptisch eingestellt sind – die also Aussagen zustimmen wie „Ausländer belasten das Sozialsystem eines Landes“, „die Zuwanderung von Muslimen sollte eingeschränkt werden“ oder „Für ein gutes Zusammenleben sollten sich Zugewanderte an die nationale Kultur und ihre Werte anpassen“ (Abbildung 10).

Abb. 10: Einschätzung der Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteter nach Zustimmung zu migrationsbezogenen Aussagen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die der Aussage „Flüchtlinge aus der Ukraine sind deutlich besser in die deutsche Gesellschaft integrierbar als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika“ zustimmen bzw. nicht zustimmen, gruppiert nach dem Antwortverhalten bei anderen Aussagen zu Migration oder Integration. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, n = 20.403).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

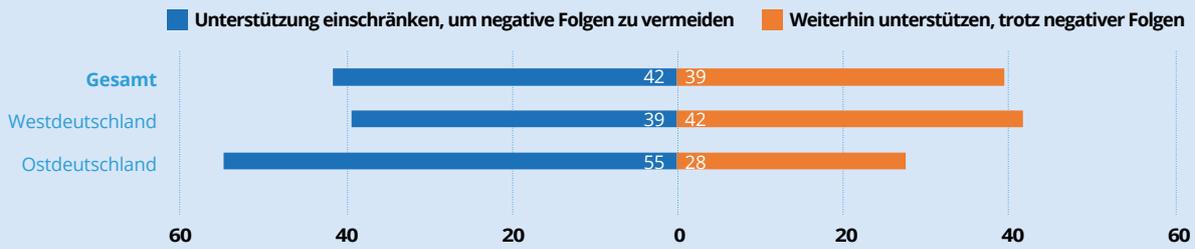
### 8. Einstellungen zu Krieg und Migration im innerdeutschen Vergleich: Ostdeutschland nahe bei Tschechien und Ungarn

Neben diesem gesamteuropäischen Stimmungsbild bietet unsere Erhebung auch Einblicke in die Verteilung entsprechender Positionierungen zu Krieg und Migration innerhalb Deutschlands. Insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland werden hier signifikante Unterschiede vermutet. So versuchen unterschiedliche, z.T. aus der rechtsextremistischen Szene stammende Protestakteure vor allem im Osten des Landes seit Monaten gezielt für Demonstrationen gegen die Ukraine-Politik der Bundesregierung sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu mobilisieren. Ihr Ziel ist es, den Ärger über steigende Energiepreise, die Sorge um die eigene Zukunft, aber auch verbreitete Gefühle einer freundschaftlichen Verbundenheit mit Russland anzusprechen und als Protest, Empörung und Ressentiment auf die Straße zu bringen. Doch gehen die Meinungen über den Krieg in der Ukraine, seine ökonomischen Folgekosten sowie die Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten innerhalb Deutschlands tatsächlich auseinander?

**STÄRKERE  
UNTERSTÜTZUNGSBEREITSCHAFT  
FÜR DIE UKRAINE IN  
WESTDEUTSCHLAND**

Auf Basis unserer Daten kann dies bestätigt werden. Während etwa im Westen der Republik eine knappe relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten dafür plädiert, an der Unterstützung der Ukraine festzuhalten, „auch wenn das mit negativen Folgen für das eigene Land (wie steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten) verbunden ist“, sind es im Osten nur 28 Prozent. Stattdessen würden hier 55 Prozent der Befragten diese Unterstützung eher einschränken (Abbildung 11). Im europäischen Vergleich zeigt sich in Ostdeutschland damit ein Stimmungsbild, das weit vom EU-Durchschnitt abweicht. Eine ähnlich niedrige Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine konnte sonst lediglich in Tschechien, Ungarn und Griechenland ermittelt werden (Abbildung 4).

Abb. 11: Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine in Ost- und Westdeutschland



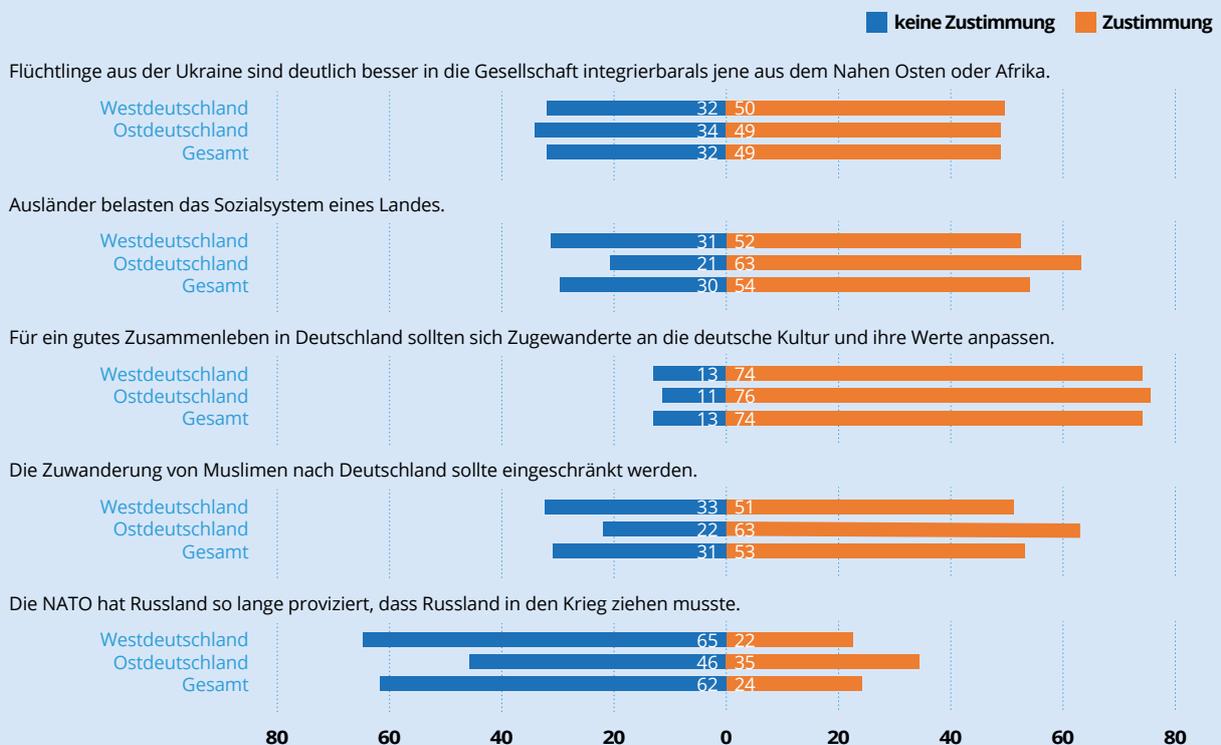
Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die die Ukraine „weiterhin unterstützen“ bzw. „die Unterstützung einschränken“ möchten, in Ost- bzw. Westdeutschland. Die Befragten sollten sich dabei zwischen „0 - [Land] sollte die Unterstützung für die Ukraine einschränken, um negative Folgen für das eigene Land (wie steigende Energie- und Lebenshaltungskosten) zu vermeiden“ und „10 - [Land] sollte die Ukraine unterstützen, auch wenn das mit negativen Folgen für das eigene Land (wie steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten) verbunden ist“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, für Deutschland insgesamt: n = 2.091, für Ostdeutschland: n = 337, für Westdeutschland: n = 1.754).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

Bei der Frage nach den Ursachen des Krieges ergibt sich ein ähnliches Bild, das zunächst ebenfalls deutliche Unterschiede innerhalb Deutschlands ausweist: Im Osten sieht mehr als ein Drittel der Befragten eine gewisse Schuld bei der NATO, die „Russland so lange provoziert“ habe, dass das Land letztlich „in den Krieg ziehen musste“. In Westdeutschland stimmte dieser Aussage nur jeder Vierte zu. Auch hier unterscheiden sich die Werte für Ostdeutschland deutlich vom europäischen Durchschnitt, liegen stattdessen nahe bei denen von Tschechien oder Ungarn (Abbildung 12).

**EIN DRITTEL DER OSTDEUTSCHEN SIEHT KRIEGSSCHULD BEI NATO**

Abb. 12: Zustimmung zu Aussagen über Migration und Krieg in Ost- und Westdeutschland (Angabe in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen jeweils die Anteile derjenigen Personen, die einzelnen Aussagen zustimmen bzw. nicht zustimmen, gruppiert nach Ost- bzw. Westdeutschland. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: indifferent, für Deutschland insgesamt: n = 2.091, für Ostdeutschland: n = 337, für Westdeutschland: n = 1.754).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

### ÄHNLICHE POSITIONEN IN WEST UND OST ZU UKRAINISCHEN GEFLÜCHTETEN

Schließlich fällt – wie aus vergangenen Untersuchungen bereits bekannt – auch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Erhebung die Zustimmung zu migrationskritischen und muslimfeindlichen Aussagen im Osten Deutschlands stärker aus als im Westen. Neben diesen Unterschieden werden andere Positionierungen in Ost und West allerdings auch sehr ähnlich vorgenommen. So sind die Befragten in beiden Landesteilen mehrheitlich davon überzeugt, dass Flüchtlinge aus der Ukraine „deutlich besser in die deutsche Gesellschaft integrierbar“ sind, „als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika“. Außerdem glaubt jeweils eine Mehrheit, dass gelingende Integration eine „Anpassung“ der Zugewanderten „an die deutsche Kultur und ihre Werte“ voraussetzt (Abbildung 12).

ANNEX

Parteienfamilie	Land	Partei
links und linksextrem	DE	Die Linke
	FR	Mélenchon (FI)
	GR	Synaspismos Rizospastikis Aristeras (SYRIZA)
	GR	Kommounistikó Kómma Elládas (KKE)
	NL	Socialistische Partij (SP)
	SE	Vänsterpartiet (V)
	ES	Unidos Podemos (UP)
	ES	Más País (M)

grün und ökologisch	DE	Bündnis 90/Die Grünen
	IT	Nuove Energie (NE)
	GR	Democracy in Europe Movement 2025 (MeRA25)
	NL	GroenLinks (GL)
	SE	Miljöpartiet de Gröna (MP)

sozialdemokratisch	DE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
	GR	Kinima Allagis (KINAL)
	IT	Partito Democratico (PD)
	IT	Liberi e Uguali (LeU)
	NL	Partij van de Arbeid (PvdA)
	PL	Lewica
	SE	Sveriges socialdemokratiska arbetarepartiet (S)
	ES	Partido Socialista Obrero Español (PSOE)

liberal	DE	Freie Demokratische Partei (FDP)
	FR	Macron (LREM)
	IT	Italia Viva (IV)
	IT	Più Europa (+EU)
	NL	Democraten 66 (D66)
	NL	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)
	PL	Koalicja Obywatelska (KO)
	SE	Liberalerna (L)
	ES	Ciudadanos (Cs)
	CZ	Politické hnutí ANO 2011

Parteienfamilie	Land	Partei
konservativ und christdemokratisch	DE	Union (CDU & CSU)
	FR	Lassalle (R!)
	GR	Nea Dimokratia (ND)
	IT	Forza Italia (FI)
	NL	Christen-Democratisch Appèl (CDA)
	PL	PSL – Koalicja Polska (KP)
	SE	Kristdemokraterna (KD)
	SE	Centerpartiet (C)
	SE	Moderate samlingspartiet (M)
	ES	Partido Popular (PP)
	CZ	SPOLU
	HU	Mindenki Magyarországa Mozgalom (MMM)

rechts und rechtsextrem	DE	Alternative für Deutschland (AfD)
	FR	Le Pen (RN)
	FR	Zemmour (REC)
	GR	Elliniki Lysi (EL)
	IT	Fratelli d'Italia (FDI)
	IT	Lega
	NL	Partij voor de Vrijheid (PVV)
	NL	Forum voor Democratie (FvD)
	PL	Konfederacja Wolność i Niepodległość (KON)
	PL	Prawo i Sprawiedliwość (PiS)
	SE	Sverigedemokraterna (SD)
	ES	VOX
	CZ	Svoboda a přímá demokracie (SPD)
	HU	Fidesz
	HU	Mi Hazánk Mozgalom (MHM)

andere	IT	Movimento 5 Stelle (M5S)
	ES	Esquerra Republicana de Catalunya (ECR)
	CZ	Česká pirátská strana
		Personen, die „Sonstige“ angekreuzt haben



**FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE**

# 1 DEUTSCHLAND

## Factsheet

Bevölkerungszahl (01.01.2022)	83.237.124
BIP pro Kopf (2021)	43.290 €
Registrierte ukrainische Geflüchtete (02.11.2022)	1.018.638
Ukrainische Geflüchtete pro 100.000 Einwohner	1.239

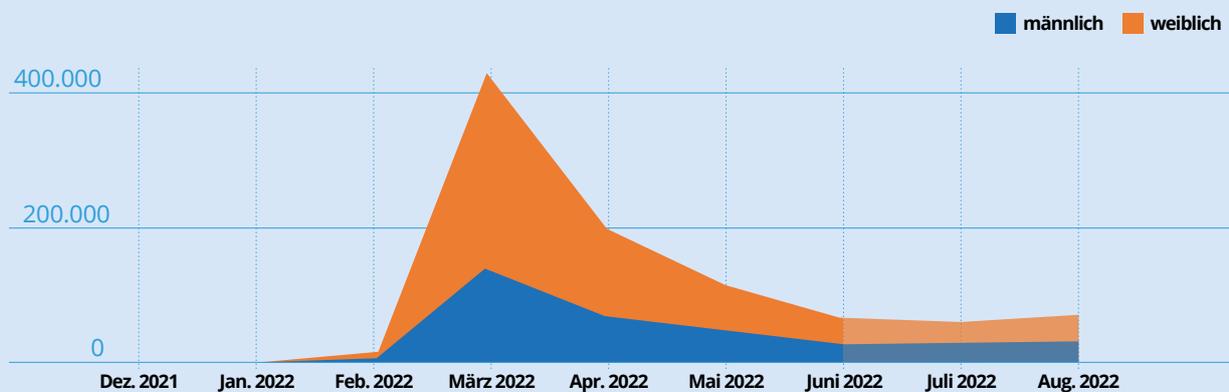
Quellen: Eurostat 2022; UNHCR 2022/ eigene Darstellung

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs flüchteten ca. 1.018.638 (Stand: 2. November) Personen aus der Ukraine nach Deutschland. Deutschland hat damit nach Polen die zweitmeisten Geflüchteten in der EU aufgenommen.<sup>1</sup> Über 97 Prozent von ihnen sind ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Laut einer Erhebung des Bundesinnenministeriums vom April 2022 sind 84 Prozent der Erwachsenen Frauen, von denen rund 58 Prozent gemeinsam mit ihren Kindern eingereist sind (BMI 2022a). So sind fast zwei Drittel der Geflüchteten Mädchen und Frauen.

Es gibt keine verlässlichen Daten über die Verteilung der ukrainischen Geflüchteten auf die Bundesländer, da sie oft ohne Visum einreisen und bei Freunden oder Verwandten unterkommen. Einen Anhaltspunkt für eine bundesweite Verteilung der ukrainischen Geflüchteten liefern jedoch die Zahlen aus dem Ausländerzentralregister zu Menschen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. Demnach sind die meisten ukrainischen Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen (219.000 Personen) gemeldet, gefolgt von Bayern (149.000 Personen), Baden-Württemberg (131.000 Personen), Niedersachsen (109.000 Personen) und Hessen (80.000 Personen) (Abbildung 2; Mediendienst Integration 2022a).

## KEINE VERLÄSSLICHEN ZAHLEN ZUR VERTEILUNG

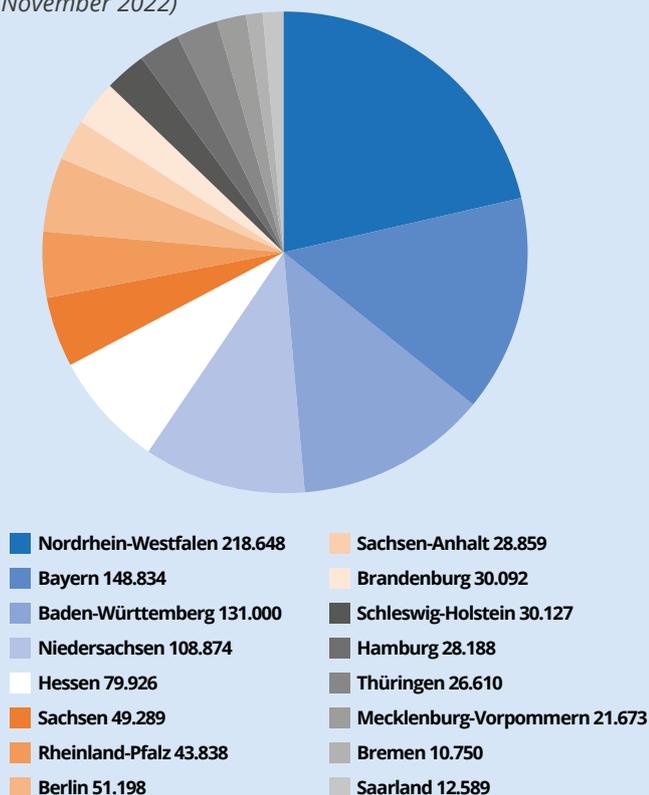
Abb. 1: Zuzüge aus der Ukraine (nach Geschlecht)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2022

<sup>1</sup> Die Zahl der aufgenommenen Menschen ist jedoch mit einem relativ hohen Maß an Unsicherheit behaftet, da die Visafreiheit für ukrainische Staatsangehörige eine genaue Erfassung erschwert.

Abb.2: Verteilung ukrainischer Geflüchteter nach Bundesland (Stand: November 2022)



Quelle: Mediendienst Integration 2022a/ Eigene Darstellung

## BLEIBEPERSPEKTIVE UND INTEGRATION

In einer ersten nicht repräsentativen Onlinebefragung von ukrainischen Geflüchteten im Juli 2022 gaben 52 Prozent der Befragten an, dass sie beabsichtigen, in den nächsten zwei Jahren in Deutschland zu bleiben (Panchenko 2022: 72). Umfragen aus dem Frühjahr 2022 zeigen, dass die Geflüchteten in Deutschland zu 32 Prozent damit rechnen, bald wieder in die Ukraine zurückzukehren (BMI 2022a: 26). Wie viele Geflüchtete aus der Ukraine letztlich dauerhaft in Deutschland bleiben werden, ist freilich noch schwer abzuschätzen. Allerdings spricht manches dafür, dass „der Entschluss zur Weiterreise nach Deutschland mit einer stärkeren Bleibeperspektive verbunden“ ist (Thränhardt 2022).<sup>2</sup> In der Vergangenheit ist das Gros der nach Deutschland geflüchteten Menschen ebenfalls nicht in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Auch deshalb stellt sich die Frage der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine immer drängender. Dabei tut man gut daran, diese Frage nicht losgelöst von der allgemeinen Migrationssituation in Deutschland zu betrachten. So ist davon auszugehen, dass das Jahr 2022, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Zuwanderung von Menschen aus anderen Krisenregionen, das Jahr mit der höchsten Zuwanderung seit der Wiedervereinigung sein wird (OECD 2022). Dies kann erneut politische Verwerfungen auslösen und einwanderungsfeindliche Stimmungen begünstigen. Dennoch ist Deutschland generell besser aufgestellt als noch vor sieben Jahren. Die Aufnahme von Geflüchteten ist auch deshalb viel reibungsloser verlaufen, weil Politik, Verwaltung und Gesellschaft schneller reagiert haben und die

<sup>2</sup> Thränhardt bezieht sich auf verschiedene Umfragen, nach denen in Deutschland 32 Prozent der Befragten (BMla 2022) angaben, bald zurückzukehren. In Polen gaben hingegen 80 Prozent der Befragten an, wieder in die Ukraine zurückzukehren (IOM 2022). Jedoch wurden in den Umfragen unterschiedliche Fragen gestellt: Während in Deutschland die Frage gestellt wurde „Wie sind denn Ihre Pläne für die nächsten Monate?“ (BMI 2022a: 26), wurde in Polen gefragt, ob sie in die Ukraine zurückkehren würden, „when it is safe“ (vgl. IOM 2022: 2). Daher lassen sich die Antworten nicht einfach vergleichen.

Länder besser vorbereitet waren. Auch vonseiten der Zivilgesellschaft war die Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine groß.

## Rechtlicher Rahmen

Der rechtliche Rahmen für die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine setzt sich aus verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen zusammen, von denen einige in den letzten Monaten angepasst oder geändert wurden. Festzuhalten ist zunächst, dass Staatsangehörige aus der Ukraine keiner Visumpflicht innerhalb der EU unterliegen und sich für 90 Tage in Deutschland visumfrei aufhalten können (Europäische Union 2018). Zudem wurde am 4. März 2022 (rückwirkend zum 24. Februar 2022) zum ersten Mal die sogenannte EU-Massenzustrom-Richtlinie von den Mitgliedsstaaten einstimmig angenommen.<sup>3</sup> Durch die Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie kann der Aufenthaltstitel ohne ein langwieriges Asylverfahren vergleichsweise schnell und unkompliziert ausgestellt werden (Brücker 2022a: 8; Bossler/Popp 2022; Brücker 2022b).<sup>4</sup> Dabei spielt die sogenannte „Fiktionsbescheinigung“<sup>5</sup> eine wichtige Rolle: Sie kann von der Ausländerbehörde vorläufig und anstelle eines Aufenthaltstitels ausgestellt werden, bevor über einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis entschieden wird. Mit der Fiktionsbescheinigung ist u. a. die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt. Ferner wird Geflüchteten aus der Ukraine der Zugang zum Bildungssystem und der Gesundheitsversorgung ermöglicht.

## AKTIVIERUNG DER EU-MASSENZUSTROM-RICHTLINIE

Mit der EU-Massenzustrom-Richtlinie kam Paragraph 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in Deutschland zur Anwendung. Dieser gewährt den ukrainischen Geflüchteten eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer des durch die Richtlinie bemessenen Zeitraums von vorerst einem Jahr.<sup>6</sup> Ein Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes ist in der Richtlinie nicht verankert, sodass Geflüchtete innerhalb Deutschlands verteilt werden können. Da Staatsangehörige aus der Ukraine jedoch nicht der Visumpflicht unterliegen, können sie ihren Aufenthaltsort zunächst frei wählen. Erst mit der Registrierung bzw. der Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis können die Behörden die freie Wohnsitzwahl einschränken, indem die eine Verteilung nach Maßgabe des Königsteiner Schlüssels<sup>7</sup> auf die Bundesländer<sup>8</sup> vornehmen. In der Praxis werden allerdings nur Personen zugewiesen, die nicht bei Verwandten oder Freunden untergekommen sind.<sup>9</sup>

## VERTEILUNG DER GEFLÜCHTETEN

- 
- 3 EU-Massenzustrom-Richtlinie von 2001 siehe: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32001L0055&from=DE> (letzter Zugriff: 25.10.2022); Durchführungsbeschluss zur Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie von 2022 siehe: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022D0382&from=DE> (letzter Zugriff: 25.10.2022).
  - 4 Rückwirkend regelte nun diese Richtlinie, dass sich die Geflüchteten aus der Ukraine in den EU-Mitgliedsstaaten längerfristig visumfrei aufhalten können und dass die Mitgliedsstaaten ihnen einen vorübergehenden Schutzstatus zu gewähren haben. Dies gilt für ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ebenso wie für Drittstaatsangehörige und Staatenlose, die sich vor dem 24.2.2022 rechtmäßig in der Ukraine aufhielten.
  - 5 Dies ist ein Nachweis über die Wirksamkeit einer Antragstellung auf eine Aufenthaltserlaubnis, betrifft also Ausländerinnen und Ausländer in einem laufenden Antragsverfahren (§ 81 Absatz 5 AufenthG).
  - 6 Sie kann automatisch um sechs Monate oder höchstens um ein Jahr verlängert werden, oder auch jederzeit, wenn die Lage in der Ukraine eine sichere und dauerhafte Rückkehr erlaubt, beendet werden (Rat der Europäischen Union 2022).
  - 7 Der Königsteiner Schlüssel bezeichnet ein Instrument, nach dem Anteile der Bundesländer, etwa für gemeinsame Finanzierungen oder zur Aufnahme von Geflüchteten, berechnet werden. Er setzt sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der einzelnen Länder zusammen (Gemeinsame Wissenschaftskonferenz 2022).
  - 8 Eine weitere Verteilung auf die Kommunen und die Erteilung von Wohnsitzauflagen ist möglich.
  - 9 „Eine Verteilung findet generell nur bei Personen statt, die nicht bereits anderweitig z.B. bei Verwandten oder Freunden in Deutschland unterkommen“ (vgl. BMI 2022e). Eine Wohnsitzauflage wird nicht mehr verfügt oder wird auf Antrag gestrichen, (1) wenn ein Integrationskurs, ein berufsbezogener Sprachkurs, eine Qualifikationsmaßnahme oder eine Weiterbildungsmaßnahme von mindestens drei Monaten aufgenommen wurde, bzw. zeitnah aufgenommen werden kann oder bereits abgeschlossen wurde oder (2) der Lebensunterhalt überwiegend gesichert werden kann oder einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von mindestens 810 Euro nachgegangen wird (Frings 2022: 212; §12a AufenthG).

Anfang März 2022 wurden vom Bundesinnenministerium weitere rechtliche Maßnahmen im Hinblick auf die Erleichterung der Einreise Geflüchteter aus der Ukraine ergriffen. So wurde am 8. März 2022 die Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung erlassen, die Drittstaatsangehörige, die sich zu Kriegsbeginn in der Ukraine aufgehalten haben, von der Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit (UkraineAufenthÜV § 2).<sup>10</sup> Die Regelung galt vorerst bis zum 31. August 2022 und wurde um weitere sechs Monate bis zum 28. Februar 2023 verlängert.<sup>11</sup> Die Verordnung sieht außerdem vor, dass ukrainische Staatsangehörige ohne biometrischen Pass nach Deutschland einreisen oder sich in Deutschland aufhalten dürfen (BMI 2022b; Auswärtiges Amt 2022; Deutsche Vertretung Polen 2022). Mit der Allgemeinverfügung über die Anerkennung ausländischer Pässe und Passersatzpapiere wird auch die ukrainische ID-Card als Passersatz anerkannt (BMI 2022b).

### ZUWANDERUNGSREGELUNG FÜR JUDEN UND JÜDINNEN

Zu den zugewanderungsrelevanten Maßnahmen des Bundesinnenministeriums gehört auch die vereinfachte Zuwanderungsregelung für Juden und Jüdinnen aus der Ukraine, die gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Bundesländern vereinbart wurde. Diese Regelung erfolgte am 18. März 2022 und sieht vor, dass Menschen jüdischer Abstammung aus der Ukraine einen Antrag auf Zuwanderung direkt in Deutschland bei der örtlichen jüdischen Gemeinde stellen können. Diese nimmt die Anträge entgegen und leitet sie zur Prüfung weiter. Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen für die jüdische Zuwanderung erfüllt sind, trifft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.<sup>12</sup>

### UNTERSCHIED ZUM STATUS ANDERER GEFLÜCHTETER

Mit der Möglichkeit der visumsfreien Einreiseerlaubnis unterscheidet sich der rechtliche Status der Geflüchteten aus der Ukraine von dem der meisten Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren in Deutschland ankamen und zumeist aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan stammten. Hinzu kommt, dass 2015 die sogenannte EU-Massenzustrom-Richtlinie nicht aktiviert wurde, weil es keinen Konsens unter den europäischen Ländern darüber gab, dass Geflüchtete aus Syrien in Europa nach diesen Bestimmungen aufgenommen werden sollten.<sup>13</sup> Aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage unterscheiden sich die Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete aus der Ukraine von denen anderer Geflüchteter, mal deutlicher, wie bei den Sozialleistungen und mal weniger deutlich, wie bei der Beschulung von Kindern und Jugendlichen (siehe Bildungsintegration unten).

### Politische Reaktionen

Über die Aufnahme und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine wurde in verschiedenen politischen Arenen mitunter intensiv diskutiert. Die Bundesregierung hat sich von Anfang an mit den Menschen in der Ukraine solidarisch gezeigt (Braun 2022). „In diesen schweren Stunden gilt der Ukraine, gilt ihr und ihren Bürgerinnen und Bürgern unsere

<sup>10</sup> Die Verordnung gilt auch für ukrainische Staatsangehörige, die sich zu Zeitpunkt des Kriegsausbruches in anderen Ländern aufgehalten haben.

<sup>11</sup> Die wichtigste Änderung durch die neue Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung ist, dass sich die betroffenen Personengruppen nur noch 90 Tage ohne Visum oder sonstigen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhalten dürfen. Zudem wird erstmals ein Stichtag (30. November 2022) eingeführt, bis zu dem die Einreise nach Deutschland erfolgt sein muss, damit die Visafreiheit greift. Vgl. siehe: Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung - UkraineAufenthÜV: <https://www.buzer.de/UkraineAufenthUeV.htm> (letzter Zugriff: 24.08.2022).

<sup>12</sup> Siehe: [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/JuedischeZuwanderer/anordnung-bmi-maerz-2022.pdf;jsessionid=42561E9388040B3C5FCA049A820A09CE.intranet672?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/JuedischeZuwanderer/anordnung-bmi-maerz-2022.pdf;jsessionid=42561E9388040B3C5FCA049A820A09CE.intranet672?__blob=publicationFile&v=5) (letzter Zugriff: 24.08.2022).

<sup>13</sup> Die Richtlinie wurde 2001 im Zuge der Kriege in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens beschlossen, aber seitdem nie angewendet.

volle Solidarität“ (Deutsche Bundesregierung 2022), so die Worte von Bundeskanzler Olaf Scholz am 24. Februar 2022. Einen Monat nach Kriegsbeginn appelliert Außenministerin Annalena Baerbock an alle europäischen Länder, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen, und sie sieht die Fluchtmigration als Jahrhundertaufgabe, der sich kein Land alleine stellen könne (RND 2022). Hinsichtlich der solidarischen Grundhaltung gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine bestand innerhalb der Regierungskoalition von Beginn an Einigkeit zwischen den drei Parteien.

Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine stand mehrfach auf der Tagesordnung des Bundestages.<sup>14</sup> Dabei sprachen die im Bundestag vertretenen Parteien ihre Unterstützung und Aufnahmebereitschaft für die Geflüchteten aus. Sowohl CDU als auch Linkspartei (siehe auch „Infobox Die Flucht aus der Ukraine und die AfD“) würdigten das Engagement der Zivilgesellschaft bei der Aufnahme von Geflüchteten und forderten zugleich die Regierung auf, die Erstversorgung und Unterbringung der Geflüchteten nicht allein in die Hände von Freiwilligen zu legen. Dabei prangerte die Unionsfraktion Defizite beim Schutz besonders gefährdeter Gruppen an und forderte die Regierung auf, die Situation der Geflüchteten in geordnete Bahnen zu lenken und die Ankommenden möglichst lückenlos zu registrieren.<sup>15</sup> Im Verlauf der Monate verschärfte sich der Ton der Kritik von Seiten der CDU/CSU-Fraktion. So wurde im Bundestag mehrfach Kritik am Rechtskreiswechsel geübt.<sup>16</sup> Der CDU-Abgeordnete Maximilian Mörseburg beklagte beispielsweise, dass „ukrainische Flüchtlinge mehr bekommen als andere Kriegsflüchtlinge“ und dies zu einer schwer zu rechtfertigenden „Ungleichbehandlung“ führe. Zudem löse – das Ausweiten von Sozialleistungen in diesem Bereich auch Pull-Effekte“ (Deutscher Bundestag 2022f: 7.016) aus.<sup>17</sup> Auch für die Linkspartei spielt das Thema der Ungleichbehandlung von Geflüchteten eine wichtige Rolle – wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen: Sie begrüßte zwar den Rechtskreiswechsel für ukrainische Geflüchtete als wichtige Verbesserung, betonte aber zugleich, dass alle Schutzsuchenden Unterstützung nach dem Sozialgesetzbuch II und XII erhalten müssten, nicht nur ukrainische Geflüchtete: „Diese Verbesserung muss aber für alle Geflüchteten gelten. Es ist höchste Zeit, dass das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz in Gänze abgeschafft wird.“ (Deutscher Bundestag 2022e: 2475). In diesem Zusammenhang ist von einer Zwei-Klassen-Flüchtlingspolitik und Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen die Rede.

## KRITIK AM RECHTSKREISWECHSEL

14 In insgesamt fünf Sitzungen des Bundestages war die ukrainische Fluchtmigration Teil der Tagesordnung: 21. Sitzung, 20. Wahlperiode, 17.03.2022, TOP ZP 8 Aktuelle Stunde – Lage der ukrainischen Flüchtlinge; 28. Sitzung, 20. Wahlperiode, 07.04.2022, TOP ZP 2 Masterplan Hilfe für ukrainische Frauen, Kinder, Jugendliche, TOP 16 Geflüchtetenhilfe für Kommunen; 29. Sitzung, 20. Wahlperiode, 08.04.2022, TOP 22 Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge; 36. Sitzung, 20. Wahlperiode, 18.05.2022, TOP 5 Masterplan Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine; 62. Sitzung, 20. Wahlperiode, 19.10.2022, TOP ZP 2 Leistungen für Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber.

15 Die CDU brachte auch Vorschläge in den Bundestag ein. Darunter: Prepaidkarten für geflüchtete Frauen und die lückenlose Registrierung aller Einreisenden.

16 Der Rechtskreiswechsel wurde von den CDU/CSU-Ministerpräsidenten der Länder hingegen gebilligt.

17 Im Hintergrund dieser Aussagen steht ein Interview mit dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, in dem er sich kritisch zur ukrainischen Flüchtlingsmigration geäußert hatte (Gathmann/Müller 2022). Ähnlich wie bereits die AfD sprach er von „Sozialtourismus“ und warf damit ukrainischen Geflüchteten vor, die deutschen Sozialsysteme in unzulässiger Weise auszunutzen. Kurze Zeit später nahm er diesen Ausdruck zurück und richtete seine Kritik stattdessen gegen die angebliche Sogwirkung deutscher Sozialleistungen auf Zuwandernde aus anderen Krisengebieten.

**INFOBOX – Die Flucht aus der Ukraine und die AfD**

Einwanderung ist für Rechtspopulisten in vielen europäischen Ländern ein Dauerthema, aus dem sie politisches Kapital zu schlagen versuchen (Hutter/Kriesi 2021; MIDEM 2018: 17-22; MIDEM 2019: 13). Das gilt auch für die AfD, die mit flüchtlingsfeindlichen Kampagnen und scharfer Kritik an der deutschen Migrations- und Flüchtlingspolitik auf sich aufmerksam gemacht hat.

Zu Beginn des Krieges schließt sich die AfD dem überparteilichen Konsens an und spricht sich für die Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten aus. So befürwortete im Februar etwa der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla deren Aufnahme. Auch Parteimitglied Gottfried Curio beteuerte im Bundestag, dass die Unterstützung der Ukrainer „fraglos“ sei (Deutscher Bundestag 2022a). Gleichzeitig nahm die AfD zunehmend „andere Migranten“ ins Visier, welche die für ukrainische Geflüchtete geschaffenen Fluchtmöglichkeiten nutzen würden. Schuld daran sind nach Ansicht der AfD mangelnde Kontrollen in der Asylpolitik. So behauptet die AfD-Vorsitzende Alice Weidel:

*Durch die unkontrollierte Einwanderung strömen im Schlepptau tatsächlicher Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auch Migranten aus dem Maghreb und Afrika ins Land, die meist angeben, ihren Pass verloren zu haben oder in der Ukraine zu studieren. Diese unkontrollierte Einwanderung stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, dessen Tragweite in den kommenden Monaten ersichtlich werden wird. Hiervor verschließen die Berliner Behörden verantwortungslos die Augen. Man verfolgt die ideologische Agenda des rot-rot-grünen Senats ohne Rücksicht auf Verluste und ruft im Falle der Überforderung einfach den Katastrophenfall aus (Weidel 16. März 2022).*

Während ukrainischen Flüchtenden das Recht auf Asyl zugestanden wird, werden andere Zugewanderte als Gefahr betrachtet. So unterscheidet die AfD zwischen „echte[n] Kriegsflüchtlingen“ und „Trittbrettfahrern“ (Deutscher Bundestag 2022a) bzw. „Altlasten illegaler Migration“ (Deutscher Bundestag 2022d: 1583), um sie argumentativ gegeneinander auszuspielen. Die Unterscheidung verdeutlicht auch, wie sich der Umgang der AfD mit Geflüchteten aus der Ukraine von dem mit anderen Geflüchteten-Gruppen unterscheidet.

*Keine Frage: Unter den Migranten, die derzeit vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, sind viele tatsächliche Flüchtlinge, die nicht mit afrikanischen und arabischen Sozialmigranten der Asylwelle im Jahr 2015 vergleichbar sind. Für tatsächliche Flüchtlinge ist das Asylrecht geschaffen, Deutschland kann hier einen Beitrag leisten. [ ] Vor allem aber: Die enormen Kosten für tatsächliche Flüchtlinge aus der Ukraine können nur geschultert werden, wenn Trittbrettfahrer und illegale Einwanderer identifiziert und an der Einreise gehindert werden (AfD Kompakt 2022).*

Die Solidarität der AfD gegenüber ukrainischen Geflüchteten ist keineswegs uneingeschränkt. Wiederkehrend werden sie als finanzielle Belastung dargestellt. Dabei konstruiert die Partei eine Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und Geflüchteten. So behauptet die AfD etwa in Bezug auf die monatlichen Kosten pro geflüchteter Person:

*Von solchen monatlichen Einkünften können deutsche Rentner und Geringverdiener nur träumen: In einem Positionspapier rechnen die drei kommunalen Spitzenverbände in Hessen mit monatlichen Kosten von 3.500 Euro pro Ukraine-Flüchtling (AfD Kompakt 2022).*

Die Kritik der AfD zielt inzwischen hauptsächlich auf die Kosten der ukrainischen Fluchtmigration. So kritisiert die Partei, dass der Rechtskreiswechsel zu einem stärkeren Zuzug aus der Ukraine führt, für deren Kosten die deutschen Steuerzahler aufkommen müssten. In einem von der AfD eingebrachten Antrag wurde dieser als „Sozialstaatsmagnet“ (Deutscher Bundestag 2022g) bezeichnet, da dieser Anreize für geflüchtete Ukrainer und Ukrainerinnen aus anderen europäischen Ländern schaffen würde, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen (vgl. Deutscher Bundestag 2022). Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kritik der AfD in der Sache weit weniger scharf ausfällt als im Jahr 2015. So beschränkt sich die Kritik meist auf das Handeln der Regierung und richtet sich nicht gegen die ukrainischen Geflüchteten selbst, die im Vergleich zu anderen Geflüchteten positiv herausgehoben werden.

### Föderaler Abstimmungsprozess

Die Aufnahme und Integration der Geflüchteten aus der Ukraine im föderalen Gefüge Deutschlands erfordert die enge Koordination zwischen Kommunen, Ländern und Bund. Föderale Abstimmungsprozesse fanden im Rahmen zweier gesonderter Foren statt. Zum einen konnten die Kommunen in Rahmen von Flüchtlingsgipfeln ihre Belange vorbringen. Darin wurde insbesondere die Überlastung mancher Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Krisenregionen thematisiert. Laut Markus Lewe (2022), Präsident des Deutschen Städtetages, sind viele Kommunen an der Belastungsgrenze und brauchen daher vor allem Unterstützung durch den Bund. Zum anderen fanden entscheidende Abstimmungen im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zwischen Bund und Ländern statt. Parallel zu den Bundestagssitzungen traf sich der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten<sup>18</sup>, um über ukrainische Geflüchtete zu beraten. Die Ministerpräsidentenkonferenz ist kein Verfassungsorgan wie der Bundesrat und die dort getroffenen Beschlüsse müssen durch die Legislative erst umgesetzt werden. Dennoch bietet eine gemeinsame Konferenz von Ministerpräsidenten und Bundeskanzler den Rahmen für die frühe Abstimmung zwischen Bundesregierung und Länderregierungen, was die Legislativprozesse deutlich beschleunigen kann, wie auch der Fall ukrainischer Fluchtmigration zeigt. Die zentralen Punkte, die in den Ministerpräsidentenkonferenzen abgestimmt wurden, betrafen die Registrierung der Geflüchteten, ihre Verteilung sowie die Fragen der Finanzierung.

### FLÜCHTLINGSGIPFEL UND MINISTERPRÄSIDENTEN-KONFERENZEN

### Registrierung

Ein zentrales Anliegen der Länder, welches bereits am 17. März 2022 Eingang in den Beschluss der MPK gefunden hatte, ist die personelle und materielle Unterstützung durch den Bund bei der Registrierung der Geflüchteten. Diese soll durch sogenannte Personalisierungsinfrastrukturkomponenten (PIK) erfolgen. Es handelt sich hierbei um Stationen<sup>19</sup>, an denen biometrische Daten (Fingerabdrücke und Lichtbild) der Geflüchteten erfasst werden. Im Interesse der nationalen Sicherheit sagte der Bund im MPK-Beschluss vom 7. April 2022 den Ländern die weitere Beschaffung der PIK-Terminals zu. Zudem einigten sich die Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 2. Juni 2022 darauf, dass die Registrierung mit der PIK nicht nur zwingende Voraussetzung für eine Fiktionsbescheinigung ist, sondern auch

<sup>18</sup> Weitere Termine waren der 17.03., 07.04., 02.06, sowie der 02.11.2022.

<sup>19</sup> Die PIK-Stationen bestehen aus einem Laptop, einer Kamera, einem Fingerabdruckscanner, einem Dokumentenprüfergerät, einem Drucker und einem LTE-Router. Siehe: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/206502> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

auf die Ausweitung der Amtshilfe für die Bundesländer durch BAMF und Bundespolizei. Im Beschluss vom 2. November 2022 wird festgehalten, dass die Länder verantwortlich sind für die vollständige Registrierung aller schutzsuchenden Ukrainerinnen und Ukrainer im Ausländerzentralregister (MPK-Beschluss 2. November 2022). Zudem ist es Aufgabe der Länder sicherzustellen, dass die Ausländerbehörden vollständige Registrierungen vornehmen, um das „reibungslöse Zusammenwirken“ (ebd.: 9) zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu gewährleisten.

### Verteilung

Viele Kommunen sind auf die logistische, finanzielle und personelle Unterstützung der Länder und des Bundes angewiesen.<sup>20</sup> Bereits im Beschluss der MPK vom 17. März 2022 baten die Länder den Bund um Unterstützung bei der Koordination der Aufnahme Geflüchteter, deren Verteilung im Prinzip nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgt. Konkretisiert wurde dies am 7. April 2022: Für eine zügige und gerechte Verteilung vereinbarten Bund und Länder, „dass die Fachanwendung zur Registerführung, Erfassung und Erstverteilung zum vorübergehenden Schutz FREE<sup>21</sup> zügig überall eingeführt und optimiert wird. In den Ankunftscentren, Aufnahmeeinrichtungen und Ausländerbehörden können bundesweit von allen Ankommenen Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und weitere personenbezogene Daten erfasst werden. FREE ermöglicht damit bereits vor der Registrierung im Ausländerzentralregister eine individualisierte und nachvollziehbare Verteilung auf die Länder und Kommunen.“ (MPK-Beschluss 7. April 22).

### Finanzierung

Der Vorschlag zur Finanzierung der Kosten der ukrainischen Fluchtmigration wurde im Beschluss der MPK vom 7. April 2022 unterbreitet. Beginnend mit dem Bekenntnis des Bundes zur Mitverantwortung der Finanzierung von Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Geflüchteten wird sodann der „Rechtskreiswechsel“ für ukrainische Geflüchtete vorgeschlagen. Denn während Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) von den Kommunen und den Ländern getragen werden,<sup>22</sup> trägt der Bund anteilig die Kosten für Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB).<sup>23</sup> Konkret geht es darum, dass Geflüchtete aus der Ukraine Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch statt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen können. Da die ukrainischen Geflüchteten (aufgrund § 24 Aufenthaltsgesetz) direkten Anspruch auf einen Aufenthaltstitel haben, erhalten hilfsbedürftige Geflüchtete aus der Ukraine Leistungen nach SGB II bzw. SGB XII. Generell war das bisher nur den bereits positiv beschiedenen Asylsuchenden vorbehalten.<sup>24</sup> Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen

20 Neben der kommunalen und staatlichen Ebene wurden im politischen Diskurs die Verantwortlichkeiten auf europäischer und internationaler Ebene thematisiert. Insbesondere aus den Reihen der FDP wurde wiederholt gefordert, dass die Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland durch einen europäischen und internationalen Verteilungsmechanismus flankiert werden muss (FDP 2022a). Auch niederschwellige Maßnahmen wie die europäische Koordinierung der für Geflüchtete bereitstehenden Züge wurden in Erwägung gezogen (FDP 2022ba). Zu Beginn der Fluchtbewegung appellierte die Außenministerin Annalena Baerbock an die westeuropäischen Staaten, mehr Geflüchtete aufzunehmen. Sie forderte in diesem Zuge die Etablierung einer Luftbrücke (Meier 2022). Diese Forderung, wie die meisten Forderungen nach einer engen europäischen Zusammenarbeit bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten, blieb letztlich ohne Ergebnis.

21 FREE ist eine webbasierte Anwendung, die das bisherige Verteilungssystem „EASY“ (Erstverteilung der Asylbegehrenden) ersetzt, da dieses nicht für die frei einreisenden und sich überall meldenden ukrainischen Geflüchtete praktikabel ist. Die Verteilung erfolgt dabei weiterhin nach dem Königsteiner Schlüssel.

22 Siehe: <https://www.bundestag.de/resource/blob/405482/02c6fdc92bd09faf83f9759af4f36b8f/wd-4-020-14-pdf-data.pdf> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

23 Siehe: <https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbii/46.html> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

24 Im Bundestag bezeichnen Linke das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) als diskriminierend (Deutscher Bundestag 2022b) und unterstützten neben der CDU, die Wert auf eine damit einhergehende Registrierung und vollständigen Übermittlung der Personendaten legte, das Vorhaben der Regierung.

nach SGB II oder XII ist „eine Registrierung im Ausländerzentralregister (AZR, Anm. d. Verf.) und die Vorlage einer aufgrund der Registrierung ausgestellten Fiktionsbescheinigung oder eines Aufenthaltstitels nach § 24 Abs. 1 AufenthG.“ (MPK Beschluss 7. April 2022). Damit können auch bisher nicht oder nur unvollständig registrierte Personen noch erfasst werden.<sup>25</sup> Um den Rechtskreiswechsel schnellstmöglich zu vollziehen, wurden die notwendigen Gesetzesänderungen im sogenannten „Einmalzahlungsgesetz“ integriert. Am 12. Mai hat der Bundestag und am 20. Mai der Bundesrat dem Gesetz zugestimmt, sodass es ab 1. Juni 2022 in Kraft treten konnte.

Des Weiteren sichert der Bund den Ländern insgesamt zwei Milliarden Euro als Unterstützung zu (MPK Beschluss 7. April 2022). Eine Milliarde Euro als Hilfeleistung für die Kommunen, für Kosten zur Unterkunft der Geflüchteten sowie zur Abgeltung bisheriger Auslagen. Und eine weitere Milliarde Euro für übrige Kosten wie Kinderbetreuung, Beschulung sowie Gesundheits- und Pflegekosten. Beim Treffen am 2. November 2022 wurde beschlossen, dass für das Jahr 2022 die Länder zusätzlich 1,5 Milliarden Euro erhalten sollen. Zudem einigte man sich auf eine Neuregelung für 2023. Demnach wird der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro für ihre Ausgaben für Geflüchtete aus der Ukraine zur Verfügung stellen. Zur Verstetigung der Beteiligung des Bundes an allgemeinen flüchtlingsbezogenen Kosten wird der Bund ab 2023 die Länder jährlich mit 1,25 Milliarden Euro unterstützen. Damit werden für das Jahr 2023 insgesamt 2,75 Milliarden Euro bereitgestellt. Die weitere Entwicklung wird Ostern 2023 wieder Thema zwischen Bund und Ländern sein.

### Gesellschaftliche Reaktionen

Vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, aber auch im Bundestag wurde den Ersthelferinnen und Ersthelfern aus der Zivilgesellschaft (RND 2022) wiederholt Anerkennung und Dank für das schnelle und tatkräftige Engagement ausgesprochen. So war gerade zu Beginn der Fluchtmigration aus der Ukraine das zivilgesellschaftliche Engagement zur Unterstützung der Geflüchteten überwiegend groß. Laut einer Studie gibt mehr als die Hälfte der Befragten in Deutschland an, sich in irgendeiner Weise engagiert zu haben. Dabei wird besonders die Bedeutung informeller Mobilisierungskanäle und spontaner Hilfsaktionen betont (vgl. Höltmann et al. 2022). Für die Unterbringung der Schutzsuchenden waren die vorhandenen oder sich herausbildenden sozialen Netzwerke entscheidend (vgl. Thränhardt 2022). So wurden erfolgreich Plattformen für die Wohnungsvermittlung gegründet, auf die auch das Bundesinnenministerium verweist (ebd.). Tausende private Unterkünfte wurden so angeboten. Anfang April lebte die Mehrheit der Geflüchteten bei Freunden, Verwandten oder anderweitig in Privatwohnungen (vgl. BMI 2022; Abbildung 3). Ungeachtet dessen klagen vielerorts die Kommunen aufgrund der Überlastung der Erstaufnahmeeinrichtungen (Decker/Müller 2022). Im September haben bereits zwölf Bundesländer eine Sperre im Erstverteilungssystem aktiviert (ebd.). Die Unterbringung der Geflüchteten hat vor diesem Hintergrund das Potenzial zu einer zentralen Herausforderung für die Integrationspolitik in den kommenden Monaten zu werden. Dabei ist die Bereitschaft zur privaten Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine nach wie vor bemerkenswert hoch: laut einer weiteren Studie vom September 2022 würden 80 Prozent erneut Personen bei sich aufnehmen (DEZIM 2022a).

### FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE KOMMUNEN

### GROSSES ENGAGEMENT VONSEITEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

<sup>25</sup> Nach § 74 Abs. 3 Einmalzahlungsgesetz und weiteren geänderten Gesetzen müssen die Registrierungen samt erkennungsdienstlicher Behandlung bis zum 31. Oktober 2022 erfolgen.

Abb.3: Art der Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten (in Prozent)



Quelle: BMI 2022 / Eigene Darstellung

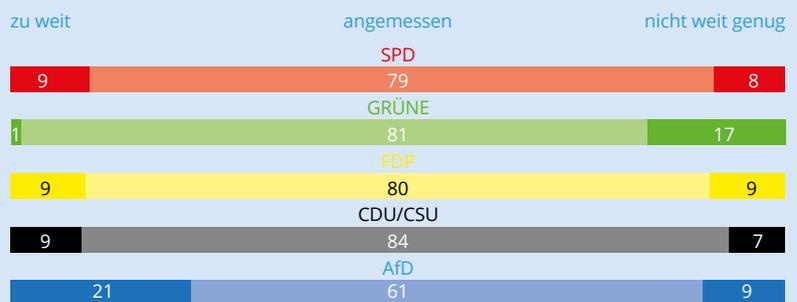
**HOHES MASS AN SOLIDARITÄT**

Die Haltung der deutschen Bevölkerung zeichnete sich durch ein hohes Maß an Solidarität mit den geflüchteten Personen aus. Laut Umfragen von infratest dimap fanden im März 91 Prozent der deutschen Wahlberechtigten die Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern richtig. Und Anfang April 2022 hielten dreiviertel der Wahlberechtigten in Deutschland die Maßnahmen zur Aufnahme und Unterstützung ukrainischer Geflüchteter für angemessen. Für elf Prozent gehen diese zu weit und für zehn Prozent nicht weit genug (infratest dimap 2022). Abbildung 4 zeigt dies aufgeschlüsselt nach Parteianhängerschaft.

Noch im Juni wurden der Krieg und die Außenpolitik als wichtigstes Problem noch vor Inflation, Klimawandel und sozialer Ungleichheit angesehen. Unentschlossen waren die Bürgerinnen und Bürger bezüglich der militärischen Unterstützung der Ukraine. Während 43 Prozent für Zurückhaltung plädierten, um Russland nicht zu provozieren, sprachen sich 50 Prozent für entschlossenes Agieren und dem Zeigen von Härte gegenüber Russland aus. Ob Deutschland angesichts von Inflation und Gasknappheit auch über den Winter diese hohe Solidarität beibehalten wird oder sich die Einstellung zur militärischen Unterstützung verändert, bleibt abzuwarten.

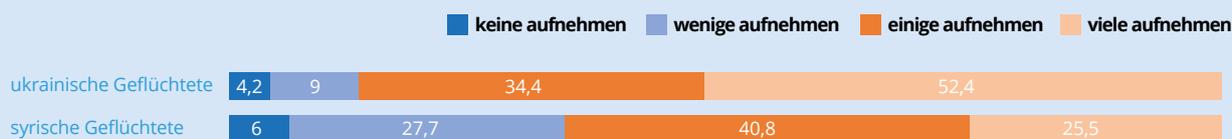
Eine vom Europäischen Hochschulinstituts (EUI) in mehreren europäischen Länder durchgeführte Befragung (von Ende Mai bis Anfang Juni) zeigt: Generell ist die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter innerhalb der Zivilgesellschaft weitestgehend unbestritten (Abbildung 5). Verglichen

Abb. 4: Angemessenheit der Maßnahmen zur Aufnahme und Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge nach Parteianhängerschaft (in Prozent)



Quelle: infratest dimap 2022

Abb. 5: Wie viele ukrainische bzw. syrische Geflüchtete aufnehmen? (in Prozent)



Quelle: Dražanová/Geddes 2022

mit der Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien zeigt sich noch eine deutlich positivere Einstellung gegenüber den ukrainischen Geflüchteten (Abbildung 5).

Generell ist die deutsche Bevölkerung aufnahmebereiter gegenüber Geflüchteten als die der mittel- und osteuropäischen Länder. Ähnlich wie in den mittel- und osteuropäischen Ländern gibt es jedoch Unterschiede in Bezug auf deren Herkunftsland: die Deutschen sind eher bereit, ukrainische Geflüchtete als syrische Geflüchtete aufzunehmen. Dies kann verschiedene Gründe haben. Zwar werden sowohl die Geflüchteten aus der Ukraine als auch die aus Syrien als Kriegsoffer angesehen, doch wick die „Willkommenskultur“ von 2015 nachfolgend Gefühlen von Bedrohung und Überforderung. Seit der Kölner Silvesternacht von 2015/2016 knüpft das Bild des bedrohlichen und fremden Mannes an bestehende Ressentiments an, die sich leicht mobilisieren lassen (vgl. Rösch 2022). Die in erster Linie weiblich geprägte Fluchtbewegung aus der Ukraine hingegen, welche sich ansonsten durch viele Kinder oder ältere Menschen auszeichnet, steht diesem Bild entgegen und wird eher als schutzbedürftig gedeutet.<sup>26</sup> Dass die Einstellungen gegenüber den unterschiedlichen Geflüchteten variieren, ist weitestgehend unbestritten: „Es herrscht eine positive Stimmung gegenüber ukrainischen Geflüchteten. Die Ansicht, dass ukrainische Geflüchtete besser behandelt würden als andere Menschen auf der Flucht, wird von Migrationsbefürworter\*innen und -gegner\*innen, Engagierten und Nicht-Engagierten gleichermaßen geteilt.“ (Höltmann et al. 2022). Denkbar ist, dass die empfundene kulturelle Nähe gegenüber den Menschen aus der Ukraine, etwa aufgrund der Religion, die humanitäre Verantwortung stärker entfalten lässt.

### UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE WERDEN BEVORZUGT

Die aktuellste Umfrage von MIDEM (vgl. in dieser Studie: Einstellungen zu Krieg und Migration in Europa) zeigt, dass nahezu 50 Prozent der Deutschen der Aussage zustimmen, dass Geflüchteten aus der Ukraine deutlich besser in die deutsche Gesellschaft integrierbar sind als Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern. Letztlich zeigt sich innerhalb der deutschen Wohnbevölkerung „ein sehr hohes Niveau an Unterstützungsbereitschaft für Flüchtende aus der Ukraine“ (Dezim 2022b). Mit dem sogenannten Rechtskreiswechsel ist Deutschland vorangegangen und hat europaweit den „höchsten Hilfestandard etabliert“, indem Einheimische und ukrainische Geflüchtete gleichgestellt sind (vgl. Thränhardt 2022). Die Politik der Bundesregierung wird heute deutlich besser bewertet als 2015. Jedoch sehen die Befragten die Rollenverteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ähnlich kritisch wie 2015: rund ein Drittel der Befragten ist der Meinung, der Staat habe die Zivilgesellschaft auch in der gegenwärtigen Krise „im Stich gelassen“ (Höltmann et al. 2022).

### POLITIK DER REGIERUNG BESSER BEWERTET ALS 2015

Die Politik steht vor der Aufgabe, die gewachsenen zivilgesellschaftlichen Netzwerke zu fördern und zu unterstützen, um die Unterstützungsbereitschaft in der Zivilgesellschaft zu erhalten. Denn sie ist, verglichen mit dem Zeitpunkt unmittelbar nach Kriegsbeginn, in allen Bevölkerungsgruppen etwas zurückgegangen (vgl. Dezim 2022b).

<sup>26</sup> Die Asylanträge im Jahr 2016 wurden in etwa 65 Prozent von männlichen Antragstellern gestellt.

## ARBEITSMARKTINTEGRATION UKRAINISCHER GEFLÜCHTETER

### SOZIODEMOGRAPHISCHE MERKMALE

Es gibt zwei soziodemographische Hauptmerkmale, die mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten aus der Ukraine besonders hervorstechen: der hohe Qualifikationsgrad und der hohe Frauenanteil. Etwa die Hälfte der Ukrainer und Ukrainerinnen, die schon vor dem Krieg nach Deutschland kamen, verfügte über ein abgeschlossenes Hochschulstudium und vergleichbare Qualifikationen, 14 Prozent haben eine berufliche Qualifikation und weitere 26 Prozent einen Sekundarschulabschluss (Brücker et al. 2022a: 14). Nach einer nicht-repräsentativen Umfrage des BMI von Ende März gilt dieser Befund auch für die jüngste Fluchtbewegung aus der Ukraine (BMI 2022c). Insgesamt 73 Prozent der Befragten gaben an, ein Studium abgeschlossen zu haben.<sup>27</sup> Auch schon vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fällt der hohe Frauenanteil von ukrainischen Zugewanderten auf (Brücker et al. 2022a: 14). Seit Kriegsbeginn ist der Anteil der Frauen nochmals deutlich gestiegen (BMI 2022c; Panchenko 2022: 68; Pötzschke et al. 2022). Laut BMI lag der Frauenanteil bis Oktober bei 71 Prozent (Mediendienst Integration 2022b).

### DIE MEISTEN GEFLÜCHTETEN WOLLEN ARBEITEN

Vieles spricht dafür, dass die meisten Geflüchteten aus der Ukraine bereit sind, in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen. Laut einer (nicht-repräsentativen) Umfrage des IFO-Instituts gaben nur 10 Prozent der Geflüchteten an, kein Interesse oder Gelegenheit für Arbeit in Deutschland zu haben.<sup>28</sup> 32 Prozent wären sogar bereit, unterhalb ihrer formellen Qualifikation zu arbeiten (Panchenko 2022: 73).

Von 671.000 Geflüchteten aus der Ukraine im erwerbsfähigen Alter (von denen 423.000 als erwerbsfähig gemeldet waren) befinden sich bisher jedoch erst rund 51.000 in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen (Bundesagentur für Arbeit 2022a: 9). Einer ausschließlich geringfügigen Beschäftigung gehen 17.000 Personen nach (ebd.)<sup>29</sup>. Im Oktober ist die gemeldete Arbeitslosigkeit unter Geflüchteten aus der Ukraine jedoch erstmals seit Kriegsbeginn gesunken. Das liegt vor allem daran, dass inzwischen deutlich weniger neue ukrainische Geflüchtete nach Deutschland kommen und diese zunehmend an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen. Während der Teilnahme werden sie nicht als arbeitslos gezählt (ebd.).

### Maßnahmen und rechtliche Rahmenbedingungen

Voraussetzung einer Arbeitserlaubnis ist für Geflüchtete die Beantragung eines Aufenthaltstitels. Die erstmalige Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft 2001) durch die EU-Mitgliedstaaten hat zu einer erheblichen Reduzierung des Verwaltungsaufwands geführt (Schork et al. 2022: 26) und den beschleunigten Zugang ukrainischer Geflüchteter zum Arbeitsmarkt begünstigt. Denn mit der vorläufigen Aufenthaltserlaubnis (die sog. Fiktionsbescheinigung) sind

27 Dieser hohe Wert tertiärer Bildung muss jedoch vor dem Hintergrund des ukrainischen Bildungssystems eingeordnet werden. Statistisch werden dort auch Berufe diesem Sektor zugeordnet, die in Deutschland im Rahmen einer dualen oder schulischen Berufsbildung erlernt werden (Schreyer et al. 2022: 5, 7).

28 Waren es Ende März noch 52 Prozent der Befragten, die einer Beschäftigung tendenziell ablehnend gegenüberstanden, sank dieser Wert in den Folgemonaten erheblich (BMI 2022; Panchenko 2022). Mit steigender Aufenthaltsdauer dürfte sich der Wert weiter verringern.

29 Die Datenlage der Arbeitsmarktsituation Geflüchteter aus der Ukraine ist nach wie vor qualitativ stark eingeschränkt. Schul- und Berufsbildung, Zielberuf oder Zugangsgründe sind derzeit noch nicht ausreichend dokumentiert. Das ist insbesondere der Tatsache geschuldet, dass im Interesse eines reibungslosen Verwaltungsprozesses sehr schnell viele neue Personen in den Betreuungskreis der Jobcenter übergegangen sind. Personenbezogenen Daten wurden dabei automatisiert und ohne berufsbiografische Informationen übermittelt. Daher liegen vorerst nur absolut unabdingbare personenbezogenen Informationen vor (Bundesagentur für Arbeit 2022a: 9).

die Geflüchteten zu selbständiger und abhängiger Beschäftigung nach den jeweilig geltenden Regeln eines Berufsstandes berechtigt.<sup>30</sup> Die Beschäftigungserlaubnis ist somit „weder davon abhängig, dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt, noch von der Zustimmung der Ausländerbehörde oder der Bundesagentur für Arbeit“ (Schork et al. 2022: 26).

Ein weiterer bedeutender Unterschied zu früheren Fluchtbewegungen ist auch der sogenannte Rechtskreiswechsel Geflüchteter aus der Ukraine zum 1. Juni 2022. Arbeitsmarktpolitisch hat der Rechtskreiswechsel zur Folge, dass von ukrainischen Geflüchteten die gesamte Bandbreite arbeitsmarktpolitischer Instrumente (wie Beratung, Vermittlung, Bildungsgutscheine usw.) sowie Integrations- und Sprachkurse genutzt werden kann. Zuständig für die Bearbeitung der Anträge ist damit nicht mehr das BAMF, sondern die Ausländerbehörden und Jobcenter (Frings 2022: 210). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Geflüchtete aus der Ukraine frühzeitig Zugang zum Jobcenter erhalten, was für die Arbeitssuche von großer Bedeutung ist.

Leistungen der Arbeitsmarktintegration werden in der Regel dann erbracht, wenn ein Zugang zum Arbeitsmarkt besteht, für ukrainische Geflüchtete also mit Erteilung der Fiktionsbescheinigung. Bereits bewilligte Leistungen und integrative Maßnahmen werden nach dem Rechtskreiswechsel fortgeführt und benötigen keine erneute Antragstellung durch die Leistungsberechtigten. Ist das Sprachniveau B1 bei einer Person noch nicht erreicht, dann lautet der ausdrückliche Auftrag der Jobcenter, auf den Besuch eines Integrationskurses hinzuwirken. Durch eine Eingliederungsvereinbarung (§ 15 SGB II), die zwischen Jobcenter und Leistungsbezieher geschlossen wird, kann eine Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtend werden (§ 44a Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Auch berufsbezogene Sprachkurse zum Erreichen des Sprachniveaus B2 können in die Eingliederungsvereinbarung aufgenommen werden (Frings 2022: 210).

## DER RECHTSKREISWECHSEL ERLEICHTERT DEN ARBEITSMARKTZUGANG

### SCHLAGLICHT SACHSEN

In Sachsen waren im Monat Oktober 18.910 Ukrainer arbeitsuchend gemeldet (Bundesagentur für Arbeit 2022b). Die Landesagentur Sachsen hat in den ersten sechs Monaten nach Kriegsausbruch bereits rund 900 Ukrainer in ein Arbeitsverhältnis vermittelt.

Die Tätigkeiten umfassen alle Qualifikationen: vom Botenfahrer über Lehrerinnen und Lehrer bis hin zu Ärztinnen und Ärzten (MDR 2022). Der Rechtskreiswechsel hat die Verwaltungspraxis in Sachsen vor keine größeren Probleme gestellt. Zwischen April und September wurde der Zugang zu Erstorientierungskursen für Geflüchtete aus der Ukraine vereinfacht. Neben Kursträgern konnten Vereine und Verbände, die sich um die Betreuung und Beratung ukrainischer Geflüchteter kümmerten, Anträge zur Förderung der Kurse bei der Sächsischen Aufbaubank einreichen. Das Förderprogramm beinhaltete eine zweckgebundene Zuwendung in Höhe von 1.500 Euro für 30 Unterrichtseinheiten (SMS 2022a; Arbeitsmarktmentoren 2022a; SAB 2022). Der Freistaat stellt den Kommunen außerdem für den Zeitraum vom 1. Juni 2022 bis Ende 2023 insgesamt 70 Millionen Euro zur Verfügung. Dieses Finanzierungspaket umfasst drei Hauptpunkte: „die Aufstockung der Kosten für die Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine, eine Pauschale in Höhe

<sup>30</sup> Dies wird, nach Beantragung des Aufenthaltstitels bei der Ausländerbehörde, in der Fiktionsbescheinigung vermerkt. Der Satz, nach dem die Aufenthaltserlaubnis nicht automatisch zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigt, jedoch nach § 4a Abs. 2 erlaubt werden kann, wurde zum 1. Juni ersatzlos aus dem Aufenthaltsgesetz gestrichen (Einmalzahlungsgesetz vom 23. Mai 2022).

von monatlich 330 Euro für Kitakosten und den Integrationsaufwand für jedes ukrainische Flüchtlingskind, das eine Kita besucht sowie eine Pauschale für sonstige Belastungen“, die auch arbeitsintegrative Maßnahmen enthalten kann (Arbeitsmarktmentoren 2022b).

Neben den staatlichen Strukturen greift Sachsen vor allem auch auf das 2016 ins Leben gerufene Programm der Arbeitsmarktmentoren zurück. Die Arbeitsmarktmentoren begleiten die Geflüchteten dabei länger auf ihrem Weg der Arbeitsmarktintegration, als es das Jobcenter tut; sie fördern somit die nachhaltige berufliche Integration in Sachsen. Die Arbeitgebergemeinschaft „Empfehlungsbund“ initiierte außerdem ein Jobportal, welches sich gezielt an Ukrainer und Ukrainerinnen mit einem Aufenthaltstitel in Deutschland richtet. Das Portal kann in deutscher, englischer und ukrainischer Sprache geladen werden. Unternehmen, die Jobs für Geflüchtete aus der Ukraine anbieten, können auf dem Portal kostenfrei Stellen schalten (Empfehlungsbund 2022).

### Herausforderungen

Trotz der unterschiedlichen Sprach- und Bildungshintergründe dürften die Integrationschancen Geflüchteter aus der Ukraine durch das hohe Qualifikationsniveau auf dem deutschen Arbeitsmarkt vergleichsweise günstig sein. Im besten Fall könnte die ukrainische Fluchtmigration sogar dazu beitragen, den Fachkräftemangel in technischen und medizinischen Berufen abzumildern (Bossler/Popp 2022), wenngleich die Aktivierung dieses Potenzials vor allem davon abhängt, wie viele der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland bleiben werden und welchen zeitlichen Horizont man betrachtet (Giesing et al. 2022). Es existieren weiterhin verschiedene Herausforderungen für eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt, von denen die meisten auch für andere Gruppen von Geflüchteten von Bedeutung sind.

### BEDEUTUNG DER SPRACHE

Das größte Integrationshemmnis bei Einwanderung stellt häufig das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes dar. Dies gilt insbesondere für Geflüchtete und Asylsuchende, die in der Regel weder Zeit noch Ressourcen haben, die Sprache des Ziellandes vor ihrer Flucht zu erlernen. Fundierte Deutschkenntnisse sind daher unter Geflüchteten aus der Ukraine nicht zu erwarten, auch wenn Deutsch nach Englisch die zweitwichtigste Fremdsprache in der Ukraine ist (Goetheinstitut 2017). Dies belegt auch eine Umfrage des BMI: 63 Prozent der befragten ukrainischen Geflüchteten gaben an, sie würden über gar keine Deutschkenntnisse verfügen, nur 9 Prozent hielten ihre Deutschkenntnisse für ausreichend oder besser (BMI 2022c). Deshalb ist es wichtig, ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen zu gewährleisten. Mittelfristig sollten außerdem die grundlegenden Sprachkurse durch berufsbezogene Sprachkurse ergänzt werden (DGB 2022).

### AUCH AUSREICHEND KITA- UND SCHULPLÄTZE WICHTIG

Unter den ukrainischen Geflüchteten gibt es überdurchschnittlich viele Frauen und Kinder. Frauen sind meist innerhalb der ukrainischen Familien durch Kinderbetreuung und -erziehung einer Mehrfachbelastung ausgesetzt. Da viele Frauen ohne ihre wehrpflichtigen Ehemänner nach Deutschland kamen und daher allein für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich sind, verläuft ihre Integration in den Arbeitsmarkt häufig langsamer (Goßner/Kosyakova 2021: 4ff.; Brücker et al. 2020). Das vermeintlich größte Hindernis für die Integration von Frauen mit (kleinen) Kindern in den deutschen Arbeitsmarkt liegt daher in der Bereitstellung von Kinderbetreuung (Goßner/Kosyakova 2021: 17). Bleibt ein ausreichendes Angebot aus, wird der Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich erschwert. Doch auch eine fortschreitende Dequalifizierung kann die Folge sein (Schork et

al. 2022: 30). Um Defizite bei der Kinderbetreuung abzubauen, empfehlen sich Maßnahmen wie die Erweiterung des Informationsangebots über Kinderbetriebsdienste oder die Ausweitung des Angebots an integrations- und sprachkursbegleitender Kinderbetreuung (Goßner/Kosyakova 2021: 17 ; SVR zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung 2022: 333).<sup>31</sup>

Ein weiteres Integrationshemmnis ist die zu langsame Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die eine wichtige Voraussetzung für eine schnelle Arbeitsmarktintegration darstellen (Becker/Komitowski 2022: 15). Viele der erlernten Beschäftigungen sind in den reglementierten Berufen (d.h. Berufe, für deren Ausübung eine staatliche Berufszulassung erforderlich ist), in Bereichen wie Bildung und Gesundheit, zu verorten (ebd.: 10). Ein weiteres Problem ergibt sich durch die Vielzahl an Dokumenten, die für die Anerkennung im Rahmen einer Gleichwertigkeitsprüfung erforderlich sind und die Geflüchtete häufig nicht mit sich führen (Werner et al. 2022: 8). Möglich ist in diesen Fällen die Durchführung einer Qualifikationsanalyse. Dadurch können Bewerberinnen und Bewerber ihre beruflichen Fähigkeiten praktisch nachweisen – zum Beispiel durch eine Arbeitsprobe, ein Fachgespräch oder eine Probearbeit in einem Unternehmen (ebd.). Der Weg zur Anerkennung stellt sich in der Praxis jedoch häufig als schwerfällig und langsam heraus. Die Bearbeitungszeit der eingereichten Unterlagen liegt zwischen sechs Wochen und mehreren Monaten, kann bei fehlenden Dokumenten jedoch auch mehr als ein Jahr dauern (NDR 2022).<sup>32</sup> Neben der Ausweitung des Informationsangebots sind deshalb die Beschleunigung und Vereinheitlichung des Verfahrens wichtig (Werner et al. 2022: 15). Eine konsequente Kostenübernahme (zum Beispiel für Übersetzungsdienste) würde die Hürden zusätzlich senken.

Durch die Verteilung der Geflüchteten auf die Länder (nach dem Königsteiner Schlüssel) wurden überproportional viele Geflüchtete auf Regionen mit schlechten Arbeitsmarktbedingungen – etwa mit einer hohen Arbeitslosigkeit – verteilt (Aksoy et al. 2021; Brücker et al. 2022b: 7ff.). Insgesamt dürfte deshalb die regionale Verteilungspolitik die Eingliederungschancen, nicht auch zuletzt im Kontext der Zuwanderung der Jahre 2015/16, in den deutschen Arbeitsmarkt erheblich verringern (Thiel 2022: 18ff.). Abgemildert wird die Problematik bei Geflüchteten aus der Ukraine jedoch dadurch, dass viele privat untergebracht werden und deshalb keiner administrativen Verteilung unterliegen. Um die Eingliederungschancen in den deutschen Arbeitsmarkt zu verbessern, sollte die Verteilung möglichst flexibel werden, damit auf Bedarfe zielgerichtet eingegangen werden kann. Eine Mischung von Verteilungskriterien, bei denen die regionale Arbeitsmarktlage, die Aufnahmefähigkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und der lokale Wohnungsmarkt berücksichtigt werden, wäre wünschenswert<sup>33</sup>. Denkbar wäre auch „ein Matching, das die Angebotsstruktur der Kommunen mit den Merkmalen der zugewiesenen Flüchtlinge abgleicht“ (Renner 2018: 15). Mit moderat höheren Kosten für die Unterbringung könnte die ukrainische Bevölkerung besser in den Arbeitsmarkt integriert werden (Brücker 2022b: 45; Brücker et al. 2022b: 14ff.; Renner 2018).

31 Positiv ist deshalb die Verlängerung des Projekts „Stark im Beruf“ des BMFSFJ zu erwähnen. Es unterstützt Mütter mit Migrationshintergrund bei der Arbeitsmarktintegration. Aufgrund der vor allem weiblichen Fluchtmigration aus der Ukraine wurde das Projekt bis zum Jahresende verlängert.

32 Die Entscheidungsfrist von vier Monaten beginnt erst, wenn alle erforderlichen Unterlagen eingereicht wurden. Bei fehlenden Dokumenten und der deshalb durchzuführenden Qualifikationsanalyse kann die Beschaffung selbiger viel Zeit in Anspruch nehmen. Zusätzlich fallen für die Übersetzung wichtiger Dokumente schnell mehrere tausend Euro an (MDR 2022).

33 Bisher kann die örtliche Lage am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bei der Verteilung Berücksichtigung finden, wenn dadurch eine nachhaltige Integration in die Lebensverhältnisse der BRD erleichtert werden kann (§12a AufenthG). Einen Einfluss auf den Verteilungsschlüssel auf die Länder, bei dem nur das Steueraufkommen (2/3) und die Bevölkerungszahl (1/3) zur Berechnung herangezogen werden, haben diese jedoch bisher nicht.

## ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER ABSCHLÜSSE

**GEFAHR DER PREKARISIERUNG**

Die Beseitigung bestehender Integrationshindernisse ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil dadurch das Risiko verringert wird, dass Geflüchtete in prekäre Beschäftigungsverhältnisse geraten. So kommen aufgrund fehlender Deutschkenntnisse für ukrainische Geflüchtete häufig nur Stellen in Frage, die wenig soziale Interaktion erfordern und bei denen es sich oft um Tätigkeiten mit prekären Arbeitsbedingungen handelt. Ein Aufstieg bzw. Ausstieg aus diesen Jobs wird durch geringe Lohnniveaus, kräftezehrende Arbeit mit damit einhergehender Erschöpfung und lange Arbeitszeiten erschwert (Schork et al. 2022: 30). Wenn dann „personalintensive Betriebe [...], Arbeitskräfte mit geringen Deutschkenntnissen rekrutieren, die arbeits- und sozialrechtlichen Standards nicht kennen, ist die Grenze zur Ausbeutung schnell überschritten“ (ebd.: 31). Verstärkend wirkt außerdem, dass durch eine langfristige prekäre Beschäftigung auch einstmals erworbene Qualifikationen an Wert verlieren (Dequalifizierung).

**VIELE MINDERJÄHRIGE IM SCHULALTER UNTER DEN GEFLÜCHTETEN****BILDUNGSINTEGRATION UKRAINISCHER GEFLÜCHTETER**

Im Vergleich zu den Jahren um 2015 zeichnet sich die Fluchtmigration aus der Ukraine durch einen deutlich höheren Anteil an Personen im schulpflichtigen Alter aus. Damit ist auch das deutsche Schulsystem vor größere Herausforderungen gestellt. 351.548 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre sind laut Bundesinnenministerium seit Kriegsbeginn im Ausländerzentralregister erfasst (Mediendienst Integration 2022b; Stand 17. Oktober). Davon sind 134.657 im Grundschulalter (6 bis 11 Jahre). Einige von ihnen könnten schon weitergereist oder zurückgekehrt sein. Rund 197.300 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine wurden bereits an deutschen allgemein- und berufsbildenden Schulen aufgenommen (Stand: 29. Oktober 2022).<sup>34</sup> Abbildung 6 zeigt, wie viele Kinder und Jugendliche bis Anfang Juli 2022 bereits in den allgemein- und berufsbildenden Schulen der einzelnen Bundesländer aufgenommen worden sind.

In absoluten Zahlen haben die größten deutschen Bundesländer wie Bayern und Nordrhein-Westfalen den größten Zustrom von Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine zu verzeichnen (Abbildung 6), wobei es viele Geflüchtete (38 Prozent laut BMI 2022c) in die Großstädte zieht, insbesondere nach Berlin, München und Hamburg.

Artikel 14 Absatz 1 der EU-Massenzustrom-Richtlinie setzt den Rahmen für den Zugang zum Bildungssystem für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren: „Die Mitgliedstaaten gestatten Personen unter 18 Jahren, die vorübergehenden Schutz genießen, in gleicher Weise wie den Staatsangehörigen des Aufnahmemitgliedstaats den Zugang zum Bildungssystem. Die Mitgliedstaaten können verfügen, dass der Zugang auf das öffentliche Bildungssystem beschränkt bleiben muss.“ (Richtlinie 2001/55/EG) Nach Absatz 2 des Artikels 14 kann auch Erwachsenen der Zugang zum allgemeinen Bildungssystem ermöglicht werden.

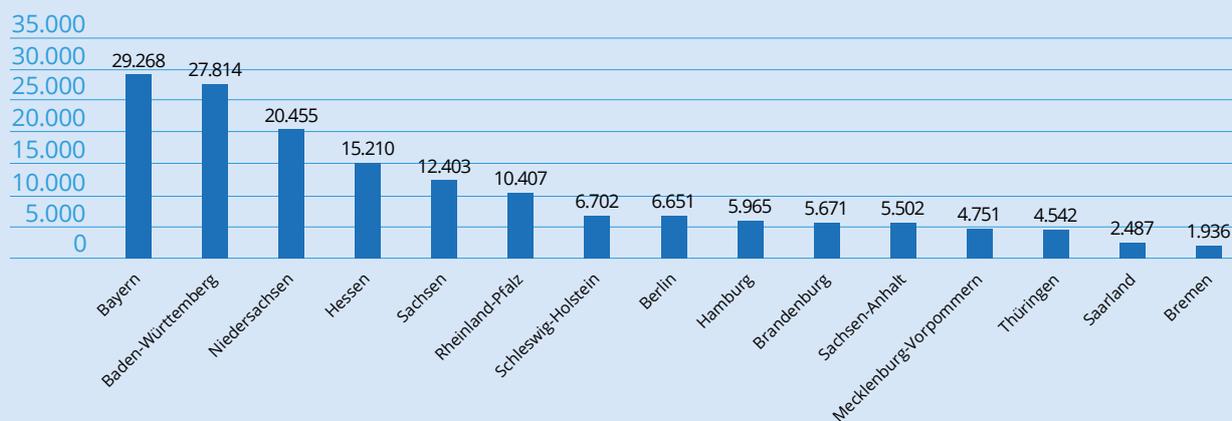
**Maßnahmen und rechtliche Rahmenbedingungen****KMK UND TASK FORCE**

Auf Bundesebene beschränken sich die Maßnahmen zur Bildungsintegration der geflüchteten Kinder und Jugendliche aus der Ukraine auf die Maßnahmen der Kultusministerkonferenz (KMK).<sup>35</sup> Um den organisatorischen

34 Siehe: [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Ukraine/AW\\_Ukraine\\_KW\\_43.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Ukraine/AW_Ukraine_KW_43.pdf) (letzter Zugriff: 02.11.2022)

35 Im Bundestag wurden am 18. Mai 2022 zwei Anträge beraten und jeweils in den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen. Ein Antrag „Unterstützung in Bildung und Forschung für Geflüchtete aus der Ukraine“ (Drucksache 20/1856) stammt aus den Reihen der Koalitionsparteien. Der zweite Antrag „Zügig pragmatische Lösungen Schaffen – Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder bestmöglich sicherstellen“ wurde von der AfD eingebracht (Deutscher Bundestag 2022h).

Abb. 6: Geflüchtete Kinder aus der Ukraine an deutschen Schulen nach Bundesländern



Quelle: KMK, Stand: Oktober 2022 / Eigene Darstellung

Herausforderungen und vielen offenen Fragen entgegenzutreten, wurde am 11. März 2022 auf der 377. Sitzung der KMK eine Task Force eingesetzt (vgl. KMK 2022a)<sup>36</sup>. Die Task Force dient besonders zur koordinativen Unterstützung der ukrainischen Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler als auch der Bundesländer. Sukzessive folgten die Beschlüsse zur Bildungsintegration.

Ein erster Beschluss der KMK (2022b) reagierte auf die Tatsache, dass es in der Ukraine seit Ausbruch des Krieges keine staatlichen Prüfungen zum Erwerb einer Hochschulreife mehr gab. Der Beschluss ermöglicht es Geflüchteten aus der Ukraine, sich auf Basis der vorhandenen ukrainischen Bewertungsvorschläge und ohne regulär abgeschlossenes Schul- oder Studienjahr an deutschen Hochschulen zu bewerben oder ein Studium aufzunehmen (ebd.). Ebenfalls wird auf die Nachweise zur Akkreditierung privater ukrainischer Hochschulen für die Bewerbungstermine im Wintersemester 2022/23 und Sommersemester 2023 verzichtet. Damit wird den Studierenden privater ukrainischer Hochschulen der Zugang zu deutschen Hochschulen ermöglicht.

#### HOCHSCHUL- ZUGANGSBERECHTIGUNG

Im Bereich der schulischen Bildung besteht die Herausforderung darin, einerseits dem Wunsch der ukrainischen Regierung zu entsprechen, geflüchteten Kindern und Jugendlichen ukrainische Inhalte zu vermitteln und andererseits den Erwerb der deutschen Sprache und damit die Integration in das deutsche Schulsystem zu fördern (vgl. KMK 2022b). Die KMK legte hierfür in Ihrem Beschluss vom 10. Mai 2022 eine klare Prioritätensetzung vor: „In den Ländern besteht (...) Konsens, dass das Erlernen der deutschen Sprache und die Integration in das deutsche Schulsystem Priorität haben und dass der Online-Unterricht der ukrainischen Seite, nach ukrainischen Vorgaben und/oder mit ukrainischen Lehrwerken, grundsätzlich nur als flankierende Maßnahme zu betrachten ist.“ (KMK 2022c). So stehen ukrainische Lehrmaterialien durch das Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) zur Verfügung, aber im Unterricht wird der Spracherwerb in sogenannten Willkommens- bzw. Vorbereitungsklassen o. Ä.<sup>37</sup> priorisiert (KMK 2022d). Darüber hinaus

#### UKRAINISCHE LEHRINHALTE

<sup>36</sup> Leiter der Task Force ist der ehemalige Staatssekretär des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums Hans Beckmann (SPD). Aus allen Bundesländern sind Mitarbeiter für die Taskforce entsandt worden, um die Abstimmungen zwischen dem Bund und den Ländern zu koordinieren.

<sup>37</sup> Die neben den Regelklassen bestehenden oder zu errichtenden Klassen lauten in den Bundesländern unterschiedlich, wie etwa Willkommensklassen, Vorbereitungsklassen, Intensivklassen, Anknüpfklassen oder Deutschklassen etc. Diese dienen explizit dem schnellen Erwerb der deutschen Sprache.

## SCHULPFLICHT UND BESCHLEUNIGTER ZUGANG

bleibt es den Schülerinnen und Schülern überlassen, zusätzlich ukrainische Lernangebote wahrzunehmen. Der KMK-Beschluss vom 23. Juni 2022, der den Rahmen für den Unterricht im Schuljahr 22/23 vorgibt, hält an der Integration ukrainischer Online-Materialien weiterhin als „ergänzend und flankierend“ (KMK-Beschluss 23. Juni 2022) zum regulären Unterricht fest. Ukrainische Abschlüsse können nur auf privater Basis über das Online-Lernangebot des Heimatlandes angestrebt werden (ebd.).

In Sachen Schulpflicht gelten für ukrainische Geflüchtete die Regelungen der Bundesländer. Dabei bemühen sich die Bundesländer um einen pragmatischen Umgang mit den ankommenden Schülerinnen und Schülern, um ihnen möglichst schnell den Zugang zum Schulsystem zu ermöglichen. Beispielsweise ist die Zuordnung in eine entsprechende Schulform für die Beschulung in einer Vorbereitungsstufe zweitrangig und nicht als final zu betrachten, wie aus einem Informationsschreiben<sup>38</sup> des baden-württembergischen Kultusministeriums zu entnehmen ist. So kann die Schulform beim Übergang in die Regelklasse noch gewechselt werden, aber die Vorbereitungsstufen können pragmatisch an einem Ort für verschiedene Leistungsniveaus einheitlich erfolgen. Ferner gilt die fehlende Masernschutzimpfung nicht als Hinderungsgrund für die Beschulung (KM-BW 2022). Die Praxis der Länder besteht darin, dass Kinder und Jugendliche ohne ausreichenden Schutz im Sinne von § 20 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) beschult werden, aber dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden sind, um zügig eine Schutzimpfung nachzuholen oder entsprechende Nachweise für die Sonderregelungen<sup>39</sup> zu erbringen.

## PROBLEM LEHRKRÄFTEMANGEL

Trotz der zahlreichen Maßnahmen lässt sich kaum von der Hand weisen, dass die hohe Zahl an neuen Schülerinnen und Schülern eine enorme Belastung für die Schulen darstellt, die bereits durch den Lehrermangel und die Pandemie belastet sind. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (Geis-Thöne 2022: 16) werden mindestens 13.400 zusätzliche Lehrkräfte an den Schulen benötigt, um die derzeitigen Betreuungs- und Unterrichtsbedingungen aufrecht zu erhalten.<sup>40</sup> Eine zumindest vorübergehende Lösung besteht darin, ukrainische Lehrkräfte für einen begrenzten Zeitraum einzustellen. Zu diesem Zweck haben sich die Länder auf gemeinsame Eckpunkte geeinigt. So soll anstatt eines polizeilichen Führungszeugnisses vorübergehend eine Selbstauskunft vorgelegt werden können. Für den Nachweis der Beschäftigung als Lehrkraft in der Ukraine sollen zum Beispiel aussagekräftige Gehaltsmitteilungen ausreichen, ohne dass Arbeitszeugnisse oder Verträge zwingend vorgelegt werden müssen. Auch muss nicht auf die Erteilung eines Aufenthaltstitels gewartet werden, da die sogenannte Fiktionsbescheinigung bereits als Arbeitserlaubnis anerkannt wird. Schließlich muss zum Zeitpunkt des Dienstantritts nur eine erste Masernschutzimpfung erfolgt sein, die dann zeitnah durch eine zweite vervollständigt wird. Auf dieser Grundlage können in allen Bundesländern ukrainische Lehrkräfte kurzfristig und unbürokratisch an den Schulen eingestellt werden. Dies lässt sich noch nicht in Zahlen belegen, da bisher keine konkreten Informationen über neu eingestellte ukrainische

38 Siehe: [https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents\\_E2052791369/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Ukraine-Krieg/KM-Infoschreiben%20Ukraine-Krieg/20220316\\_Brief%20MD%20Ukrainekrise\\_2.pdf](https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents_E2052791369/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Ukraine-Krieg/KM-Infoschreiben%20Ukraine-Krieg/20220316_Brief%20MD%20Ukrainekrise_2.pdf) (letzter Zugriff: 07.07.2022).

39 Die Sonderregelungen betreffen Personen, die aufgrund einer überstandenen Infektion genügend Antikörper ausgebildet haben oder Personen, für die aufgrund Ihrer gesundheitlichen Verfassung die Schutzimpfung ein Gesundheitsrisiko darstellt.

40 Die Studie geht von mindestens 3,5 Prozent der ukrainischen Minderjährigen aus, die das deutsche Schul- und Betreuungssystem anlaufen werden. Das entspricht etwa 261.000 Kindern und Jugendlichen. Mit Blick auf ein anderes Szenario wären laut Studie deutlich mehr Lehrkräfte vonnöten: Würden alle aus der Ukraine ankommenden Schüler und Schülerinnen in Willkommensklassen auf Basis des von der ständigen wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) empfohlenen Betreuungsschlüssels von 15 Kindern pro Lehrkraft unterrichtet werden, wären mindestens 20.200 neue Lehrkräfte nötig.

Lehrkräfte verfügbar sind.<sup>41</sup> Für die psychologische und soziale Betreuung der Kinder und Jugendlichen sollen ebenfalls, wo möglich, ukrainische Fachkräfte einbezogen werden (vgl. KMK-Beschluss 10. Mai 2022).

Die Beschulung der ukrainischen Geflüchteten wird bundesweit unterschiedlich gehandhabt, mitunter auch innerhalb einzelner Bundesländer. Abhängig von den Gegebenheiten vor Ort (wie den verfügbaren Ressourcen) kommen unterschiedliche Beschulungsmodelle zum Einsatz. Neben den Ressourcen sind es die verschiedenen sprach- und integrationspolitischen Schwerpunktsetzungen, die zu unterschiedlichen Modellen führen. Diese Modelle spannen sich entlang zweier gegensätzlicher Pole auf: Auf der einen Seite steht die spezifische Sprachförderung der neuzugewanderten Schülerinnen und Schüler. Diese erfolgt in sogenannten Willkommens- oder Vorbereitungsklassen, die neben der Regelklasse bestehen und eine möglichst zielgerichtete und auf die Bedürfnisse der Geflüchteten abgestimmte Sprachförderung zum Ziel haben. Im Extremfall bleiben diese Klassen bis zum Schulabschluss bestehen und werden nicht in Regelklassen überführt. Auf der anderen Seite steht die allgemeine Sprachförderung und sprachliche Bildung, wobei die Sprachbildung im allgemeinen (regulären) Unterricht und besonders im Kontakt zu deutschsprachigen Klassenkameradinnen und Kameraden erfolgt. Dabei besteht der Vorteil, dass der Integration in die allgemeine Schülerschaft Rechnung getragen wird und einer Segregation einzelner Geflüchtetengruppen vorgebeugt wird. Hier bildet der Extremfall das „submersive“ Modell: Dabei wird ein neu angekommenes Kind vom ersten Tag an in einer Regelklasse, einem deutschsprachigen Umfeld, beschult ohne weitere spezifische Sprachförderung. In Abbildung 7 sind die verschiedenen schulorganisatorischen Modelle dargestellt, die sich zwischen den beiden Polen der verschiedenen Konzeptionen herausgebildet haben.

Die Anzahl der neuzugewanderten Schülerinnen und Schüler spielt für die Wahl des Modells eine besondere Rolle. Denn während in Ballungsgebieten mit guter Infrastruktur parallel geführte Klassen oder teilintegrative Modelle überwiegend existieren, sind in ländlichen Gebieten submersive und integrative Modelle an wohnortnahen Schulen oft praktikabler (vgl. von Dewitz et al. 2016). So sind an den wohnortnahen Grundschulen in ländlichen Gebieten diese Modelle häufiger zu finden als an weiterführenden Schulen (ebd.).<sup>42</sup>

Die einzelnen Bundesländer verfolgen dabei mal mehr integrative Ansätze, mal mehr Ansätze zur spezifischen Sprachförderung. Damit ist die Beschulung von Geflüchteten in den Bundesländern ebenfalls sehr unterschiedlich gestaltet. Die baden-württembergische Studententafel für Geflüchtete sieht etwa für die Grundschule zehn Stunden Sprachförderung, zwei Stunden Demokratiebildung, sechs Stunden im Zusatzbereich<sup>43</sup> sowie zwei Stunden für pädagogische Schwerpunktsetzungen vor. In der Sekundarstufe sind es 12 Stunden Sprachförderung, vier Stunden Demokratiebildung und neun Stunden für den Zusatzbereich (KM-BW 2022). Demgegenüber wird in Rheinland-Pfalz „die Förderung in der deutschen

## BESCHULUNGSMODELLE IM ZIELKONFLIKT

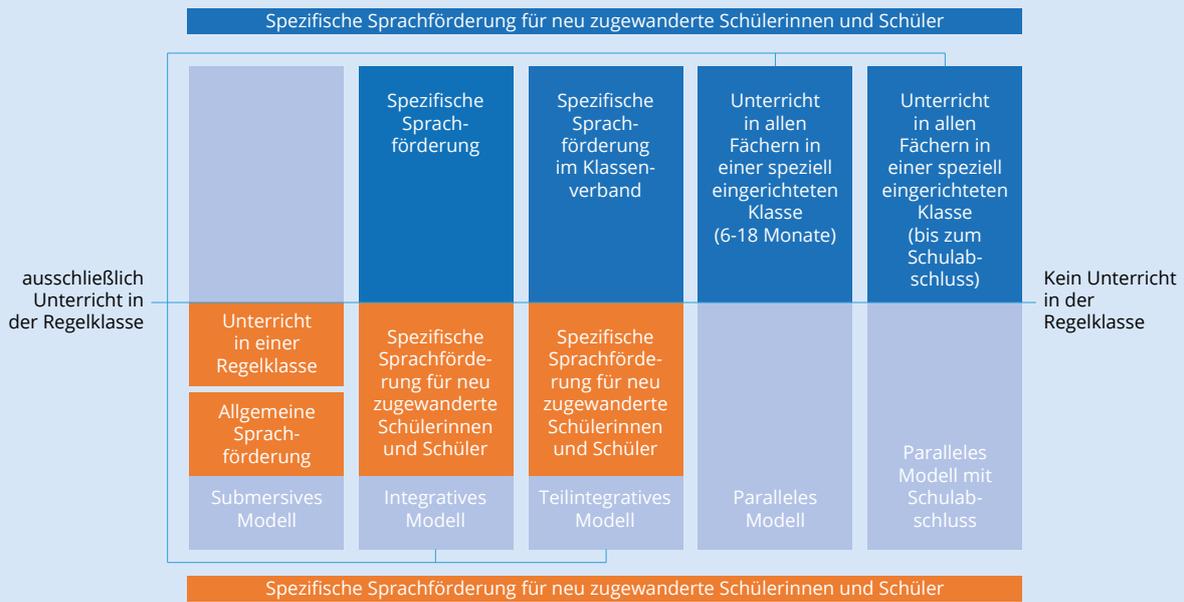
## EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE WAHL DES MODELLS IN DER PRAXIS

41 Vgl. für eine Übersicht der Praxis wie die Bundesländer Lehrkräfte aus der Ukraine einstellen sowie einzelne Zahlen zu bisher eingestellten Lehrkräften (Kuhn 2022).

42 Entsprechend informiert das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg auf seiner Website: „Die Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine hängt wesentlich von den individuellen Voraussetzungen bzw. Bedarfen sowie den schulischen Gegebenheiten vor Ort ab. Es ist sowohl eine Aufnahme in Vorbereitungsklassen (VKL/VABO), ggf. mit Teilintegration in die Regelklassen oder eine direkte Aufnahme in die Regelklassen möglich. Außerdem stehen ukrainische Lernmaterialien bzw. Unterrichtsmodule zur Verfügung, die die Kinder und Jugendlichen entweder durch Selbststudium zu Hause oder aber auch während des Unterrichts in der Schule bearbeiten können.“ Siehe: <https://zsl-bw.de/Lde/9990722> (letzter Zugriff: 07.07.2022)

43 Der Zusatzbereich besteht aus Fächern wie Mathematik, Musik, Kunst, Sachunterricht etc.

Abb. 7: Schulorganisatorische Modelle für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche



Quelle: von Dewitz et al. 2016: 45

Sprache mit bis zu 20 stündigen Deutschintensivkursen<sup>44</sup> vorangetrieben. In manchen Städten entstanden sogenannte Pop-up-Schulen, ob als Überbrückung vor der Beschulung in einer Willkommensklasse wie in Berlin oder als zusätzliches Nachmittagsangebot wie in Freiburg (Anders 2022).

### SCHLAGLICHT SACHSEN

Angesichts der hohen Zuwanderungszahlen ukrainischer Schülerinnen und Schüler wurde im vergangenen Schuljahr auf das bereits etablierte schulische Integrationskonzept Sachsens aufgebaut (vgl. SMK auf Anfrage vom 14.10.2022). Das bedeutet, dass die zugewanderten Kinder und Jugendlichen unabhängig ihrer Herkunft in bestehende Vorbereitungsklassen, in neu gebildete Vorbereitungsklassen oder direkt im Rahmen von Einzelintegration in die Regelklassen integriert werden. Aufgrund der Vielzahl der ukrainischen Schülerinnen und Schüler mit Sprachbildungsbedarf sind dadurch auch als Übergangslösung sogenannte „Vorbereitungsklassen Ukraine / VKU“ entstanden. Gegenwärtig gibt es rund 900 Vorbereitungsklassen, darunter rund 40 Prozent mit ausschließlich ukrainischen Kindern und Jugendlichen (SMK auf Anfrage vom 14.10.2022). Für die Beschulung der ukrainischen Schülerinnen und Schüler sind in Sachsen (mit Stand 13. Oktober 2022) 615 Lehrkräfte und Schulassistentinnen und -assistenten<sup>45</sup> eingestellt worden. Rund 75 Prozent davon stammen aus der Ukraine. Da der Bedarf weiterhin hoch ist, wirbt Sachsen weiter um Lehrkräfte (ebd.).

In Dresden, der Hauptstadt des sächsischen Freistaats, entstand eigens ein schulartübergreifender gemeinsamer Schulort, an dem

44 Siehe: [https://ukraine.rlp.de/fileadmin/ukraine/Kita\\_Schule/Schule/Informationen\\_zur\\_Beschulung\\_ukrainischer\\_Kinder\\_und\\_Jugendlicher.pdf](https://ukraine.rlp.de/fileadmin/ukraine/Kita_Schule/Schule/Informationen_zur_Beschulung_ukrainischer_Kinder_und_Jugendlicher.pdf) (letzter Zugriff: 25.10.2022).

45 Schulassistentenz dient als Oberbegriff für Teile multiprofessioneller Teams nach Bedarf der Schulen (Sachsen.de 2022).

ukrainische Geflüchtete unterrichtet werden. Dies entspricht nicht den Idealvorstellungen der Verantwortlichen des sächsischen Schulsystems von Integration, sei aber mit Blick auf die Notsituation und den Wunsch, die Schülerinnen und Schüler schnell aufzunehmen, erwachsen (vgl. Euronews 2022). Vor Ort werden Ende Oktober 2022 etwa 350 Schüler und Schülerinnen beschult. Nach Angaben der Schulleitung sind dafür ausschließlich ukrainische Lehrkräfte und Schulassistentinnen und -assistenten eingestellt. Der Unterricht orientiert sich an den sächsischen Lehrplänen, wobei fast alle Unterrichtsfächer abgedeckt werden (Schulleitung auf Anfrage vom 02.11.2022). In großen Teilen wird in der Herkunftssprache unterrichtet, aber alle Schüler und Schülerinnen haben darüber hinaus mindestens 10 Stunden pro Woche das Fach Deutsch als Zweitsprache (ebd.). An der Schule gibt es keine Möglichkeit zur Teilintegration in Regelklassen. Damit können die Kinder an der Schule nicht zu einem Schulabschluss geführt werden. Das Ziel der Schule ist es, möglichst viele Kinder auf einen Wechsel an eine Regelschule vorzubereiten, in der neben der Integration in die Regelschülerschaft auch die Möglichkeit besteht, einen Schulabschluss zu erwerben (ebd.).

## Herausforderungen

In allen Bundesländern bemüht man sich, die geflüchteten Kinder und Jugendlichen möglichst schnell in der Regelklasse zu beschulen, wobei als Voraussetzung dafür eine ausreichende Sprachkenntnis gilt. Inwieweit dieser Prozess erfolgreicher und schneller verlaufen wird als im Zuge früherer Fluchtbewegungen, kann noch nicht gesagt werden. Die Bundesländer sollten sich bemühen, die Geflüchteten so schnell wie möglich in Regelklassen zu überführen, um eine schnelle Integration zu ermöglichen. Willkommensklassen sollten nur als vorübergehende Maßnahme eingerichtet werden und keine Rückkehr zum alten Modell der „Ausländerklasse“ nach sich ziehen.<sup>46</sup>

Anstelle vorübergehender „Lösungen“, welche die Tendenz haben, sich zu verstetigen, bedarf es der Neuaufrichtung des Bildungssystems<sup>47</sup>. Nicht nur die seit Jahrzehnten erfolgenden regelmäßigen Fluchtbewegungen nach Deutschland, sondern auch die reguläre Migration, etwa durch die EU-Freizügigkeit, machen es erforderlich, die Strukturen des Bildungssystems auf die Bedarfe der Migrationsgesellschaft anzupassen. Drehtürmodelle, wie sie aus der Begabtenförderung bekannt sind, bei denen einzelne Schülerinnen und Schüler stundenweise für bestimmte Projekte aus dem Regelunterricht herausgenommen werden, könnten hier vermehrt Anwendung finden. Solch ein Drehtürmodell würde etwa Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine, die kurz vor ihrem heimischen Schulabschluss stehen, dabei helfen, ihren heimischen Abschluss online zu erlangen.

Die Robert Bosch Stiftung und die Bertelsmann Stiftung fordern für das zukünftige Bildungswesen nicht nur die Anwendung des Drehtürmodells (Stein/Zorn 2022): Herkunftssprachlicher Unterricht sowie mehr Diversität

## DAS DREHTÜRMODELL

46 In der erziehungswissenschaftlichen Fachliteratur wird die Kontinuität der längst veralteten „Ausländerklassen“ im Gewand der Vorbereitungsklassen und der damit einhergehenden Separation der Geflüchteten kritisiert (vgl. Karakayalı et al. 2017).

47 Im Zusammenhang mit dem bildungspolitischen Umgang von Migration ist von der „Adhocracy“ (Emmerich et al.: zit. n. Karakayalı et al. 2017: 231) die Rede: „Statt die Tatsache der Migration und einer entsprechend sozial und kulturell heterogenen Schüler- und Elternschaft in eine Gesamtstrategie der Bildungsplanung einzubeziehen, reagiere die Bildungspolitik immer wieder mit „administrativ-organisatorischen Ad-hoc-Lösungen“ (Diehm/Radtke 1999: 135), die häufig in der nur temporären Gewährung von Ressourcen sowie der Einrichtung von Sonderklassen bestünden.“ (Karakayalı et al. 2017)

und Mehrsprachigkeit unter den Lehrkräften sind ein wichtiger Teil, um Anerkennung, Wohlbefinden und Zugehörigkeitsgefühl der verschiedenen Schülerinnen und Schüler einer Migrationsgesellschaft zu stärken und allgemeine Integration zu fördern (vgl. Vorländer et al. 2021).

### MANGEL AN LEHRKRÄFTEN

Eine der vielleicht größten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten in das Bildungssystem ist der akute Mangel an Lehrkräften. Dieser wird sich angesichts der demographischen Entwicklung nicht bessern. Im Gegenteil: Während die sogenannten Babyboomer in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden, gibt es wieder mehr Kinder in Deutschland, die es zu beschulen gilt. Die Herausforderung wird besonders darin bestehen, den Lehrberuf an Schulen attraktiver zu machen. Dies geht mit der Entlastung des Lehrpersonals einher. Dafür könnten Lehramtsstudierenden Lehrtätigkeitsangebote gemacht werden, die zum einen finanziell entlohnt werden und zum anderen auch schulformübergreifend gelten. Damit können etwa Lehramtsstudierende für die Gymnasien auch in anderen Schulformen je nach Bedarf eingesetzt werden.

Des Weiteren wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie Quereinsteigern mit fachlich geeigneter Ausbildung, aber ohne pädagogisches Vollstudium (etwa auch aus dem akademischen Lehrbetrieb), der Einstieg als Lehrkraft in Regelklassen erleichtert werden könnte. Besonders an der gymnasialen Oberstufe oder an Berufsschulen sollte dies unbürokratisch machbar sein, wobei dadurch weitere Kapazitäten freigesetzt werden könnten.

Unabhängig davon, wie der Unterricht im Konkreten ausgestaltet wird, belaufen sich Schätzungen für die Kosten der Bildungsintegration von Geflüchteten aus der Ukraine auf Milliardenbeträge.<sup>48</sup> Zwar ist nicht klar, wie lange die Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine in Deutschland verbleiben werden, doch die Empirie der bisherigen (Flucht-)Migration nach Deutschland ist eindeutig: Die meisten sind geblieben. Es wäre ein Fehler, wie er bereits häufiger gemacht wurde, würde man an den Maßnahmen zur Integration nicht nur ukrainischer Kinder und Jugendlicher sparen.

## DIE INTEGRATION DER GEFLÜCHTETEN AUS DER UKRAINE IN DAS DEUTSCHE GESUNDHEITSSYSTEM

Mit der kriegsbedingten Fluchtmigration aus der Ukraine und der Integration der Geflüchteten in das Gesundheitssystem gehen verschiedene Herausforderungen einher. Kriegsbedingte Fluchtmigrationen sind oft mit Risiken für bestimmte Erkrankungen verbunden, zum Beispiel aufgrund von Verletzungen und Kriegstraumata.

### KRIEGS- UND FLUCHT-BEDINGTE ERKRANKUNGEN

Herausforderungen ergeben sich zudem aus dem hohen Anteil von Frauen und Kindern (über 80 Prozent; BMI 2022a<sup>49</sup>). Zum einen resultiert daraus ein Mehrbedarf an frauen- und kinderärztlichen Fachärztinnen und Fachärzten in Deutschland. Zum anderen gibt es Grund zur Annahme, dass die Prävalenzen für einige psychische Erkrankungen bei Frauen aus der Ukraine erhöht sind. Zwar liegen bisher keine Zahlen über die hier lebenden ukrainischen Geflüchteten vor, jedoch gibt es Daten und

48 Der Bildungsjournalist Jan-Martin Wiarda schätzt die Kosten der Bildungsintegration der Geflüchteten (ausgehend von 9.000 Euro pro Kind und Jahr) auf eine Summe von etwa 1,8 Milliarden Euro jährlich (vgl. Kuhn 2022a; Jmwiarda 2022).

49 Bis August 2022 war der Anteil der Frauen auf ca. 74 Prozent zurückgegangen (BMI 2022c).

Informationen über die epidemiologische Situation in der Ukraine vor Ausbruch des Krieges. Dabei fällt vor allem die Prävalenz von psychischen Erkrankungen, Selbstmorden und alkoholbedingten Todesfällen auf. 33 Prozent der ukrainischen Bevölkerung erleiden im Laufe des Lebens eine psychische Erkrankung (Marechese et al. 2022). Die interne Vertreibung, die in der Ukraine schon seit 2014 zu beobachten ist, hat wahrscheinlich zu den hohen Zahlen für posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) (33 Prozent), Depressionen (22 Prozent) und Angststörungen (18 Prozent) beigetragen. Frauen waren dabei mit 36 Prozent durchschnittlich häufiger von einer PTBS betroffen als Männer (22 Prozent) (Roberts et al. 2017; WHO 2020; siehe auch Hook/Bogdanov 2021). Die höheren Raten bei Frauen gelten auch für andere psychische Erkrankungen. Die daraus resultierenden möglichen Bedarfe werden bei der Planung der Gesundheitsversorgung der Geflüchteten berücksichtigt werden müssen. Besonders hervorzuheben ist auch, dass die Ukraine u.a. die vierthöchste Tuberkulose-Inzidenz und die zweithöchste Verbreitung von HIV innerhalb der WHO-Europa-Region aufweist. Außerdem ist die COVID-19-Impfrate in dem Land vergleichsweise gering und die COVID-19-Sterblichkeit vergleichsweise hoch. Bei verschiedenen Grundimmunisierungen wie Masern bestehen Impflücken (Marechese et al. 2022; Butenop et al. 2022).

### Maßnahmen und rechtliche Rahmenbedingungen

Im Hinblick auf Gesundheitsleistungen ist zunächst die Durchführungsverordnung zur Umsetzung der EU-Massenzustrom-Richtlinie in Deutschland von Bedeutung. Mit der Verordnung erhielten die Geflüchteten aus der Ukraine rückwirkend ab dem 24. Februar 2022 Anspruch auf einen Aufenthaltstitel (§ 24 Absatz 1 AufenthG) und u.a. auf gesundheitliche Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, ohne dass sie einen Asylantrag stellen mussten (vgl. BMI 2022b). Der Nachweis über eine Registrierung oder auch eine zu erhaltende Fiktionsbescheinigung diente bereits als Zugangsberechtigung zum Gesundheitswesen. Parallel dazu wurden den Leistungsberechtigten für den Zugang zur Gesundheitsversorgung auch Behandlungsscheine, welche im Rahmen der Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes üblicherweise zur Anwendung kommen, ausgestellt (z.B. KBV 2022).

Durch die Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie wurden die Behörden erstmals explizit zur Versorgung weitergehender Behandlungsbedarfe nach Paragraph 6 Absatz 2 AsylbLG (z.B. bei chronisch körperlichen oder psychischen Erkrankungen) verpflichtet. Diese Erweiterung des Leistungsanspruchs galt bis zum 31. Mai 2022, da sich Bund und Länder bereits Anfang April auf eine grundsätzliche Integration der Ukraine-Geflüchteten in das System der Grundsicherung und in die Gesetzliche Krankenversicherung im Sinne eines Rechtskreiswechsels geeinigt hatten. Infolgedessen haben ukrainische Geflüchtete seit dem 1. Juni 2022 einen vollumfänglichen Zugang zur Gesundheitsversorgung analog der gesetzlich Versicherten.<sup>50</sup> Da die EU-Massenzustrom-Richtlinie vorsieht, dass der betroffene Personenkreis sofort eine Arbeit aufnehmen kann, kommt alternativ zur Grundsicherung und dem Jobcenter auch eine Krankenversicherung über die Erwerbsarbeit infrage. Im Zuge dessen entfiel für Ukraine-Geflüchtete die Möglichkeit der Übernahme von Dolmetscherleistungen, da dies im System der GKV nicht vorgesehen ist. Des Weiteren entfällt die für Asylsuchende bestehende allgemeine Befreiung von der Zuzahlungspflicht.

**VOLLUMFÄNGLICHER ZUGANG  
ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG**

<sup>50</sup> Da die Geflüchteten aus der Ukraine nunmehr Leistungen nach dem SGB, für das der Bund zuständig ist, erhalten, wird auf eine Recherche von Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern verzichtet.

Die meisten Geflüchteten aus der Ukraine mussten sich nicht der ärztlichen Erstuntersuchung unterziehen. Auch konnten Geflüchtete aus der Ukraine nicht nur von der großen Solidarität der Bevölkerung (vgl. Tagesschau 2022), sondern auch aus den Reihen der Ärzteschaft profitieren. So stießen beispielsweise Aufrufe von Kassenärztlichen Vereinigungen und Ärztenverbänden zur Versorgung von neu angekommenen Flüchtlingen aus der Ukraine auf große Resonanz in der Ärzteschaft (z.B. Ärztezeitung 2022).

### **UNGLEICHBEHANDLUNG VON GEFLÜCHTETEN BEI ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG**

Der Leistungsanspruch und die besondere rechtliche Situation von Geflüchteten aus der Ukraine unterscheiden sich deutlich von dem anderer Geflüchteter. Dies zeigt sich vor allem durch die Integration ukrainischer Geflüchteter in die gesundheitliche Regelversorgung in Deutschland ab dem 1. Juni 2022. Die Geflüchteten aus der Ukraine unterliegen nicht mehr den Beschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und haben die gleichen Leistungsansprüche wie die einheimische krankenversicherte Bevölkerung.

Doch schon vor dem 1. Juni 2022 wurde eine Ungleichbehandlung durch die Wirksamkeit des § 6 Absatz 2 AsylbLG (nur in Verbindung mit der EU-Massenzustrom-Richtlinie) deutlich: Der Bundesgesetzgeber hatte bereits früher ausschließlich für Leistungsberechtigte entsprechend der EU-Massenzustrom-Richtlinie von 2001, die 2022 erstmals in der EU-Geschichte aktiviert wurde, einen Abschnitt in das AsylbLG eingefügt. Gesundheitliche Rechtsansprüche auf Basis der EU-Aufnahmerichtlinie von 2013<sup>51</sup>, die für alle anderen Asylsuchenden gelten, fanden demgegenüber keinen Eingang in das AsylbLG.

Die Anspruchsberechtigten<sup>52</sup> nach dem AsylbLG erhalten in den ersten 18 Monaten des Aufenthaltes in Deutschland eine im Vergleich zu gesetzlich Versicherten reduzierte Gesundheitsversorgung (AsylbLG §§ 4 und 6). Anschließend haben sie Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB). Der Behandlungsanspruch ist in den ersten 18 Monaten auf die „erforderliche“ Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände (§ 4 Absatz 1 AsylbLG) fokussiert. Schwangere und Wöchnerinnen erhalten die notwendige Versorgung (ebd.). Weitergehende Behandlungen sind, wenn sie „unerlässlich“ sind, möglich (§ 6 Absatz 1 AsylbLG; Frerichs 2014b). Nur für Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis gilt zudem der § 6 Absatz 2 AsylbLG. Sprachmittlungskosten können im Einzelfall (§§ 4 oder 6 AsylbLG) übernommen werden. In den ersten 18 Monaten sind die Leistungsbeziehenden von der Zuzahlungspflicht zu Heil- und Hilfsmitteln befreit. Nach § 1a AsylbLG können Sanktionen erfolgen, etwa bei unzureichendem Nachkommen der Mitwirkungspflicht im Asylverfahren oder bei der Identitätsfeststellung, die auch eine weitergehende Einschränkung der bereits reduzierten Gesundheitsversorgung beinhalten.

51 Auch wenn die EU-Aufnahmerichtlinie in Deutschland zwingend anzuwenden ist, dürften es besonders schutzbedürftige Leistungsberechtigte mit besonderen Bedarfen hierbei schwerer haben als Geflüchtete aus der Ukraine. Denn laut EU-Aufnahmerichtlinie müssen Schutzbedürftige und ihre besonderen Bedarfe zunächst in einem Verfahren identifiziert werden (Artikel 22). Der Bundesgesetzgeber hat es versäumt, Vorgaben zur Art und Form der Identifizierung zu machen, wodurch Lücken und eine große Heterogenität der Identifikationspraxen in den Bundesländern entstehen (vgl. BAfF 2020; Lindner 2021: 17).

52 Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (§ 1 AsylbLG) sind u.a. Asylbewerberinnen und Asylbewerber (wobei eine Äußerung eines Asylgesuchs zunächst ausreicht), Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis wegen Krieges im Herkunftsland (§ 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz), Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis (§ 25 Absatz 4 Satz 1, § 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz), geduldete Geflüchtete (§ 60a Aufenthaltsgesetz), vollziehbar Ausreisepflichtige und Asylfolgeantragstellende. Zudem gilt das AsylbLG für Ausländerinnen und Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (alternativ eine Fiktionsbescheinigung) besitzen, die ihnen nach dem 24. Februar 2022 und vor dem 1. Juni 2022 erteilt wurde. Letzteres betrifft die Geflüchteten aus der Ukraine.

Stellt man die aufenthaltsrechtliche Situation und Bleibeperspektive von Asylsuchenden und Ukraine-Geflüchteten gegenüber, ist die Berechtigung der Ungleichbehandlung bei den gesundheitlichen Leistungsansprüchen nicht unmittelbar ersichtlich. Wurden die Einschränkungen bei der Versorgung im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes mit dem nur kurzfristigen oder vorübergehenden Aufenthalt begründet, ist nicht klar, inwiefern der „vorübergehende Schutzstatus“ der Ukraine-Geflüchteten in der Zeitperspektive etwas Anderes darstellt, als ein vorübergehender Aufenthaltsstatus für die Zeit des Asylverfahrens. So bietet die EU-Massenzustrom-Richtlinie nur eine vorübergehende Schutzgewährung von einem Jahr (mit Verlängerungsoption, Artikel 4, Absatz 1).

Zum 1. September 2022 traten zudem gesetzliche Änderungen in Bezug auf aus der Ukraine Geflüchtete Drittstaatsangehörige in Kraft (Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung), die für einige Personen zu einer aufenthaltsrechtlichen Irregularität führen können, wenn der nun zwingend zu stellende Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis abgelehnt wird und die Person aus einem sogenannten sicheren Herkunftsstaat stammt (Informationsverbund Asyl & Migration 2022). Daraus resultieren eingeschränkte gesundheitliche Leistungsansprüche und eine wahrscheinliche Vermeidung der Nutzung des Gesundheitssystems, weil die Personen eine Ausweisung fürchten.

#### SCHLAGLICHT SACHSEN

Bereits vor und in Folge der Fluchtmigration aus der Ukraine hat der Freistaat Sachsen eine Reihe von Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung von Geflüchteten ergriffen. Diese Maßnahmen haben sich positiv auf die Bewältigung der Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten in das Gesundheitssystem ausgewirkt:

Dresden und Chemnitz können bei der Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine auf internationale Praxen zurückgreifen (KVS 2022a; KVS 2022b), die 2015 auf Veranlassung<sup>53</sup> und mit Finanzierung<sup>54</sup> des Freistaates Sachsen und der Kommunen zur gesundheitlichen Versorgung Asylsuchender eingerichtet wurden.<sup>55</sup> Obwohl Geflüchtete aus der Ukraine Anspruch auf medizinische Regelversorgung haben, kommt ihnen die Sprachmittlung in internationalen Praxen dennoch zugute, da sie im Gegensatz zu anderen Geflüchteten im Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) die Kosten für die Sprachmittlung nicht erstattet bekommen.<sup>56</sup> Neben hausärztlicher Versorgung besteht in den internationalen Praxen auch das Angebot einer gynäkologischen, kinderärztlichen und psychiatrischen Sprechstunde.

53 Siehe in diesem Zusammenhang auch Lindner et al. (2015), die ab Dezember 2014 im Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen und der Landeshauptstadt Dresden das Konzept für eine Flüchtlingsambulanz entwickelt haben.

54 Die Finanzierung erfolgt aus unterschiedlichen Quellen auch in Abhängigkeit vom Leistungsanspruch der Patientinnen und Patienten: Leistungserstattungen für medizinische Leistungen nach dem AsylbLG durch das Land (Erstaufnahme) und die Kommune (Anschlussunterbringung; Dresden, Chemnitz, aber auch umliegende vor allem ostsächsische Landkreise), Leistungserstattungen nach Sozialhilfe, Kosten-erstattungen durch die Krankenkassen sowie Zusatzfinanzierung seitens des Landes und der Kommune insbesondere für Sprachmittlungsleistungen.

55 Ziel dieser Praxen (ursprünglich „Flüchtlingsambulanzen“ genannt) ist es, die Versorgung von Geflüchteten auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes durch mehrsprachige Ärztinnen und Ärzte und Ambulanzpersonal sowie Sprachmittlerinnen und Sprachmittler sicherzustellen. Darüber hinaus geht es darum, das niedergelassene System zu entlasten und den Verwaltungsaufwand zu bündeln. Ursprünglich wurde auch in Leipzig eine solche Praxis betrieben. Doch die Stadt entschied sich gegen die Fortführung des Modellprojekts und begründete dies mit der beabsichtigten Integration in die Strukturen der Regelversorgung (Stadt Leipzig 2016).

56 Geflüchtete im Leistungsbezug nach AsylbLG haben demgegenüber im Bedarfsfall Anspruch auf die Übernahme von Sprachmittlungskosten. In der internationalen Praxis können alle Patientinnen und Patienten, unabhängig von ihrem juristischen Status, die Sprachmittlungsangebote nutzen.

Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen stellt im Internet seit einigen Jahren eine Suchmaschine zur Verfügung, in der man nach niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten mit Fremdsprachenkenntnissen recherchieren kann (KVS 2022c). So können auch Geflüchtete aus der Ukraine gezielt nach Ärztinnen und Ärzten in Sachsen suchen, die über Ukrainisch- und Russischkenntnisse verfügen. Laut Daten der Sächsischen Landesärztekammer aus dem Jahr 2021 stammen von den knapp 3.000 ausländischen Ärztinnen und Ärzten in Sachsen 5 Prozent aus der Ukraine und 6 Prozent aus der Russischen Föderation (SLAEK 2021).<sup>57</sup> Auch wenn ein erheblicher Teil dieser ausländischen Ärztinnen und Ärzte im stationären Bereich tätig ist, kommt ihre vergleichsweise hohe Zahl in Sachsen auch der ambulanten Versorgung Geflüchteter aus der Ukraine zugute. Darüber hinaus erweiterte die Sächsische Landesärztekammer ihr Informationsangebot speziell um die Zielgruppe der aus der Ukraine geflüchteten Ärztinnen und Ärzte (SLAEK 2022). Damit wird versucht, ausländische Ärztinnen und Ärzte als Fachkräfte für das sächsische Gesundheitssystem zu gewinnen. Durch deren rasche Arbeitsmarktteilhabe nehmen die muttersprachlichen Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine zu.

Ähnlich wie in anderen Bundesländern gab es mit Beginn der Fluchtmigration aus der Ukraine ein großes Engagement auf Seiten der Ärzteschaft. So hat die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen einen Aufruf unter Ärztinnen und Ärzten gestartet und die Adressen derjenigen veröffentlicht, die die Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine ausdrücklich unterstützen wollen (KVS 2022c). In Dresden und Umgebung hat sich zudem im Frühjahr 2022 eine fach- und trägerübergreifende Initiative von ausländischen Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gegründet, die sich der muttersprachlichen und niedrigschwelligen psychologischen Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine widmet.<sup>58</sup>

Ärztinnen und Ärzte der Dresdner Flüchtlingsambulanz, der Sächsischen Landesärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen 2015 haben in Absprache mit Landesministerien einen Leitfaden entwickelt, der erstmals in Deutschland eine medizinische Interpretationshilfe für das AsylbLG bietet.<sup>59</sup> Im Jahr 2022 wurde eine überarbeitete Version dieser medizinischen Interpretationshilfe zum AsylbLG (SMS 2022b) veröffentlicht, die erstmals die Leistungsansprüche auf Maßnahmen bei Tuberkulose-Verdacht als Ergänzung beinhaltet. Aufgrund vergleichsweise hoher Tuberkulose-Prävalenzen in der Ukraine vor Kriegsausbruch kommt diese Ergänzung besonders den Geflüchteten aus der Ukraine zugute, für die das AsylbLG bis zum 31. Mai 2022 für die Gesundheitsversorgung galt. Außerdem erfolgten Ergänzungen zur COVID-19-Impfungen.

Geflüchtete aus der Ukraine können - wie andere Geflüchtete auch - die Psychosozialen Zentren (PSZ) für Flüchtlinge in Dresden, Chemnitz und Leipzig nutzen, die der Freistaat Sachsen seit mehreren Jahren fördert (PSZ Sachsen 2020). Diese gehören zur Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAFF). Der enorme Bedarf und die Schwierigkeiten der Integration Geflüchteter

57 Daneben gibt es in Sachsen zugewanderte Ärztinnen und Ärzte aus weiteren osteuropäischen Staaten und auch solche mit deutscher Staatsbürgerschaft (v.a. auch sog. „Spätaussiedlerinnen“ und „Spätaussiedler“).

58 Quelle: Runder Tisch zur Versorgung traumatisierter Flüchtlinge in Dresden und Umgebung. Ergebnisprotokoll des 26. Runden Tisches (Klinik am Waldschlösschen/Hybrid) am 21. Juni 2022

59 Da das AsylbLG mit vielen unbestimmten Rechtsbegriffen behaftet ist, bestanden besonders ab 2015 immer wieder Unklarheiten über gesundheitliche Leistungsansprüche von Geflüchteten.

in die psychiatrische und psychosoziale Regelversorgung werden zum Teil durch die Psychosozialen Zentren, die v.a. mehrsprachig und niederschwellig arbeiten, aufgefangen.<sup>60</sup> Im Sommer 2022 konnte am Psychosozialen Zentrum Dresden durch Unterstützung des Sächsischen Sozialministeriums ein neues Projekt speziell zur psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die einen hohen Anteil der Geflüchteten aus der Ukraine ausmachen, starten.<sup>61</sup>

## Herausforderungen

Die Strukturen des Gesundheitssystems sind auf der Grundlage der bestehenden demographischen Situation angelegt. Ein erstes allgemeines Problem ergibt sich daher, wenn eine relativ große Zahl von Menschen in kurzer Zeit vom Gesundheitssystem versorgt werden muss. Diesbezüglich müssen Versorgungskapazitäten angepasst werden, um ein Mehr an Personen versorgen zu können.

In Reaktion auf den „langen Sommer der Migration“ wurden in den Bundesländern und Kommunen zum Teil neue Strukturen und Lösungsansätze bei der Versorgung von Geflüchteten entwickelt.<sup>62</sup> Diese sind heute zwar vorhanden, einige wesentliche Herausforderungen bei der Versorgung Geflüchteter – auch die aus der Ukraine – bleiben aber weiterhin bestehen. Problematisch sind weiterhin die Rechtsgrundlagen (v.a. bzgl. Sprachmittlung) und die hohen Prävalenzen für psychische Erkrankungen bei Geflüchteten.<sup>63</sup> So ist die Finanzierung der Sprachmittlung für Geflüchtete im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung bisher nicht möglich. Für eine angemessene medizinische Versorgung ist diese jedoch unerlässlich. Diesbezüglich sollte der Bund Regelungen schaffen, die eine Finanzierung von Sprachmittlung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung sicherstellen.

Eine weitere Herausforderung stellt die Erweiterung der in Deutschland bisher unzureichenden Kapazitäten der psychiatrischen, psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung Geflüchteter dar. Angebote wie die der Psychosozialen Zentren müssen ausgebaut und auf Dauer – jenseits einer reinen Projektfinanzierung – bereitgestellt werden (Töller et al. 2020; Lindner 2021; BAfF 2022).<sup>64</sup> Angesichts der als hoch eingeschätzten Prävalenz psychischer Erkrankungen unter ukrainischen Geflüchteten sind diese Angebote von großer Bedeutung.

Weitere Herausforderungen stehen spezifischer in Zusammenhang mit der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung in der Ukraine vor Kriegsausbruch: die vergleichsweise hohen Prävalenzen für Tuberkulose und HIV sowie die niedrigen Impfquoten (Roberts et al. 2017; Marechese et al. 2022; Butenop et al. 2022; Tillmann et al. 2022). Zum einen besteht

**BUNDESLÄNDER UND  
KOMMUNEN KONNTEN AUF  
BESTEHENDEN STRUKTUREN  
AUFBAUEN**

**REGELUNG ZU  
SPRACHMITTLERKOSTEN  
NOTWENDIG**

60 Allerdings können sie bisher kaum Leistungen mit regulären Sozialleistungsträgern abrechnen und sind des Weiteren auf Spenden angewiesen.

61 Quelle: Runder Tisch zur Versorgung traumatisierter Flüchtlinge in Dresden und Umgebung. Ergebnisniederschrift des 26. Runden (Klinik am Waldschlösschen/Hybrid) Tisches am 21. Juni 2022.

62 Dazu zählen etwa spezialisierte Flüchtlingsambulanzen, Interpretationshilfen zum AsylbLG, Bürokratieabbau durch elektronische Gesundheitskarten nach dem Bremer Modell, Ermächtigungen für Psychotherapeuten zur Behandlung Asylsuchender, Ausbau von Psychosozialen Zentren für Geflüchtete, Projekte zum Videodolmetschen.

63 Laut einer Befragung von Gesundheitsämtern in Deutschland von Bozorgmehr et al. (2016: 554) ist die Sicherstellung der Versorgung Asylsuchender mit schwerwiegenden chronischen Erkrankungen nicht regelmäßig sichergestellt, bei Asylsuchenden mit psychischen Erkrankungen ist sie sogar generell unzureichend.

64 Weitere Handlungsbedarfe, die nicht die Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine wegen deren Integration in die Regelversorgung nach SGB/GKV betreffen, ergeben sich aus der oben angesprochenen Heterogenität der Umsetzungspraxen des AsylbLG (Behandlungsscheine oder elektronische Gesundheitskarten, unterschiedliche Kostenerstattungsverfahren- und Volumen in den Bundesländern).

ein Sensibilisierungs- und Nachholbedarf hinsichtlich von Impfungen gegen COVID-19 und verschiedenen impfpräventablen Erkrankungen wie Masern. Zum anderen könnten HIV- und Tuberkulosetherapien (wie auch andere, z.B. kardiovaskuläre, Langzeitbehandlungen) durch die Flucht möglicherweise unterbrochen sein. Das HIV-Risiko kann durch sexuelle Gewalt während des Krieges zusätzlich erhöht sein. Diesbezüglich bedarf es niedrigschwelliger Testangebote (vgl. Butenop et al. 2022: 681-687).

### **BEDARF AN EPIDEMIOLOGISCHEN UND GESUNDHEITSWISSEN- SCHAFTLICHEN DATEN**

Besondere Bedarfe bei Geflüchteten aus der Ukraine, z.B. bei Vorliegen von Behinderungen oder Multimorbidität bei älteren Geflüchteten, müssen systematischer erfasst werden. Grundsätzlich besteht ein hoher Bedarf an epidemiologischen und versorgungswissenschaftlichen Daten<sup>65</sup> und Studien, insbesondere – aber nicht nur – zur ukrainischen Fluchtmigration in Deutschland. Aufgrund dessen, dass die meisten Ukraine-Geflüchteten nicht in Sammelunterkünften leben, entfällt bei ihnen die verpflichtende medizinische Erstuntersuchung. Inwiefern die Datengrundlagen der oben erwähnten Studien überhaupt noch auf aus der Ukraine ankommende Geflüchtete zutreffen, ist unklar. Die zu begrüßende rechtlich-administrative „Normalität“ der Integration der Ukraine-Geflüchteten in das System der Gesundheitsversorgung schränkt andererseits die Möglichkeiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes hinsichtlich der Ermittlung besonderer Bedarfe und der Schließung von Impflücken ein (vgl. Butenop et al. 2022: 685f).

Schließlich ergeben sich aus den unterschiedlichen gesundheitlichen Leistungsansprüchen der Ukraine-Geflüchteten im Vergleich zu anderen Asylsuchenden sowie der Differenzierung innerhalb der Ukraine-Geflüchteten durch die „Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung“ zusätzliche politische Handlungsbedarfe. Die Frage ist, ob die beschriebene Ungleichbehandlung über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten bzw. ob nicht vielmehr eine gleichberechtigte Integration aller Geflüchteten in die gesundheitliche Regelversorgung angestrebt werden sollte.

---

<sup>65</sup> Im Rahmen der Datenerhebungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen, über die die Ukraine-Geflüchteten seit dem 1. Juni 2022 versichert sind, wird der Migrationsstatus nicht erfasst.

## LITERATUR

- AfD Kompakt* 2022: Ein einziger Ukraine-Flüchtling kostet monatlich 3.500 Euro! Verfügbar unter: <https://afdkompakt.de/2022/04/19/ein-einziger-ukraine-fluechtling-kostet-monatlich-3-500-euro/> (letzter Zugriff: 26.10.2022).
- Aksoy, Cevat Giray / Poutvaara, Panu / Schikora, Felicitas* 2021: First Time Around: Local Conditions and Multi-dimensional Integration of Refugees. Ifo Working Papers 361. Verfügbar unter: <https://www.ifo.de/DocDL/wp-2021-361-aksoy-poutvaara-schikora-integration-refugees.pdf> (letzter Zugriff: 07.08.2022).
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft* 2001: Richtlinie 2001/55/EG des Rates, 20. Juli 2001. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:212:0012:0023:DE:PDF> (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Anders, Florentine* 2022: Zusatzangebote in Herkunftssprache. Pop-up-Schulen für ukrainische Kinder und Jugendliche. In: Das Deutsche Schulportal, 22. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://deutscheschulportal.de/schule-im-umfeld/pop-up-schulen-fuer-ukrainische-kinder-und-jugendliche/> (letzter Zugriff: 25.10.2022).
- Angeli, Oliviero* 2022. Das Warten der AfD auf den "populistischen Moment". Verfügbar unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus238163785/Ukraine-Fluechtlinge-Die-AfD-wartet-auf-den-populistischen-Moment.html> (letzter Zugriff: 26.10.2022).
- Arbeitsmarktmentoren* 2022a: Newsletter #05. Verfügbar unter: [https://arbeitsmarktmentoren-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/07/AMM-Newsletter\\_2022\\_05.pdf](https://arbeitsmarktmentoren-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/07/AMM-Newsletter_2022_05.pdf) (letzter Zugriff: 20.10.2022).
- Arbeitsmarktmentoren* 2022b: Newsletter #6. Verfügbar unter: [https://arbeitsmarktmentoren-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/07/AMM-Newsletter\\_2022\\_06.pdf](https://arbeitsmarktmentoren-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/07/AMM-Newsletter_2022_06.pdf) (letzter Zugriff: 20.10.2022).
- Ärztzeitung* 2022: Krieg in der Ukraine: Diese mehr als 600 Berliner Praxen behandeln Flüchtlinge kostenfrei. 10. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.aerztezeitung.de/Nachrichten/Krieg-in-der-Ukraine-Diese-mehr-als-600-Berliner-Praxen-behandeln-Fluechtlinge-kostenfrei-427432.html> (letzter Zugriff: 20.06.2022).
- Auswärtiges Amt* 2022: Ukrainische Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige mit Wohnsitz in der Ukraine. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/service/-/2513204> (letzter Zugriff: 20.10.2022).
- BAfF - Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer* 2020: Identifizierung besonderer Schutzbedürftigkeit am Beispiel von Personen mit Traumafolgestörungen. Status quo in den Bundesländern, Modelle und Herausforderungen. Verfügbar unter: [http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2020/11/BAfF\\_Reader\\_Identifizierung.pdf](http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2020/11/BAfF_Reader_Identifizierung.pdf) (letzter Zugriff: 06.10.2022).
- BAfF-Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer* 2022: Flucht & Gewalt. Psychosozialer Versorgungsbericht Deutschland 2022. Verfügbar unter: [https://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2022/06/BAfF\\_Versorgungsbericht-2022.pdf](https://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2022/06/BAfF_Versorgungsbericht-2022.pdf) (letzter Zugriff: 21.06.2022).
- Becker, Paul / Komitowski, Doritt* 2022: Geflüchtet, um zu bleiben? Das sozio-demografische Profil der ukrainischen Bevölkerung und die aktuellen ukrainischen Arbeitsmarktstatistiken – Teil 2. IQ 07. Verfügbar unter: <https://www.netzwerk-iq.de/foerderprogramm-iq/fachstellen/fachstelle-einwanderung/publikationen/studien/plaedoyer-ukrainische-gefluechtete-2> (letzter Zugriff: 07.08.2022).
- BMI - Bundesministerium des Innern und für Heimat* 2022a: Befragung von Geflüchteten: 84 Prozent sind Frauen, 58 Prozent sind gemeinsam mit ihren Kindern geflüchtet. Pressemitteilung. Verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/04/digitalisierungslabor.html> (letzter Zugriff: 06.10.2022).
- BMI - Bundesministerium des Innern und für Heimat* 2022b: Einreise, Aufenthalt und Rückkehr. Verfügbar unter: <https://www.germany4ukraine.de/hilfeportal-de/einreise-aufenthalt-und-rueckkehr> (letzter Zugriff: 18.08.2022).
- BMI - Bundesministerium des Innern und für Heimat* 2022c: Geflüchtete aus der Ukraine. Verfügbar unter: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/umfrage-ukraine-fluechtlinge.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/umfrage-ukraine-fluechtlinge.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (letzter Zugriff: 12.10.2022).
- BMI - Bundesministerium des Innern und für Heimat* 2022d: Umsetzung des Durchführungsbeschlusses des Rates zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes. Verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ukraine/beschluss-4-maerz-2022-ukraine.html> (letzter Zugriff: 06.10.2022).

*BMI - Bundesministerium des Innern und für Heimat* 2022e: Aktenzeichen M5-12000/72#1. Berlin, 5. März 2022. Verfügbar unter: [https://ggu.de/fileadmin/downloads/Ukraine/CDR\\_22-03-04ALSchreibenBLTARII\\_endg.pdf](https://ggu.de/fileadmin/downloads/Ukraine/CDR_22-03-04ALSchreibenBLTARII_endg.pdf) (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Bossler, Mario / Popp, Martin* 2022: Viele geflüchtete Ukrainerinnen könnten mittelfristig in Engpassberufen unterkommen. In: IAB-Forum, 23. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.iab-forum.de/viele-gefluechtete-ukrainerinnen-koennten-mittelfristig-in-engpassberufen-unterkommen/> (letzter Zugriff: 18.08.2022).

*Bozorgmehr, Kayvan / Nöst, Stefan / Thaiss, Heidrun / Razum, Oliver* 2016: Die gesundheitliche Versorgungssituation von Asylsuchenden. Bundesweite Bestandsaufnahme über die Gesundheitsämter. In: Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz 59 (5), S. 545-555. Verfügbar unter: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs00103-016-2329-4.pdf> (letzter Zugriff: 15.06.2022).

*Braun, Stefan* 2022: „Dunkler Tag“ - „Albtraum“ - „Tag der Schande“. In: Süddeutsche Zeitung, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-bundesregierung-reaktionen-1.5535546> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Brücker, Herbert / Grundacker, Lidwina / Kalum, Dorina* 2020: Geflüchtete Frauen und Familien: Der Weg nach Deutschland und ihre ökonomische und soziale Teilhabe nach Ankunft. IAB-Forschungsbericht 09/2020. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2020/fb0920.pdf> (letzter Zugriff: 10.10.2022).

*Brücker, Herbert / Goßner, Laura / Hauptmann, Andreas / Jaschke, Philipp / Kassam, Kamal / Kosyakova, Yuliya / Stepanok, Ignat* 2022a: Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung. IAB-Forschungsbericht 02/2022. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.48720/IAB.FB.2202> (letzter Zugriff: 18.08.2022).

*Brücker, Herbert / Dauth, Wolfgang / Haas, Anette / Jaschke, Philipp / Kosyakova, Yuliya / Mense, Andreas / Moritz, Michael / Hong, Van Phan thi / Wolf, Katja* 2022b: Ein Vorschlag zur Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine. IAB-Forschungsbericht 05/2022. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.48720/IAB.FB.2205> (letzter Zugriff: 24.11.2022).

*Brücker, Herbert* 2022a: Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen. IAB-Forschungsbericht 04/2022. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.48720/IAB.FB.2204> (letzter Zugriff: 18.08.2022).

*Brücker, Herbert* 2022b: War in the Ukraine: Consequences for the Governance of Refugee Migration and Integration. In: CESifo Forum 23 (4), S. 41 – 48.

*Bundesagentur für Arbeit* 2022a: Die Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Robuste Entwicklung trotz wirtschaftlicher Abschwächung. Arbeitsmarkt kompakt, Oktober 2022. Verfügbar unter: [https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202210/arbeitsmarktberichte/lage-arbeitsmarkt/lage-arbeitsmarkt-d-0-202210-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202210/arbeitsmarktberichte/lage-arbeitsmarkt/lage-arbeitsmarkt-d-0-202210-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1) (letzter Zugriff: 03.11.2022)

*Bundesagentur für Arbeit* 2022b: Migration und Arbeitsmarkt. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html?staatIndStat=Ukraine&indikatorIndStat=Arbeitslose> (letzter Zugriff 20.10.2022).

*Butenop, Joost / Brake, Tessa / Mauder, Sieglinde / Razum, Oliver* 2022: Gesundheitliche Lage in der Ukraine vor Kriegsbeginn und ihre Relevanz für die Versorgung ukrainischer Geflüchteter in Deutschland: Literaturdurchsicht, Risikoanalyse und Prioritätensetzung. In: Das Gesundheitswesen, 2022; 84 (08/09), S. 679-688.

*Decker, Markus / Müller, Annika* 2022: Zwölf von 16 Bundesländern haben keinen Platz mehr für Geflüchtete aus der Ukraine. In: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 3. September 2022. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/ukraine-fluechtlinge-12-von-16-bundeslaendern-haben-keinen-platz-mehr-WR7MFB4XHNAE7EVWYQ2IFFXIQQ.html> (letzter Zugriff: 08.11.2022).

*Deutsche Bundesregierung* 2022: Pressestatement von Bundeskanzler Scholz zum russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatement-von-bundeskanzler-scholz-zum-russischen-angriff-auf-die-ukraine-am-24-februar-2022-2007500> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Deutscher Bundestag* 2022a: Disput über die Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw14-de-masterplanhilfe-889116> (letzter Zugriff: 12.10.2022).

*Deutscher Bundestag* 2022b: Drucksache 20/1335, 5. April 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001335.pdf> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Deutscher Bundestag* 2022c: Drucksache 20/1347, 6. April 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001347.pdf> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Deutscher Bundestag* 2022d: Plenarprotokoll 20/21. Berlin, 17. März 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20021.pdf#P.1581> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

- Deutscher Bundestag* 2022e: Plenarprotokoll 20/28. Berlin, 7. April 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20028.pdf#P.2475> (letzter Zugriff: 11.10.2022).
- Deutscher Bundestag* 2022f: Plenarprotokoll 20/62. Berlin, 19. Oktober 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20062.pdf#P.7012> (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Deutscher Bundestag* 2022g: Drucksache 20/4051, 18. Oktober 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004051.pdf> (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Deutscher Bundestag* 2022h: Drucksache 20/1859, 18. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/018/2001859.pdf> (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Deutsche Vertretung Polen* 2022: Wichtige Informationen zur Einreise nach Deutschland. Verfügbar unter: <https://polen.diplo.de/pl-de/04-news/04-3-ukraine/-/2515668> (letzter Zugriff: 07.08.2022).
- von Dewitz, Nora / Massumi, Mona / Grißbach, Johanna 2016: Neu zugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Entwicklungen im Jahr 2015. Köln: Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache, Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln.
- Dezim* 2022a: Private Unterbringung ukrainischer Geflüchteter: Überwiegend positive Erfahrung. Verfügbar unter: <https://www.dezim-institut.de/aktuelles/aktuelles-detail/studie-privatunterbringung-gefluechtete/> (letzter Zugriff: 11.10.2022).
- Dezim* 2022b: Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Eine Längsschnittanalyse des DeZIM. panels. Verfügbar unter: [https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-5394.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5394.pdf) (letzter Zugriff: 24.11.2022).
- DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund* 2022: Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Prekäre Beschäftigung vermeiden, in gute Arbeit vermitteln, 27. Juli 2022. Verfügbar unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++1d95467a-a3aa-11ec-8010-0014a160123> (letzter Zugriff: 18.08.2022).
- Empfehlungsbund* 2022: Jobs für ukrainische Menschen in Deutschland: Verfügbar unter: <https://uajobs.de/> (letzter Zugriff: 26.10.2022).
- Euronews* 2022: „Mein Name ist Fanya“: Dresden öffnet Schule für ukrainische Kinder. 29. April 2022. Verfügbar unter: <https://de.euronews.com/2022/04/29/mein-name-ist-fanya-dresden-offnet-schule-fur-ukrainische-kinder> (letzter Zugriff: 25.10.2022).
- Europäische Union* 2018: Verordnung (EU) 2018/1806 des Europäischen Parlaments und des Rates, 14. November 2018. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018R1806&from=EN> (letzter Zugriff: 07.07.2022).
- FDP - Freie Demokraten* 2022a: Wir brauchen einen Flüchtlingsgipfel auf internationaler Ebene. Verfügbar unter: <https://www.fdp.de/wir-brauchen-einen-fluechtlingsgipfel-auf-internationaler-ebene> (letzter Zugriff: 25.10.2022).
- FDP - Freie Demokraten* 2022b: Verteilung der Flüchtenden europaweit koordinieren. Verfügbar unter: <https://www.fdp.de/verteilung-der-fluechtenden-europaweit-koordinieren> (letzter Zugriff: 25.10.2022).
- Frerichs, Konrad* 2014: § 6 AsylbLG Sonstige Leistungen. In: Coseriu, Pablo / Siefert, Jutta (Hg.): Praxiskommentar SGB XII. 2. Auflage. Juris, Saarbrücken. Verfügbar unter: [https://www.ggua-projekt.de/fileadmin/downloads/tabellen\\_und\\_uebersichten/\\_\\_\\_6\\_Asyblg.pdf](https://www.ggua-projekt.de/fileadmin/downloads/tabellen_und_uebersichten/___6_Asyblg.pdf) (letzter Zugriff: 06.10.2022).
- Frings, Dorothee* 2022: Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine ab dem 1. Juni 2022. In: Asylmagazin 6, S. 203 – 213.
- Gathmann, Florian / Müller, Ann-Kathrin* 2022: Wie stille Post, nur in böse. In: Der Spiegel, 27. September 2022. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/aeusserungen-zu-ukrainischen-fluechtlingen-wie-sich-cdu-chef-merz-um-kopf-und-kragen-redete-a-14dcc338-109b-478b-8cbe-cdc0fc9e8bac> (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Dr. Wido Geis-Thöne* 2022: Mögliche Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine im Deutschen Bildungssystem. Institut der deutschen Wirtschaft, IW-Report 30/2022. Verfügbar unter: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2022/IW-Report\\_2022-Gefluechtete-Ukraine-im-Bildungssystem.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2022/IW-Report_2022-Gefluechtete-Ukraine-im-Bildungssystem.pdf) (letzter Zugriff: 07.07.2022).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz* 2022: Königsteiner Schlüssel. Verfügbar unter: <https://www.gwk-bonn.de/themen/finanzierung-von-wissenschaft-und-forschung/koenigsteiner-schluesel> (letzter Zugriff: 11.10.2022).
- Giesing, Yvonne / Panchenko, Tetyana / Poutvaara, Panu* 2022: Können Geflüchtete aus der Ukraine zu einer Reduktion des Fachkräftemangels beitragen? In: ifo Schnelldienst 75(9), S. 42 - 49.
- Goetheinstitut* 2017: Das Land der Deutschlerner. Verfügbar unter: <https://www.goethe.de/de/uun/pub/akt/g17/21250130.html?msckid=b761facb5e11ecb9ab2d983ae86f27> (letzter Zugriff: 18.08.2022).

Goßner, Laura / Kosyakova Yuliya 2021: Integrationshemmnisse geflüchteter Frauen und mögliche Handlungsansätze – eine Übersicht bisheriger Erkenntnisse. IAB-Forschungsbericht 08/2021. Verfügbar unter: <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2021/fb0821.pdf> (letzter Zugriff: 18.08.2022).

Hook, Kimberley / Bogdanev, Sergiy 2021: Mental Health Care in Eastern Europe and Central Asia: An Analysis of Needs and a Call for Greater Investment. In: The Lancet Regional Health - Europe 10. Verfügbar unter: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC8589706/pdf/main.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2022).

Höltmann, Gesine / Hutter, Swen 2021: Viel Hilfsbereitschaft, viel Protest. Polarisierung und Zusammenhalt liegen in der Pandemie nah beieinander. In: WZB Mitteilungen: Polarisierung und Gesellschaft. Verfügbar unter: <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/polarisierung-und-gesellschaft/viel-hilfsbereitschaft-viel-protest> (letzter Zugriff: 26.10.2022).

Höltmann, Gesine / Hutter, Swen / Rößler-Prokhorenko, Charlotte 2022: Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg. Discussion Paper ZZ 2022-601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Hutter, Swen / Kriesi, Hanspeter 2021: Politicising Immigration in Times of Crisis. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 48:2, S. 341-365. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853902> (letzter Zugriff: 26.10.2022).

Informationsverbund Asyl & Migration 2022: Neue Bestimmungen für aus der Ukraine geflüchtete Personen ab 1. September 2022. 18. August 2022. Verfügbar unter: <https://www.asyl.net/view/neue-bestimmungen-fuer-aus-der-ukraine-gefluechtete-personen-ab-1-september-2022> (letzter Zugriff: 06.10.2022).

infratest dimap 2022: ARD-DeutschlandTREND April II 2022. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. Verfügbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/april-ii/> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

IQ Netzwerk 2022: Allgemeine Informationen zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Verfügbar unter: [https://www.netzwerk-iq-sachsen.de/dok/M1.2\\_Anerkennung-allgemein.pdf](https://www.netzwerk-iq-sachsen.de/dok/M1.2_Anerkennung-allgemein.pdf) (letzter Zugriff: 04.10.2022).

Jmwiarda 2022: Stark-Watzinger muss den Kultusministern ein Bund-Länder-Programm anbieten. 8. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.jmwiarda.de/2022/03/08/stark-watzinger-muss-den-kultusministern-ein-bund-l-ander-programm-anbieten/> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

Karakayalı/ zur Nieden/ Kahveci/ Groß/ Heller 2017: Die Kontinuität der Separation. Vorbereitungsklassen für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im Kontext historischer Formen separierter Beschulung. In: DDS – Die Deutsche Schule, 109. Jg., 3 (2017), S. 223-235, Waxmann.

KBV – Kassenärztliche Bundesvereinigung 2022: Übergangslösung: Geflüchtete aus der Ukraine erhalten Behandlungsscheine – Hinweise für Praxen. Verfügbar unter: [https://www.kbv.de/html/1150\\_57290.php](https://www.kbv.de/html/1150_57290.php) (letzter Zugriff: 06.10.2022).

KM-BW – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg 2022: Rahmeninformation Beschulung und Betreuung Geflüchteter. II. Schulbesuch und Beschulungsformate. Verfügbar unter: [https://km-bw.de/Lde/startseite/service/Schulbesuch+und+Beschulungsformate\\_](https://km-bw.de/Lde/startseite/service/Schulbesuch+und+Beschulungsformate_) (letzter Zugriff: 25.10.2022).

KMK – Kultusminister Konferenz 2022a: KMK benennt Vorsitzenden – Task Force tagt erstmalig. Verfügbar unter: <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kmk-benennt-vorsitzenden-task-force-tagt-erstmalig.html> (letzter Zugriff: 12.10.2022).

KMK – Kultusminister Konferenz 2022b: Hochschulzugang mit ukrainischen Bildungsnachweisen. Anwendung der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz in der Ukraine-Krise auf Personen mit Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz nach § 24 Aufenthaltsgesetz. Verfügbar unter: [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/ZAB/Hochschulzugang\\_Beschluesse\\_der\\_KMK/220405\\_KMK\\_Beschluss\\_Hochschulzugang\\_Ukraine.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/ZAB/Hochschulzugang_Beschluesse_der_KMK/220405_KMK_Beschluss_Hochschulzugang_Ukraine.pdf) (letzter Zugriff: 07.07.2022).

KMK – Kultusminister Konferenz 2022c: Kultusministerkonferenz: Geflüchtete aus der Ukraine sind in der Schule willkommen. Verfügbar unter: <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kultusministerkonferenz-gefluechtete-aus-der-ukraine-sind-in-der-schule-willkommen.html> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

KMK – Kultusminister Konferenz 2022d: Zum Umgang mit (schulpflichtigen) geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine. Verfügbar unter: [https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2022/2022\\_05\\_10-Ukraine-schulpflichtige-Kinder.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2022/2022_05_10-Ukraine-schulpflichtige-Kinder.pdf) (letzter Zugriff: 03.11.2022).

Kuhn, Anette 2022a: Wie die Länder Lehrkräfte aus der Ukraine gewinnen. In: Das Deutsche Schulportal, 15. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/wie-die-laender-lehrkraefte-aus-der-ukraine-gewinnen/> (letzter Zugriff: 10.10.2022).

*Kuhn, Anette* 2022b: Wie Schulen geflüchtete Kinder aus der Ukraine aufnehmen. In: Das Deutsche Schulportal, 11. März 2022. Verfügbar unter: <https://deutscheschulportal.de/bildungswesen/ukraine-wie-schulen-gefluechtete-kinder-aufnehmen/#was-kostet-der-unterricht-fuer-gefluechtete-kinder> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

*KVS – Kassenärztliche Vereinigung Sachsen* 2022a: Internationale Praxis am Klinikum Chemnitz. Verfügbar unter: <https://www.kvs-sachsen.de/buerger/internationale-praxen-der-kv-sachsen/internationale-praxis-chemnitz/> (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*KVS – Kassenärztliche Vereinigung Sachsen* 2022b: Praxen zur Versorgung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Verfügbar unter: <https://www.kvs-sachsen.de/buerger/praxen-zur-versorgung-von-kriegsfluechtlingen-aus-der-ukraine/> (letzter Zugriff: 06.10.2022).

*KVS – Kassenärztliche Vereinigung Sachsen* 2022c: Arztsuche. Suche nach Ärzten und Psychotherapeuten in Sachsen. Verfügbar unter: <https://asu.kvs-sachsen.de/arztsuche/> (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*Lindner, Katja* 2021: Ansprüche auf Gesundheitsleistungen für Asylsuchende in Deutschland. Rechtslage und Reformbedarfe, MIDEM-Policy Paper 02/21, Dresden.

*Lindner, Katja / Taché, Stephanie / Tacke, Reiko / Denzin, Sebastian / Prehn, Jasin* 2015: "Medical Gatekeepers for Asylum Seekers in Dresden". Ein Projekt zur verbesserten primärmedizinischen Versorgung von Asylsuchenden sowie zur Entlastung niedergelassener ÄrztInnen und kommunaler Verwaltungsstrukturen. Projektkonzept.

*Marchese, Valentina / Formenti, Beatrice / Cocco, Nicola / Russo, Giulia / Testa, Jacopo / Castelli, Francesco / Mazzetti, Marco* 2022: Examining the Pre-War Health Burden of Ukraine for Prioritisation by European Countries Receiving Ukrainian Refugees. In: The Lancet Regional Health – Europe 2022; 15: 100369. Verfügbar unter: [https://www.thelancet.com/journals/lanep/article/PIIS2666-7762\(22\)00062-X/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lanep/article/PIIS2666-7762(22)00062-X/fulltext) (letzter Zugriff: 06.10.2022).

*MDR Sachsen* 2022: Rund 900 Ukrainern in Sachsen seit März Jobs vermittelt. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/ukraine-krieg-fluechtlinge-arbeit-job-100.html> (letzter Zugriff: 07.10.2022).

*Mediendienst Integration* 2022a: Wo wohnen die meisten Geflüchteten aus der Ukraine? Verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/wo-wohnen-die-meisten-gefluechteten-aus-der-ukraine.html> (letzter Zugriff: 22.11.2022).

*Mediendienst Integration* 2022b: Flüchtlinge aus der Ukraine. Verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*Meier, Albrecht* 2022: Flüchtlinge aus der Ukraine. Die neue Einigkeit der EU – und ein alter Streit. In: Tagesspiegel, 21. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-neue-einigkeit-der-eu--und-ein-alter-streit-5422159.html> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

*MIDEM* 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018. Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

*MIDEM* 2019: Migration und Europa. Jahresbericht 2019. Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

*NDR* 2022: Ukrainische Geflüchtete haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt, 24. August 2022. Verfügbar unter: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/nordmagazin/Ukrainische-Gefluechtete-haben-es-schwer-auf-dem-Arbeitsmarkt,nordmagazin99168.html> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*OECD* 2022: International Migration Outlook 2022. OECD Publishing, Paris. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/30fe16d2-en> (letzter Zugriff: 26.10.2022).

*Panchenko, Tetyana* 2022: Prospects for Integration of Ukrainian Refugees into the German Labor Market: Results of the ifo Online Survey. In: CESifo Forum 23(4), S. 67 - 75.

*Pötzsckhe, Steffen / Weiß, Bernd / Hebel, Anna / Piepenburg, Joachim G. / Popek, Oleksandra* 2022: Geflüchtete aus der Ukraine – Erste deskriptive Ergebnisse einer Onlinebefragung in Deutschland und Polen. Verfügbar unter: <https://blog.gesis.org/gefluechtete-aus-der-ukraine---erste-deskriptive-ergebnisse-einer-onlinebefragung-in-deutschland-und-polen/> (letzter Zugriff 13.09.2022).

*PSZ Sachsen* 2020: Das Psychosoziale Zentrum für Geflüchtete in Sachsen. Verfügbar unter: <http://www.psz-sachsen.de/2020/> (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* 2022: Grundsicherung für ukrainische Geflüchtete. Zugang zu Sicherungssystemen ab 1. Juni. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/grundsicherung-fuer-ukrainer-2028694> (letzter Zugriff: 06.10.2022).

*Rat der Europäischen Union* 2022: Ukraine: Rat beschließt einstimmig vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge. Pressemitteilung, 4. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/04/ukraine-council-introduces-temporary-protection-for-persons-fleeing-the-war/> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Renner, Nona* 2018: Die Wohnsitzauflage als Mittel deutscher Integrationspolitik? Das Beispiel Sachsen. MIDEM-Policy Paper 01/18, Dresden.

*RND - RedaktionsNetzwerk Deutschland* 2022: Bundespräsident Steinmeier dankt Helfern am Berliner Hauptbahnhof. 17. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/ukraine-steinmeier-dankt-fluechtlingshelfern-am-berliner-hauptbahnhof-SMCRH7UWJOEMCO4GSK5UGXPVU.html> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Roberts, Bayard / Makhshvili, Nino / Javakhishvili, Jana / Karachevskyy, Andrey / Kharchenko, Natalia / Shpiker, Marina / Richardson, Erica* 2017: Mental Health Care Utilisation Among Internally Displaced Persons in Ukraine: Results from a Nation-Wide Survey. *Epidemiology and Psychiatric Sciences*. 1-12. Verfügbar unter: <https://core.ac.uk/download/pdf/84660143.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2022).

*Rösch, Viktoria* 2022: Ressentimentale Politik: Rekonstruktion medialer Gefühlsarbeit (neu-)rechter Frauen. In: *Sozialer Sinn* 23 (1), S.73-104.

*SAB - Sächsische Aufbaubank* 2022: Integrative Maßnahmen - Teil 4 - Maßnahmen zur Erstorientierung in sächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen. Verfügbar unter: <https://www.sab.sachsen.de/integrative-ma%C3%9Fnahmen-teil-4-ma%C3%9Fnahmen-zur-erstorientierung-in-s%C3%A4chsischen-erstaufnahmeeinrichtungen> (letzter Zugriff: 26.10.2022).

*Sachsen.de* 2022: Schule und Ausbildung. Schulassistenz. Verfügbar unter: <https://www.schule.sachsen.de/schulassistenz-6864.html> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

*Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz* 2015: Praxis zur ambulanten ärztlichen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wird eingerichtet. Pressemitteilung vom 31. August 2016. Verfügbar unter: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/199384> (letzter Zugriff: 27.09.2022).

*Schindler, Frederik* 2022: Bundesregierung erleichtert Aufnahme von Juden aus der Ukraine. In: *die Welt*, 3. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237292953/Putins-Krieg-Bundesregierung-erleichtert-Aufnahme-von-Juden-aus-der-Ukraine.html> (letzter Zugriff: 11.10.2022).

*Schork, Franziska / Loschert, Franziska / Kolb, Holger* 2022: „Zeitenwende“ bei der Arbeitsmarktintegration? Teilhabe und Prekarität von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt. SVR-Policy Brief 2022-3. Verfügbar unter: [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/08/PB\\_Zeitenwende\\_bei\\_der\\_Arbeitsmarktintegration.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/08/PB_Zeitenwende_bei_der_Arbeitsmarktintegration.pdf) (letzter Zugriff: 01.09.2022).

*SLAEK - Sächsische Landesärztekammer* 2021: Ausländische Ärzte in Sachsen. Verfügbar unter: [https://www.slaek.de/de/05/statistik/ausl\\_aerzte.php?switchtoversion=www](https://www.slaek.de/de/05/statistik/ausl_aerzte.php?switchtoversion=www) (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*SLAEK - Sächsische Landesärztekammer* 2022: Informationen für geflüchtete Ärzte aus der Ukraine. Verfügbar unter: <https://www.slaek.de/de/04/pressemitteilungen/2022/aktuelle-informationen-fuer-ukr.aerzte.php> (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*SMS - Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt* 2022a: Förderbekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Förderung von Maßnahmen zur Erstorientierung der Richtlinie Integrative Maßnahmen Teil 4 mit dem Zielgruppen-Schwerpunkt "ukrainische Kriegsflüchtlinge". In: *Sächsisches Amtsblatt* Nr. 17, S. 534 - 535.

*SMS - Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt* 2022b: Interpretationshilfe zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Verfügbar unter: [https://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/data/kvs/downloads/vertrag/BF\\_Neufassung\\_2022\\_Interpretationshilfe\\_AsylbLG.pdf](https://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/data/kvs/downloads/vertrag/BF_Neufassung_2022_Interpretationshilfe_AsylbLG.pdf) (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*Stadt Leipzig* 2016: Flüchtlingsambulanz schließt planmäßig. 9. Dezember 2016. Verfügbar unter: <https://www.leipzig.de/news/news/fluechtlingsambulanz-schliesst-planmaessig> (letzter Zugriff: 20.10.2022).

*Stein, Anette / Zorn, Dirk* 2022: Ukrainische Schüler in Deutschland. Wie wir die gute, inklusive Schule für die Einwanderungsgesellschaft bauen. In: *Das Deutsche Schulportal*, 17. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://deutsches-schulportal.de/expertenstimmen/wie-wir-die-gute-inklusive-schule-fuer-die-einwanderungsgesellschaft-bauen/> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

*SVR zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung 2022: Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realitäten gestalten. Jahresgutachten. Verfügbar unter: [https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202223/JG202223\\_Gesamtausgabe.pdf](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202223/JG202223_Gesamtausgabe.pdf) (letzter Zugriff 14.11.2022).*

*Tagesschau 2022: Geflüchtete in Deutschland. Große Hilfsbereitschaft. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/ukrainekrieg-fluechtlinge-solidaritaet-101.html> (letzter Zugriff: 06.10.2022).*

*Thiel, Susann 2022: Die Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG: Aktuelle Problemanzeigen und Handlungsbedarf. In: Der Paritätische Gesamtverband. Verfügbar unter: [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/doc/Paritaetischer\\_Umfrage\\_Wohnsitzregelung\\_12a\\_AufenthG.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/Paritaetischer_Umfrage_Wohnsitzregelung_12a_AufenthG.pdf) (letzter Zugriff: 18.08.2022).*

*Thränhardt, Dietrich 2022: Vom restriktiven Asyl zum kooperativen Aufnahmesystem. Über die grenzenlose Aufnahme ukrainischer Geflüchteter. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 14. Oktober 2022. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/festung-europa-2022/514215/vom-restriktiven-asyl-zum-kooperativen-aufnahmesystem/> (letzter Zugriff: 26.10.2022).*

*Tillmann, Judith/ Münster, Eva/ Schmidt, Alexandra 2022: Ukraine-Geflüchtete in der Arztpraxis: Was ist zu beachten? In: MMW Fortschritte der Medizin, 9/2022, S. 12-16. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s15006-022-1116-4> (letzter Zugriff: 06.10.2022).*

*Töller, Annette / Reiter, Renate / Günther, Wolfgang / Walter, Lisa 2020: Rechtliche, organisatorische und politische Rahmenbedingungen der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung Geflüchteter in Deutschland. Identifikation von Problembereichen und Lösungsansätzen. In: Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung. 4. Jg. Heft 1, S. 37-67.*

*Vorländer, Hans / Angeli, Oliviero / Yilmazel, Ender / Barp, Francesca 2021: Lehrplanstudie Migration und Integration. Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden.*

*Weidel, Alice 2022, 16. März: +++ Ausnahmslose Überprüfung aller einreisenden Personen sicherstellen! +++; Facebook Alice Weidel. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/aliceweidel/posts/5328600253817833> (letzter Zugriff: 26.10.2022).*

*Werner, Dirk / Jansen, Anika / Pierenkemper, Sarah / Hickmann, Helen / Garb, Maria 2022: Integration durch berufliche Anerkennung für Geflüchtete aus der Ukraine. IW-Report, No. 25/2022. Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln.*

*WHO – World Health Organization 2020: Ukraine. WHO Special Initiative for Mental Health Situational Assessment. Verfügbar unter: [https://cdn.who.int/media/docs/default-source/mental-health/who-special-initiative-country-report---ukraine---2020.pdf?sfvrsn=ad137e9\\_4](https://cdn.who.int/media/docs/default-source/mental-health/who-special-initiative-country-report---ukraine---2020.pdf?sfvrsn=ad137e9_4) (letzter Zugriff: 06.10.2022).*



**FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE**

## 2 POLEN

Factsheet

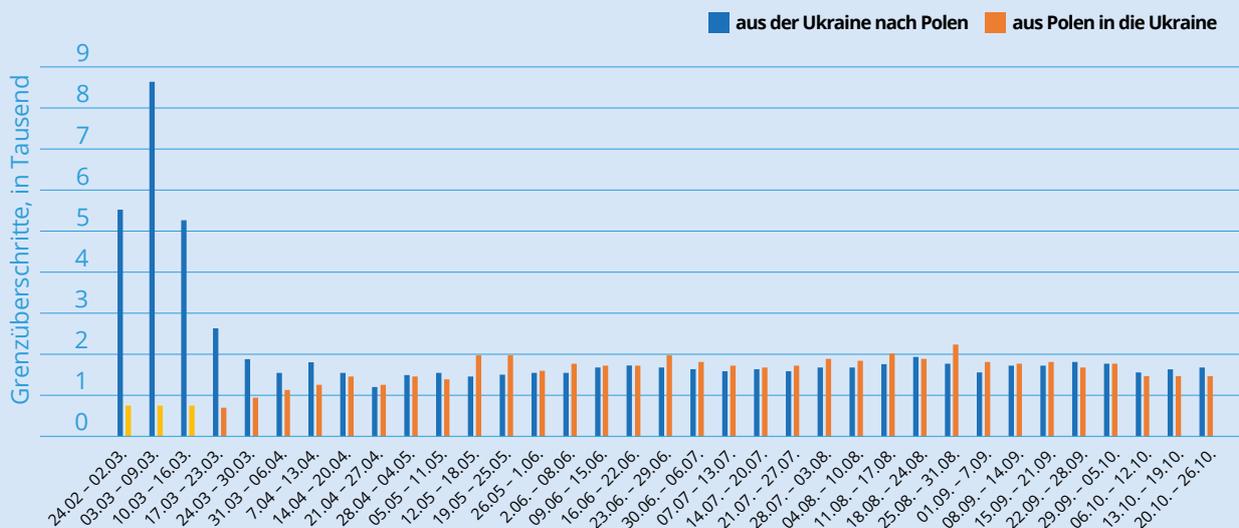
Bevölkerungszahl (01.01.2022)	37.654.247
BIP pro Kopf (2021)	15.060 €
Registrierte ukrainische Geflüchtete (02.11.2022)	1.469.032
Ukrainische Geflüchtete pro 100.000 Einwohner	3.901

Quellen: Eurostat 2022; UNHCR 2022a / Eigene Darstellung

Seit Beginn des Krieges haben mehr als vier Millionen Geflüchtete aus der Ukraine die polnische Grenze passiert. Der Höhepunkt der Fluchtmigration wurde unmittelbar nach Kriegsausbruch verzeichnet (Abbildung 1), danach hat sich die Situation an der Grenze deutlich entschärft. Von den vier Millionen Geflüchteten blieben schätzungsweise 1,47 Millionen im Land (UNHCR 2022a, Stand: 2. November), die anderen zogen weiter in Richtung Westeuropa und Nordamerika (u.a. nach Kanada, wo es eine große ukrainische Diaspora gibt). Viele der Geflüchteten sind zudem in die Ukraine zurückgekehrt, besonders nachdem sich die Kriegssituation in der Nord- und Westukraine etwas entspannt hatte. Seit dem 10. Mai zeichnet sich sogar eine Trendwende ab: Es reisen etwas mehr Menschen aus Polen in die Ukraine ein als umgekehrt. Insgesamt halten sich die Zahlen von Aus- und Einreisen jedoch die Waage. Damit liegt die Quote der täglichen Grenzüberschritte zwischen Polen und der Ukraine ungefähr auf Vorkriegsniveau (sprich zwischen 20.000 und 30.000). Es gibt keine offiziellen Statisti-

### POLEN ALS HAUPTAUFNAHME- UND TRANSITLAND

Abb. 1 Grenzüberschritte aus der Ukraine nach Polen und zurück (nach Wochen)



Anmerkung: Tägliche Ausreisezahlen sind ab dem 18. März dokumentiert. An diesem Tag wird auch ein Gesamtwert der Ausreisen zwischen dem 22. Februar und dem 17. März (227.000) angegeben. In der Abbildung ist dieser Wert auf die drei Wochen zwischen dem 22. Februar und dem 17. März gleich aufgeteilt.

Quelle: Daten des Polnischen Grenzschutzes / Eigene Darstellung

ken über die Dauer der Rückkehr in die Heimat – einige Geflüchtete kehren nur kurz, andere dauerhaft in die Ukraine zurück (Mikulska 2022a).

### ZWEI PHASEN DER FLUCHTMIGRATION

Der Verlauf der Fluchtmigration aus der Ukraine nach Polen kann in zwei Phasen unterteilt werden. Die erste Phase erstreckte sich vom Kriegsbeginn bis etwa Mitte März und war vor allem durch den massiven Zustrom von Geflüchteten gekennzeichnet (Abbildung 1): Bis zum 6. März zählte man eine Million Grenzübertritte, am 18. März waren es bereits zwei Millionen (erst am 27. April war die Marke von drei Millionen erreicht). In dieser ersten Phase galt die enorme Mobilisierung der Zivilgesellschaft, der Gemeinden und des Staates vor allem der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten sowie der Organisation der Weiterreise.

Die zweite Phase setzte Mitte März ein, als sich der Zustrom von Geflüchteten verlangsamte und sich der Saldo aus Ein- und Ausreisen schließlich in den leicht negativen Bereich verkehrte. Besonders nachdem die russischen Truppen in der ersten April-Woche aus der Nordukraine zurückgedrängt und die Offensive gestoppt worden war, verzeichnete man deutlich weniger Grenzübertritte. Diese Phase dauert bis heute an und ist weniger durch die Aufnahme der Geflüchteten gekennzeichnet als vielmehr durch Bemühungen um ihre Integration.

Um sich langfristig in Polen niederlassen zu können, müssen Geflüchtete ein polnisches Identitätskennzeichen (PESEL) beantragen, das ihnen den Zugang zu staatlichen Leistungen und zum Arbeitsmarkt sichert. Rund 1,39 Millionen ukrainische Geflüchtete haben das Identitätskennzeichen bisher erhalten (Stand: 25. Oktober, UNHCR 2022b). Fast 40 Prozent von ihnen sind Minderjährige und etwa 47 Prozent Frauen. Darüber hinaus sind etwa 48 Prozent der Angemeldeten in arbeitsfähigem Alter (18–59 Jahre), davon etwa 87 Prozent Frauen. Im Vergleich zum Stand vor dem Krieg hat sich die Anzahl der ukrainischen Staatsangehörigen in Polen ungefähr verdoppelt (cf. Wojdat/Cywiński 2022: 14).

### GESELLSCHAFTLICHE REAKTIONEN

#### GROSSE BETEILIGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die polnische Zivilgesellschaft hat sich sehr aktiv an der Aufnahme und Verteilung der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine beteiligt. Die erste Phase könnte man als ein „Fest der Solidarität“ bezeichnen. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben umgehend damit begonnen, Geld- und Sachspenden zu generieren, Unterstützung an der Grenze zu organisieren und für humanitäre, juristische, logistische sowie psychologische Hilfe zu sorgen (Sławiński 2022). Die NGOs haben eine enorme Leistung erbracht, indem sie sofort an die Stelle der nicht ausreichend vorhandenen staatlichen Versorgungs- und Aufnahmestrukturen getreten sind und eine provisorische Ad-hoc-Hilfe- und Koordinationsstruktur aufgebaut haben. Über die sozialen Medien wurde kommuniziert, wie und wo sich Freiwillige engagieren können.

Auch seitens der Bevölkerung war die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine groß (vgl. Mierzyńska 2022). Laut einer Umfrage, die zwischen dem 28. Februar und dem 10. März 2022 durchgeführt wurde, haben 68 Prozent der Befragten die Geflüchteten (z.B. durch Geld- oder Sachspenden) unterstützt (CBOS 2022a: 2). Tausende von Freiwilligen engagierten sich – entweder bei Hilfsorganisationen oder privat. Viele Menschen haben Geflüchtete bei sich zu Hause aufgenommen, Hunderte sind mit dem Auto zur Grenze gefahren, um Geflüchtete auf eigene Kosten ins Landesinnere zu bringen. Einer Umfrage vom 8. bis 10. März zufolge war die polnische Bevölkerung von ihrer eigenen Hilfsbereitschaft positiv überrascht: 91 Prozent der Befragten beurteilten die Reaktion der Bevölkerung auf die Ankunft der Geflüchte-

ten aus der Ukraine als entweder viel besser oder eher besser als erwartet (Pacewicz 2022). Ein besonders großes Engagement zeigten Frauen, Personen zwischen 30 und 39 Jahren, solche mit Hochschulreife oder abgeschlossenem Studium sowie höherem Einkommen. Erwähnenswert ist auch, dass das zivilgesellschaftliche Engagement mit der Zustimmung zu den einzelnen Parteien korreliert: So zeigte die Wählerschaft der russlandnahen Partei *Konfederacja* die geringste Einsatzbereitschaft (nur 47 Prozent im Vergleich zu 63 bis 72 Prozent bei den Wählern anderer Parteien) (ebd.). Die polnische Bevölkerung hat laut Schätzungen des Polnischen Wirtschaftsinstituts (Polski Instytut Ekonomiczny 2022) alleine in den ersten drei Monaten des Krieges eine finanzielle Hilfe im Wert von etwa 10 Milliarden PLN (ca. 2,1 Milliarden Euro) geleistet. Diese Summe ist zweieinhalbmal so hoch wie die Summe der gesamten Spenden in Polen im Jahr 2021 (3,9 Milliarden PLN) und stellt etwa 0,38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Polens dar.

Ohne die Anstrengungen der Zivilgesellschaft und der NGOs wäre – so die weitverbreitete Überzeugung – der polnische Staat mit der Situation überfordert gewesen (vgl. Livingstone 2022, Wanat 2022). Obwohl viele der Geflüchteten Polen inzwischen wieder verlassen haben, ist das Engagement der zahlreichen Privatpersonen und NGOs für die im Land verbliebenen Menschen (ca. 1,47 Millionen) nach wie vor unverzichtbar. Allerdings macht sich mittlerweile eine gewisse Erschöpfung breit (vgl. Podgórska 2022). Einem Bericht der Organisation *Szlachetna Paczka* zufolge sank die Hilfsbereitschaft der Befragten von 56 Prozent (Ende März) auf 47 Prozent (Ende Mai) (Gazeta Wyborcza Kraków 2022). Ein Zehntel der Befragten gab an, dass sie nicht mehr die Kraft hätten, weiter zu helfen. Dies stellt eine Gefahr für die Stabilität und Dauerhaftigkeit der von der Zivilgesellschaft organisierten Hilfe dar. Deshalb bemühten sich viele Organisationen um Kooperationen mit Städten und Gemeinden, um Kräfte zu bündeln und so die Hilfe langfristig gewährleisten zu können. Ziel ist es, Freiwillige zu entlasten und den NGOs eine stabile strukturelle und finanzielle Basis zu bieten (vgl. Infobox Kommunalen Runder Tisch).

#### ZUNEHMENDE ERSCHÖPFUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

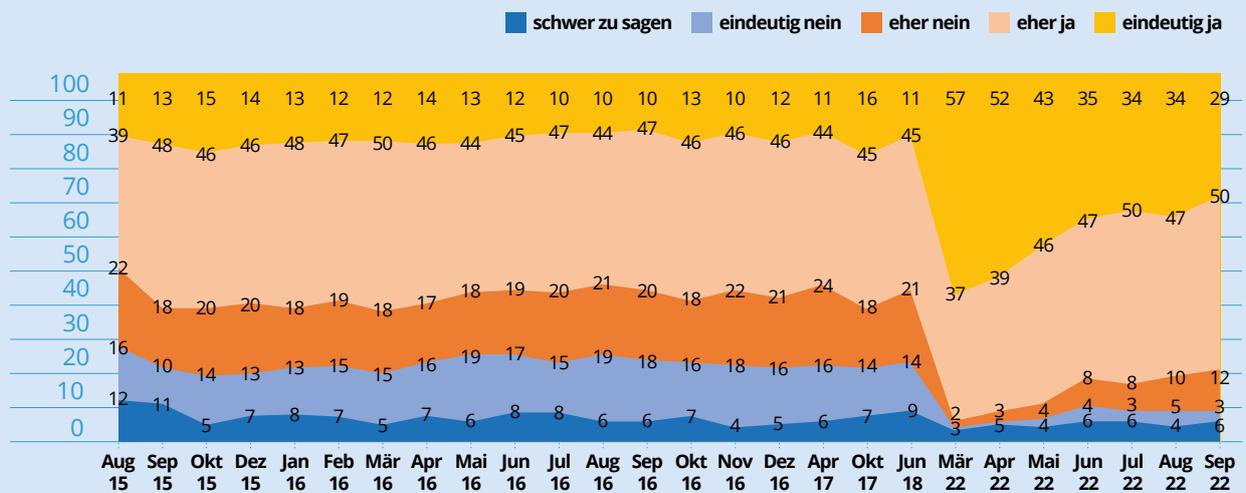
#### INFOBOX – Kommunalen Runder Tisch

Am 8./9. Mai hat der *Samorządowy Okrągły Stół* (dt.: Kommunalen Runder Tisch) in Breslau stattgefunden. An der zweitägigen Veranstaltung haben über 120 Expertinnen und Experten teilgenommen sowie Vertreter von mehr als vierzig NGOs und Dachvereinen mehrerer ländlicher und städtischer Gemeinden und Landkreise, Abgesandte des Staatspräsidialamtes, von UNICEF, von Arbeitgeberverbänden sowie der ukrainischen Minderheitsorganisationen – und der Generalkonsul der Ukraine in Polen, jedoch kein Vertreter der polnischen Regierung (*Samorządowy Okrągły Stół* 2022). Es wurde über acht Themenbereiche diskutiert (Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Bildung, Wohnungsmarkt, Gesundheit und Sozialhilfe, gesellschaftliche Integration und zivilgesellschaftliches Engagement, Finanzierung und Gesetzgebung, Sicherheit und Cybersicherheit, Unterstützung für die Ukraine). Die Ergebnisse wurden in einem 200 Seiten starken „Weißbuch“ zusammengetragen (Unia Metropolii Polskich 2022). Darin wurden zugleich zahlreiche Empfehlungen an die Zentralregierung, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen formuliert, wie die Fluchtmigration aus der Ukraine in Zukunft besser zu bewältigen sei. Es wurde an das Präsidialamt, an die Sejm- und Senatsmarschalls, die Gemeinsame Kommission der Regierung, die Kommunale Selbstverwaltung und an das Ministerpräsidialamt übergeben (ebd.).

**POSITIVE EINSTELLUNG  
GEGENÜBER UKRAINISCHEN  
GEFLÜCHTETEN**

Die polnische Bevölkerung zeigt seit Jahren große Anteilnahme am Schicksal der Ukrainerinnen und Ukrainer, die seit 2014 unter der russischen Aggression zu leiden haben (Abbildung 2). Nach Ausbruch des Krieges schnellten die positiven Einstellungen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine noch einmal in die Höhe. Eine breite Mehrheit (über 90 Prozent in den ersten Wochen des Krieges, über 80 Prozent ab Mai) unterstützt die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Zwar hat sich der Tenor der Antworten inzwischen von „stimme voll und ganz zu“ zu „stimme eher zu“ verschoben, doch es überwiegen bis heute eindeutig die positiven Einstellungen. 90 Prozent der Befragten sehen Ukrainerinnen und Ukrainer positiv oder sehr positiv, nur 5 Prozent negativ oder sehr negativ (Danielewski 2022a). 2018 hatten nur 24 Prozent der Polinnen und Polen ein positives, 40 Prozent ein neutrales und 40 Prozent ein negatives Bild der Ukrainerinnen und Ukrainer (vgl. Kozłowska 2018: 143).<sup>1</sup> Im Vergleich zu den anderen Ländern der Visegrád-Gruppe (Dražanová/Geddes 2022, Umfrage vom 25. Mai bis 6. Juni) ist der Prozentsatz derjenigen, die eine weitere Aufnahme von Geflüchteten ablehnen, am niedrigsten (3,3 Prozent). Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Befragten inzwischen „einige“ (48 Prozent) und nicht mehr „viele“ (34,1 Prozent) aufnehmen wollen – was auf zwei mögliche Faktoren zurückgeführt werden kann: die Entspannung der Kriegssituation in Teilen der Ukraine einerseits und die nüchterner gewordene Lageeinschätzung hinsichtlich der erschöpften Aufnahmekapazitäten des Landes andererseits.

Abb. 2: Aufnahmebereitschaft der polnischen Bevölkerung gegenüber ukrainischen Geflüchteten (August 2015 bis September 2022)



Anmerkung: Bis Juni 2018 lautete die Frage „Wegen des Konflikts im Osten der Ukraine ist ein Anstieg der Flüchtlingszahlen aus diesem Land zu beobachten. Soll Polen Ihrer Meinung nach die ukrainischen Geflüchteten aus den Konfliktgebieten aufnehmen?“  
 Nach Juni 2018 lautete die Frage: „Soll Polen Ihrer Meinung nach ukrainische Geflüchtete aus den Konfliktgebieten aufnehmen?“  
 Quelle: CBOS 2022c: 5 / Eigene Darstellung

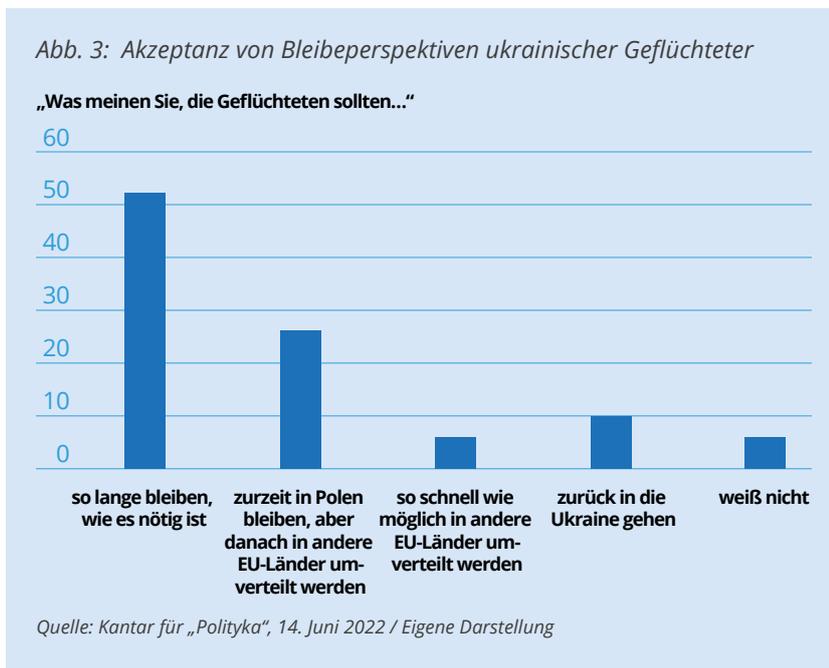
Der russische Angriffskrieg bewegt die polnische Öffentlichkeit. Laut einer Umfrage von CBOS verfolgten 88 Prozent der Polinnen und Polen in den ersten Wochen die Entwicklung der Situation in der Ukraine (CBOS 2022a: 2). Die meisten nahmen den Krieg als Sicherheitsbedrohung für Polen (85 Prozent),

<sup>1</sup> Auch das Engagement der an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligten Akteure wurde von den Befragten Ende März überwiegend positiv bewertet: 96 Prozent der Befragten sahen den Einsatz von Einzelpersonen positiv (1 Prozent – negativ), 85 Prozent den der NGOs (2 Prozent – negativ), 83 Prozent den der kommunalen und lokalen Selbstverwaltung (5 Prozent – negativ), 79 Prozent den des Staates (16 Prozent – negativ) (CBOS 2022b: 2). Interessanterweise wird das Handeln der katholischen Kirche nur von 55 Prozent als positiv angesehen. Eine ähnliche Umfrage von Anfang Mai zeigte, dass das Handeln der Regierung inzwischen kritischer gesehen wird (Danielewski 2022b).

**RASCH ABNEHMENDE  
SALIENZ**

Europa (84 Prozent) und die Welt (75 Prozent) wahr (ebd.: 3f.). Aber auch diesbezüglich lässt das Interesse der Öffentlichkeit langsam nach. Anfang Juni gab die Hälfte der Befragten in einer Umfrage an, ihre Aufmerksamkeit diesem Thema gegenüber habe nachgelassen. Als Gründe hierfür wurden vor allem Müdigkeit (66 Prozent) und Selbstfürsorge (35 Prozent) genannt (Gazeta Wyborcza Kraków 2022). Auch die Sorge vor einem möglichen Angriff Russlands auf Polen hat abgenommen: Im März hatten noch 54 Prozent der Befragten Angst davor, im Mai waren es nur noch 34 Prozent (Pacewicz 2022b).

Interessanterweise scheint der Krieg die Einstellungen gegenüber den Russinnen und Russen wenig zu beeinflussen: 35 Prozent der Befragten zeigten negative Einstellungen gegenüber den in Polen lebenden russischen Staatsangehörigen (Danielewski 2022a), was noch unter den Werten von 2018 liegt (vgl. Kozłowska 2018: 143).



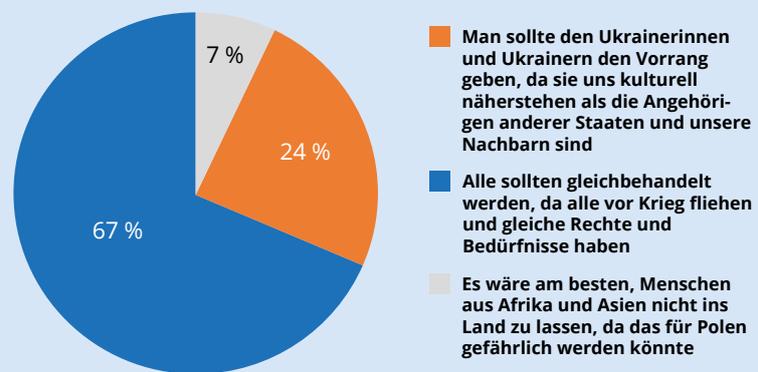
Auf die Frage nach den Perspektiven der Geflüchteten nach Kriegsende antworteten Ende März / Anfang April 40 Prozent, dass die Geflüchteten in Polen bleiben werden, während 45 Prozent der Meinung waren, dass sie in ihre Heimat zurückkehren werden (CBOS 2022b: 6). Anfang Juni sprach sich eine knappe Mehrheit der Befragten auf eine ähnliche Frage hin dafür aus, dass Geflüchtete aus der Ukraine so lange wie nötig in Polen bleiben sollten (Abbildung 3) (Janicki 2022). Gleichzeitig ist die polnische Bevölkerung nicht prinzipiell gegen die Umverteilung der Geflüchteten in andere EU-Länder – 74 Prozent befürworten diese, nur 7,5 Prozent lehnen sie ab (Bartkiewicz 2022).

Eine große Mehrheit der Polinnen und Polen unterscheiden bei den Geflüchteten aus der Ukraine nicht zwischen Personen ukrainischer und anderer Herkunft: Die Mehrheit der Befragten (67 Prozent) sprach sich für die Gleichbehandlung aller Geflüchteten aus der Ukraine aus (Chrzczonowicz 2022; Abbildung 4). 24 Prozent würden den Ukrainerinnen und Ukrainern den Vorrang vor Drittstaatsangehörigen geben. Nur 7 Prozent wollten gar keine afrikani-

schen und asiatischen Geflüchteten aufnehmen.<sup>2</sup> Auf den ersten Blick zeigt diese Umfrage ein ganz anderes Verständnis von Verantwortung gegenüber Geflüchteten als noch während der sogenannten Flüchtlingskrise: So lehnten zu verschiedenen Zeitpunkten in den Jahren 2015 und 2016 zwischen 48 und 71 Prozent der Befragten die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Nordafrika strikt ab (Kozłowska 2018: 146). Spätere Umfragen deuten jedoch darauf hin, dass es bereits in den letzten Jahren zu einer langsamen Abkehr von der radikalen Flüchtlingskepsis gekommen ist. So waren im Januar 2021 bereits 77 Prozent der Befragten der Meinung, dass Polen Geflüchteten, die vor Krieg, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen fliehen, helfen sollte (Krzyżak 2021). Bei ähnlichen Umfragen im Jahr 2018 waren noch 53 Prozent gegen die Aufnahme von Geflüchteten (ebd.).

Abb. 4: Einstellungen gegenüber geflüchteten Menschen in Polen

„Wie denken Sie über die Aufnahme der und die Hilfe für die Geflüchteten?“



Quelle: IBRiS für „OKO.Press“, 8. bis 10. März 2022 / Eigene Darstellung

**INDIFFERENTE HALTUNG  
GEGENÜBER SITUATION AN  
POLNISCH-BELARUSSISCHER  
GRENZE**

Diese Tendenz zu einer flüchtlingsfreundlicheren Haltung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Fluchtmigration sehr spezifisch definiert wird und bestimmte Gruppen oft nicht als Fluchtmigrantinnen und -migranten betrachtet werden. Die Haltung zahlreicher Polinnen und Polen gegenüber den Menschen, die seit Monaten an der Grenze zu Belarus ausharren, macht das deutlich: Im September 2021 sprachen sich 52 Prozent der Befragten für die Schließung der Grenze aus, 41 Prozent dafür, dass die Menschen einreisen und einen Asylantrag stellen können (Pacewicz 2021). Neuere Umfragen (4.–7. Mai 2022) zeigen, dass sich die Einstellungen nicht wesentlich geändert haben. Nur 35 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Menschen an der Grenze zu Belarus dieselbe Hilfe wie die aus der Ukraine Geflüchteten bekommen sollten; 60 Prozent sind dagegen (Danielewski 2022b). Eine Mehrheit (55 Prozent versus 39 Prozent) glaubt auch, dass die 2015 getroffene Entscheidung der polnischen Regierung, keine Geflüchteten aus Syrien aufzunehmen, richtig war.

**UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE VS.  
„WIRTSCHAFTSFLÜCHTLINGE“**

Die Gründe für die Klassifizierung von Geflüchteten sind vielschichtig: Zu den wichtigsten gehören geographische („Polen als nächstes sicheres Land“-Narrativ) sowie kulturelle Nähe, historische Zusammenhänge (einerseits war die Ukraine schon immer ein wichtiger Nachbar, andererseits schürt der russische Imperialismus nationale Ängste in Polen) sowie die soziodemographische Zusammensetzung der Geflüchteten (überwiegend weiblich und minderjährig, und dadurch als vulnerabel

<sup>2</sup> Auch in der Studie von Dražanová/Geddes (2022) haben die polnischen Befragten nicht stark zwischen den Geflüchteten aus der Ukraine und Syrien unterschieden: Nur 13,2 Prozent lehnten jegliche Aufnahme ab, was Polen nicht nur von den anderen Ländern der Visegrád-Gruppe unterscheidet, sondern auch ein anderes Stimmungsbild zeigt als noch vor wenigen Jahren.

wahrgenommen). Hinzu kommt, dass die Situation in der Ukraine eindeutig als Fluchtgrund angesehen wird - was allerdings nicht für Menschen verschiedener Nationalitäten gilt, die über Weißrussland nach Polen gelangen wollen. Diese werden eher als Wirtschaftsmigrantinnen und -migranten und nicht als Geflüchtete im engeren Sinne wahrgenommen. Der Diskurs von 2015 folgte einem ähnlichen Muster: Syrische Geflüchtete wurden von Teilen der Bevölkerung als Opportunisten betrachtet, die die Gelegenheit genutzt hätten, in den wohlhabenden Westen zu gelangen, anstatt ihr eigenes Land zu verteidigen oder in ein sicheres Nachbarland auszureisen (vgl. z.B. Bertram, Puchejda und Wigura 2017). Die Tatsache, dass Geflüchtete aus der Ukraine, die keine ukrainischen Staatsbürger sind, trotzdem als Fluchtmigrantinnen und -migranten akzeptiert werden, scheint darin begründet zu sein, dass ihnen eine besondere Hilfsbedürftigkeit attestiert wird.

### **INFOBOX – Romnja und Roma**

Die Situation der aus der Ukraine geflüchteten Romnja und Roma wird in der polnischen Öffentlichkeit – im Gegensatz zu den anderen Ländern der Visegrád-Gruppe – kaum thematisiert. Das mag daran liegen, dass die autochthone Roma-Minderheit eine relativ kleine (maximal 30.000 Mitglieder) Gruppe darstellt, die in den Medien kaum Erwähnung findet. Dennoch sind antiziganistische Einstellungen in der Bevölkerung weitverbreitet<sup>3</sup> (vgl. CBOS 2021: 2) – und werden in der Öffentlichkeit selten kritisch hinterfragt (anders als seit einigen Jahren beim Antisemitismus). Diese romafeindlichen Stereotypen erschweren den Betroffenen den Zugang zu Hilfe: Für geflüchtete ukrainische Romnja und Roma ist es schwieriger, eine Unterkunft zu finden, da Menschen ukrainischer Herkunft meist bevorzugt werden, und auch viele Flüchtlingsunterkünfte keine Roma aufnehmen wollen (oft mit der Begründung, dass es für sie dort nicht sicher sei, oder dass sie keinen Platz für die oft großen Roma-Familien hätten). Zugleich erfahren ukrainische Romnja- und Roma-Geflüchtete auch Diskriminierung durch andere ukrainische Geflüchtete, weshalb es in Flüchtlingsunterkünften regelmäßig zu Konflikten kommt (vgl. Kołodziejczyk 2022, Mikulska 2022c, Dybała/Tęcza-Ćwierz 2022).

Da Romnja und Roma zu den ärmsten und unterprivilegiertesten Menschen in der Ukraine gehören, verfügen sie dementsprechend über weniger Ressourcen. Für die, die weder Ukrainisch noch Russisch sprechen, besteht eine große Sprachbarriere. Viele besitzen keine Pässe oder andere Ausweispapiere und können ihre ukrainische Staatsangehörigkeit entsprechend nicht nachweisen, was ihnen den Zugang zu Unterstützungsleistungen verwehrt. Die Hilfsorganisationen verlassen sich bei der Suche nach Dolmetscherinnen und Dolmetschern sowie Unterkünften überwiegend auf polnische Roma-Organisationen sowie Aktivistinnen und Aktivisten. Sie sind aber mit der Dimension dieser Aufgabe überfordert und fühlen sich weder vom Staat noch von internationalen Organisationen (wie dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte<sup>4</sup>) ausreichend unterstützt (vgl. Pawlicka 2022).

<sup>3</sup> Obwohl 42 Prozent der Befragten eine negative Einstellung gegenüber Romnja und Roma angaben, merkt CBOS an, dass das das beste Ergebnis für diese Minderheit seit Beginn der Messung (1991) ist (CBOS 2021: 3).

<sup>4</sup> Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights, ODHR) ist die zentrale Menschenrechtsinstitution der OSZE, die in Warschau ihren Sitz hat und über eine Sonderstelle für Roma- und Sinti-Angelegenheiten (Contact Point for Roma and Sinti Issues) verfügt.

### NAHEZU ALLE PARTEIEN SPRECHEN SICH FÜR AUFNAHME GEFLÜCHTETER AUS

## POLITISCHE REAKTIONEN

Sowohl die Regierung als auch Politikerinnen und Politiker fast aller Parteien (außer *Konfederacja*, s.u.) haben sich klar dafür ausgesprochen, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen. Staatspräsident Andrzej Duda hielt am 24. Februar eine außerordentliche Ansprache, was selten und nur angesichts besonders wichtiger Ereignisse geschieht (*orzędzie*). In ihr bekundete er die volle Unterstützung Polens für die Ukraine sowie die Bereitschaft, die Menschen, die vor dem Krieg fliehen, aufzunehmen (Prezydent.pl 2022). Am selben Tag verabschiedete der Sejm einstimmig durch Akklamation eine Resolution zur Solidarität und Einheit mit der Ukraine (vgl. Kondzińska/Wroński 2022). Auch mehrere Vertreter der Regierung von *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) – darunter auch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie der Innen-, Verteidigungs- und Außenminister und derer Staatssekretäre – erklärten wiederholt in den Medien, Polen sehe sich verpflichtet, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und niemanden zurückzuschicken – selbst, wenn eine Million Menschen kämen (z.B. Czuchnowski 2022, Tilles 2022a). Auch die liberalen (Platforma Obywatelska, Polska2050) und die linken (Nowa Lewica, Lewica Razem) Parteien unterstützten die Regierung trotz der bestehenden Kontroversen in anderen politischen Fragen.<sup>5</sup> So wirkten sie beispielsweise aktiv an der Ausarbeitung des Sondergesetzes über die Unterstützung ukrainischer Bürgerinnen und Bürger mit.

### VON DER BEWÄLTIGUNG EINER NOTSITUATION HIN ZU INTEGRATIONSBEMÜHUNGEN

Seit dem späten Frühling ist in Aussagen des Premierministers und anderer Regierungsvertreter eine graduelle Verschiebung der Prioritäten zu beobachten. Im März lag der Fokus noch auf der Sicherung der Grundbedürfnisse von Geflüchteten (darunter Unterkunft, Lebensmittel, Kleidung, Transport für Weiterreise) und der Vereinfachung des administrativen Verfahrens, damit eine Aufnahme zügig vonstattengehen konnte. Im April und Mai folgte dann seitens der Regierung sowie der Oppositionsparteien (außer *Konfederacja*) eine stärkere Betonung des Bedarfs der Geflüchteten an staatlicher Unterstützung – durch Sprachkurse, die Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs sowie durch zusätzliche Betreuungsangebote für Kinder, um den Müttern die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Die Oppositionsparteien kritisierten das Fehlen einer umfassenden Integrationspolitik (die die PiS-Regierung nach 2015 vernachlässigte) und die überwiegenden Ad-hoc-Lösungen der Regierung. Viele der im Frühling beschlossenen Maßnahmen<sup>6</sup> hatten provisorischen Charakter. Sie entschärften zwar die angespannte Lage, wurden aber oft ohne Rücksicht auf bereits existierende Regelungen durchgeführt.

### PRORUSSISCHER UND FLÜCHTLINGSFEINDLICHER KURS DER KONFEDERACJA

Nur die rechtsextreme *Konfederacja* blieb auf hartem Oppositionskurs. Die Partei verurteilte zwar die russische Aggression (vgl. Dziennik Gazeta Prawna 2022), hielt sich aber ansonsten, wie auch andere rechtspopulistische Parteien in Europa, mit kritischen Äußerungen gegenüber Russland zurück. Einige Parteimitglieder verbreiteten wenige Tage nach Kriegsbeginn rassistische<sup>7</sup> und zum großen Teil falsche Parolen. Diese

5 Besonders kritisch waren sie wegen des andauernden Verstoßes gegen das Rechtsstaatsprinzip. Die Opposition forderte die Regierung auf, die umstrittenen Reformen des Justizsystems zurückzunehmen und dadurch den Konflikt mit der Europäischen Union beizulegen. Damit konnte die Verständigung zwischen Polen und anderen europäischen Ländern in Zeiten des Krieges beendet und eine effektive Kooperation mit der EU und den EU-Ländern bei der Bewältigung der humanitären Krise möglich gemacht werden (vgl. Kondzińska / Wroński 2022).

6 Zu diesen Maßnahmen gehören beispielsweise die Eröffnung der Aufnahme- und Aufenthaltszentren in Sporthallen, eine dreimonatige Verlängerung des Aufenthaltsrechts für ukrainische Geflüchtete, die sich schon in Polen befinden und ein Beschluss über finanzielle Unterstützung für 90 Tage, der bislang ohne Folgemaßnahmen erlassen wurde.

7 Sie waren vor allem gegen die aus der Ukraine fliehenden schwarzen Drittstaatsangehörigen gerichtet, die vor dem Krieg in der Ukraine studiert oder gearbeitet hatten.

Inhalte wurden nach den Mustern russischer Propaganda in den sozialen Medien gestreut (vgl. Jadczyk 2022). Seit Mitte März hat Konfederacja zudem in wohlfahrtschauvinistischer Art und Weise Stimmung gegen Geflüchtete aus der Ukraine gemacht. So wurden beispielsweise die Sozialleistungen für Geflüchtete mit denen für sozial schwache Polinnen und Polen verglichen und als unverhältnismäßig hoch dargestellt (vgl. Miziołek 2022). Die ukrainische Fluchtmigration wird von der Konfederacja auch gerne als kulturelle Bedrohung dargestellt. So wird beispielsweise das Gespenst einer „Ukrainisierung Polens“ heraufbeschworen (Abbildung 5)<sup>8</sup>.

Abb. 5: Twitter-Post von Grzegorz Braun (Konfederacja)



Wortlaut: „Stoppt die Ukrainisierung Polens / Warschau, Juli 2022“

Quelle: Twitter, Bildaufnahme der Autorin

Wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges wurde klar, dass sich Polen auf den Zustrom von Geflüchteten aus der Ukraine vorbereiten muss. Folglich wurden die regionalen Behörden mobilisiert und um die Erstellung eines Aufnahmeplans gebeten. Ferner wurde die Entscheidung getroffen, an den Grenzen Aufnahmestellen einzurichten. Die Regierung machte sich zudem ein Bild von den Unterbringungskapazitäten der einzelnen Regionen (Czuchnowski 2022; Jaroszewicz et al. 2022: 3f.;

## MOBILISIERUNG REGIONALER BEHÖRDEN

<sup>8</sup> Wie das Online-Faktencheck-Portal *Demagog* (dt.: Demagoge) meldet, gehören rechtsextreme Politikerinnen und Politiker weiterhin zu denjenigen, die am meisten Fake News und Hetze gegen Geflüchtete sowie Ukrainerinnen und Ukrainer verbreiten (Demagog.pl 2022). Zu den von ihnen gestreuten Behauptungen gehörten z.B., dass ukrainische Geflüchtete privilegiert behandelt würden, mehr Rechte und bessere Leistungen als die bedürftigen polnischen Staatsangehörigen bekämen (z.B. von Grzegorz Braun von Konfederacja; Abbildung 5). Ein anderes Parteimitglied, Konrad Berkowicz, verbreitete am 1. März die Falschinformation, dass es in der Grenzstadt Przemysł zu Gewalttaten durch nicht-europäische Migranten gekommen sei (vgl. Jadczyk 2022). Janusz Korwin-Mikke (der in Deutschland seit 2015 durch seinen Hitlergruß im Europäischen Parlament bekannt ist) hat auf Twitter mehrmals Wladimir Putin verteidigt. Dazu stellte er den russischen Angriff auf Georgien im Jahr 2008 als Lüge dar und machte Polen angesichts „seiner zwölfjährigen antirussischen Politik“ für die schlechten russisch-polnischen Beziehungen verantwortlich. Jedes Mal löste er einen Skandal in den Medien aus und sorgte meist für heftige Kritik seitens der Regierungspartei (vgl. TVP Info 2022).

Koschalka 2022; Kość 2022). Einige polnische Städte und Regionen hatten bereits einen eigenen lokalen Aufnahmeplan ausgearbeitet (z.B. Radom, Warschau oder Katowice; Gazeta Wyborcza 2022, Zubik 2022, Jedlecki 2022). Die Grenzregionen richteten Aufnahme- und Transferstellen ein, da der Plan vorsah, dort keine langfristigen Unterkünfte zu unterhalten und Geflüchtete nach ihrer Ankunft weiter ins Landesinnere zu verteilen (Gorczyca 2022). Auch die Krankenhäuser waren vorbereitet, Kriegsverletzte aufzunehmen (Wądołowska 2022a).

#### POSITIVE BEWERTUNG DER ERSTEN MASSNAHMEN

Vor allem die zu Beginn ergriffenen staatlichen Maßnahmen wurden positiv bewertet (vgl. Jaroszewicz et al. 2022: 3-5), da rechtliche und bürokratische Hürden beseitigt wurden, um die an der Grenze wartenden Menschen rasch aufnehmen zu können. Dazu zählen die Quarantäne-Befreiung für Einreisende aus der Ukraine, die automatische Verlängerung des Aufenthaltsrechts auf sechs Monate und die Erlaubnis, mit Haustieren ohne Impfausweis einreisen zu können. Außerdem hat die Bahn zusätzliche Züge ins ukrainische Lwiw geschickt, um die Evakuierung von Geflüchteten nach Polen zu erleichtern. Die Einrichtung der acht Aufnahmestellen an den Grenzen, wo die Menschen sich nach der Passkontrolle kurz erholen, medizinische Hilfe erhalten und Sanitäreinrichtungen nutzen können, bevor sie weiterfahren, hat sich bewährt. Die personellen Kapazitäten reichten aus, um die ankommenden Menschen angemessen zu versorgen und den Personenverkehr in geordnete Bahnen zu lenken. Die Aufnahmestellen funktionierten zugleich als Hotspots, wo Geflüchtete mit Freiwilligen in Kontakt treten konnten, die ihre Weiterreise organisierten und koordinierten. Die von den lokalen Behörden erstellte Liste möglicher Unterkünfte für Geflüchtete (vgl. Sobolak 2022) erwies sich allerdings als bei Weitem nicht ausreichend, um allen Menschen eine vorübergehende Bleibe anbieten zu können.

#### KLÄRUNG DER SITUATION DER AUS DER UKRAINE GEFLOHENEN DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN

Am 28. Februar veröffentlichte die Behörde für Ausländerangelegenheiten (*Urząd do Spraw Cudzoziemców*) eine Bekanntmachung, in der der polnische Staat versichert, dass er alle Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen wird:

*„Personen, die vor dem bewaffneten Konflikt aus der Ukraine fliehen, müssen sich nicht registrieren lassen oder sich um Formalitäten an Aufnahmestellen kümmern. Personen, die aus der Ukraine fliehen und in Polen Zuflucht suchen, müssen sich keine Sorgen um die Rechtmäßigkeit ihres Aufenthalts machen. Auch müssen in den kommenden Tagen keine Anträge bei der Ausländerbehörde/Woiwodschaftsämtern/Grenzschutzposten gestellt werden. Gleiches gilt für ukrainische Staatsbürger, die sich in Polen aufhalten und deren Aufenthaltstitel abgelaufen sind.“* (Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022a)

Nachdem die Medien über Fälle rassistischer Diskriminierung berichtet hatten, sorgten die Behörde für Ausländerangelegenheiten sowie das Innenministerium für eine rasche Klärung der Situation von geflüchteten Drittstaatsangehörigen. Das Innenministerium veröffentlichte am 1. März eine Eilmeldung, in der es hieß, dass alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, nach Polen einreisen dürften und ausdrücklich zu Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz erklärt würden (Innenministerium 2022, *Urząd do Spraw Cudzoziemców* 2022b). Laut UNHCR wurde niemand aus Polen in die Ukraine zurückgeführt (Melzer 2022). Vielmehr erhalten alle Drittstaatsangehörigen an der Grenze automatisch eine 15-tägige Aufenthaltserlaubnis (vgl. Horbaczewski 2022). Danach können sie entweder das Land verlassen oder einen Asylantrag stellen. Die jeweiligen Botschaften der Drittstaatsangehörigen wurden kontaktiert und Transporte in die Herkunftsländer organisiert. Nach offiziellen Angaben halten sich noch immer etwa 1.000

Drittstaatsangehörige in Polen auf, weil eine sichere Rückkehr in ihre Herkunftsländer nicht gewährleistet werden konnte. Aufgrund der EU-Massenzustrom-Richtlinie (2001/55/EG) wird ihnen ein temporärer Schutz gewährt (Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022c).<sup>9</sup>

Am 7. März wurde ein Sondergesetz zur Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine verabschiedet. Demzufolge haben ukrainische Staatsangehörige ein Aufenthaltsrecht für 18 Monate, welches um weitere 18 Monate verlängert werden kann.<sup>10</sup> Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde durch die Verknüpfung des Aufenthaltsrechts mit der Arbeiterlaubnis erleichtert. Das heißt, Geflüchtete aus der Ukraine dürfen unmittelbar nach Erhalt der Aufenthaltsgenehmigung arbeiten. Auch im Bildungsbereich wurden entsprechende Maßnahmen getroffen: Das Einschulungsverfahren für ukrainische Kinder wurde staatlich geregelt und auch die Immatrikulation von Studierenden aus der Ukraine an polnischen Universitäten erleichtert. Geflüchtete aus der Ukraine haben zudem Anspruch auf Sozialleistungen, inklusive Kindergeld und Kinderbetreuungsangeboten, Zugang zur Gesundheitsversorgung, sowie eine einmalige Beihilfe von ca. 65 Euro. Laut dem neuen Gesetz soll der Staat einen Fonds zur finanziellen Unterstützung der Hilfsleistungen seitens der Gemeinden bereitstellen. Auch die Menschen, die Geflüchteten eine private Unterkunft angeboten haben, erhalten staatlich finanzierte Unterstützung (für maximal 120 Tage ca. 300 Euro monatlich) (Kancelaria Prezesa Rady Ministrów 2022, onet.pl 2022). Das Ministerium für Familie und Soziales erstellte ein Register von unbegleiteten Minderjährigen, die aus der Ukraine geflohen sind (Watoła 2022).

## SONDERGESETZ ÜBER HILFE FÜR GEFLÜCHTETE AUS DER UKRAINE

Das Sondergesetz umfasst zwar viele wichtige und dringend benötigte Maßnahmen, wurde aber auch dafür kritisiert, dass es nicht alle Problemfelder hinreichend berücksichtigt. Die Oppositionsparteien kritisierten vor allem, dass nur ukrainische Staatsangehörige von den oben genannten Leistungen Gebrauch machen können.<sup>11</sup> Die im Gesetzentwurf verankerte Forderung nach Immunität für Beamte, die bei der Verteilung von Hilfsmitteln gegen finanzrechtliche Bestimmungen verstoßen haben, stand ebenfalls in der Kritik und wurde infolgedessen aus dem Gesetzentwurf getilgt (Tilles 2022b). Kritik wurde auch an der faktischen „Privatisierung“ von Flüchtlingsunterkünften laut, bei der der Staat finanzielle Anreize für Privatpersonen schafft, damit diese weiterhin Geflüchtete unterbringen (z.B. Ambroziak 2022). Schließlich wurde bemängelt, dass die Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme und -integration nicht klar geregelt sei. Zwar garantiere der Staat die Finanzierung der Gesundheitsversorgung und Bildung der Geflüchteten, jedoch mangle es an Informationen darüber, wie die voraussichtlichen Mehrausgaben finanziert werden sollen und nach welchem Verfahren die Gemeinden finanzielle Unterstützung erhalten können.

## KRITIK AM SONDERGESETZ

Das Gesetz und dessen Verordnungen wurden seitdem mehrmals novelliert. So wurde beispielsweise die finanzielle Unterstützung für private Unterkünfte erst im April von 60 auf 120 Tage verlängert. Ende Juni bekamen die Gemeinden das Recht, die Leistung in Ausnahmefällen für Bedürftige (wie Schwangere, Ältere, Menschen mit Behinderungen, Menschen, die alleine mehr als

## NOVELLIERUNGEN DES SONDERGESETZES

<sup>9</sup> Gleichzeitig ist die Zahl der Asylanträge deutlich gestiegen. Im Vergleich zu 2021 (Januar–Juni) sind 2022 dreimal so viele Anträge gestellt worden (im 1. Halbjahr 2022 wurden in Polen etwa 5.100 Asylanträge gestellt, im Vorjahr waren es noch etwa 1.700). Die Herkunftszusammensetzung der Antragstellenden änderte sich aber nicht wesentlich: Die Mehrheit kommt weiterhin aus Belarus (2022: etwa 1.500, 2021: 667), gefolgt von der Ukraine, Russland, dem Irak und Afghanistan (2022) bzw. Russland, Afghanistan, der Ukraine, der Türkei (2021) (Urząd do Spraw Cudzoziemców 2021, 2022c).

<sup>10</sup> Interessanterweise ist das in Polen als solches überhaupt nicht thematisiert worden, obwohl es sich bei dem Gesetz um die Umsetzung der EU-Massenzustrom-Richtlinie handelt. Dass die EU diese Richtlinie aktiviert hat, ist in Polen bekannt und durch die Medien veröffentlicht, dabei aber nicht mit dem polnischen Sondergesetz in Zusammenhang gebracht worden. In der Öffentlichkeit werden sie als zwei unabhängige Rechtsregime wahrgenommen.

<sup>11</sup> Es ist der Opposition gelungen, dass die Leistungen auch auf die Ehepartner der ukrainischen Staatsangehörigen ausgeweitet werden, nicht aber auf die Drittstaatsangehörigen, die aus der Ukraine geflohen sind (Wandas 2022).

drei Kinder oder ein Kind von unter einem Jahr betreuen, sowie unbegleitete Minderjährige) weiter zu verlängern (Ziemska 2022; Kraków.pl 2022). Für die übrigen Geflüchteten liefen diese Leistungen im Juli ab (vgl. Piestrzyńska 2022). Auch die Situation der Geflüchteten, die über andere EU-Ländern nach Polen gelangten, wurde juristisch geregelt – und ihr Zugang zu den Leistungen gesichert. Darüber hinaus wurden Anfang Juni zusätzliche Mittel für Sprachkurse und die Betreuung von geflüchteten Kindern unter fünf Jahren bewilligt. Es wurde gesetzlich festgeschrieben, dass Menschen, die Polen für mehr als 30 Tage verlassen und damit eigentlich ihren Flüchtlingsstatus verloren haben, keine Leistungen mehr in Anspruch nehmen können (PolskieRadio24.pl 2022). Ende Oktober schlug die Regierung eine neue Gesetzesänderung vor, durch die auch die finanzielle Unterstützung für Geflüchtete in öffentlichen Unterkünften gekürzt werden würde (TVN24.pl 2022). Demzufolge sollen sich nach 120 Tagen ukrainische Geflüchtete an den Kosten der Unterbringung beteiligen (ausgenommen sind wie in der privaten Unterbringung besonders schutzbedürftige Gruppen). Sollte diese Änderung in Kraft treten, wären davon etwa 80.000 Geflüchtete betroffen.

## HERAUSFORDERUNGEN

### Fehlende Integrationspolitik und -strukturen

Polen befand sich bis dato im Krisenmodus. Die meisten Aktivitäten sowohl des Staates als auch der Nichtregierungsorganisationen waren darauf ausgerichtet, vor allem die dringendsten Probleme zu bewältigen und die Not vieler Geflüchteter zu lindern. Oft wurde die Flüchtlingshilfe einfach als Zugang zu den schon existierenden Leistungen (z.B. Kindergeld, Sozialhilfe, Gesundheitsversicherung) und nicht als gezielte Leistungen für Geflüchtete organisiert (TVN24.pl 2022). Inzwischen verlagert sich der Schwerpunkt des staatlichen Handelns von der Notversorgung zunehmend auf die Unterstützung der Autonomie und Eigenständigkeit der Geflüchteten, damit sie von staatlicher Hilfe unabhängig werden (z. B. durch Sprachkurse oder Arbeitsvermittlung).

### FEHLENDE AUFNAHMESTRUKTUR

In Polen gibt es keine ausgebaute Struktur für die Aufnahme Geflüchteter.<sup>12</sup> Die staatliche Verwaltung war auf den großen Zustrom von Geflüchteten nicht vorbereitet: Es fehlte an Personal und anderen Ressourcen. Auch die zentrale Behörde für Ausländerangelegenheiten war weder personell noch finanziell ausreichend ausgestattet. Vieles war in den ersten Monaten provisorisch organisiert: Unterkünfte, finanzielle Unterstützung für die Privatpersonen, die Geflüchtete aufgenommen haben, Spendenverteilungsorte, ärztliche Sprechstunden mit polnisch-ukrainischen Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Info- und Verteilungszentren am Bahnhöfen und Flughäfen. Eine Schwierigkeit liegt bereits in der ungleichen Verteilung der Geflüchteten. Da diese nicht nach einem festgelegten Schlüssel verteilt wurden, kam es zu einer unverhältnismäßig großen Belastung der Ballungszentren und größeren Städte. So hat die Hauptstadt Warschau etwa 300.000 Hilfsbedürftige aufgenommen (was einen Bevölkerungszuwachs von etwa 15 Prozent bedeutet). Die Bevölkerung Krakaus, der zweitgrößten Stadt Polens, ist um mehr als 20 Prozent gewachsen (Cunningham 2022). Ihre Bürgermeister plädierten wiederholt für eine nationale Umverteilung und die Inanspruchnahme internationaler Hilfe

<sup>12</sup> Polen war bis ca. 2010 ein Auswanderungsland. Dementsprechend gab es keinen dringenden Bedarf, Einwanderungs- und Integrationspolitik zentral und kohärent zu regeln. Erst der Zustrom von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus der Ukraine (geschätzt ca. 1,5 Mio. Menschen innerhalb einer Dekade) änderte dies. Die bis 2015 regierende Bürgerplattform verfasste 2012 einen Entwurf zur Einwanderungs- und Integrationspolitik. Dieser wurde jedoch 2016 von der Regierung von Recht und Gerechtigkeit verworfen und ein neues Projekt ins Leben gerufen. Dazu wurde im Herbst 2021 ein Entwurf veröffentlicht, der jedoch keine konkreten Gesetzesvorschläge enthielt. So ist lediglich die Arbeitsmigration einigermaßen systematisch geregelt. Integrationsangebote (z.B. Sprachkurse, sprachliche Unterstützung für eingeschulte Kinder etc.) sind meistens entweder über lokale Integrationskonzepte von Städten oder auf der Grundlage des Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten aus dem Jahr 2005 möglich.

(Wądołowska 2022b). Auch andere Städte kamen schnell an ihre Grenzen. Dabei müssen sich Städte und Gemeinden nicht nur um die Unterbringung von Geflüchteten kümmern, sondern auch um genügend Schulplätze oder etwa Termine bei Behörden und Arztpraxen.

Polen ist gefordert, schnell Aufnahme- und Integrationsstrukturen zu schaffen, um die Aufgaben zu übernehmen, die nicht von privat organisierten Organisationen zu leisten sind. Dazu bedarf es einer effektiven Kooperation zwischen der Regierung in Warschau und den Städten und Gemeinden sowie zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien. Politisch ist Polen jedoch stark polarisiert, was sich vor allem an der mangelnden Bereitschaft der Regierungspartei zeigt, Allianzen zu schmieden und mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Hinzukommt, dass die Regierung seit Jahren im Streit mit vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landräten liegt.

Die polnische Regierung muss auch ihre Beziehung zur Europäischen Union, die wegen des anhaltenden Rechts- und Justizkonflikts Schaden genommen hat, verbessern. Darüber hinaus braucht Polen seine europäischen Partner, um die Belastungen durch die ukrainische Flüchtlingsmigration zu schultern – entweder in Form einer Umverteilung der Geflüchteten innerhalb der EU oder einer finanziellen Lastenteilung durch die EU. Laut des Innenministeriums hat Polen bereits 144 Millionen Euro EU-Hilfe für Geflüchtete erhalten (Innenministerium 2022b, Stand: 19. Oktober). Je nachdem, wie lange der Krieg dauert, kann es zu einem weiteren Zustrom von Geflüchteten kommen, auch ein längerer oder sogar dauerhafter Aufenthalt derer, die sich schon in Polen befinden, ist möglich. Die Regierung ist deshalb gut beraten, sich auf die unterschiedlichen Szenarien vorzubereiten und entsprechende Lösungsansätze zu entwickeln (Duszczyk/Kaczmarczyk 2022). Besonders die Tatsache, dass ein Großteil der Geflüchteten aus voneinander getrennten Familien besteht (da Väter und erwachsene Söhne in der Ukraine geblieben sind), kann langfristig zu einem Familienzuzug führen – für den sich Polen schon jetzt präparieren sollte (vgl. Sutowski 2022).

**GERINGE  
KOOPERATIONSFÄHIGKEIT DER  
REGIERUNGSPARTEI**

### Arbeitsmarkt

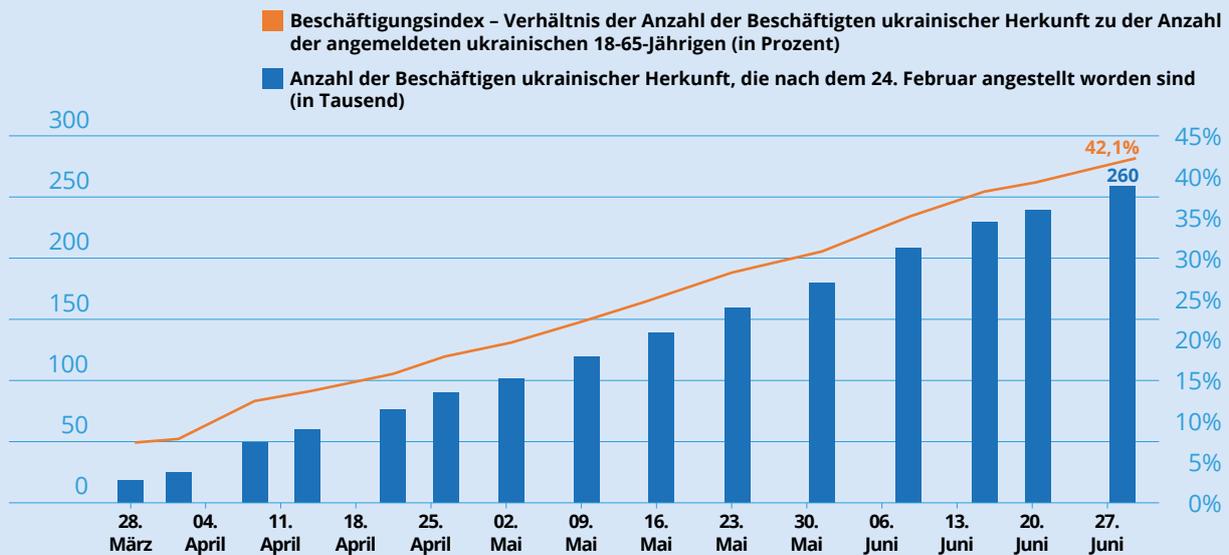
Die Aussichten für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter waren von Anfang an vergleichsweise gut. In Polen herrscht zurzeit nahezu Vollbeschäftigung und es fehlen schon jetzt schätzungsweise 500.000 bis 800.000 Arbeitskräfte. Dabei ist der Arbeitsmarkt laut Wirtschaftsanalysen in der Lage, schnell eine Million Arbeitskräfte aufzunehmen (Ciszak 2022). Schon die ersten Beschäftigungsstatistiken zeigten ein eher positives Bild. Vier Monate nach Kriegsausbruch hatten bereits knapp über 40 Prozent der Geflüchteten eine Arbeit gefunden (Abbildung 6). Neuere Statistiken des Ministeriums für Familie und Soziales (Stand: 1. September) zeigen, dass etwa 430.000 der ukrainischen Geflüchteten einer Beschäftigung nachgehen (EWL 2022: 21). Das bedeutet, dass schon etwa zwei Drittel der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter (18–59 Jahre) einen Arbeitsplatz gefunden haben, wenngleich die meisten unter ihren eigenen Qualifikationen arbeiten (EWL 2022: 18).

**SCHNELLE  
ARBEITSMARKTINTEGRATION**

Was die rasche Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Geflüchteten ebenfalls begünstigt, ist ihr guter Ruf in der Öffentlichkeit. Jedes vierte Unternehmen in Polen beschäftigt ukrainische Arbeitskräfte (Koc 2022). Die Bereitschaft der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Geflüchtete aus der Ukraine einzustellen, ist hoch. Seit Februar wurden über 250.000 Stellen für ukrainische Arbeitssuchende auf dem Regierungsjobportal für ausländische Arbeitssuchende angeboten (pracawpolsce.gov.pl 2022). Außerdem ist die Sprachbarriere relativ niedrig, was aber nicht bedeutet, dass der Bedarf an Sprachkursen gering ist. Gleichwohl kann nicht davon ausgegangen werden, dass die überwiegend weiblichen Geflüchteten die vielen offenen Stellen besetzen können, da viele dieser Arbeitsangebote in traditionellen Männerberufen wie dem Baugewerbe angesiedelt sind. Es besteht zudem die Sorge, dass neu angekommene

**GRÜNDE FÜR RASCHE  
ARBEITSMARKTINTEGRATION**

Abb. 6: Neueinstellung ukrainischer Staatsangehöriger in Polen (24. Februar bis 27. Juni 2022)



Quelle: Ministerium für Familie und Soziales und dane.gov.pl / Berechnungen und Darstellung von Andrzej Kubisiak

Geflüchtete besonders von Ausbeutung bedroht sind (z.B. Lohndumping, Verdrängung in den Grauen Markt oder in illegale Berufe, Mobbing und Belästigung, einschließlich sexueller Übergriffe). Rechtliche Rahmenbedingungen und Aufklärungsmaßnahmen, um ukrainische Arbeitskräfte zu schützen, sind von großer Bedeutung (vgl. Rozwadowska 2022).

### Gesundheit

#### ÜBERLASTUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Laut Sondergesetz wird den Geflüchteten der Zugang zu medizinischer Versorgung garantiert. Doch in der Praxis gestaltet sich das oftmals schwierig, da das polnische Gesundheitssystem chronisch unterbesetzt und unterfinanziert ist. Wie der durch die Fluchtmigration entstandene Mehrbedarf in der medizinischen Versorgung finanziert werden soll, ist weiterhin unklar. Der hohe Anteil an Frauen unter den Geflüchteten erfordert auch einen Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten (was bisher in der Praxis nicht umgesetzt ist). Dies bedeutet auch eine Herausforderung für die informellen Unterstützungsnetzwerke. Da in Polen Abtreibungen als illegal gelten, muss in solchen Fällen für ukrainische Geflüchtete die Möglichkeit geschaffen werden, andere Länder wie Deutschland oder die Slowakei aufzusuchen.

#### EMPFEHLUNGEN DES KOMMUNALEN RUNDEN TISCHES

Der Kommunale Runde Tisch (Samorządowy Okrągły Stół 2022: 112-124; vgl. auch Infobox) nennt vier Verbesserungsbedarfe: (1) Er empfiehlt eine Erhöhung des Gesundheitsbudgets sowie eine proportionale Verteilung der zusätzlichen Gelder in den Regionen, entsprechend der Zahl der aufgenommenen Geflüchteten. (2) Er plädiert für eine schnelle Einarbeitung des ukrainischen Medizinpersonals nach vereinfachten Verfahren und für die Einführung eines „medizinischen Mentors“ – d.h. einer Person, die schon im polnischen Gesundheitssystem arbeitet und die ukrainischen Kolleginnen und Kollegen vor allem bei den rechtlichen Aspekten der Arbeit unterstützen kann. Langfristig betrachtet müssen die Unterschiede im Ausbildungsniveau medizinischer Berufe zwischen Polen und der Ukraine angeglichen werden. Dazu sollte ein klares Verfahren zur Anerkennung der Qualifikation eingeführt werden. (3) Ukrainische Geflüchtete, insbesondere Kinder, sollten schnell in das polnische Prophylaxe-System aufgenommen werden, insbesondere in Impfprogramme. Vor dem Hintergrund niedriger Impfquoten in der Ukraine sollten Anstrengungen unternommen werden, um Geflüchtete gezielt durch Impfkampagnen zu sensibilisieren. (4) Eine rechtliche Regulierung der Rolle des „dritten Sektors“ im

Bereich Gesundheit im Krisenmanagement wird dringend empfohlen. Bisher halfen unterschiedliche Patienten- und Migrantenorganisationen den Geflüchteten informell beispielsweise bei Übersetzungen von Krankenakten und medizinischen Unterlagen. Sie informierten über Zugänge zu bestimmten Therapien (z.B. für Krebs-Patientinnen oder -Patienten), organisierten Transporte von schwerkranken Personen aus der Ukraine und sicherten deren Aufnahme in den Krankenhäusern. Der Kommunale Runde Tisch fordert, dass die Rolle von NGOs – inklusive ihrer möglichen Aufgaben und Verantwortungen – gesetzlich geregelt wird. Dazu sollte die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, NGOs durch öffentliche Mittel zu unterstützen.

## Bildung

In Polen liegt die Entscheidung allein bei den geflüchteten Eltern, ihre Kinder entweder auf polnische Schulen zu schicken oder sie im ukrainischen Schulwesen zu belassen. Zunächst nahmen die meisten Kinder aus der Ukraine am Online-Unterricht ihrer ukrainischen Schulen teil: Von den rund 800.000 Kindern war nur etwa ein Drittel in polnischen Schulen und Kindergärten angemeldet (Forsal.pl 2022). Beim Abitur waren die Zahlen noch gravierender: Nur 41 ukrainische Schülerinnen und Schüler haben sich für das polnische Abitur entschieden. Etwa 8.500 haben das ukrainische Abitur gewählt, das das polnische Bildungsministerium in Kooperation mit dem ukrainischen Bildungsministerium im Juli und August durchführte. Etwas mehr Interesse hat die obligatorische Prüfung nach der sechsten Klasse geweckt, an der 6.200 ukrainische Kinder teilnahmen (vgl. Czajka 2022). Die Schätzungen des Bildungsministeriums, dass sich die Zahl ab September verdoppeln könnte, haben sich nicht bestätigt. Die Anzahl der in den Schulen angemeldeten ukrainischen Kinder betrug im Oktober etwa 200.000, etwa genauso viel wie im Mai (Starzyńska-Rosiecka 2022), die Mehrheit davon besucht eine Grundschule. Insbesondere jüngere Schülerinnen und Schüler wurden bereits in regulären Klassen beschult. In Grundschulen lernen nur noch 8 Prozent in Vorbereitungsklassen, in der Oberschule ist es aber weiterhin etwa die Hälfte (im Mai waren es noch 75 Prozent). Rund 200.000 Kinder bleiben weiterhin im ukrainischen Schulsystem und lernen online von zu Hause (ebda.). Laut Bildungsministerium haben sich im Wintersemester 2022/23 etwa 1.500 neue ukrainische Studierende an polnischen Universitäten eingeschrieben – davon etwa 800 in Fächern mit Polnisch als Kursprache (dane.gov.pl 2022).

Die Schulen, Kindergärten und Krippen müssen dringend auf die Integration ukrainischer Kinder vorbereitet werden. Um eine möglichst schnelle Eingliederung der Kinder und Jugendlichen in den Schulbetrieb zu erreichen, sollte eine Sprachförderung angeboten werden – genauso wie eine psychologische Betreuung der oft traumatisierten Kinder. Auch die Lehrkräfte benötigen Schulungen für den Umgang mit kriegstraumatisierten Schülerinnen und Schülern sowie für eine interkulturelle Kommunikation (z.B. Mikulska 2022b). Da Schulen der Verantwortung der Gemeinden und Landkreise unterliegen, ist es wichtig, dass die Regierung die Finanzierung sichert, damit die Kosten nicht zulasten der lokalen Gemeinschaften gehen. Der Zugang zu den Universitäten für die Studierenden, deren Studium durch den Krieg unterbrochen wurde, sollte ebenfalls ermöglicht werden. Hier sind vor allem die Anerkennung von bisherigen Leistungen sowie Stipendien von Bedeutung (vgl. Segeš/Frelak/Katsiaficas 2022).

Der Kommunale Runde Tisch (2022: 60ff.) empfiehlt, die Kinder in das polnische Schulsystem zu integrieren, was eine breite Unterstützung sowohl der Kinder als auch der Lehrkräfte erfordert. Für Letztere wäre eine sprachliche Unterstützung empfehlenswert. Weiterhin sollte eine Betreuung für Kleinkinder sowie eine psychologische, bildungs- und berufsbezogene Beratung für ukrainische Kinder und Jugendliche organisiert werden. Zugleich gilt es, die speziellen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und sonstigen Störungen zu beachten. Doch vor allem sollte die Finanzierung gesichert sein.

## EINSCHULUNGSZAHLEN

## HERAUSFORDERUNGEN DER INTEGRATION

## UNTERSTÜTZUNG DER KINDER UND LEHRKRÄFTE GEFORDERT

## LITERATURA

*Ambroziak, Anton* 2022: Duże miasta pękają w szwach: gdzie zamieszkają uchodźcy? Rząd prywatyzuje problem. In: OKO.press, 14. März 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/gdzie-zamieszkaja-2-mln-uchodzcow-rzad-prywatyzuje-problem/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Bartkiewicz, Artur* 2022: Sondaż: Polacy za mechanizmem relokacji uchodźców z Ukrainy. In: Rzeczpospolita, 12. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35851861-sondaz-polacy-za-mechanizmem-relokacji-uchodzcow-z-ukrainy> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Bertram, Łukasz / Puchejda, Adam / Wigura, Karolina* 2017: Negatywny Obraz Muzułmanów w Polskiej Prasie. Analiza Wybranych Przykładów z lat 2015–2016. Warszawa: Obserwatorium Debaty Publicznej „Kultury Liberalnej”.

*Błaszczak, Anita* 2022: Rośnie poparcie Polaków dla uchodźców i pracowników z Ukrainy. In: Rzeczpospolita, 20. April, 2022. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/praca/art36110301-rosnie-poparcie-polakow-dla-uchodzcow-i-pracownikow-z-ukrainy> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Braun, Grzegorz* 2022: #StopUkrainizacjiPolski...; Twitter, 15. Juli 2022. Verfügbar unter: [https://twitter.com/GrzegorzBraun\\_/status/1548045126328455169](https://twitter.com/GrzegorzBraun_/status/1548045126328455169) (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*CBOS – Centrum Badania Opinii Społecznej* 2021: Komunikat z badań nr 30/2021. Stosunek do innych narodów. März 2021. Verfügbar unter: [https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2021/K\\_030\\_21.PDF](https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2021/K_030_21.PDF) (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*CBOS – Centrum Badania Opinii Społecznej* 2022a: Komunikat z badań nr 38/2022. Polacy wobec rosyjskiej inwazji na Ukrainę. März 2022. Verfügbar unter: [https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K\\_038\\_22.PDF](https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K_038_22.PDF) (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*CBOS – Centrum Badania Opinii Społecznej* 2022b: Komunikat z badań nr 62/2022. Polacy wobec uchodźców z Ukrainy. April 2022. Verfügbar unter: [https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K\\_062\\_22.PDF](https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K_062_22.PDF) (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*CBOS – Centrum Badania Opinii Społecznej* 2022c: Komunikat z badań nr 101/2022. Polacy wobec wojny na Ukrainie i ukraińskich uchodźców. August 2022. Verfügbar unter: [https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K\\_101\\_22.PDF](https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K_101_22.PDF) (letzter Zugriff: 30.09.2022).

*Chrzczonowicz, Magdalena* 2022: Uchodźcy z Ukrainy mają być traktowani tak samo, niezależnie od koloru skóry. Miły wynik sondażu. In: OKO.press, 22. März 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/uchodzcy-z-ukrainy-powinni-byc-traktowani-tak-samo/> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Ciszak, Przemysław* 2022: Polski rynek pracy jest chłonny. Ale konflikt na Ukrainie może nim zachwiać. In: Money.pl, 14. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.money.pl/gospodarka/polski-rynek-pracy-jest-chlonny-ale-konflikt-na-ukrainie-moze-nim-zachwiac-6737279025580832a.html> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Cunningham, Eric* 2022: Poland's Two Largest Cities Warn They Can no Longer Absorb Ukrainian Refugees. In: Washington Post, 11. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/11/ukraine-refugees-poland-warsaw-krakow/> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Czajka, Mateusz* 2022: Polskie szkoły od września gotowe na przyjęcie nawet na 400 tysięcy Ukraińców? Przygotowania do ukraińskiej matury i problemy edukacji. In: Dziennik Zachodni, 21. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://dziennikzachodni.pl/polskie-szkoly-od-wrzesnia-gotowe-na-przyjecie-nawet-na-400-tysiecy-ukraincow-przygotowania-do-ukrainskiej-matury-i-problemy/ar/c5-16446999> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Czuchnowski, Wojciech* 2022: MSWiA zapewnia: Każdy uchodźca z Ukrainy znajdzie pomoc. In: Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,28149798,mswia-zapewnia-kazdy-uchodzca-z-ukrainy-znajdzie-pomoc.html> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Dane.gov.pl* 2022: Liczba studentów z obywatelstwem ukraińskim w podziale na województwa\_ stan na 19.09.2022. Verfügbar unter: [https://dane.gov.pl/pl/dataset/2704,studenci-obywatele-ukrainy/resource/41404/table?page=1&per\\_page=20&q=&sort=](https://dane.gov.pl/pl/dataset/2704,studenci-obywatele-ukrainy/resource/41404/table?page=1&per_page=20&q=&sort=) (letzter Zugriff: 13.10.2022).

*Danielewski, Michał* 2022a: Polacy bez nienawiści do Rosjan przebywających w Polsce. Entuzjazm wobec Ukraińców [SONDAŻ]. In: OKO.press, 18. März 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/polacy-bez-nienawisci-do-rosjan-entuzjazm-wobec-ukraincow-sondaz/> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Danielewski, Michał* 2022b: Uchodźcy gorszego sortu: chcemy pomagać Ukraińcom, ludziom na granicy z Białorusią już nie [SONDAŻ]. In: OKO.press, 12. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/uchodzcy-gorszego-sortu/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Demagog.pl* 2022: Ukrainian refugees: situation in Poland, Hungary, Slovakia and Romania. 4. April 2022. Verfügbar unter: [https://demagog.org.pl/analizy\\_i\\_raporty/ukrainian-refugees-situation-in-poland-hungary-slovakia-and-romania/](https://demagog.org.pl/analizy_i_raporty/ukrainian-refugees-situation-in-poland-hungary-slovakia-and-romania/) (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Dražanová, Lenka / Geddes, Andrew* 2022: Europeans Welcome Ukrainian Refugees but Governments Need to Show They Can Manage. In: EUI Migration Policy Centre Blog, 20. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://blogs.eui.eu/migrationpolicycentre/attitudes-towards-ukrainian-refugees-and-the-responses-of-european-governments/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Duszczyk, Maciej / Kaczmarczyk, Paweł* 2022: Wojna i migracja: napływ uchodźców wojennych z Ukrainy i możliwe scenariusze na przyszłość. Centre of Migration Research Spotlight No. 4 (39), April 2022. Verfügbar unter: <https://www.migracje.uw.edu.pl/wp-content/uploads/2022/04/Spotlight-APRIL-2022-PL.pdf> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Dybała, Bartosz / Tęcza-Ćwierz, Jolanta* 2022: Ukraińcy Romowie: Uciekliśmy przed tą samą wojną. In: Gazeta Krakowska, 3. Juni. 2022. Verfügbar unter: <https://plus.gazetakrakowska.pl/ukraincy-romowie-uciekli-smy-przed-ta-sama-wojna/ar/c15-16412611> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*EWL* 2022: Raport Uchodźcy z Ukrainy - aktywizacja zawodowa w Polsce i Niemczech. Verfügbar unter: <https://ewl.com.pl/raport-uchodzczy-z-ukrainy-aktywizacja-zawodowa-w-polsce-i-niemczech/> (letzter Zugriff: 13.10.2022).

*Forsal.pl* 2022: Od 1 września do polskich szkół może przyjść nawet 400 tys. dzieci w Ukrainy. 14. Juli 2022. Verfügbar unter: <https://forsal.pl/lifestyle/edukacja/artykuly/8492107,czarnek-dzieci-z-ukrainy-szkoly.html> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Gazeta Wyborcza Kraków* 2022: Spada zaangażowanie Polaków w pomoc uchodźcom. Powody: zmęczenie tematem wojny, duże wydatki i inflacja. Verfügbar unter: <https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7,44425,28557445,spada-zaangazowanie-polakow-w-pomoc-uchodzcjom-powody-zmeczzenie.html> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji)* 2022a: Informacja na temat osób uciekających przed wojną w Ukrainie. Verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/mswia/informacja-na-temat-osob-uciekajacych-przed-wojna-w-ukrainie> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji)* 2022b: Prawie 700 mln zł z UE na wsparcie dla uchodźców z Ukrainy. Verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/mswia/prawie-700-mln-zl-z-ue-na-wsparcie-dla-uchodzcow-z-ukrainy> (letzter Zugriff: 26.10.2022).

*Jadczak, Szymon* 2022: Wydarzenia w Przemysłu. Według wzorców rosyjskiej dezinformacji. In: Wiadomości, 2. März 2022. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.wp.pl/wydarzenia-w-przemyslu-wedlug-wzorcow-rosyjskiej-dezinformacji-6742903661767648a?s=04> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Janicki, Mariusz* 2022: Sondaż „Polityki”: Pierwszy szok minął. Co Polacy myślą dziś o wojnie i polityce?. In: Polityka, 14. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2169251,1,sondaz-polityki-pierwszy-shok-minal-co-polacy-mysla-dzis-o-wojnie-i-polityce.read> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Jaroszewicz, Marta / Krępa, Mateusz / Nowosielski, Michał / Pachocka, Marta / Wach, Dominik* 2022: Russian Aggression on Ukraine and Forced Migrations: the Role of Poland in the First Days of the Crisis. In: Centre of Migration Research Spotlight, Special Issue No. 3 (37), March 2022. Verfügbar unter: <https://www.migracje.uw.edu.pl/wp-content/uploads/2022/03/Spotlight-Wydanie-Specjalne-2022-ENG.pdf> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Jedlecki, Przemysław* 2022: Katowice organizują pomoc dla Ukraińców. Będą autobusy z lotniska do granicy z Ukrainą. In: Wyborcza.pl, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://katowice.wyborcza.pl/katowice/7,35063,28149613,katowice-organizuja-pomoc-ukraincom-beda-autobusy-z-lotniska.html> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Kancelaria Prezesa Rady Ministrów* 2022: Projekt ustawy o pomocy obywatelom Ukrainy w związku z konfliktem zbrojnym na terytorium tego państwa. Verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/premier/projekt-ustawy-o-pomocy-obywatelom-ukrainy-w-zwiazku-z-konfliktem-zbrojnym-na-terytorium-tego-panstwa2> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Koc Justyna* 2022: Co czwarta firma zatrudnia Ukraińców. W tych branżach jest ich najwięcej. In: PulsHR, 6. Oktober 2022. Verfügbar über: <https://www.pulshr.pl/praca-tymczasowa/co-czwarta-firma-zatrudnia-ukraincow-w-tych-branzach-jest-ich-najwiecej,92851.html> (letzter Zugriff: 13.10.2022).

*Kołodziejczyk, Marcin* 2022: Cyganów nie bierzemy? Ukraińcy Romowie, uchodźcy gorszego sortu. In: Polityka, 24. April 2022. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/spoleczenstwo/2162527,1,cyganow-nie-bierzemy-ukraincy-romowie-uchodzczy-gorszego-sortu.read> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Kondzińska, Agata / Wroński, Paweł* 2022: Sejm jednogłośnie wyraził jedność z Ukrainą. Na tym współpraca polityków się skończyła. In: Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,28149645,premier-w-sejmie-o-sytuacji-na-ukrainie.html> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Kość, Wojciech* 2022: Poland Prepares for Flood of Ukrainian Refugees. In: Politico, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/poland-prepares-refugees-ukraine-war-russia> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Koschalka, Ben* 2022: Polish Authorities Prepare for Potential Influx of Ukrainian Refugees. In: Notes from Poland, 14. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/02/14/polish-authorities-prepare-for-potential-influx-of-ukrainian-refugees/> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Kozłowska, Marta* 2018: Polen. In: Migration und Populismus, MIDEM Jahresbericht 2018. Mercator Forum für Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

*Kraków.pl* 2022: Wyplata świadczeń dla Polaków goszczących uchodźców – złoż wniosek. Verfügbar unter: [https://www.krakow.pl/aktualnosci/258278,26,komunikat,wypłata\\_swiadczen\\_dla\\_polakow\\_goszczacych\\_uchodzcow\\_zloz\\_wniosek.html?\\_ga=2.161496316.1198023353.1647521673-618113568.1645879455](https://www.krakow.pl/aktualnosci/258278,26,komunikat,wypłata_swiadczen_dla_polakow_goszczacych_uchodzcow_zloz_wniosek.html?_ga=2.161496316.1198023353.1647521673-618113568.1645879455) (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*Krzyżak, Tomasz* 2021: Sondaż: Większość Polaków za przyjmowaniem uchodźców. In: Rzeczpospolita, 22. Februar 2021. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/kraj/art264831-sondaz-wiekszosc-polakow-za-przyjmowaniem-uchodzcow> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Kubisiak, Andrzej* 2022: @MRiPS\_GOV\_PL: już 260 tys. uchodźców...; Twitter, 28. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://twitter.com/KubisiakA/status/1541697921929940994/photo/1> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Livingstone, Katie* 2022: Poland Unprepared for Waves of Ukrainian Refugees. In: Foreign Policy, 27. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://foreignpolicy.com/2022/02/27/poland-ukraine-refugees/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Melzer, Chris* 2022: Krieg in der Ukraine: Wie ist die Flüchtlings-Situation? In: Mediendienst Integration, 3. März 2022. Verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/krieg-in-der-ukraine-wie-ist-die-fluechtlings-situation.html> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Mierzyńska, Anna* 2022: Niesamowity zryw Polaków! Tysiące ludzi pomagają uchodźcom. Ukraińcy: Nigdy tego nie zapomnimy. In: OKO.press, 28. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/niesamowity-zryw-polakow-tysiace-ludzi-pomaga-uchodzcom-ukraincy-nigdy-tego-nie-zapomnimy/> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Mikulska, Anna* 2022a: Powrót do Ukrainy. Ukraińcy wyjeżdżają z Polski, nie tylko na Wielkanoc. In: OKO.press, 21. April 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/powrot-do-ukrainy-ukraincy-wyjezdza-z-polski-nie-tylko-na-wielkanoc/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Mikulska, Anna* 2022b: „Musimy sobie poradzić”. Jak szkoły w małych miejscowościach przyjmują uczniów z Ukrainy. In: OKO.press, 16. März 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/szkoly-w-malych-miejscowosciach-przyjmujacych-uczniow-z-ukrainy/> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Mikulska, Anna* 2022c: Romowie z Ukrainy traktowani jak uchodźcy drugiej kategorii. „Słyszmy: tych ludzi nie przyjmujemy”. In: OKO.press, 1. April 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/romowie-z-ukrainy-traktowani-jak-uchodzcy-drugiej-kategorii-slyszmy-tych-ludzi-nie-przyjmujemy/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Miziołek, Joanna* 2022: Konfederacja podsycia antyuchodźcze nastroje. „To ich najbardziej powinien obawiać się PiS”. In: Wprost, 17. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.wprost.pl/kraj/10658386/konfederacja-podsycia-antyuchodzcze-nastroje-ich-powinien-obawiac-sie-pis.html> (letzter Zugriff: 27.08.2022).

*Onet.pl* 2022: Są szczegóły specustawy o pomocy obywatelom Ukrainy. Będą dodatki finansowe dla tych, którzy przyjmą uchodźców. In: Onet.pl, 7. März 2022. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/wojna-rosja-ukraina-specustawa-o-pomocy-obywatelom-ukrainy-przyjeta-przez-rzad/5b2wjee> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Pacewicz, Piotr* 2021: 52 proc. za wypychaniem uchodźców. Mężczyźni na zimno, kobiety ze współczuciem. In: OKO.Press, 30. September 2021. Verfügbar unter: <https://oko.press/52-proc-za-wypychaniem-uchodzcow-mezczyzni-na-zimno-kobiety-ze-wspolczuciem> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Pacewicz, Piotr* 2022a: Aż 91 proc. zaskoczonych, że tak pomagamy uchodźcom. Kobiety robią więcej, a konfederaci.... In: OKO.Press, 12. März 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/az-91-proc-zaskoczonych-ze-tak-pomagamy-uchodzcom-kobiety-robia-wiecej-a-konfederaci> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Pacewicz Piotr* 2022b: Już się Rosji nie boimy. Tylko czy słusznie? [SONDAŻ OKO.PRESS]. In: OKO.press, 3. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/juz-sie-rosji-nie-boimy-tylko-czy-slusznie-sondaz-oko-press/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Pawlicka, Aleksandra* 2022: Romowie uciekający przed wojną trafiają do najniższego kręgu uchodźczego piekła. In: Newsweek, 18. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.newsweek.pl/swiat/wojna-na-ukrainie-ukraincy-romowie-uciekaja-z-ukrainy-romowie-uchodzcy/gpncqtp> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Piastryńska, Sylwia* 2022: Kończą się rządowe programy dla pomagających uchodźcom. Polacy „staną przed dylematem”. In: TVN24, 1. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://tvn24.pl/polska/pomoc-dla-uchodzcow-z-ukrainy-koncza-sie-rzadowe-programy-5733140> (letzter Zugriff: 26.10.2022).

*Podgórska, Joanna* 2022: Wolontariusze są wyczerpani. Nie da się tak w nieskończoność. In: *Polityka*, 13. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/spoleczenstwo/2164743,1,wolontariusze-sa-wyczerpanie-da-sie-tak-w-nieskonczonosc.read> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Polski Instytut Ekonomiczny* 2022: Polacy mogli wydać nawet 10 mld PLN na pomoc udzielaną uchodźcom z Ukrainy w pierwszych miesiącach wojny. Verfügbar unter: [https://pie.net.pl/polacy-mogli-wydac-nawet-10-mld-pln-na-pomoc-udzielana-uchodzcom-z-ukrainy-w-pierwszych-miesiacach-wojny/#S.embed\\_link-K.C-B.1-L.1.zw](https://pie.net.pl/polacy-mogli-wydac-nawet-10-mld-pln-na-pomoc-udzielana-uchodzcom-z-ukrainy-w-pierwszych-miesiacach-wojny/#S.embed_link-K.C-B.1-L.1.zw) (letzter Zugang: 26.10.2022).

*PolskieRadio24.pl* 2022: Uchodźcy z Ukrainy otrzymają większą pomoc. Sejm uchwalił nowelizację ustawy, która to gwarantuje. 8. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://polskieradio24.pl/5/1222/artukul/2975926,uchodzcy-z-ukrainy-otrzymaja-wieksza-pomoc-sejm-uchwalil-nowelizacje-ustawy-ktora-to-gwarantuje> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Pracawpolsce.gov.pl* 2022: Zadbaj o swoją przyszłość – znajdź pracę w Polsce. Verfügbar unter: <https://pracawpolsce.gov.pl/> (letzter Zugriff: 13.10.2022).

*Prezydent.pl* 2022: Orędzie Prezydenta RP [PL/EN/UA]. 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/oredzie-prezydenta-rp,49375> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Rozwadowska, Adriana* 2022: Wyzysk Ukrainek. Kolejne zadanie dla zwykłych Polek i Polaków. In: *Gazeta Wyborcza*, 14. März 2022. Verfügbar unter: <https://wyborcza.biz/biznes/7,179195,28220670,wyzysk-ukrainek.html> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Samorządowy Okrągły Stół* 2022: Biała Księga: Wyzwania systemowego wsparcia uchodźców na poziomie lokalnym i krajowym; Wrocław, 8-9. Mai 2022. Verfügbar unter: [https://www.batory.org.pl/wp-content/uploads/2022/06/Okragly\\_stol\\_Biala-ksiega\\_www\\_S.pdf](https://www.batory.org.pl/wp-content/uploads/2022/06/Okragly_stol_Biala-ksiega_www_S.pdf) (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Segeš Frelak, Justyna / Katsiaficas, Caitlin* 2022: Integration of Ukrainian Refugees: The Road Ahead. In: *International Centre for Migration Policy Development blog*, 8. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.icmpd.org/blog/2022/integration-of-ukrainian-refugees-the-road-ahead> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Siepomaga.pl* 2022: Zbiórka SOS Ukraina // Pomóżmy ludziom w strefie konfliktu Polskiej Akcji Humanitarnej. Verfügbar unter: <https://www.siepomaga.pl/pah-ukraina> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Sławiński, Aleksander* 2022: Wojna na Ukrainie. Jak organizacje pozarządowe przygotowują się do pomocy uchodźcom?. In: *Gazeta Wyborcza*, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,28148622,wojna-w-ukrainie-jak-organizacje-pozarządowe-przygotowuja-sie.html> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Sobolaj, Justyna* 2022: Wojna na Ukrainie. Hostele, akademiki, placówki Caritas. Gdzie w Polsce lokowani będą uchodźcy? In: *Wyborcza.biz*, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://wyborcza.biz/biznes/7,177151,28147807,hostele-akademiki-placowki-caritas-gdzie-lokowani-beda-uchodzcy.html?disableRedirects=true> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Starzyńska-Rosiecka, Danuta* 2022: Ilu uczniów z Ukrainy uczy się w polskich szkołach? Wiceminister Rzymkowski podał dane. In: *Dziennik*, 12. Oktober 2022. Verfügbar unter: <https://edukacja.dziennik.pl/aktualnosci/artykuly/8566882,ukraina-polska-uchodzcy-edukacja-dzieci-szkola.html> (letzter Zugriff: 13.10.2022).

*Sutowski, Michał* 2022: Uchodźcy mogą stać się częścią naszego społeczeństwa [rozmowa]. In: *Krytyka Polityczna*, 13. März 2022. Verfügbar unter: <https://krytykapolityczna.pl/swiat/maciej-duszczyk-ukraina-uchodzcy-migracje-unia-europejska-pomoc-rozmowa-sutowskiego/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Tilles, Daniel* 2022a: Poland Preparing to Help Up to Million Ukrainian Refugees if Russia Attacks, Says Minister. In: *Notes from Poland*, 31. Januar 2022. Verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/01/31/poland-ready-to-help-up-to-million-ukrainian-refugees-if-russia-attacks-says-minister> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Tilles, Daniel* 2022b: Poland Passes Law Expanding Support for Ukrainian Refugees. In: *Notes from Poland*, 14. März 2022. Verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/03/14/poland-passes-law-expanding-support-for-ukrainian-refugees/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*TVN24.pl* 2022: Zmiany w pomocy uchodźcom z Ukrainy. Jest projekt nowelizacji. 25. Oktober 2022. Verfügbar unter: <https://tvn24.pl/wroclaw/pomoc-dla-uchodzcow-z-ukrainy-projekt-nowelizacji-zmieniajacy-zasady-udzielania-pomocy-6179007> (letzter Zugriff: 08.11.2022).

*TVP Info* 2022: Konfederacja broni Putina. Ostra reakcja z PiS. 28. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://www.tvp.info/60984499/lider-konfederacji-janusz-korwin-mikke-broni-wladimira-putina> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*UNHCR* 2022a: Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation. Verfügbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*UNHCR 2022b*: Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation Poland. Registered applications for the UKR status (PESEL). Verfügbar unter: <https://data.unhcr.org/en/dataviz/226?sv=54&geo=10781> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Unia Metropolii Polskich 2022*: Samorządowy Okrągły Stół: Wrocław przygotował rekomendacje do „białej księgi”. 9. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://metropolie.pl/artukul/samorzadowy-okragly-stol-wroclaw-przygotowal-rekomendacje-do-bialej-ksiegi> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022a*: Information on the Stay in Poland of Persons Fleeing from Ukraine. 28. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/udsc-en/information-on-the-stay-in-poland-of-persons-fleeing-from-ukraine> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022b*: Ochrona czasowa dla cudzoziemców niebędących obywatelami Ukrainy. 23. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/udsc/ochrona-czasowa-dla-cudzoziemcow-niebedacych-obywatelami-ukrainy> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022c*: Postępowania uchodźcze w I połowie 2022 r. 29. Juli 2022. Verfügbar unter: <https://udsc.prowly.com/200318-postepowania-uchodzczce-w-i-polowie-2022-r> (letzter Zugriff: 29. 09.2022).

*Wądołowska, Agnieszka 2022a*: Poland Ready to Treat Thousands of Wounded Ukrainians at Its Hospitals. In: Notes from Poland, 25. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/02/25/poland-ready-to-treat-thousands-of-wounded-ukrainians-at-its-hospitals> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Wądołowska, Agnieszka 2022b*: “We Can’t Take Any More Refugees”: Polish Cities Call on Government to Seek EU and UN Help. In: Notes from Poland, 11. März 2022. Verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/03/11/we-cant-take-any-more-refugees-polish-cities-call-on-government-to-seek-eu-and-un-help/> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Wanat, Zosia 2022*: Poland’s Generous Welcome of Ukrainian Refugees Shows Signs of Strain. In: Politico, 11. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/poland-dunkirk-moment-refugee-ukraine-war/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

*Wandas, Marcel 2022*: Ustawa o uchodźcach: plusy, minusy, absurdy. Niektórzy wrócą do Ukrainy, by dostać PESEL. In: OKO.press, 16. März 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/wszystkie-absurdy-ustawy-o-uchodzcach/> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Watoła, Judyta 2022*: Ustawa o pomocy uchodźcom jednogłośnie znowelizowana. Obejmie większą grupę osób. In: Gazeta Wyborcza, 24. März 2022. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,28259959,ustawa-o-pomocy-uchodzcom-jednoglosnie-znowelizowana-obejmie.html> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Wojdat, Marcin / Cywiński, Paweł 2022*: Miejska gościnność: wielki wzrost, wyzwania i szanse. Raport o uchodźcach z Ukrainy w największych polskich miastach. Centrum Analiz i Badań Unii Metropolii Polskich, April 2022. Verfügbar unter: [https://metropolie.pl/fileadmin/user\\_upload/UMP\\_raport\\_Ukraina\\_20220429\\_final.pdf](https://metropolie.pl/fileadmin/user_upload/UMP_raport_Ukraina_20220429_final.pdf) (letzter Zugriff: 05.07.2022).

*Ziemska, Agnieszka 2022*: Rząd zmienił rozporządzenie w sprawie świadczeń za pomoc uchodźcom. In: Dziennik Gazeta Prawna, 25. Juni 2022. Verfügbar unter: <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8478560,pomoc-uchodzcom-rozporzadzenie-zmiany-swiadczenia.html> (letzter Zugriff: 30.08.2022).

*Zrzutka.pl 2022*: Zbiórka Bayraktar dla Ukrainy, Sławomira Sierakowskiego. Verfügbar unter: <https://zrzutka.pl/bayraktar> (letzter Zugriff: 10.07.2022).

*Zubik, Małgorzata 2022*: Warszawiacy oddolnie szykują się na przyjazd Ukraińców po napaści Rosji na Ukrainę. In: Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,28148285,warszawiacy-oddolnie-szykuja-sie-na-pryjazd-ukraincow-po-napasci.html> (letzter Zugriff: 28.08.2022).





**FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE**

### 3 SLOWAKEI

#### Factsheet

Bevölkerungszahl (01.01.2022)	5.434.712
BIP pro Kopf (2021)	18.110 €
Registrierte ukrainische Geflüchtete (02.11.2022)	99.195
Ukrainische Geflüchtete pro 100.000 Einwohner	1.825

Quellen: Eurostat 2022; UNHCR 2022 / Eigene Darstellung

Bis Ende Oktober sind insgesamt 7,8 Millionen Personen vor dem Krieg in der Ukraine geflohen. Die meisten haben das Land in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch verlassen. Sie gingen vornehmlich in die westlichen und südlichen Anrainerstaaten (UNHCR 2022a) – darunter auch in die Slowakei, mit der die Ukraine eine knapp 100 km lange Grenze hat. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Fluchtbewegung dorthin am 27. Februar: An den vier slowakisch-ukrainischen Grenzübergängen wurden zusammen 15.968 Personen registriert (MINV 2022a).

Zum 26. Oktober 2022 hat die Slowakei 91.972 Geflüchteten einen Schutzstatus ausgestellt (MINV 2022b). Angesichts der 909.076 Grenzübertritte (MINV 2022a),<sup>1</sup> die das Land seit dem Kriegsbeginn am 24. Februar aus der Ukraine verzeichnete, ist zu vermuten, dass die meisten Geflüchteten nur auf der Durchreise sind. Premier Eduard Heger bezeichnete die Slowakei bereits im März als „Transitland. Ukrainische Bürger gehen in andere Länder, nach Tschechien, nach Deutschland, folgen offenbar der Vorstellung von einem besseren Leben. Die Lebensqualität in diesen Ländern ist höher“ (dennikn.sk 2022a). Tatsächlich zog es die meisten Geflüchteten weiter westwärts, eine geringere Zahl kehrte in die Ukraine zurück (hnonline.sk 2022a).

Was die demographische Struktur der Geflüchteten anbelangt, die in der Slowakei Schutz erhalten haben, sind ausweislich der Statistiken des Innenministeriums 37 Prozent Kinder und Jugendliche. Unter den Erwachsenen stellen Frauen mit 78 Prozent die absolute Mehrheit dar (Abbildung 2).

#### SLOWAKEI FÜR GEFLÜCHTETE PRIMÄR EIN TRANSITLAND

#### SIGNIFIKANTE ANTEILE DER GEFLÜCHTETEN MINDERJÄHRIG UND WEIBLICH

Abb. 1: Grenzübertritte von der Ukraine in die Slowakei (Stand: 25. Oktober 2022)



Quelle: UNHCR 2022b / Eigene Darstellung

<sup>1</sup> Ukrainische Staatsangehörige machen das Gros der Grenzübertritte aus (838.311). Danach folgen Staatsangehörige der Slowakei (23.371 Personen), Ungarns (15.206 Personen), Tschechiens (6.616 Personen), Marokkos (2.467 Personen) und Deutschlands (2.423 Personen) (MINV 2022a).

Das Gros der aufgenommenen Geflüchteten besitzt die ukrainische Staatsangehörigkeit. Bei den restlichen ca. 500 Hundert Personen handelte es sich (Stand: 30. Juni) zumeist um Staatsangehörige anderer ehemaliger Sowjetrepubliken wie Russland oder Belarus, die regulär in der Ukraine wohnhaft sind (MINV 2022c).

### UKRAINISCHE DIASPORA

Bereits vor Kriegsbeginn befanden sich relativ viele Ukrainerinnen und Ukrainer in der Slowakei. Zum 31. Dezember 2021 zählte das slowakische Innenministerium insgesamt 167.519 Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, die eine vorübergehende oder permanente Aufenthaltsgenehmigung besaßen. Nur bei einem Drittel handelte es sich um EU-Bürgerinnen und -Bürger<sup>2</sup>, zwei Drittel waren Drittstaatenangehörige. Unter letzteren sind ukrainische Staatsbürger am stärksten vertreten. Doch auch insgesamt stellen sie die größte ausländische Minderheit dar: Jeder dritte in der Slowakei lebende ausländische Staatsangehörige besaß 2021 einen ukrainischen Pass (Abbildung 3). Von den 1.769 Personen, die sich im vergangenen Jahr illegal auf dem slowakischen Staatsgebiet aufhielten, stammten mit 208 Personen – nach Afghanistan und Marokko – die drittmeisten aus der Ukraine. Asyl beantragte lediglich eine Person ukrainischer Herkunft (MINV 2022d).

### SIGNIFIKANTER ANSTIEG VON ASYL- UND VISUMSGESUCHEN

Im Juni hat die Zahl der sich in der Slowakei befindlichen ausländischen Staatsangehörigen mit Aufenthaltstitel eine Viertelmillion überschritten (MINV 2022c). Dies entspricht bei einer Gesamtbevölkerung von 5,4 Millionen rund 4,7 Prozent (ŠÚSR 2022). Abseits der kriegsbedingten Anträge auf temporären Schutz gemäß der sogenannten EU-Massenzustrom-Richtlinie (Richtlinie 2001/55/EG des Rates) verzeichnete das Land auch einen signifikanten Anstieg von Asyl- und Visumsanträgen: Im Vorjahr 2021 stellten in der Slowakei insgesamt 330 Personen einen Erstantrag auf Asyl (Eurostat 2022a). Zwischen dem 24. Februar und dem 26. Oktober 2022 registrierte das slowakische Innenministerium 198 Anträge. Die meisten stammten von ukrainischen Staatsangehörigen (151 Anträge),<sup>3</sup> die zweitmeisten von Personen mit russischem Pass (29 Anträge) (MINV 2022e). Was Visumsanträge anbelangt, haben sich diejenigen signifikant erhöht, die von Staatsangehörigen einer ehemaligen Sowjetrepublik im ersten Halbjahr 2022 gestellt worden waren: Russische Visumanträge etwa haben sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 fast verdoppelt (von 724 auf 1337). Ähnlich verhielt es sich im Fall von Kasachstan (von 192 auf 352). Mehr als vervierfacht hat sich die Anzahl belarussischer Anträge (von 219 auf 909). In allen drei Fällen erhielten die meisten Antragstellenden dabei einen positiven Bescheid (MINV 2022c).

Abb. 2: Demographische Struktur der ukrainischen Geflüchteten (Stand: 26. Oktober 2022)

Alter	Personenzahl	davon weiblich	davon männlich
0 bis 17 Jahre	33.723	16.749	16.974
18 bis 60 Jahre	50.577	40.211	10.366
ab 60 Jahren	7.672	5.365	2.307
insgesamt	91.972	62.325	29.647

Quelle: MINV 2022b / Eigene Darstellung

2 Tschechische Staatsangehörige waren 2021 mit 12.562 Personen darunter am stärksten vertreten (MINV 2022d)

3 Die meisten ukrainischen Staatsangehörigen stellen seit Kriegsbeginn einen Antrag auf temporären Schutz und entgehen damit einem langwierigeren Asylverfahren.

Abb. 3: Ausländische Staatsangehörige mit Aufenthaltstitel vor und nach Kriegsbeginn

Staatsangehörigkeit	Personenzahl zum 31.12.2021	Personenzahl zum 30.06.2022
Ukraine	56.480	139.847
Serbien	16.331	16.999
Tschechien	12.562	12.593
Ungarn	9.565	9.550
Vietnam	7.235	7.495
Rumänien	7.116	7.036
Russland	6.389	6.994
Polen	6.088	6.094
Deutschland	4.542	4.525
Italien	2.998	2.924

Quellen: MINV 2022c und 2022d / Eigene Darstellung

### INFOBOX – Einwanderung in die Slowakei

Die Slowakei ist traditionell kein Zielland von Migration. Unter den Mitgliedstaaten der EU hatte sie 2021 nach Rumänien und Polen den niedrigsten Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung (Eurostat 2022b). Die großen Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert hatten das Land nahezu unberührt gelassen. Selbst nach 1989, als sich etwa der westliche Nachbar Tschechien rasch zu einem Einwanderungsland entwickelte, änderte sich in der Slowakei kaum etwas. Wenn Migration statistisch überhaupt eine Rolle spielte, ging es vor allem um Auswanderung. Das änderte sich nach dem EU-Beitritt: Zwischen 2004 und 2008 war die Slowakei das EU-Mitglied, in dem der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung am zweitschnellsten wuchs. In absoluten Zahlen jedoch blieb die Einwanderung auf einem niedrigen Niveau. Vor dem Kriegsbeginn in der Ukraine machten ausländische Staatsangehörige 3,1 Prozent der Gesamtbevölkerung aus (MINV 2022d). Die häufigsten Motive der Einwandernden waren dabei eine Familienzusammenführung oder der Beginn einer Erwerbstätigkeit bzw. eines Studiums (iom.sk 2022).

## GESELLSCHAFTLICHE REAKTIONEN

Mit Blick auf die gesellschaftlichen Einstellungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine erscheint zunächst bemerkenswert, dass sich Slowakinnen und Slowaken im Vergleich zu ihren Nachbarn in Polen oder Tschechien auffallend russlandfreundlich zeigen und in ihrer Bewertung der Geschehnisse relativ stark schwanken. Noch im Januar 2022 gab mit 44,1 Prozent die Mehrheit der Befragten an, die USA und die NATO seien hauptverantwortlich für die wachsenden Spannungen „an der russisch-ukrainischen Grenze und im Baltikum“, 34,7 Prozent meinten, Russland sei maßgeblich schuld (sme.sk 2022).<sup>4</sup> Die russische Invasion der Ukraine änderte die Haltung der slowakischen Bevölkerung: Unmittelbar nach

EINSTELLUNGEN RELATIV  
RUSSLANDFREUNDLICH UND  
SCHWANKEND

<sup>4</sup> Die restlichen 21,2 Prozent der Befragten wussten es entweder nicht oder gaben eine Antwort, die unter Sonstiges fiel.

Kriegsbeginn äußerten 62 Prozent der Befragten, Russland trage dafür die Hauptverantwortung. 25 Prozent sahen sie dagegen bei USA und NATO (hnonline.sk 2022b; vgl. ähnlich auch rtvs.sk 2022a).<sup>5</sup>

In einer Umfrage von Mitte Juli schlug das Pendel in puncto Sympathie jedoch wieder zurück in Richtung Russland: Gefragt wurde nach dem gewünschten Kriegsausgang, geantwortet werden konnte auf einer Skala von 1 (klarer Sieg Russlands) bis 10 (klarer Sieg der Ukraine). Nicht nur äußerten 20,6 Prozent der Befragten ausdrücklich, der Krieg solle klar von Russland gewonnen werden. Mit 52,1 Prozent neigte auf der Skala auch insgesamt eine Mehrheit einem russischen Sieg zu (dennikn.sk 2022b).

In Reaktion auf dieses Umfrageergebnis einerseits und die für die Ukraine günstige Kriegsentwicklung in den Sommermonaten andererseits wurde Ende September erneut nach dem gewünschten Ausgang des Krieges in der Ukraine gefragt, diesmal allerdings unter Vorgabe von sechs verschiedenen Antwortmöglichkeiten. Laut dieser Umfrage positioniert sich mit 47 Prozent die Mehrheit der Befragten auf der Seite der Ukraine, nur 19 Prozent wünschen sich einen Sieg Russlands. Neben dem erneuten Einstellungswandel zugunsten der Ukraine förderte die Umfrage zutage, dass es 24 Prozent egal ist, wer den Krieg gewinnt. Jede bzw. jeder Vierte bezieht damit eine Position dazwischen (Globsec 2022a).

**SLOWAKISCHE GESELLSCHAFT  
EMPFÄNGLICH FÜR RUSSISCHE  
PROPAGANDA**

Dass die slowakische Gesellschaft im Vergleich mit der polnischen und tschechischen merklich russlandaffiner ist und bei ihrer Bewertung des Krieges in der Ukraine immer wieder schwankt, wird oftmals damit erklärt, dass signifikante Teile der Bevölkerung empfänglich sind für Verschwörungstheorien, Desinformation<sup>6</sup> und nicht zuletzt auch für russische Propaganda (exemplarisch siehe demagog.org.pl 2022). Eine international vergleichende Studie ergab Ende 2020 beispielsweise, dass Slowakinnen und Slowaken für russische „Opfernarrative“ deutlich aufgeschlossener sind als die meisten anderen Mittel- und Osteuropäer (Globsec 2021). Laut einer nationalen Umfrage wiederum, die Ende März 2022 im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften organisiert wurde, schenken 22 Prozent der Befragten Nachrichten Glauben, die die militärische Intervention Russlands in der Ukraine rechtfertigen (SAV 2022a).<sup>7</sup>

Obwohl nicht unterschätzt werden sollte, wie stark russische Propaganda die öffentliche Meinungsbildung im Allgemeinen und die Haltung gegenüber dem Ukraine-Krieg im Besonderen beeinflusst, ist doch die eigentliche Frage, weshalb die slowakische Bevölkerung überhaupt derart russlandaffin ist und sich empfänglich für russische Narrative und Positionen zeigt. Die Gründe hierfür dürften *ökonomischer* und *identitärer* Natur sein.

5 Die restlichen 13 Prozent der Befragten wussten es entweder nicht oder gaben eine Antwort, die unter Sonstiges fiel. Aus einer international vergleichenden Studie vom April geht hervor, dass während in den meisten Staaten Europas jeweils eine überwältigende gesellschaftliche Mehrheit Russland hauptsächlich verantwortlich für das Kriegsgeschehen macht, die slowakische Gesellschaft weit unentschiedener ist. Zwar meinen 38 Prozent, Russland trage die ganze bzw. mehr Verantwortung als die NATO. 31 Prozent sind jedoch der genau gegenteiligen Meinung. 14 Prozent glauben, die NATO und Russland seien gleichermaßen verantwortlich, die restlichen 17 Prozent wissen nicht zu antworten (YouGov 2022).

6 Eine Studie von 2020, die zwischen verschiedenen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas vergleicht, legte offen, dass der Glaube an Verschwörungstheorien und Desinformationen von den untersuchten Fällen in der Slowakei am ausgeprägtesten ist (Globsec 2020).

7 Unterschiede gibt es in Bezug auf einzelne Meldungen: Dass der Krieg nur inszeniert sei und in den Medien Aufnahmen von bezahlten Schauspielern kursierten, meinten beispielsweise nur 11 Prozent der Befragten. Dass es bei der Intervention darum gehe, die Ukraine zu demilitarisieren und zu entnazifizieren, glaubten dagegen 28 Prozent. Dass Russland vom Westen provoziert wurde und lediglich reagiere, meinten 34 Prozent (SAV 2022a).

## GRÜNDE FÜR SLOWAKISCHE AFFINITÄT ZU RUSSLAND

Russland ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Rohstofflieferant der Slowakei. Die Abhängigkeit von russischen Energieträgern ist hoch: 2021 bezog das Land 97 Prozent seines Erdgases und 95 Prozent seines Erdöls aus Russland. Auch andere für die heimische Produktion relevante Rohstoffe wie Eisenerz stammen zu großen Teilen von dort (GTAI 2022). Hinzu kommt, dass die slowakische Gesellschaft in Ostmitteleuropa diejenige mit dem größten Anteil an Personen ist, die dem Osten zuneigen und – zusammen mit Ungarn – gleichzeitig diejenige, in der die Mehrheit das Land nicht westlich, sondern lieber zwischen Ost und West verortet wissen möchte.

Werden Slowakinnen und Slowaken gefragt, wo sie das eigene Land „angesichts der größeren Diskussionen über eine geopolitische und zivilisatorische Verortung“ gerne sähen, antworten selbst nach Kriegsbeginn 13 Prozent als „Teil des Ostens“, 34 Prozent als „Teil des Westens“ und 51 Prozent geben an, die Slowakei solle sich besser „irgendwo dazwischen“ positionieren. Der Rest weiß es nicht (Globsec 2022b).<sup>8</sup> Im Vergleich mit den anderen Visegrád-Staaten ragen diese Werte heraus: Im selben Erhebungszeitraum wollen in Ungarn und Tschechien lediglich 2 Prozent, in Polen nur 1 Prozent der Befragten ihr Land dem Osten zuordnen. Mitunter deutlich mehr Personen als in der Slowakei – 38 Prozent der Ungarn, 51 Prozent der Polen und 56 Prozent der Tschechen – meinen, ihr Land solle sich westlich orientieren. Eine Position dazwischen wünschen sich nur in Ungarn, das unter den Regierungen von Viktor Orbán immer wieder die Nähe zu Russland sucht, mit 53 Prozent ähnlich viele Befragte wie in der Slowakei. In Tschechien sind es mit 38 Prozent, in Polen mit 35 Prozent signifikant weniger (Globsec 2022b).<sup>9</sup>

Mit den beschriebenen slowakisch-russischen Verflechtungen können auch die Präferenzen der Bevölkerung, was mögliche Reaktionen auf die russische Invasion anbelangt, verbunden sein (Abbildung 4). Maßnahmen, die sich explizit gegen Russland oder russische Staatsangehörige richten wie ein Verbot von Kriegspropaganda (48 Prozent), Sanktionen (43,5 Prozent) oder Einreisebeschränkungen (37,5 Prozent), befürwortet unmittelbar nach dem Krieg jeweils nur eine relative Mehrheit der Befragten. Während „harte“ Hilfsmaßnahmen wie Waffenlieferungen für die Ukraine (43,8 Prozent) von den meisten abgelehnt werden, begrüßt jeweils eine absolute Mehrheit „weiche“ Hilfsmaßnahmen wie die humanitäre Hilfe im Nachbarland (77,8 Prozent) oder die Aufnahme von Geflüchteten durch die Slowakei (74,6 Prozent) (Sociologický ústav SAV et al. 2022a).

## UNENTSCHLOSSEN BEI MASSNAHMEN GEGEN RUSSLAND, RELATIV GROSSE OFFENHEIT GEGENÜBER UKRAINISCHEN GEFLÜCHTETEN

Die slowakische Aufnahmebereitschaft von ukrainischen Geflüchteten ist dabei so selbstverständlich nicht. Seit vielen Jahren weisen Studien die Slowakei als ein Land mit einer äußerst ausgeprägten migrationsfeindlichen Haltung aus (exemplarisch siehe Chmelar 2019, 2020). Zwar bezieht sich diese Haltung besonders auf „Personen anderer Rasse oder Ethnie“,<sup>10</sup> doch auch Zuwandernde „derselben Rasse oder Ethnie“ stießen bei der slowakischen Gesellschaft bislang auf starke Ablehnung – im Rahmen der Visegrád-Gruppe laut der letzten Runde der European Social Survey sogar

<sup>8</sup> 2021 geben derweil 11 Prozent der Befragten an, die Slowakei solle sich als Teil des Ostens begreifen, 26 Prozent meinen, sie sähen das Land am liebsten als Teil des Westens und rund 55 Prozent antworten, es solle sich dazwischen verorten. Die restlichen Befragten wissen es nicht (Globsec 2022b).

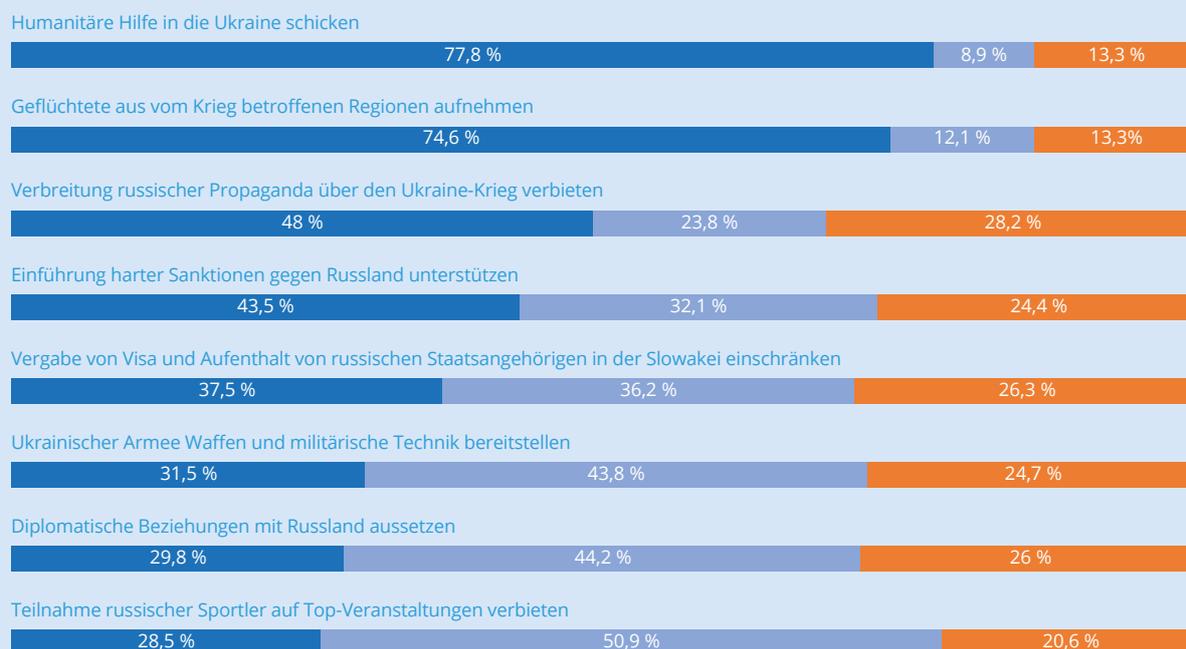
<sup>9</sup> 2021 wollen 32 Prozent der Ungarn, 33 Prozent der Tschechen und 46 Prozent der Polen ihr Land im Westen verortet wissen. Eine Ostbindung empfehlen ihrem Land in Ungarn und Tschechien lediglich 2 Prozent, in Polen ist es nur 1 Prozent der Befragten. Irgendwo dazwischen sehen ihr Land in Ungarn 59 Prozent, in Tschechien 58 Prozent und in Polen 43 Prozent. Der Rest weiß es nicht (Globsec 2022b).

<sup>10</sup> 35,2 Prozent geben im Rahmen der European Social Survey von 2018 an, keine einzige Person anderer Rasse oder Ethnie sollte in der Slowakei leben dürfen, etwa genauso viele meinen, dies solle wenigen erlaubt sein (35,5 Prozent). 24,8 Prozent wollen den Zuzug von mehr Personen ermöglichen, nur 4,5 Prozent allen (Spoločenskovedný ústav CSPV SAV 2020).

Abb. 4: Gewünschte Reaktionen der Slowakei auf den russischen Angriff der Ukraine

„Wie sollte die Slowakei Ihrer Meinung nach auf den militärischen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine reagieren?“

■ ja ■ nein ■ weiß nicht



Quelle: Sociologický ústav SAV et al. 2022a / Eigene Darstellung

auf die stärkste (Abbildung 5).<sup>11</sup> 2018 lehnt fast jeder vierte Befragte in der Slowakei jedweden Zuzug dieser Form ab.

Hand in Hand geht diese Ablehnung nicht zuletzt mit Chauvinismus und Gefühlen der Benachteiligung und kulturellen Bedrohung. 46 Prozent der slowakischen Befragten geben in einer international vergleichenden Umfrage von 2020 an, Migrantinnen und Migranten seien eine Gruppe, die anderen gegenüber bevorzugt werde. Im ostmitteleuropäischen Vergleich ist dies erneut der mit Abstand höchste Wert.<sup>12</sup> Darüber hinaus zeigen sich 72 Prozent der Meinung, dass Einwandernde ihre Identität und Werte gefährden (Globsec 2020).<sup>13</sup>

Die russische Invasion der Ukraine veränderte die Einstellungen gegenüber Geflüchteten im synchronen länderübergreifenden Vergleich zwar weniger stark, im diachronen Vergleich mit früheren Einstellungen aber doch merklich. Zwar sehen kurz nach Kriegsbeginn 76,9 Prozent der slowakischen Bevölkerung die ukrainische Fluchtmigration mit Sorge (Sociologický ústav SAV et al. 2022b) und sind selbst innerhalb der Visegrád-Gruppe am aufnahmeunwilligsten (vgl. Einleitung).<sup>14</sup>

Gleichzeitig präsentieren sich Slowakinnen und Slowaken hilfsbereiter als in den vergangenen Jahren. Im März danach gefragt, ob bzw. in wel-

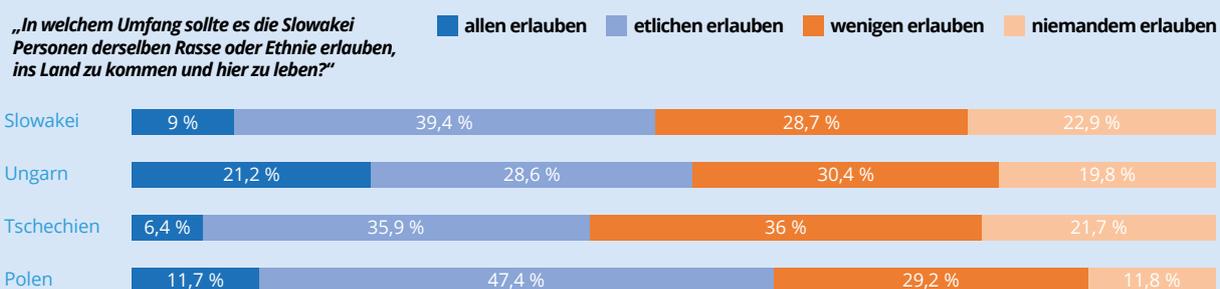
11 Einen ähnlichen Trend weist auch das Eurobarometer aus: 2019 bewerten 67 Prozent der in der Slowakei lebenden Befragten die außereuropäische Immigration (eher) negativ (EC 2020a), den Zuzug von Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten sehen immerhin 40 Prozent entsprechend (EC 2020b).

12 In Tschechien antworten 39 Prozent entsprechend, in Ungarn 19 Prozent und in Polen nur 10 Prozent (Globsec 2020).

13 In Tschechien sind 72 Prozent derselben Meinung, in Ungarn 52 Prozent, in Polen 41 Prozent (Globsec 2020).

14 Eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie gelangt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die slowakische Gesellschaft im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt nach wie vor weniger offen gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten ist: 80 vs. 91 Prozent (EC 2022c).

Abb. 5: Einverständnis mit dem Zuzug von Personen derselben Rasse oder Ethnie in der Visegrád-Gruppe



Quelle: Spoločenskovedný ústav CSPV SAV 2020 / Eigene Darstellung

cher Weise man persönlich bereit sei, der Ukraine zu helfen, würden 61,7 Prozent der Befragten Sachspenden tätigen. 36,9 Prozent können sich eine ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten vorstellen. 26,3 Prozent meinen, sie seien bereit, mit der Unterbringung zu helfen (Sociologický ústav SAV et al. 2022b).<sup>15</sup> Tatsächlich spielten – auch mangels hinreichender staatlicher Strukturen und Angebote – Hilfsleistungen aus der Zivilgesellschaft besonders in den ersten Wochen der Fluchtbewegung eine entscheidende Rolle bei deren Bewältigung. Auf der slowakischen Seite der Grenze waren 730 Angestellte von verschiedenen NGOs und etwa 7.000 Freiwillige im Einsatz (rtvs.sk 2022b).

Die vergleichsweise positiven Einstellungswerte und Verhaltensweisen gegenüber ukrainischen Geflüchteten werden von der einschlägigen Forschung über Faktoren erklärt, die in einem weiteren Sinne mit *Identität* verbunden sind. „Slowaken und Slowakinnen sind weit mitfühlender und bereiter, Menschen in Not ihre Grenze zu öffnen, die mit ihnen eine gemeinsame Geschichte, einen geographischen Raum und Werte teilen.“ (SAV 2022b) Zusätzlich bedingt scheint die relativ positive Haltung gegenüber ukrainischen Geflüchteten durch vier weitere Faktoren: erstens die *Ablehnung eines neuerlichen russischen Imperialismus* durch signifikante Teile der Bevölkerung, die auch angesichts der geographischen Nähe zum Kriegsschauplatz mit der Frage einhergeht, was weiter passiert, sollte Russland erfolgreich sein; zweitens die *Struktur der Geflüchteten*, die kriegsbedingt ihre Heimat verlassen haben und bei denen es sich vor allem um vulnerable, kaum Sicherheitsbedenken auslösende Personengruppen handelt wie Frauen oder Kinder; drittens ein *moralisches Verantwortungsgefühl* gegenüber der Ukraine, das auf eine Beistandspflicht mit einem unterlegenen, zu Unrecht Angegriffenen verweist<sup>16</sup> und viertens die starke *pro-ukrainische Positionierung der politischen Führung* in militärischen, ökonomischen und humanitären Belangen.

Auch nach Monaten des Kriegs- und Fluchtgeschehens ist die slowakische Gesellschaft noch immer deutlich positiver gegenüber Geflüchteten gestimmt als während der sogenannten Flüchtlingskrise. Gleichzeitig verringert sich ihre Hilfsbereitschaft – ähnlich wie in vielen anderen Staaten – sukzessive. Im September 2022 beispielsweise stimmt noch immer mehr als jede zweite Person der Aussage zu, der Staat möge ukrainischen

#### GRÜNDE FÜR NEUERLICHE OFFENHEIT GEGENÜBER GEFLÜCHTETEN

#### HILFSBEREITSCHAFT NIMMT AB

<sup>15</sup> Die Untersuchung förderte ebenfalls zutage, dass diejenigen Befragten, die nicht mit der slowakischen NATO-Mitgliedschaft einverstanden sind, insgesamt weniger hilfsbereit sind als andere (Sociologický ústav SAV et al. 2022b).

<sup>16</sup> Im internationalen Vergleich ist dieser Faktor in der Slowakei eher schwach ausgeprägt. Während nur jeder Dritte meint, die Slowakei habe eine bestimmte moralische Verantwortung gegenüber der Ukraine, ist es beispielsweise in Deutschland jeder zweite (Dražanová/Geddes 2022).

Geflüchteten Bedingungen schaffen, die ihnen ein würdiges Leben in der Slowakei ermöglichen. In derselben Umfrage geben aber auch über 80 Prozent der Befragten an, der Staat unterstütze die Geflüchteten mehr als Slowaken, ganze 90 Prozent meinen, er solle sich primär um slowakische Staatsangehörige kümmern (Abbildung 6).

Abb. 6: Slowakische Einstellungen im Zusammenhang mit ukrainischen Geflüchteten

„In welchem Maße sind Sie mit den folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden?“

■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu

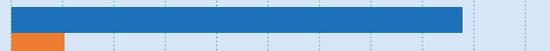
Der Staat sollte für Geflüchtete aus der Ukraine Bedingungen schaffen, die ihnen ein würdevolles Leben hier ermöglichen.



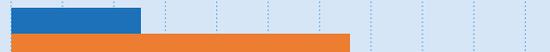
Die Einwohner der Slowakei sollten sich mehr für Geflüchtete aus der Ukraine interessieren.



Wenn Geflüchtete aus der Ukraine von der slowakischen Gesellschaft angenommen werden wollen, sollten sie sich anstrengen.



Geflüchtete aus der Ukraine sollten von der slowakischen Gesellschaft niemals angenommen werden.



Der Staat sollte sich primär um slowakische Bürger kümmern.



Der Staat unterstützt Geflüchtete aus der Ukraine mehr als Slowaken.



0% 10% 20% 30% 40% 50% 60% 70% 80% 90% 100%

Quelle: aktuality.sk 2022 / Eigene Darstellung

Danach gefragt, unter welchen Bedingungen ukrainische Geflüchtete laut der eigenen Meinung das Recht haben, sich in der Slowakei niederzulassen, antworten die meisten (32,7 Prozent), die betreffenden Personen müssten sich dem slowakischen Lebensstil anpassen, eine berufliche Qualifikation haben, die die Slowakei braucht (24,8 Prozent) und nicht-muslimisch sein (24,8 Prozent). Dass es sich auch nicht um Roma bzw. Romnja handeln sollte, ist ähnlich vielen Befragten wichtig (22,4 Prozent) (aktuality.sk 2022). Gerade in Bezug auf letztere reagiert die slowakische Gesellschaft von Anfang an sehr ablehnend (denikn.cz 2022). Regelmäßig wird unterstellt, sie kämen „nur“ aus ökonomischen Gründen (denikn.cz 2022).

**INFOBOX – Nationale Minderheiten in der Slowakei**

Von den 5,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern der Slowakei bekennen sich im letzten Zensus 81 Prozent zur slowakischen Nationalität. Die größte Minderheit stellen laut derselben Zählung mit 8,5 Prozent Ungarn dar. Knapp zwei Prozent der Befragten, d.h. etwa 106.000 Personen, geben an, sie seien Roma bzw. Romnja (ŠÚSR 2011). Laut einer qualifizierten Schätzung leben in der Slowakei allerdings über 400.000 Roma und Romnja (UNDP 2013), zumeist am Rande der Gesellschaft. Viele von ihnen wohnen in ghettoähnlichen Zuständen, sind schlecht ausgebildet, arbeitslos und arm. In der Mehrheitsgesellschaft existiert ein ausgeprägter Antiziganismus, worunter „sowohl die Bilder und Vorurteile, die sich Menschen von vermeintlichen „Zigeunern“ machen, als auch die Stigmatisierung von Menschen zu „Zigeunern“ und die daraufhin folgende Diskriminierung,

Ausgrenzung und Verfolgung“ (End 2011: 16) fallen. Es kursiert eine Vielzahl von negativen Stereotypen über Roma und Romnja wie der über ihre Faulheit oder Straffälligkeit. Die meisten Slowakinnen und Slowaken empfinden sie als kulturell fremd und sehen sie als gravierendes soziales Problem.

## POLITISCHE REAKTIONEN

Obwohl sich die slowakische Gesellschaft in vielen Fragen gespalten zeigt, fiel die Reaktion der führenden politischen Elite des Landes auf den Ukraine-Krieg von Anfang an einheitlich aus. Gemeinsam mit sieben weiteren Präsidenten osteuropäischer EU-Mitgliedstaaten erklärte die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová der Ukraine am 28. Februar 2022 die volle Solidarität ihres Landes und ersuchte bei allen EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen um deren „höchste politische Unterstützung“ inklusive einer schnellstmöglichen Beitrittsperspektive für den östlichen Nachbarn (prezident.sk 2022). An anderer Stelle äußerte sie:

*„Die zivilisierte Welt ist sich darüber im Klaren, wer wen angegriffen hat, wer Krieg führt, wer Kriegsverbrechen begeht und das Völkerrecht verletzt. 141 UN-Mitgliedstaaten haben Russlands Aggression gegenüber der Ukraine verurteilt und fordern Russland auf, seine Truppen abzuziehen. Der Ukraine zu helfen bedeutet, unschuldigen Menschen zu helfen, die leiden, und es ist unsere menschliche Pflicht. Hilfe für die Ukraine – das ist humanitäre Hilfe, insbesondere für Frauen und Kinder, die vor dem Krieg fliehen. Aber Hilfe für die Ukraine ist auch militärisches Material für diejenigen, die ihre Familien und ihre Heimat gegen eine Übermacht, gegen die zahlenmäßig um ein Vielfaches größere und zu allem fähige Armee des Putinschen Russland verteidigen. [...] Unser ureigenes Interesse ist es, einen stabilen Nachbarn an der Grenze im Osten zu haben, der die europäischen Werte und das friedliche Zusammenleben zwischen Nationen respektiert.“ (Čaputová 2022a)*

Bis heute positioniert sich Čaputová mit ihrer Haltung klar an der Seite der Ukraine, die „einen rechtmäßigen Kampf um ihre Souveränität und nationale Selbstbestimmung“ führe. „Wir als slowakische Nation müssen dies bei einem Blick auf unsere eigene Geschichte doch verstehen.“ (Čaputová 2022b)<sup>17</sup> Mit dem Verweis auf die eigene Geschichte gemeint sein kann hier dreierlei: der Slowakische Nationalaufstand von 1944 gegen die Nationalsozialisten, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 durch den von Moskau geführten Warschauer Pakt und/oder die Demonstrationen der tschechoslowakischen Gesellschaft 1989 gegen das kommunistische Regime.<sup>18</sup> In allen drei Fällen kämpften Slowakinnen und Slowaken um Autonomie gegen einen fremden Hegemon.

Eine ähnliche Position wie die sozial-liberale Präsidentin bezieht seit Kriegsbeginn der slowakische Premier Eduard Heger mit seiner liberal-konservativen Regierung. Schon am 24. Februar, dem ersten Tag der Invasion, verkündete Heger:

**POLITISCHE FÜHRUNG  
POSITIONIERT SICH KLAR  
AN DER SEITE DER UKRAINE**

**PRÄSIDENTIN ZIEHT  
HISTORISCHE PARALLELEN**

**PREMIER SPRICHT  
VON BARBARISCHEM  
AKT RUSSLANDS**

<sup>17</sup> Ende April wandte sich die Präsidentin in einer emotionalen, international viel beachteten Videobotschaft auf Russisch an russische Soldaten und deren Befehlshaber. Angesichts einer zunehmenden Zahl von zivilen Opfern und bekannt gewordenen Gräueltaten appellierte Čaputová, sie sollten, falls sie „noch einen Rest von Menschlichkeit in sich selbst fühlen, jene zum Leben erwecken und diesen schrecklichen Krieg beenden. [...] Wehrlose zu verletzen, ist ein Zeichen der größten Schwäche.“ (Čaputová 2022c)

<sup>18</sup> Zum 54. Jubiläum des Prager Frühlings am 21. August 2022 zog Čaputová gemeinsam mit weiteren slowakischen Spitzenpolitikern folgende zwei historische Parallelen: zum einen die zwischen der russischen Invasion der Tschechoslowakei 1968 und der aktuellen russischen Aggression in der Ukraine und zum anderen die zwischen dem Freiheitskampf der Tschechoslowaken 1989 und der gegenwärtigen ukrainischen Verteidigung (ČT24.cz 2022a).

*„Russland hat heute einen Krieg in der Ukraine begonnen. Es griff einen Schwächeren an, dessen einzige Schuld darin besteht, dass er wie andere souveräne Nationen friedlich nach seinen Vorstellungen leben wollte. Dies ist ein nicht zu rechtfertigender barbarischer Akt vonseiten Russlands, eine grobe Verletzung des Völkerrechts. Wieder einmal ist der russische Imperialismus in seiner aggressiven, militanten Form vor unseren Augen zum Leben erwacht. [...] Die Regierung der Slowakischen Republik wird in Zusammenarbeit mit Verbündeten in der NATO und der Europäischen Union die Selbstverteidigung der Ukraine gegen den russischen Aggressor unterstützen und sich für eine Einstellung der Kämpfe einsetzen. Frieden herbeizuführen ist die absolute Priorität.“*  
(dennikn.sk 2022c)

Angesichts der unentschiedenen gesellschaftlichen Einstellungen bezüglich der Verortung der Slowakei, dem Geschehen in der Ukraine und angemessenen Reaktionen darauf ist die Haltung der politischen Führung des Landes bemerkenswert klar: Sie ist pro-westlich, lässt keinen Zweifel an „Tätern“ und „Opfern“ und sieht die Slowakei in der Pflicht, der Ukraine nicht nur humanitär, sondern auch militärisch beizustehen.

**PARLAMENT VERTRITT  
DIFFERENZIERTERE POSITION**

Eine Perspektive, die dem Charakter der öffentlichen Meinung stärker zu entsprechen scheint, spiegelt sich in einer Erklärung von Mitgliedern des slowakischen Parlaments, des Nationalrats, vom 25. Februar. Die Abgeordneten verurteilen darin „die nicht provozierte, ungerechtfertigte und unrechtmäßige militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine aufs Schärfste“ und sichern „der Ukraine und ihrer Bevölkerung volle Unterstützung“ zu. Gleichzeitig jedoch zeigen sie sich

*„überzeugt, dass die laufende Aggression nicht den Willen der Mehrheit der russischen Nation widerspiegelt. Die russische Nation hat es nicht verdient, von ihrer politischen Führung in die internationale Isolation und in eine Wirtschaftskrise geführt zu werden.“* (dennikn.sk 2022d)<sup>19</sup>

Bei der Abstimmung über die Erklärung stimmten 112 von 113 Anwesenden dafür. Die Stimmen kamen dabei nicht nur von Angehörigen der vier an der Regierung beteiligten Parteien. Auch die Mitglieder der oppositionellen linkspopulistischen SMER-SD votierten für sie. Einzig die Fraktion der rechtsradikalen ĽSNS blieb der Sitzung geschlossen fern.<sup>20</sup>

**LINKS- UND  
RECHTSPOPULISTEN  
INSZENIEREN SICH ALS  
„FRIEDENSPARTEIEN“**

Dieses Abstimmungsverhalten sollte jedoch nicht verdecken, dass sich die populistischen Parteien SMER-SD und ĽSNS seit Kriegsbeginn regelmäßig diametral zur slowakischen Regierung und Präsidentin aufstellen. Obwohl jeweils vom anderen Ende des politischen Spektrums kommend, verbreiten beide sehr ähnliche Narrative: Die russische Aggression sei die Folge einer expansiven Politik der USA und der NATO. Im Interesse der Slowakei sei es, sich aus dem Konflikt herauszuhalten, wobei sich beide Parteien dahingehend unterscheiden, dass SMER-SD die Mitgliedschaft des Landes in der NATO gutheißt, während ĽSNS seit Jahren für den

<sup>19</sup> Ähnliche Töne werden auch in einer weiteren Erklärung von Anfang Mai angeschlagen, wo das russische Vorgehen erneut verurteilt und gleichzeitig eine Wertschätzung von oppositionellen Äußerungen in Russland respektive ein Appell, Repressionen gegenüber entsprechenden Personen in Russland zu beenden, festgeschrieben werden (NRSR 2022a).

<sup>20</sup> Der slowakische Nationalrat umfasst insgesamt 150 Abgeordnete. Von diesen gehören gegenwärtig allerdings 35 Abgeordnete keiner Fraktion an. Ein Teil von ihnen ist nach der letzten Wahl aus der linkspopulistischen SMER-SD ausgetreten und bekennt sich nun zur sozialdemokratischen Partei HLAS (auf Deutsch: Stimme), die laut Meinungsumfragen bei den Parteienpräferenzen seit Ende 2020 kontinuierlich an erster Stelle liegt. Jene Abgeordneten stimmten der Erklärung des Nationalrats ebenfalls zu. Ein anderer Teil der Fraktionslosen sind wiederum Abgeordnete, die sich von der rechtsradikalen ĽSNS losgesagt haben und nun der rechtspopulistischen REPUBLIKA (auf Deutsch: Republik) angehören. Ähnlich wie ihre rechtsradikalen Kolleginnen und Kollegen blieben jedoch auch sie der Abstimmung fern.

Austritt und eine slowakische Neutralität wirbt. Einig zeigen sich beide wiederum in der Einschätzung, dass die Präsidentin und Regierung vor allem wegen der militärischen Unterstützung der Ukraine „kriegstreiberisch“ handeln. Ihre eigenen Parteien stilisieren sowohl ĽSNS-Chef Marian Kotleba als auch der SMER-Vorsitzende und Ex-Premier Robert Fico demgegenüber als „Friedensparteien“ (ĽSNS 2022a; SMER-SD 2022a und 2022b).

Was den slowakischen Umgang mit der Fluchtmigration anbelangt, präsentiert sich der politische Diskurs in den vergangenen Monaten homogener. Keine Partei spricht sich explizit gegen die Aufnahme von Geflüchteten aus. Gleich nach dem Beginn des Krieges verkündete Premier Heger im Namen der Regierungskoalition, die Slowakei werde sich um die „Menschen, die vor dem Krieg fliehen und unglaublich tragische Situationen erleben“, kümmern (ČT24.cz 2022b). SMER-SD sagte der ukrainischen Bevölkerung als Opfer einer „rein amerikanisch-russischen Angelegenheit“ humanitäre Hilfe im Rahmen der slowakischen Kapazitäten zu (SMER-SD 2022a). Auch die rechtsradikale ĽSNS agitierte nicht pauschal gegen die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter. Trotzdem wurde das Thema Migration am Ende instrumentalisiert: sowohl linke wie rechte Parteien spielten immer wieder ukrainische Geflüchtete gegen die eigene Bevölkerung aus, indem sie unterstellten, die führenden Repräsentanten der Slowakei würden sich mehr um das Wohl der Geflüchteten sorgen als um das Wohl des eigenen Landes (exemplarisch siehe Kotleba 2022; ĽSNS 2022b; Republika 2022; noviny.sk 2022; HLAS 2022).

Auf die rasch anwachsende Fluchtmigration aus der Ukraine war die Slowakei wie alle anderen Anrainerstaaten nicht vorbereitet. Dass Hilfsleistungen (wie z.B. medizinische Versorgung, Verpflegung oder Informationen zu den Aufenthaltsbedingungen) dennoch ad hoc schon unmittelbar nach dem Grenzübertritt angeboten werden konnten, verdankt sich nicht zuletzt dem Engagement von diversen NGOs und ehrenamtlich Tätigen. Den rechtlichen Rahmen für weiterführende Maßnahmen zur Bewältigung der Fluchtbewegung (wie z.B. die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder die Errichtung von Erstaufnahmezentren) schaffte die politische Führung des Landes wie folgt: Am 26. Februar rief die slowakische Regierung eine sogenannte außergewöhnliche Situation aus (ČTK 2022). Dazu trat das tags zuvor im Nationalrat verabschiedete Gesetz über einige weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (*Zákon o niektorých ďalších opatreniach v súvislosti so situáciou na Ukrajine*, 55/2022 Z. z.), die sogenannte Lex Ukrajina 1, in Kraft.<sup>21</sup> Kaum einen Monat später, am 22. März, brachten die Nationalratsabgeordneten ein weiteres Gesetz unter demselben Titel auf den Weg (92/2022 Z. z.). Rechtsverbindlich wurde die Lex Ukrajina 2 am 30. März.<sup>22</sup> Beide Gesetze zusammen übersetzen die EU-Massenzustrom-Richtlinie in slowakisches Recht.<sup>23</sup> Jene trat am 4. März 2022 in Kraft und definiert EU-weite Mindestnormen für die Gewährung eines temporären Schutzes.

## KEINE PARTEI GRUNDSÄTZLICH GEGEN UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE

## STAATLICHE MASSNAHMEN

21 Von 121 Anwesenden stimmten 120 ab, davon 82 dafür, 27 – die meisten aus den Reihen der linkspopulistischen SMER-SD – enthielten sich. Elf Parlamentarier, von denen die Mehrheit der rechtsradikalen ĽSNS zugehört, waren dagegen (NRSR 2022b).

22 Von den 133 bei der Abstimmung anwesenden Abgeordneten stimmten 117 dafür (diesmal auch das Gros der oppositionellen SMER-SD), neun enthielten sich und sieben waren dagegen. Alle Gegenstimmen kamen aus den Reihen der rechtsradikalen ĽSNS (NRSR 2022c).

23 Im Mai verabschiedete der Nationalrat in Reaktion auf Schwierigkeiten im sozialen Bereich (wie z.B. bei der Kinderbetreuung oder der angemessenen Fürsorge für Personen mit Behinderung) das Gesetz über einige Maßnahmen im sozialen Bereich im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (*Zákon o niektorých opatreniach v sociálnej oblasti v súvislosti so situáciou na Ukrajine*, 199/2022 Z. z.). Von den 119 Anwesenden nahmen 118 an der Abstimmung über die Lex Ukrajina 3 teil. 105 Abgeordnete votierten dafür, sechs enthielten sich und sieben stimmten dagegen. Erneut kamen alle Gegenstimmen von der radikalen Rechten. In der oppositionellen SMER-SD hielten sich diejenigen, die der Abstimmung fernblieben und diejenigen, die für das Gesetz stimmten, die Waage (NRSR 2022d). Das Gesetz trat am 7. Juni in Kraft.

**AUSGESTALTUNG  
DES TEMPORÄREN  
SCHUTZSTATUS**

Der Kreis der Personen, die einen temporären Schutzstatus beantragen können, umfasst dabei nicht nur ukrainische Staatsangehörige und ihre nahen Angehörigen (wie z.B. Ehepartner, Kinder oder vom Haushalt abhängige Verwandte), die nach dem 24. Februar einreisten. Auch diejenigen Ukrainerinnen und Ukrainer, die bereits zuvor eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung oder einen Schutzstatus (wie z.B. Asyl) in der Slowakei hatten, qualifizieren sich zusammen mit ihren in der Ukraine wohnhaften Familienangehörigen für den temporären Schutz. Ihr Aufenthaltsrecht verlängert sich dabei automatisch bis mindestens zwei Monate nach der Beendigung der außergewöhnlichen Situation (MINV 2022f). Diejenigen, die keinen Anspruch auf einen temporären Schutz haben sollen, benennt explizit der Begleittext zum Gesetz: Es geht um Personen, die in der Slowakei eine Aufenthaltsgenehmigung (dauerhaft und zeitlich beschränkt), subsidiären Schutz oder Asyl haben bzw. einen Asylantrag gestellt haben und keine ukrainischen Staatsbürger sind respektive keinen von der Ukraine vergebenen Aufenthaltstitel besitzen (ÚVSR 2022). Der temporäre Schutz gilt für die Dauer von einem Jahr. Den Geflüchteten garantiert er auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Union die Unterbringung und einen vereinfachten Zugang zu Sozialleistungen, dem Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und dem Bildungswesen.

Angesichts der systematischen Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur durch das russische Militär scheint ein neuerlicher Anstieg der Zahl der Geflüchteten in den Wintermonaten immer wahrscheinlicher. In Vorbereitung auf verschiedene mögliche Szenarien hat das Innenministerium Ende Oktober deshalb einen sogenannten Kontingentplan (*Kontingenčný plán*) erarbeitet, der von der Regierung umgehend angenommen wurde. Er rechnet mit einem Zuwachs von bis zu 700.000 Personen, die Kosten beliefen sich in diesem Fall auf 31,7 Millionen Euro (teraz.sk 2022). Noch im August hatte das Finanzministerium einen Bericht vorgelegt, demzufolge die Slowakei im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine 2022 mit Mehrausgaben von insgesamt 241 Millionen Euro zu rechnen habe. Dies entspricht etwa 1 Prozent des Staatshaushalts, wie er im Vorjahr verabschiedet worden war (MFSR 2022). Mit 151 Millionen Euro kommt der größte Teil dieser Summe dabei den Geflüchteten zu (eurozpravy.cz 2022).

**HERAUSFORDERUNGEN**

**Unterbringung**

**MEHR ALS DIE HÄLFTE DER  
GEFLÜCHTETEN MÖCHTE  
IN DER SLOWAKEI BLEIBEN**

Geflüchtete aus der Ukraine sind in der Slowakei in staatlichen humanitären Zentren und Asyleinrichtungen, bei Privatpersonen oder in privaten Unterkünften wie Hotels oder Pensionen untergebracht. Diejenigen, die den Geflüchteten ein Obdach gewähren, haben dabei Anspruch auf eine finanzielle Beihilfe des Staates von 22 Euro pro Tag pro Erwachsenen und 11 Euro pro Kind bis 15 Jahre (hnonline.sk 2022c). Aus einer Umfrage im Mai geht hervor, dass mehr als jeder Zweite auch nach Kriegsende in der Slowakei bleiben möchte, 41 Prozent wollen in die Ukraine zurückkehren, die restlichen 3 Prozent planen, in ein anderes Land weiterzureisen (pluska.sk 2022).

Was die regionale Verteilung der Geflüchteten anbelangt, so befinden sich aktuell mit etwa einem Drittel die meisten in der slowakischen Hauptstadt Bratislava samt der zugehörigen Region. Die zweitmeisten Personen sind in der Region gemeldet, die zur zweitgrößten Stadt des Landes Košice gehört. Der Rest ist relativ gleichmäßig auf die übrigen Regionen verteilt (Abbildung 7).

Gegenwärtig gilt die Lage rund um die Unterbringung als stabil, die Geflüchteten sind versorgt und in keiner größeren Bewegung. Inwiefern dies so bleibt, hängt maßgeblich davon ab, wie sich die Geflüchtetenzahlen

in den nächsten Monaten entwickeln. Ein neuerlicher Anstieg im Winter würde nicht nur die pro-ukrainische slowakische Regierung weiter unter Druck setzen. Auch der schon jetzt angespannte Wohnungsmarkt in den Großstädten ist leicht zu überlasten.

### Arbeitsmarkt

Die Lex Ukrajina ermöglicht ukrainischen Geflüchteten auch ohne Arbeitserlaubnis den Zugang zum slowakischen Arbeitsmarkt. Die Situation in der Slowakei ist im ostmitteleuropäischen Vergleich eher ungünstig: Die Wirtschaftsleistung ist in Relation zu Polen, Tschechien und Ungarn teils signifikant schlechter (Statista 2022; Eurostat 2022c). Im September 2022 hatte die Slowakei unter den Visegrád-Staaten mit 5,9 Prozent dazu die höchste Arbeitslosenquote (Eurostat 2022d). Dennoch ließ der slowakische Arbeitsminister Milan Krajniak schon kurz nach Kriegsbeginn wissen, es seien über 80.000 Stellen unbesetzt, von denen Geflüchtete aus der Ukraine etwa 60.000 sofort besetzen könnten, ohne dabei mit einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu konkurrieren (pravda.sk 2022).

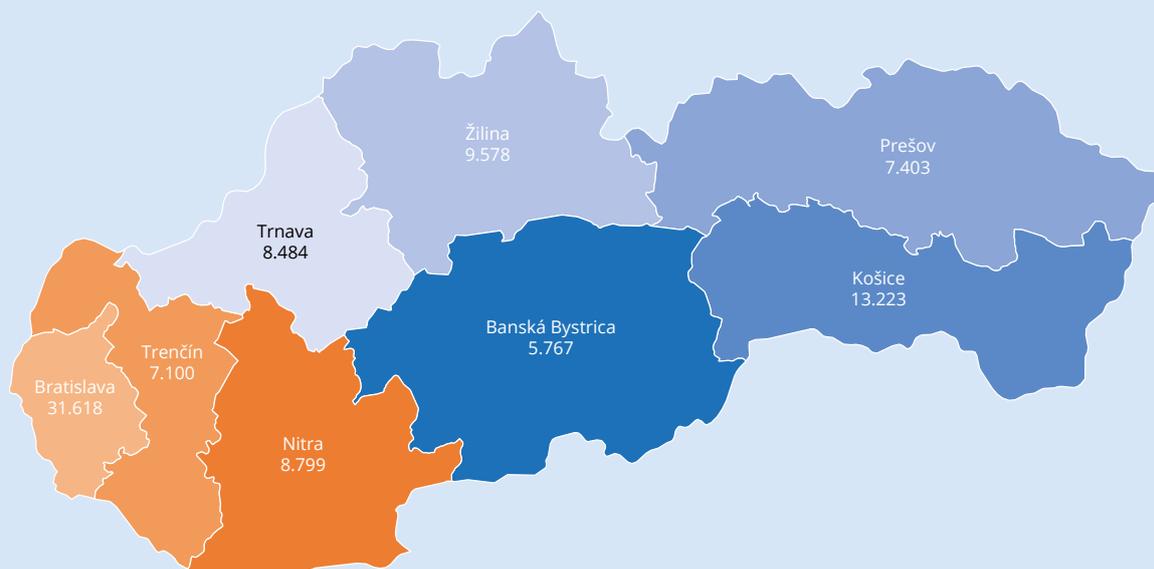
Tatsächlich gingen im August laut dem Arbeitsamt 9.796 Geflüchtete in der Slowakei einer Erwerbstätigkeit nach. Hauptsächlich verrichteten sie Montage- und Hilfsarbeiten oder waren als Reinigungskräfte angestellt. Sie trugen mit dazu bei, die Arbeitslosenquote auf das Niveau vor der Covid-19-Pandemie im März 2020 zu senken (hnonline.sk 2022d). Gleichzeitig blieben viele von ihnen jedoch hinter ihrer formalen Qualifikation zurück, wodurch ihr Potenzial für den slowakischen Arbeitsmarkt unausgeschöpft blieb. Gründe hierfür sind die Sprachbarriere, mangelnde Informationen und/oder der Umstand, dass viele Bildungsabschlüsse bzw. beruflichen Qualifikationen (noch) nicht anerkannt sind.

Bei der Arbeitsmarktintegration von ukrainischen Geflüchteten hoffte die politische Führung von Anfang an darauf, dass v.a. vakante Stellen im medizinischen Bereich besetzt werden können. Entsprechend regelte der slowakische Gesetzgeber bereits in der Lex Ukrajina 2 einen vereinfachten Zugang von Fachkräften im Gesundheitswesen: Das neu geschaffene Institut

### MÄSSIGE BEDINGUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

### INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN BLEIBT HINTER POTENZIAL ZURÜCK

Abb. 7: Regionale Verteilung der Geflüchteten (Stand: 26. Oktober.2022)



Quellen: MINV 2022c und 2022d / Eigene Darstellung

**FEHLENDE  
KINDERBETREUUNG  
ALS PROBLEM**

eines sogenannten professionellen temporären Praktikums ermöglicht es Geflüchteten mit einem geeigneten medizinischen Bildungsabschluss, auch ohne eine in der Slowakei anerkannte berufliche Qualifikation tätig zu werden (epravo.sk 2022).

Ob bzw. inwiefern es gelingt, ukrainische Geflüchtete für beide Seiten gewinnbringend und nachhaltig in den slowakischen Arbeitsmarkt zu integrieren, hängt allerdings von weit mehr ab als von rechtlichen Rahmenbedingungen. Weil viele erwerbsfähige Geflüchtete betreuungsbedürftige Kinder bei sich haben, spielt etwa deren Betreuungsmöglichkeit eine entscheidende Rolle. Kapazitäten in bestehenden Einrichtungen sollen dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Familien zufolge rasch durch die Vergrößerung von Kindergruppen geschaffen werden. Zusätzlich sind Betreuungsangebote angedacht, die speziell für ukrainische Minderjährige von akkreditierten Kinder- und Familienzentren geschaffen werden sollen (MPSVR 2022).

**KEINE EINHEITLICHEN  
VERSORGUNGSANSPRÜCHE**

**Gesundheitsversorgung**

Der Schutzstatus im Sinne der EU-Massenzustrom-Richtlinie sieht für Geflüchtete auch einen freien Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung vor. Im slowakischen Fall ist hierfür die Allgemeine Gesundheitsversicherung (*Všeobecná zdravotná poisťovňa*, VŠZP) als größte Versicherung des Landes zuständig. Auch weil sich schnell abzeichnete, dass die Slowakei primär ein Transitland sein würde, unterschied die VŠZP von Anfang an verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Versorgungsansprüchen. In den ersten Wochen wurden ukrainische Geflüchtete, die die Slowakei lediglich passierten und die Kosten für medizinische Leistungen selbst zu tragen hatten, von denjenigen unterschieden, die einen Schutzstatus in der Slowakei erhalten haben, von der VŠZP registriert wurden und denen eine kostenlose medizinische Notfallversorgung – „nach individueller Beurteilung auch in größerem Umfang“ (VŠZP 2022a) – zustand. Gegenüber Personen, die in der Slowakei Asyl oder subsidiären Schutz erhielten und Anspruch auf eine vollumfängliche Gesundheitsversorgung haben, sind Geflüchtete mit temporärem Schutz in dieser Hinsicht schlechter gestellt.

Mittlerweile differenziert die VŠZP letztere weiter aus: Diejenigen Personen, die einen temporären Schutz haben und arbeitslos sind, sind – ebenso wie ihre in der Slowakei geborenen Kinder – auch weiterhin formal keine Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und haben lediglich Anspruch auf dringende Behandlungen. Geflüchtete, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, werden regulär in die VŠZP aufgenommen und gesundheitlich vollumfänglich versorgt. Dasselbe gilt auch für ihre Kinder (VŠZP 2022b).

**VERSCHÄRFUNG DES  
RESSOURCEN- UND  
PERSONALMANGELS**

Das wesentliche Problem im Bereich der slowakischen Gesundheitsversorgung sind jedoch nicht Statusbestimmungen. Schon lange vor dem Krieg fehlten wegen der chronischen Unterfinanzierung und dürftigen Arbeitsbedingungen medizinische Fachkräfte auf allen Ebenen. Laut dem Chef der Ärztegewerkschaft Peter Visolajský verschärft die Fluchtmigration das bestehende Problem enorm. Dazu befänden sich unter Hunderttausenden Geflüchteten nur ein paar medizinisch Ausgebildete (novinky.cz 2022). Die Hoffnungen der politischen Führung auf ukrainische Ärztinnen und Krankenpfleger, die dem slowakischen Gesundheitssystem zuträglich sind, wurden damit enttäuscht.

**Bildung**

**NUR EINE MINDERHEIT NUTZT  
DAS BILDUNGSANGEBOT**

Über ein Drittel der Geflüchteten aus der Ukraine ist im schulfähigen Alter. Dass Kinder und Jugendliche rasch in das Bildungssystem integriert werden, ist nicht nur für sie persönlich elementar – um sich zu entwickeln, in die slowakische Gesellschaft eingebunden zu werden und die Landessprache zu

erlernen. Auch für die Entlastung der Sorgeberechtigten wäre es von großem Vorteil. Zum Ende des vergangenen Schuljahrs 2021/22 waren 8.151 Geflüchtete an einer slowakischen Schule eingeschrieben, 1.581 besuchten einen Kindergarten (UNHCR 2022X). Die meisten von ihnen in Bratislava und Košice. Auch im aktuellen Schuljahr 2022/23 sind diese Zahlen nicht signifikant gestiegen (dennikn.sk 2022e). Laut Schätzungen des Bildungsministers könnten sie im November aber auf 15.000 bis 17.000 klettern (dennikn.sk 2022f).

Abgesehen davon, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche mit einem temporären Schutzstatus keiner Schulpflicht unterliegen, existieren zahlreiche Barrieren bei dem Zugang zum Bildungssystem. Besonders die staatliche Koordination ist dürftig, die Information der Eltern mangelhaft, es gibt nicht genug Sprachkurse. Hinzu kommt die mangelhafte Ressourcenausstattung der einzelnen Einrichtungen, die am Ende auch slowakische Kinder und Jugendliche betrifft (FRA 2022). Im vergangenen Schuljahr beispielsweise bekamen Schulen, die Geflüchtete aufgenommen haben, keinerlei zusätzliche Gelder. Erst seit September erhalten sie 200 Euro pro Person, genauso viel wie für slowakische Schulpflichtige (dennikn.sk 2022g).

Laut dem slowakischen Lehrerverband ist jedoch nicht nur der Systemzugang problembehaftet. Auch im Schulalltag gebe es etliche Schwierigkeiten wie die Sprachbarriere oder den unterschiedlichen Kenntnisstand ukrainischer und slowakischer Schüler, die regelmäßig dieselben Klassen besuchen. Hinzu kämen psychische Beschwerden der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Folge des Krieges, die das Lernen erschwerten (Centrum vzdelávacích analýz 2022).

#### HINDERNISSE BEI DER TEILHABE AN BILDUNG

#### SCHWIERIGKEITEN IM SCHULALLTAG

## LITERATUR

- aktuality.sk* 2022: Vojna na Ukrajine: Čo si myslia Slováci o utečencoch z Ukrajiny? (prieskum). Verfügar unter: <https://www.aktuality.sk/fotogaleria/PSqXkGs/vojna-na-ukrajine-co-si-myslia-slovaci-o-utecencoch-z-ukrajiny-prieskum/3> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- Čaputová, Zuzana* 2022a: Eintrag auf Facebook vom 12.03.2022. Verfügar unter: <https://www.facebook.com/zcaputova/posts/517446853072022> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- Čaputová, Zuzana* 2022b: Príhovor prezidentky Zuzany Čaputovej k vojne na Ukrajine. Verfügar unter: <https://www.prezident.sk/upload-files/61669.pdf> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- Čaputová, Zuzana* 2022c: Eintrag auf Facebook vom 26.04.2022. Verfügar unter: <https://www.stream.cz/zajimava-videa/prezidentka-caputova-a-jeji-uprimny-vzkaz-ruskym-vojakum-64339139> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- Centrum vzdelávacích analýz* 2022: Učiteľky a učítelia hovoria pri deťoch z Ukrajiny o jazykovej bariére a traumách z vojny. Verfügar unter: <https://www.vzdelavacieanalyzy.sk/ucitelky-a-ucitelia-hovoria-pri-detoch-z-ukrajiny-o-jazykovej-bariere-a-traumach-z-vojny/> (letzter Zugriff: 15.07.2022).
- ČTK* 2022: Slovensko vyhlásilo v súvislosti s Ukrajinou stav mimořádné situace. Verfügar unter: <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/slovensko-vyhlasil-v-souvislosti-s-ukrajinou-stav-mimoradne-situace/2168104> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- ČT24.cz* 2022a: Okupaci Československa z roku 1968 přirovnali slovenští politici k invazi na Ukrajinu. Verfügar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/svet/3523506-okupaci-ceskoslovenska-z-roku-1968-prirovnali-slovensti-politici-k-invazi-na-ukrajinu> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- ČT24.cz* 2022b: Budeme připraveni i na statisíce uprchlíků, řekl slovenský premiér Heger. Verfügar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/specialy/rusko-ukrajinsky-konflikt/3450358-budeme-pripraveni-i-na-statisice-uprchliku-rekl-slovensky> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- demagog.org.pl* 2022: Ukrainian refugees: situation in Poland, Hungary, Slovakia and Romania. Verfügar unter: [https://demagog.org.pl/analizy\\_i\\_raporty/ukrainian-refugees-situation-in-poland-hungary-slovakia-and-romania/](https://demagog.org.pl/analizy_i_raporty/ukrainian-refugees-situation-in-poland-hungary-slovakia-and-romania/) (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- denik.cz* 2022: Šok pro Slováky. Mezi uprchlíky z Ukrajiny jsou i ukrajinští Romové. Verfügar unter: <https://www.denik.cz/staty-mimo-eu/ukrajina-romove-ukrajinci-uprchlici-slovensko-20220301.html> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- denikn.cz* 2022: Romové z Ukrajiny tři dny čekali na Slovensku. „Dobrovolníci je odmítali,“ popisuje organizátor pomoci. Verfügar unter: <https://denikn.cz/826243/romove-z-ukrajiny-tri-dny-cekali-na-slovensku-dobrovolnici-je-odmitali-popisuje-organizator-pomoci/> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- dennikn.sk* 2022a: Slovensko je pripravené pomôcť Česku s náporom utečencov, vyhlásil Eduard Heger. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/minuta/2776643/> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- dennikn.sk* 2022b: Na Slovensku prevažuje želanie, aby vojnu vyhralo Rusko. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/3008629/na-slovensku-prevazuje-zelanie-aby-vojnu-vyhralo-rusko/> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- dennikn.sk* 2022c: Zo strany Ruska je to neospravedliteľný barbarský čin, hovorí Heger. Smer zatiaľ mlčí (reakcie slovenských politikov). Verfügar unter: <https://dennikn.sk/2735509/zo-strany-ruska-je-to-neospravedlitelny-barbarsky-cin-hovori-heger-smer-zatial-mlci-reakcie-slovenskych-politikov/> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- dennikn.sk* 2022d: Parlament odsúdil vojenskú agresiu Ruska na Ukrajine. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/minuta/2739097/> (letzter Zugriff: 27.10.2022).
- dennikn.sk* 2022e: Školský týždeň: Počet detí z Ukrajiny v školách výrazne nespúšťa, stále je možno veľká časť z nich mimo vzdelávania. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/3091567/skolsky-tyzden-pocet-deti-z-ukrajiny-v-skolach-vyrazne-destupol-stale-je-mozno-velka-cast-z-nich-mimo-vzdelavania/> (letzter Zugriff: 04.11.2022).
- dennikn.sk* 2022f: Ukrajinské deti budú mať problém dostať sa do škôlky, priznáva Gröhling. Do škôl môže nastúpiť až 15-tisíc žiakov. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/2971036/ukrajinske-deti-budu-mat-problem-dostat-sa-do-skolky-priznava-grohling-do-skol-moze-nastupit-az-15-tisic-ziakov/?ref=list> (letzter Zugriff: 04.11.2022).
- dennikn.sk* 2022g: Ukrajinské deti budú mať problém dostať sa do škôlky, priznáva Gröhling. Do škôl môže nastúpiť až 15-tisíc žiakov. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/2971036/ukrajinske-deti-budu-mat-problem-dostat-sa-do-skolky-priznava-grohling-do-skol-moze-nastupit-az-15-tisic-ziakov/?ref=list> (letzter Zugriff: 14.10.2022).
- Dražanová, Lenka / Geddes, Andrew* 2022: Europeans welcome Ukrainian refugees but governments need to show they can manage. Verfügar unter: <https://blogs.eui.eu/migrationpolicycentre/attitudes-towards-ukrainian-refugees-and-the-responses-of-european-governments/> (letzter Zugriff: 20.07.2022).

EC 2020a: Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or negative feeling for you. Immigration of people from outside the EU (Slovakia). Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/59/groupKy/279> (letzter Zugriff: 24.02.2020).

EC 2020b: Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or negative feeling for you. Immigration of people from other EU Member States (Slovakia). Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/Chart/getChart/chartType/gridChart/themeKy/59/groupKy/278/savFile/646> (letzter Zugriff: 24.02.2020).

EC 2022c: Key challenges of our times – the EU in 2022 – Country Factsheets Slovakia. Verfügbar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=82602> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

End, Markus 2011: Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus; in: APuZ 22–23, S. 15–21.

epravo.sk 2022: Akú pomoc poskytuje Slovenská republika odídencom a čo zmenil lex Ukrajina?. Verfügbar unter: <https://www.epravo.sk/top/clanky/aku-pomoc-poskytuje-slovenska-republika-odidencom-a-co-zmenil-lex-ukrajina-5396.html> (letzter Zugriff: 30.10.2022).

Eurostat 2022a: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht – jährliche aggregierte Daten. Verfügbar unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR\\_ASYAPPCTZA\\_\\_custom\\_2592883/default/table](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR_ASYAPPCTZA__custom_2592883/default/table) (letzter Zugriff: 27.10.2022).

Eurostat 2022b: Europäische Union: Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2021. Verfügbar unter: [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr\\_pop1ctz&lang=de](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_pop1ctz&lang=de) (letzter Zugriff: 22.07.2022).

Eurostat 2022c: Wachstumsrate des realen BIP – Volumen. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00115/default/table?lang=de> (letzter Zugriff: 30.10.2022).

Eurostat 2022d: Arbeitslosenquote im Euroraum bei 6,6%. In der EU bei 6,0%. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15228148/3-03112022-AP-DE.pdf/28f5f3c1-df5f-4cc7-13ff-9ccbcd82e0b?t=1667238641063> (letzter Zugriff: 30.10.2022).

eurozpravy.cz 2022: Slovensko letos v souvislosti s konfliktem na Ukrajině plánuje vynaložit 241 milionu eur. Verfügbar unter: <https://eurozpravy.cz/zahranicni/eu/slovensko-letos-v-souvislosti-s-konfliktem-na-ukrajine-planuje-vynalozit-241-milionu-eur.b9cb66bd/> (letzter Zugriff: 15.10.2022).

Globsec 2020a: Nový prieskum: Obyvatelia Slovenska chcú vo vojne častejšie výhru Ukrajiny, nie Ruska. Štvrtine je to jedno. Verfügbar unter: [https://www.globsec.org/sites/default/files/2022-10/Tlačová-správa\\_V%C3%ADťazstvo-vo-vojne-1.pdf](https://www.globsec.org/sites/default/files/2022-10/Tlačová-správa_V%C3%ADťazstvo-vo-vojne-1.pdf) (letzter Zugriff: 22.07.2022).

Globsec 2020b: Voices of Central and Eastern Europe. Perceptions of democracy & governance in 10 EU countries. Verfügbar unter: <https://www.globsec.org/sites/default/files/2020-06/Voices-of-Central-and-Eastern-Europe-read-version.pdf> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

Globsec 2021: The image of Russia in Central & Eastern Europe and the Western Balkans Russia: mighty Slavic brother or hungry bear next-door?. Verfügbar unter: <https://www.globsec.org/sites/default/files/2021-04/Image-of-Russia-Mighty-Slavic-Brother-or-Hungry-Bear-Nextdoor.pdf> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

Globsec 2022: Globsec Trends 2022. CEE amid the war in Ukraine. Verfügbar unter: <https://www.globsec.org/sites/default/files/2022-05/GLOBSEC-Trends-2022.pdf> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

GTAI 2022: Slowakische Wirtschaft hochabhängig von russischen Energieträgern. Verfügbar unter: <https://www.gtai.de/de/trade/slowakei/specials/slowakische-wirtschaft-hochabhaengig-von-russischen-energetraegern-812534> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

Hlas 2022: Ak vláda má svoj lex Ukrajina, ľudia potrebujú v čase vojny aj lex Slovensko. Verfügbar unter: <https://www.strana-hlas.sk/aktuality/peter-pellegrini/ak-vlada-ma-svoj-lex-ukrajina-ludia-potrebuju-v-case-vojny-aj-lex-slovensko/> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

hnonline.sk 2022a: Príchod utečencov z Ukrajiny na Slovensko opadol, obmedzujeme veľkokapacitné centrá. Verfügbar unter: <https://hnonline.sk/svet/96028482-prichod-utecencov-z-ukrajiny-na-slovensko-opadol-obmedzujeme-velkokapacitne-centra> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

hnonline.sk 2022b: Exkluzívny prieskum pre HN: Slováci otočili. Väčšina ľudí si myslí, že za vojnu môže Rusko. Verfügbar unter: <https://hnonline.sk/slovensko/22558282-prieskum-vojna-na-ukrajine-kto-je-zodpovedny> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*hnonline.sk* 2022c: Je posledný deň, kedy je možné požiadať o príspevok za ubytovanie odídencov počas leta. Štát uzatvorí systém. Verfügar unter: <https://hnonline.sk/slovensko/96049061-je-posledny-den-kedy-je-mozne-poziadat-o-prispevok-za-ubytovanie-odidencov-pocas-leta-stat-uzatvori-system> (letzter Zugriff: 04.11.2022).

*hnonline.sk* 2022d: Počet zamestnaných utečencov z Ukrajiny rastie. Slovákov však z pracovného trhu nevytláčajú. Verfügar unter: <https://hnonline.sk/slovensko/96035148-pocet-zamestnanych-utecencov-z-ukrajiny-rastie-slovakov-vsak-z-pracovneho-trhu-nevytlacaju> (letzter Zugriff: 30.10.2022).

*iom.sk* 2022: Migrácia na Slovensku. Verfügar unter: <https://www.iom.sk/sk/migracia/migracia-na-slovensku.html> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*Kotleba, Marian* 2022: Vláda povýšila záujmy Ukrajiny nad záujmy Slovenska. Nemusíme ju viac vôbec rešpektovať!, verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=g3nPol5QzeA> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*LSNS* 2022a: Vyhlásenie Ľudovej strany Naše Slovensko k udalostiam na Ukrajine. Verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=9GUEwOOfktU> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*LSNS* 2022b: Naše Slovensko 5 (2), verfügar unter: <http://kotlebovci.sk/wp-content/uploads/2022/07/noviny-jun-2022.pdf> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*MFSR* 2022: Vláda schválila rozpočet na rok 2022. Verfügar unter: <https://www.mfsr.sk/sk/media/tlacove-spravy/vlada-schvalila-rozpocet-rok-2022.html> (letzter Zugriff: 15.10.2022).

*MINV* 2022a: Počet osôb, ktoré vstúpili na územie SR z UKR od vypuknutia konfliktu na Ukrajine k 26.10.2022.

*MINV* 2022b: Štatistický prehľad celkového počtu platných tolerovaných pobytov cudzincov na území SR s účelom dočasné útočisko v členení podľa jednotlivých okresov, veku a pohlavia k 26.10.2022.

*MINV* 2022c: Štatistický prehľad legálnej a nelegálnej migrácie v Slovenskej republike – I. polrok 2022. Verfügar unter: [https://www.minv.sk/swift\\_data/source/policia/hranicna\\_a\\_cudzinecka\\_policia/rocnky/rok\\_2022/2022-I.polrok-UHCP-SK.pdf](https://www.minv.sk/swift_data/source/policia/hranicna_a_cudzinecka_policia/rocnky/rok_2022/2022-I.polrok-UHCP-SK.pdf) (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*MINV* 2022d: Štatistický prehľad legálnej a nelegálnej migrácie v Slovenskej republike – 2021. Verfügar unter: [https://www.minv.sk/swift\\_data/source/policia/hranicna\\_a\\_cudzinecka\\_policia/rocnky/rok\\_2021/2021-rocnka-UHCP-SK.pdf](https://www.minv.sk/swift_data/source/policia/hranicna_a_cudzinecka_policia/rocnky/rok_2021/2021-rocnka-UHCP-SK.pdf) (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*MINV* 2022e: Počet osôb, ktoré požiadali o azyl a o dočasné útočisko na území SR v súvislosti s konfliktom na UKR k 26.10.2022.

*MINV* 2022f: LEX UKRAJINA – Od 30. marca sú účinné novely zákonov o azyle a o pobyte cudzincov. Verfügar unter: <https://www.minv.sk/?tlacove-spravy&sprava=lex-ukrajina-od-30-marca-su-ucinne-novely-zakonov-o-azyle-a-o-pobyte-cudzincov> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*MPSVR* 2022: Lex Ukrajina 3 podporí starostlivosť o deti aj odídencov so zdravotným postihnutím. Verfügar unter: <https://www.employment.gov.sk/sk/uvodna-stranka/informacie-media/aktuality/lex-ukrajina-3-podpori-starostlivosť-deti-aj-odidencov-so-zdravotnym-postihnutim.html> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*novinky.cz* 2022: Ukrajinci slovenské zdravotníctví nespasili. Verfügar unter: <https://www.novinky.cz/clanek/zahranicni-evropa-ukrajinci-slovenske-zdravotnictvi-nespasili-40400138> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*noviny.sk* 2022: Vláda by podľa Smeru mala dať každej domácnosti 1 500 eur. Verfügar unter: <https://www.noviny.sk/676450-socialne-vlada-by-podla-smeru-mala-dat-kazdej-domacnosti-1-500-eur> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*NRSR* 2022a: Uznesenie Národnej Rady Slovenskej Republiky z 10. mája 2022, ktorým sa odsudzujú činy Ruskej federácie, prezidenta a hlavného veliteľa ozbrojených síl Ruskej federácie Vladimíra Putina, ozbrojených síl Ruskej federácie a jej veliteľov voči zvrchovanému a demokratickému štátu Ukrajina ako akt bezdôvodnej vojenskej agresie, vrátane zločinov proti ľudskosti a vojnových zločinov (CRD-865/2022). Verfügar unter: [https://www.nrsr.sk/web/Static/sk-SK/NRSR/Doc/v\\_uznesenie\\_1457\\_20220510.pdf](https://www.nrsr.sk/web/Static/sk-SK/NRSR/Doc/v_uznesenie_1457_20220510.pdf) (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*NRSR* 2022b: Vládny návrh zákona o niektorých opatreniach v súvislosti so situáciou na Ukrajine (tlač 919) – tretie čítanie. Hlasovanie o návrhu zákona ako o celku. Verfügar unter: <https://www.nrsr.sk/web/Default.aspx?sid=schodze/hlasovanie/hlasklub&ID=47520> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*NRSR* 2022c: Vládny návrh zákona o niektorých ďalších opatreniach v súvislosti so situáciou na Ukrajine (tlač 948) – tretie čítanie. Hlasovanie o návrhu zákona ako o celku. Verfügar unter: <https://www.nrsr.sk/web/Default.aspx?sid=schodze/hlasovanie/hlasklub&ID=47688> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*NRSR* 2022d: Vládny návrh zákona o niektorých opatreniach v sociálnej oblasti v súvislosti so situáciou na Ukrajine (tlač 1022) – tretie čítanie. Hlasovanie o návrhu zákona ako o celku. Verfügar unter: <https://www.nrsr.sk/web/Page.aspx?sid=schodze/hlasovanie/hlasklub&ID=47994> (letzter Zugriff: 27.10.2022).



*UNHCR* 2022a: Ukraine Refugee Situation. Verfügbar unter: <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*UNHCR* 2022b: Ukraine Refugee Situation – Slovakia. Verfügbar unter: <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine/location/10785> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*UNHCR* 2022c: UKRAINE SITUATION FLASH UPDATE #22 (22.07.2022). Verfügbar unter: <https://reliefweb.int/attachments/1ac5074e-7050-4892-a2af-35830d73597a/20220713%20Ukraine%20situation%20flash%20update%20No%202022.pdf> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*ÚVSR* 2022: Návrh na vyhlásenie poskytovania dočasného útočiska podľa § 29 ods. 2 zákona č. 480/2002 Z. z. o azyle a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov štátnym občanom Ukrajiny a ich rodinným príslušníkom (vlastný materiál). Verfügbar unter: <https://rokovania.gov.sk/download.dat?id=EF19E9C675DC4798B63D37B83A9E34E8-2511B6C99E2A90042D592E68C58737EE> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*VšZP* 2022a: VšZP podáva vojnovým utečencom z Ukrajiny pomocnú ruku. Verfügbar unter: <https://www.vszp.sk/o-nas/informacie-media/tlacove-spravy/vszp-podava-vojnovym-utecencom-z-ukrajiny-pomocnu-ruku.html> (letzter Zugriff: 01.11.2022).

*VšZP* 2022b: Usmernenie k poskytovaniu ZS pre občanov UA. Verfügbar unter: <https://www.vszp.sk/files/novy-podadresar/newsletter-usmernenie-k-vykazovaniu-zs-pacientov-z-ua.pdf> (letzter Zugriff: 01.11.2022).

*YouGov* 2022: Support for Ukraine is strong in Europe, but nations are not as united as it looks; verfügbar unter: <https://yougov.co.uk/topics/international/articles-reports/2022/05/05/support-ukraine-strong-europeanations-are-not-unit> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*Zákon o niektorých opatreniach v súvislosti so situáciou na Ukrajine* (55/2022 Z. z.). Verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2022/55/20220226> (letzter Zugriff: 27.10.2022).

*Zákon o niektorých opatreniach v súvislosti so situáciou na Ukrajine* (92/2022 Z. z.). Verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2022/92/20220330> (letzter Zugriff: 27.10.2022).





**FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE**

# 4 TSCHECHIEN

Factsheet

Bevölkerungszahl (01.01.2022)	10.516.707
BIP pro Kopf (2021)	22.270 €
Registrierte ukrainische Geflüchtete (02.11.2022)	454.959
Ukrainische Geflüchtete pro 100.000 Einwohner	4.326

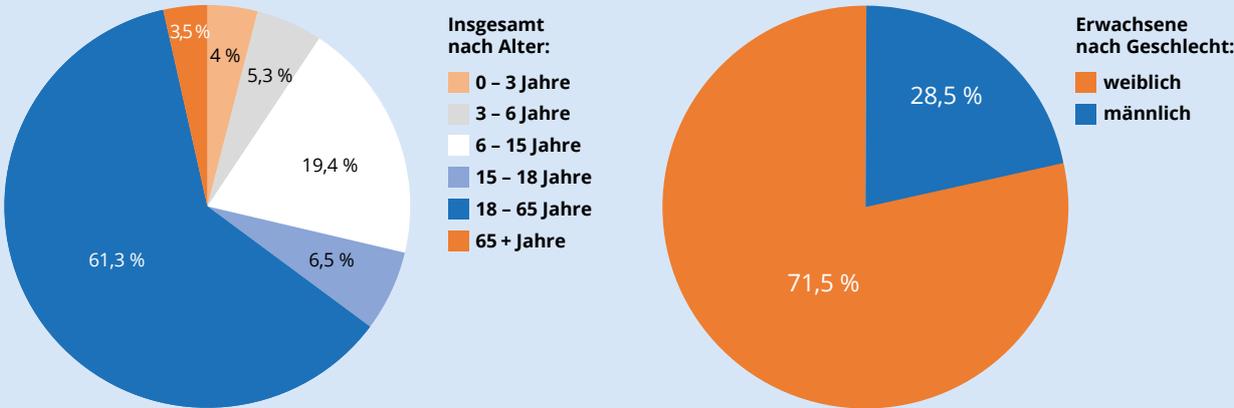
Quellen: Eurostat 2022; UNHCR 2022 / Eigene Darstellung

Von den mittlerweile fast 7,8 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine gingen die meisten zunächst in die westlichen und südlichen Anrainerstaaten (UNHCR 2022). Eine wachsende Zahl zog es jedoch weiter westwärts, nicht zuletzt in die Tschechische Republik. Die meisten kamen in der ersten Märzhälfte über die an die Ukraine angrenzende Slowakei. Auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung wurden über 17.000 Personen täglich registriert (denik.cz 2022a). Zum 2. November 2022 hatte Tschechien 454.959 Geflüchteten einen Schutzstatus ausgestellt (MVČR 2022a). Obwohl sich im Vormonat geschätzt 130.000 weniger dort aufhielten (nasregion.cz 2022),<sup>1</sup> hat das Land pro Kopf die meisten Geflüchteten in der gesamten EU registriert.

### HÖCHSTE ZAHL AN REGISTRIERTEN GEFLÜCHTETEN PRO KOPF

Laut den Statistiken von Anfang November stellen Kinder und Jugendliche ein Drittel der Geflüchteten dar, 95 Prozent der Erwachsenen sind im erwerbsfähigen Alter, etwa zwei Drittel der Erwachsenen sind weiblich

Abb. 1: Ukrainische Geflüchtete mit Schutzstatus nach Alter und Geschlecht (Stand: 3. November 2022)



Quelle: MVČR 2022b / Eigene Darstellung

<sup>1</sup> Wie viele ukrainische Geflüchtete sich genau in Tschechien befinden, ist unklar, da das Land umgeben ist von Schengen-Staaten. Das heißt, die Ausreise an der Grenze wird nicht registriert. Etliche Ukrainerinnen und Ukrainer sind in ihr Herkunftsland zurückgekehrt, andere wiederum sind – nachdem sie in Tschechien den Schutzstatus erhalten hatten – in andere Staaten weitergereist.

Abb. 2: Ausländische Staatsangehörige in Tschechien vor und nach Kriegsbeginn

Staatsangehörigkeit	Anzahl ausländischer Staatsangehöriger zum 31.12.2021	Anteil an allen ausländischen Staatsangehörigen zum 31.12.2021	Anzahl ausländischer Staatsangehöriger zum 31.03.2022	Anteil an allen ausländischen Staatsangehörigen zum 31.03.2022
<b>Ukraine</b>	196.875	30 %	579.843	55 %
<b>Slowakei</b>	114.630	17 %	116.173	11 %
<b>Vietnam</b>	64.851	6 %	65.527	6 %
<b>Russland</b>	45.364	7 %	45.513	6 %
<b>Rumänien</b>	18.806	3 %	19.268	2 %
<b>Polen</b>	17.936	3 %	17.952	2 %
<b>Bulgarien</b>	17.295	3 %	17.559	2 %
<b>Deutschland</b>	14.792	2 %	14.453	1 %
<b>Mongolei</b>	11.016	2 %	11.609	1 %
<b>Ungarn</b>	9.740	1 %	10.118	1 %

Quelle: MVČR 2022c und 2022d / Eigene Darstellung

(MVČR2022b). Die allermeisten haben die ukrainische Staatsangehörigkeit. Die restlichen aus der Ukraine geflohenen Personen sind in aller Regel Staatsangehörige einer anderen ehemaligen Sowjetrepublik wie zum Beispiel Kasachstan (ČTK 2022a).

Die Regierung erkannte schnell, dass Tschechien nicht nur Transitland, sondern eines der Zielländer der ukrainischen Fluchtmigration ist – da Tschechien den Menschen „sprachlich, kulturell und geographisch nah ist und weil sie hier schon Verwandte und Bekannte haben“ (Vláda ČR 2022a). Tatsächlich stellten Ukrainerinnen und Ukrainer bereits vor Kriegsbeginn die größte ausländische Minderheit im Land dar.

### GROSSE UKRAINISCHE DIASPORA VOR KRIEGSBEGINN

Zum 31. Dezember 2021 zählte das Innenministerium 660.849 Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, die eine permanente oder längerfristige Aufenthaltsgenehmigung von mehr als 90 Tagen hatten. Unter ihnen machten ukrainische Staatsangehörige mit 30 Prozent den mit Abstand größten Anteil aus (Abbildung 2). Die meisten Personen, etwa 60.000, die sich zum damaligen Zeitpunkt mit einer kurzfristigen Aufenthaltserlaubnis von weniger als 90 Tagen in Tschechien aufhielten, stammten ebenfalls aus der Ukraine (Rakušan 2022a). Von den 1.411 Asylanträgen, die 2021 in Tschechien gestellt worden waren, kam mit 376 das Gros auch von dort. Dazu stellten unter den 11.170 Personen, die sich im vergangenen Jahr illegal auf dem Staatsgebiet aufhielten, mit 5.844 erneut ukrainische Staatsangehörige die Mehrheit (MVČR 2022c).

Bedingt durch die ukrainische Fluchtmigration hat die Zahl der sich in Tschechien befindlichen ausländischen Staatsangehörigen Ende Mai eine Million überschritten (MVČR 2022e).<sup>2</sup> Bei einer Gesamtbevölkerung von 10,5 Millionen entspricht das knapp 10 Prozent – im ostmitteleuropäischen Raum eine herausragende Größe. Knapp 467.000 Personen stammen aus der Ukraine (MVČR 2022e). Damit hat fast die Hälfte der in Tschechien lebenden ausländischen Bevölkerung einen ukrainischen Pass.

<sup>2</sup> Zum 30. Juni 2022 registrierte das Innenministerium 1.053.568 Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf tschechischem Staatsgebiet (MVČR 2022d).

### INFOBOX – Einwanderung nach Tschechien

Im Vergleich mit anderen postkommunistischen Staaten entwickelte sich Tschechien nach 1989 rasch zu einem Einwanderungsland. Der vergleichsweise hohe Lebensstandard führte in Verbindung mit einer relativ guten wirtschaftlichen Lage dazu, dass das Land besonders für emigrationswillige Osteuropäerinnen und Osteuropäer bis heute eine interessante Alternative zu Westeuropa darstellt. Unter den Staaten der Visegrád-Gruppe ist Tschechien das beliebteste Ziel der osteuropäischen Arbeitsmigration (Drbohlav/Janurová 2019). Sie ist die dominante Form der Einwanderung und steigt seit 2010 kontinuierlich. Die meisten Arbeitsmigrantinnen und -migranten kommen aus der Ukraine. Sie gehen zumeist Tätigkeiten nach, für die es im Land kein qualifiziertes Personal gibt (bspw. im Gesundheitssektor) oder die für Tschechinnen und Tschechen nicht interessant genug sind (bspw. in der Produktion). Neben der Arbeitsmigration verzeichnet Tschechien jedes Jahr auch eine geringe Anzahl von Personen, die Asyl beantragen. Im EU-weiten Vergleich war die Anerkennungsquote in den letzten Jahren allerdings äußerst niedrig (Eurostat 2022).

## GESELLSCHAFTLICHE REAKTIONEN

Die mit dem Krieg in der Ukraine verbundenen Ereignisse verfolgte die tschechische Bevölkerung von Beginn an sehr aufmerksam. In einer Umfrage im Zeitraum von März bis Mai 2022 bekundeten 78 Prozent der Befragten ein Interesse für die Entwicklung der Situation in der Ukraine.<sup>3</sup> Speziell für die Situation der ukrainischen Geflüchteten interessierten sich mit 66 Prozent ähnlich viele. Höhere Werte erreichte das Interesse an Geflüchteten nur in den Jahren 2015 und 2016 – im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise.

Das große Interesse an der Ukraine und der Fluchtmigration korrespondierte in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn mit einer enormen Solidarität seitens der Zivilgesellschaft. Im ganzen Land wurden an unzähligen offiziellen Gebäuden, an öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch an privat geführten Geschäften und Lokalen ukrainische Flaggen montiert. Dazu erbrachten sehr viele Tschechinnen und Tschechen vielfältige private Hilfsleistungen, finanzielle und materielle Spenden in nie gekannter Höhe wurden gesammelt (idnes.cz 2022a).

Auch Umfrageergebnisse spiegeln die deutlich pro-ukrainische Haltung: Am ersten Tag der Invasion fragte MEDIAN als eines der führenden tschechischen Meinungsforschungsinstitute danach, ob die „militärische Intervention Russlands in der Ukraine [...] einen nicht zu rechtfertigenden aggressiven Akt“ darstelle. 87 Prozent der Befragten bejahten die Frage, 9 Prozent verneinten sie, der Rest gab an, er wisse es nicht (irozhlas.cz 2022a).<sup>4</sup> Gleichzeitig war das Stimmungsbild bezüglich der Aufnahme derjenigen, die vor dem Krieg fliehen, ausgesprochen wohlwollend. Mit 69 Prozent zeigte sich eine absolute Mehrheit der tschechischen Bevölkerung nicht nur grundsätzlich aufnahmebereit, sie war sogar entschlossen, „alle Personen“ aus der Ukraine willkommen zu heißen (irozhlas.cz 2022a; vgl. ähnlich auch ČT24 2022b).

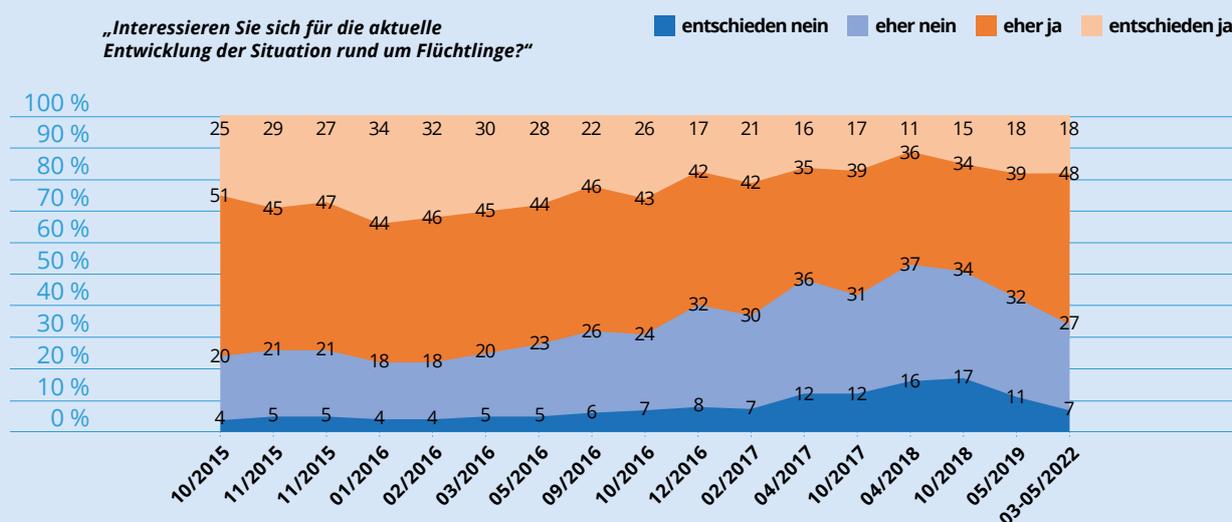
**HOHE SALIENZ DER THEMEN  
UKRAINEKRIEG UND  
FLUCHTMIGRATION**

**DEUTLICHE MEHRHEIT  
PRO-UKRAINISCH**

<sup>3</sup> In den vergangenen Jahren wurde punktuell immer wieder das Interesse an international relevanten Ereignissen abgefragt, beispielsweise am Kaukasuskrieg von 2008 oder an der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015. Kein anderer Ereigniszusammenhang erreichte einen höheren Wert als das jüngste Interesse an der Ukraine (CVVM 2022).

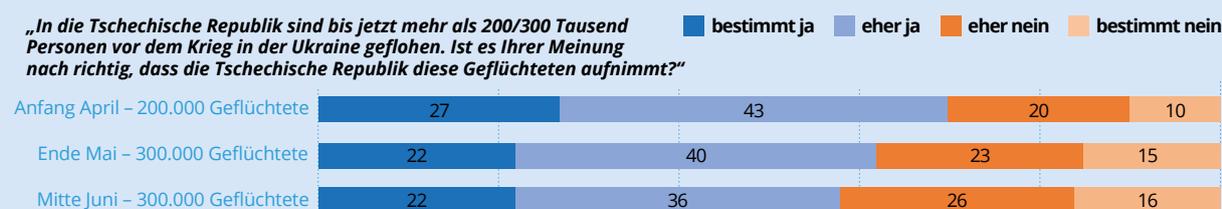
<sup>4</sup> Eine andere repräsentative Umfrage vom 24. und 25. Februar 2022 ergab, dass 95 Prozent der Befragten die russische Invasion der Ukraine ablehnen, während nur 3 Prozent sie befürworten. 2 Prozent enthielten sich (ČT24 2022a).

Abb. 3: Interesse an der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingssituation (in Prozent)



Quelle: CVVM 2022 / Eigene Darstellung

Abb. 4: Haltung gegenüber der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten (in Prozent)



Quelle: STEM 2022a / Eigene Darstellung

### EINSTELLUNGEN VERSCHLECHTERN SICH

Im Zuge des Kriegsverlaufs verschlechterten sich etliche Einstellungswerte, gleichzeitig differenzierte sich die öffentliche Meinung zunehmend aus. Nach der Haltung gegenüber der russischen Invasion befragt, sank im April der Prozentsatz der Befragten, die diese ablehnten, von 87 auf 81 Prozent. Der Rest gab an, die Frage nicht beurteilen zu können oder wollte nicht antworten (Focus 2022). Dazu verringerte sich die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten sukzessive.

Zwar hielt es Mitte Juni mit 58 Prozent noch immer die Mehrheit der tschechischen Gesellschaft für richtig, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen, seit Befragungsbeginn Anfang April sank der Wert allerdings um 12 Prozent. Da es zum ersten Erhebungszeitpunkt um 200.000 Geflüchtete ging, zu den darauffolgenden beiden Zeitpunkten schon um 300.000 (STEM 2022a), scheint es, als hänge das Ausmaß der Hilfsbereitschaft nicht zuletzt von der Zahl der aufgenommenen Schutzbedürftigen ab.<sup>5</sup>

Als weiteren Einflussfaktor auf die Haltung gegenüber Geflüchteten weist eine andere Umfrage die Art der Bleibeperspektive aus (Abbildung 5). Je nachdem, ob Geflüchtete kurzfristig oder langfristig im Land bleiben

<sup>5</sup> Ähnliche Daten lieferte auch eine international zwischen acht Ländern vergleichende Befragung, die Ende Mai und Anfang Juni stattfand. Aus ihr geht hervor, dass mit 78 Prozent die meisten Tschechinnen und Tschechen zwar die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter unterstützen, dabei allerdings nur eine Aufnahme von „wenigen“ (32 Prozent) oder „einigen“ (46 Prozent). Für die Aufnahme von „vielen“ (15 Prozent) spricht sich lediglich eine Minderheit aus (Dražanová/Geddes 2022).

Abb. 5: Kurzfristige und langfristige Aufnahmebereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten

„Welche Anzahl von Geflüchteten aus der Ukraine sollte die Tschechische Republik Ihrer Meinung nach a) kurzfristig oder b) langfristig aufnehmen?“

	kurzfristig	langfristig
bis 50.000	12 %	37 %
50.000 bis 100.000	16 %	22 %
100.000 bis 250.000	24 %	14 %
250.000 bis 400.000	20 %	5 %
400.000 bis 600.000	7 %	3 %
unter 600.000	5 %	3 %
weiß nicht	16 %	16 %

Quelle: CVVM 2022 / Eigene Darstellung

**AUFNAHMEBEREITSCHAFT  
ABHÄNGIG VON FLÜCHTLINGS-  
ZAHL UND BLEIBEPERSPEKTIVE**

sollten, fielen die Antworten unterschiedlich aus. Geht es um eine kurzfristige Aufnahme, ist die tschechische Hilfsbereitschaft groß. Ein Viertel der Befragten gab an, die Republik sollte zwischen 100.000 und 250.000 Geflüchteten aufnehmen. Dazu meinte ein Fünftel, das Land könne auch zwischen 250.000 und 400.000 Personen bewältigen. Ist die Rede allerdings von einer langfristigen Bleibeperspektive, zeigte sich die tschechische Bevölkerung deutlich skeptischer. Ihre Aufnahmebereitschaft nimmt kontinuierlich wie signifikant ab, umso höher die abgefragte Zahl der Geflüchteten ist. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, dass Tschechien langfristig maximal 50.000 Geflüchtete aufnehmen sollte.

Neben der sinkenden Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten auf gesellschaftlicher Ebene sank in den ersten Kriegsmonaten auch die individuelle Bereitschaft, eine bestimmte Form von Kosten zu tragen (Abbildung 6).

**HILFSBEREITSCHAFT NIMMT AB**

War mit 53 Prozent Anfang April noch die Mehrheit der Tschechinnen und Tschechen dazu bereit, fiel der Wert Mitte Juni deutlich negativer aus. 60 Prozent gaben an, den ukrainischen Geflüchteten nicht unbedingt gerne zu helfen und eine Verschlechterung ihres Lebensstandards selbst für einen begrenzten Zeitraum nicht bewältigen zu können (STEM 2022a).

Mit dem wachsenden Bewusstsein für die mindestens kurzfristigen sozialen und individuellen Kosten sank nicht nur das Vertrauen der Tschechinnen und Tschechen in die „Integrations- und Absorptionsfähigkeit“ (STEM 2022b) des Landes. Es vergrößerte sich auch die Sorge vor den negativen Folgen, die die Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten auf verschiedenen

Abb. 6: Individuelle Hilfsbereitschaft und Bewältigung einer Verschlechterung des eigenen Lebensstandards

„Gehören Sie zu den Menschen, die ukrainischen Geflüchteten gerne helfen und es schaffen, für einen notwendigen Zeitraum eine Verschlechterung des eigenen Lebensstandards zu bewältigen?“



Quelle: STEM 2022a / Eigene Darstellung

### STEIGENDE LEBENSHALTUNGSKOSTEN ALS GRÖSSTE SORGE

Ebenen haben könnte: Rund 70 Prozent befürchteten bereits im April, „dass die Ankunft ukrainischer Geflüchteter zur Schwächung sozialer Sicherheiten unserer Bürger führt“, 52 Prozent meinten, sie führe „zu einem Anstieg der Erwerbslosigkeit unserer Bürger“ (STEM 2022b).

Die größten Sorgen bereiten der tschechischen Gesellschaft jedoch die steigenden Lebenshaltungskosten. Bereits vor dem Krieg war die Salienz dieses Themas enorm. Laut dem Eurobarometer vom Winter 2021/2022 gaben mit 70 Prozent die meisten der Befragten an, „Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten“ seien eines der beiden wichtigsten Themen für Tschechien. Auf Platz drei landete nach der „Staatsverschuldung“ mit 31 Prozent die „Energieversorgung“ mit 28 Prozent (EC 2022a).<sup>6</sup> Auf die Dringlichkeit der Höhe von Lebenshaltungskosten verweisen auch die Ergebnisse eines im April und Mai 2022 umgesetzten Spezial-Eurobarometers zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit für die EU. Unter den Folgen des Krieges in der Ukraine, vor denen die Befragten persönlich am meisten Angst haben, rangiert „Inflation/Preisanstieg“ mit 31 Prozent hinter einem „Atomkrieg“ mit 36 Prozent gleich auf Platz zwei (EC 2022b).

Die graduelle Verschlechterung der öffentlichen Meinung sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einstellungswerte gegenüber Geflüchteten deutlich mit früheren Einstellungen brechen. Seit Jahren weisen Studien die tschechische Gesellschaft als eine aus, die extrem einwanderungskritisch ist (exemplarisch siehe Chmelar 2019, 2020) – vor allem gegenüber „Personen anderer Rasse oder Ethnie“ (ESS 2020). Doch auch ausländische Personen, die die einheimische Bevölkerung als ähnlich wahrnimmt, galten über Jahre als nicht besonders willkommen. Selbst wenn es sich dabei um Menschen handelte, die aus existenziellen Gründen ihr Herkunftsland verlassen haben, schien dies wenig relevant: Im April 2018 äußerten sich 79 Prozent gegen die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Nordafrika, obwohl es im Rahmen der europäischen Quotenregelung lediglich um 2.679 Personen ging. Nach ukrainischen Geflüchteten befragt, fiel die Ablehnung damals mit 55 Prozent zwar nicht ganz so klar aus,<sup>7</sup> die Mehrheitsmeinung war aber ebenfalls negativ (CVVM 2018).<sup>8</sup>

### GRÜNDE FÜR NEUERLICHE OFFENHEIT GEGENÜBER GEFLÜCHTETEN

Die jüngste Offenheit gegenüber ukrainischen Geflüchteten lässt sich angesichts solcher Befunde nicht allein über Faktoren erklären, die im weitesten Sinne mit *Identität* verbunden sind wie Ethnie/Rasse, Geschichte, Kultur, Religion oder Sprache. Sie scheinen zur Erklärung notwendig, nicht jedoch hinreichend. Zusätzlich bedingt sind die flüchtlingsfreundlicheren Einstellungen vor allem durch vier weitere Faktoren: erstens die *Struktur des Konflikts*, bei dem es eine relativ klare Täter- und Opferkonstellation gibt und sich besonders in geographisch nahegelegenen europäischen Staaten die Frage stellt, was weiter passiert, sollte sich der Krieg für Russland „lohnen“; zweitens die *Struktur*

6 Das Thema Immigration rangierte im Eurobarometer mit 2 Prozent auf einem der letzten Plätze (EC 2022a). Unmittelbar mit dem Krieg in der Ukraine verknüpft wurde das Thema Lebenshaltungskosten in einer nationalen Ad-hoc-Umfrage zu Beginn der russischen Invasion. Darin meinten 92 Prozent der Befragten, sie fürchteten von allen Auswirkungen des Krieges am meisten die steigenden Lebenshaltungskosten (Nahrungsmittel, Treibstoffe u.ä.). Die Sorge vor einem langanhaltenden kriegerischen Konflikt mit vielen Getöteten (89 Prozent), die Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa (87 Prozent), eine Verschlechterung sozialer Beziehungen (64 Prozent) und der Zustrom von Migranten (59 Prozent) kamen erst danach (irozhlas.cz 2022a).

7 Angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen, wie sie seit 2014 zwischen Russland und der Ukraine besonders in ostukrainischen Regionen ausgetragen werden, droht bereits seit Jahren eine Eskalation des Konflikts und damit ein mehr oder minder großes Fluchtgeschehen.

8 Auch international vergleichende Umfragen zeigen bei der Gegenüberstellung der Einstellungen bezüglich Geflüchteten aus Syrien einerseits und aus der Ukraine andererseits eine deutliche Asymmetrie zugunsten ukrainischer Geflüchteter – und zwar in der gesamten Visegrad-Gruppe (Dražanová/Geddes 2022).

der Geflüchteten, die wegen eines Kriegs (und nicht aus ökonomischen Gründen) ihre Heimat verlassen haben und bei denen es mit Frauen, Minderjährigen und älteren Menschen allem voran um vulnerable Gruppen geht, die geringe Sicherheitsbedenken auslösen; drittens ein gewisses *moralisches Verantwortungsgefühl* gegenüber der Ukraine, das auf die Pflicht hinausläuft, zu Unrecht Angegriffenen beizustehen<sup>9</sup>; viertens die starke *pro-ukrainische Positionierung von Massenmedien und Politik* mit Blick auf Kriegsgeschehen und Fluchtmigration.

Vor allem die Struktur des Konflikts und die Zusammensetzung der Geflüchteten sowie das moralische Verantwortungsgefühl wurden im politischen Diskurs zur Legitimation einer pro-ukrainischen Position herangezogen oder spielten bei der Ausgestaltung staatlicher Maßnahmen in Reaktion auf die Entwicklungen im Osten Europas eine maßgebliche Rolle.

## POLITISCHE REAKTIONEN

Seit dem ersten Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine lässt die tschechische politische Elite keinerlei Zweifel an ihrer Haltung: Sie verurteilt die Invasion auf das Schärfste und stellt sich eindeutig an die Seite der Ukraine. Als Staatspräsident fand Miloš Zeman, der in den vergangenen Jahren immer wieder mit russophilen Positionen für Aufsehen gesorgt hatte, deutliche Worte:

*„Ich mag die russische Kultur, ich schätze die Opfer des russischen Volkes im Zweiten Weltkrieg, aber das bedeutet nicht, dass ich damit einverstanden bin, dass eine fremde Armee das Gebiet eines souveränen Staates ohne Kriegserklärung betritt. [...] Vor einigen Tagen habe ich gesagt, dass die Russen keine Verrückten sind und die Ukraine nicht angreifen werden. Ich gebe zu, dass ich falschlag. [...] Einen Verrückten [gemeint ist hier der russische Präsident Vladimir Putin] muss man isolieren. Und sich nicht nur mit Worten gegen ihn verteidigen, sondern mit konkreten Maßnahmen.“* (Zeman 2022a)

Die russische Führung habe einen Krieg im Nachbarland entfesselt und man müsse dies „klar und resolut verurteilen“, gab Zeman (2022b) an anderer Stelle bekannt. „Wir sollten jeden Morgen dafür danken, dass bei uns kein Krieg herrscht und dass unser Land Mitglied der NATO und der EU ist. Gleichzeitig sollten wir uns jeden Tag bewusst machen, dass wir für unsere Sicherheit kämpfen müssen und das selbst wenn sich der Krieg jenseits unserer Grenzen abspielt“ (Zeman 2022b).

In einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Februar bezogen weitere führende Politikerinnen und Politiker des Landes Stellung zu den Vorkommnissen. Als Premier und Vorsitzender der seit jeher Russland-skeptischen Partei *Občanská demokratická strana* (ODS, dt.: Bürgerlich-demokratische Partei) wies Petr Fiala den russischen Angriff unmissverständlich zurück und begründete Tschechiens Haltung gegenüber der Ukraine mit den Worten: Russland habe

*„ein Land angegriffen, das unser Partner ist, mit dem wir historische Verbindungen haben und aus dem eine Reihe von Menschen zu uns kommt, die hier unter uns leben, die hier arbeiten, die unsere Freunde sind. Und unseren Freunden können wir nicht den Rücken kehren. [...] Wir wissen*

## GESAMTE POLITISCHE FÜHRUNG DES LANDES VERURTEILT RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG

## SONDERSITZUNG DES PARLAMENTS

<sup>9</sup> Im internationalen Vergleich ist dieser Faktor in Tschechien jedoch schwächer ausgeprägt. Während jede dritte in Tschechien befragte Person meint, Tschechien habe eine moralische Verantwortung gegenüber der Ukraine, ist es beispielsweise in Deutschland jede zweite (Dražanová/Geddes 2022).

*aus der Vergangenheit zu gut, wie es ist, wenn sich Verbündete von uns abwenden. Wenn sie sich entscheiden, uns um eines vermeintlichen Friedens willen im Stich zu lassen.“* (Fiala 2022)

### ZUNÄCHST GESCHLOSSENHEIT VON REGIERUNG UND OPPOSITION

Premier Fiala verweist damit zum einen auf die westliche „Appeasement-Politik“ gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die 1938 das Ende der ersten Tschechoslowakischen Republik besiegelte, zum anderen auf die unterlassene Hilfe des Westens während der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 durch den von Moskau geführten Warschauer Pakt. Beide Erfahrungen erinnert die tschechische Gesellschaft bis heute nicht nur als einen Kampf von „David gegen Goliath“, sie sind auch als Formen eines Im-Stich-gelassen-Werdens im kollektiven Gedächtnis verankert. In ihrer Bedeutung für die kollektive Identität sind sie kaum zu überschätzen. Premier Fiala leitet so die tschechische Beistandspflicht gegenüber der Ukraine nicht nur von der kulturellen Nähe zwischen Tschechien und der Ukraine und bestehenden sozialen wie ökonomischen Beziehungen ab, eine entscheidende Rolle spielt auch die tschechische Erfahrungsgeschichte. Für den Regierungschef kommt ein Angriff auf die Ukraine einem Angriff auf die eigene Ordnung gleich. Dementsprechend schließt er seine Rede mit den Worten: „Wir stecken da zusammen mit der Ukraine drin.“ (Fiala 2022)<sup>10</sup>

Als Vorsitzender der größten Oppositionspartei gab Andrej Babiš in der Sondersitzung bekannt, seine populistische Partei *Akce nespokojených občanů* (ANO, dt.: Aktion unzufriedener Bürger) werde in dieser Angelegenheit keine Opposition betreiben und stellte sich an die Seite der Regierung (Babiš 2022a).<sup>11</sup> Auch die rechtspopulistische und von allen Parlamentsparteien russlandfreundlichste Partei *Svoboda a přímá demokracie* (SPD, dt.: Freiheit und direkte Demokratie) verhielt sich konform. In seiner Rede verwies der SPD-Abgeordnete Jaroslav Bašta wie die meisten seiner Vorredner auf die Erfahrungen von 1968 (Bašta 2022). Am Ende der Sitzung verabschiedete das Abgeordnetenhaus einen gemeinsamen Beschluss, der „die barbarische, unentschuld bare und nicht provozierte Aggression Russlands gegenüber der Ukraine“ verurteilt. Die Regierung sei aufgerufen, „dass sie ihre Bestrebungen, der Ukraine zu helfen, weiter fortsetzt und [...] dass sie der Ukraine sämtliche notwendige Hilfen bereitstellt“ (PSP 2022a). Von 166 Anwesenden stimmten – bei einer Enthaltung aus den Reihen der regierenden Bürgerdemokraten – 165 dafür (PSP 2022b).

### ANO UND SPD INSZENIEREN SICH ALS „FRIEDENSPARTEIEN“

Ähnlich wie die öffentliche Meinung wandelten sich die Positionen der Parteien, allen voran die der parlamentarischen Opposition. Zwar verurteilen die populistische ANO und rechtspopulistische SPD weiterhin die russische Invasion der Ukraine, gleichzeitig inszenieren sie sich – ähnlich den meisten rechtspopulistischen Parteien in Europa – zunehmend häufig als „Friedensparteien“. Im Unterschied zu allen anderen parlamentarischen Kräften drängen sie auf einen umgehenden Waffenstillstand, egal was ein solcher die Ukraine kosten würde. Während ANO dabei Waffen- und Munitionslieferungen bedingt gutheißt (Babiš 2022b; novinky.cz 2022a), positioniert sich die SPD in etlichen Standpunkt papieren klar gegen sie (exemplarisch siehe SPD 2022a, SPD 2022b).

<sup>10</sup> Für internationales Aufsehen sorgte am 15. März 2022 der gemeinsame Besuch des tschechischen Premiers und seiner polnischen und slowenischen Amtskollegen in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw, die zum damaligen Zeitpunkt von russischen Truppen belagert wurde (exemplarisch siehe Washington Post 2022 oder Le Monde 2022).

<sup>11</sup> Zwei Tage nach Kriegsbeginn verabschiedete die ANO-Führung eine Spende im Umfang von 10 Millionen Kronen, „deren Ziel es ist, den Geflüchteten aus der Ukraine das Leben in Tschechien zu erleichtern.“ (ANO 2022) Zu späterer Zeit sollte besonders Parteichef Babiš gerne darauf verweisen, um Kritik an seinen ansonsten flüchtlingskritischen Beiträgen zu parieren (exemplarisch siehe novinky.cz 2022a).

Auch gegenüber ukrainischen Geflüchteten verfolgen beide Oppositionsparteien grundsätzlich eine ähnliche Diskursstrategie: Zwar befürworten beide von Kriegsbeginn an die tschechische Aufnahme- und Hilfsbereitschaft, allerdings hielten in ihre Rhetorik über die Zeit immer mehr populistische Elemente Einzug. Konstruiert wird dabei in einer *horizontalen* Dimension der typische nationalistische bzw. nativistische Antagonismus zwischen einem tschechischen „Wir“ und einem ukrainischen „Anderen“. Dabei akzentuieren führende Parteivertreter in wohlfahrtchauvinistischer Manier, dass die Ukraine-Hilfe allzu stark zulasten der „eigenen Leute“ geht (Babiš 2022b; vgl. ähnlich auch SPD 2022c). Dazu unterscheiden ANO und SPD in einer *vertikalen* Dimension zwischen der tschechischen Bevölkerung und der (vermeintlich) korrupten Regierung, die „auf sie pfeift“ (Babiš 2022b). Diese bezeichne „im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft die finanzielle Unterstützung der Ukraine und der Ukrainer als ihre Priorität“ und löse „absolut nicht die belastende soziale und ökonomische Situation der tschechischen Bürger und Familien“ (SPD 2022d).

Die beschriebenen Mobilisierungsstrategien mögen ihren Anteil am leichten Aufwind gehabt haben, den beide Oppositionsparteien in den vergangenen Monaten in demoskopischen Untersuchungen haben: Aus einer Befragung im September 2022 geht ANO mit 29 Prozent als stärkste Kraft hervor, die rechtspopulistische SPD landet mit 14 Prozent nur knapp hinter der regierenden ODS (16 Prozent) auf Platz drei und legt damit seit der Parlamentswahl im Herbst 2021 mehr als 5 Prozentpunkte zu (idnes.cz 2022b).

Die populistische Agitation gepaart mit dem Wandel der öffentlichen Einstellungen schlug sich nicht nur in Wahlpräferenzen nieder. Am 3. September fanden sich auf dem Prager Wenzelsplatz zum ersten Mal seit Kriegsausbruch über 70.000 Menschen zusammen. Organisiert hatte die Großdemonstration neben der SPD unter anderem auch die linkspopulistische Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (*Komunistická strana Čech a Moravy*). Unter dem Motto „Die Tschechische Republik an erster Stelle“ (*Česká republika na 1. místě*) brachen sich hier nicht nur existenzielle Sorgen gepaart mit einer starken Kritik am Kurs der tschechischen Regierung Bahn. Etliche Demonstrierende trugen auch antiwestliche Banner mit Parolen gegen die EU, gegen die NATO und gegen die Energiewende vor sich her (ČTK 2022b). Die Veranstaltung wurde Ende Oktober mit etwas geringerer Beteiligung an selber Stelle wiederholt. Nur wenige Tage später rief dies eine Gegendemonstration auf den Plan. Aufgerufen hatte zu ihr die NGO „Eine Million Momente für die Demokratie“ (*Milion chviliek pro demokracii*). Es kamen zigtausende Menschen, um unter dem Motto „Tschechien gegen die Angst“ (*Česko proti strachu*) ein Zeichen dafür zu setzen, dass das Land trotz diverser, allem voran ökonomischer Herausforderungen weiter hinter der Regierung steht und solidarisch mit der Ukraine ist. Per Video zugeschaltet wurde u.a. die Frau des ukrainischen Präsidenten Olena Selenka, die sich für die umfassende tschechische Hilfsbereitschaft bedankte (novinky.cz 2022b).

## ZUNEHMENDE AGITATION DER OPPOSITION GEGENÜBER GEFLÜCHTETEN

## REGELMÄSSIGE GROSSDEMONSTRATIONEN GEGEN REGIERUNG

### INFOBOX – Romnja und Roma

Unter den Geflüchteten, die in den vergangenen Monaten aus der Ukraine gekommen sind, befinden sich einige Tausend Romnja und Roma. In Tschechien stellen sie mit etwa 240.000 Personen die größte ethnische Minderheit dar (Vláda ČR 2019). Sie sind sozial stark an den Rand gedrängt und einem ausgeprägten Antiziganismus ausgesetzt. Als sich im April und Mai 2022 die Hauptbahnhöfe der zwei größten tschechischen Städte Prag und Brunn mit Hunderten von ukrainischen Romnja und Roma füllten, die sich dort manchmal wochenlang notdürftig niederließen, wurde das Thema zum Politikum. Sie gerieten zu Geflüchteten zweiter Klasse. In den Medien zirkulierten Bilder von

überfüllten Hallen und Gängen, die Romnja und Roma als Personen zeigten, die sich sichtbar anders verhielten als ethnische Ukrainerinnen und Ukrainer. Etliche Regionen gaben dem Innenministerium zu verstehen, dass sie keine Romnja und Roma aufnehmen können bzw. möchten (idnes.cz 2022c). Bekannt wurden auch Fälle von behördlicher Diskriminierung – beispielsweise wurden Familienzusammenführungen behindert oder die Schutzstatusvergabe dauerte ungewöhnlich lang (RFERL 2022). Dazu kamen Anfeindungen im politischen Diskurs. Besonders die rechtspopulistische SPD argumentierte, die meisten Roma und Romnja hätten keinen Anspruch auf einen Schutzstatus bzw. seien keine „echten“ Geflüchteten – weil sie vermeintlich neben der ukrainischen auch die ungarische Staatsangehörigkeit hätten und als EU-Bürger keiner Hilfe des tschechischen Staats bedürften oder weil sie aus dem Westen der Ukraine, genauer aus Transkarpatien, kämen, das nicht von Kriegshandlungen betroffen sei (SPD 2022e). In jedem Fall gehe es nicht um Flucht, sondern um einen „Sozialleistungstourismus“ (SPD 2022d). „Die Tschechische Republik darf nicht das Sozialsystem der Ukraine ersetzen, das nicht funktioniert oder eher nicht existiert“ (SPD 2022e). Auch weil sich die Situation um ukrainische Romnja und Roma zu einem Kipppunkt für die Aufnahmebereitschaft der tschechischen Gesellschaft auszuwachsen drohte, ergriff die tschechische Regierung verschiedene Maßnahmen im In- und Ausland. Unter anderem ließ sie die Bahnhöfe räumen, prüfte Schutzansprüche sehr genau und versuchte, die schutzberechtigten Roma und Romnja möglichst großflächig in der Republik zu verteilen. Dazu vernetzten sich tschechische mit ukrainischen Politikerinnen, Politikern und Behörden mit dem Ergebnis, dass Romnja und Roma fortan die Ausreise aus der Ukraine erschwert ist – beispielsweise indem ukrainische Grenzbeamte neben dem Pass ein weiteres Ausweisdokument verlangen (idnes.cz 2022d).

**STAAT SCHAFFT BINNEN  
KÜRZESTER ZEIT EFFEKTIVE  
ERSTAUFNAHMESTRUKTUR**

Der „Zentrale Krisenstab“ (*Ústřední krizový štáb*), dem der Innenminister Vít Rakušan vorsitzt und welcher für Maßnahmen zur Bewältigung der Fluchtmigration zuständig ist, hatte bereits vor dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine einen mehrstufigen „Plan zur Vorbereitung auf eine Migrationswelle“ (*Plán připravenosti na migrační vlnu*) vorgelegt. Um die darin enthaltenen Maßnahmen möglichst schnell und unbürokratisch umsetzen und flankierend auch legislative Neuerungen im Eilverfahren vornehmen zu können, rief die Regierung am 2. März den Notstand aus (ČT24 2022c), der vom 4. März bis 30. Juni in Kraft blieb.

Im vorliegenden Fall garantierte die Tschechische Republik explizit zunächst all denjenigen ukrainischen Staatsangehörigen, die sich bereits vor der Invasion auf dem Staatsgebiet befunden hatten, einen Duldungsstatus. Danach rief Innenminister Rakušan (2022a) die Familienangehörigen in der Ukraine dazu auf, lediglich mit einem biometrischen Pass, d.h. visumsfrei nach Tschechien einzureisen, wo sie dann prioritär aufgenommen würden. Doch auch gegenüber Ukrainerinnen und Ukrainern, die bis dato keine Verwandten in Tschechien hatten und erwartungsgemäß einer größeren staatlichen Unterstützung bedürfen würden, öffnete sich das Land binnen kürzester Zeit – es gehe schließlich vor allem um „Mütter mit Kindern“, betonten Regierungsvertreter unzählige Male (exemplarisch siehe Rakušan 2022b oder Válek 2022).

Zur Bewältigung der Situation richtete die Regierung ein „Nationales Assistenzzentrum für die Ukraine-Hilfe“ (*Národní asistenční centrum pro pomoc Ukrajině*) in Prag ein. Es steuert in Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr, dem Ressort für Asyl- und Migrationspolitik des Innenministeriums, der Verwaltung für Flüchtlingsunterkünfte und weiteren Institutionen den

Umgang mit der Fluchtmigration in der gesamten Republik. Unterstützt wird es von 14 „Regionalen Assistenzzentren für die Ukraine-Hilfe“ (*Krajské asistenční centra pro pomoc Ukrajině*), die in allen Regionen des Landes ad hoc eingerichtet wurden (Vláda ČR 2022b). Die Assistenzzentren – und dabei allem voran die in Prag, in der Mittelböhmischen Region und in Südmähren – etablierten sich nach wenigen Tagen als Hauptanlaufstellen. Diejenigen Ukrainerinnen und Ukrainer, die bereits vor dem 24. Februar mit einem begrenzten Aufenthaltsrecht in Tschechien waren, regeln dort ihr Bleiberecht. Diejenigen, die erst aufgenommen werden, erhalten dort ihre erstmalige Aufenthaltsgenehmigung, unterziehen sich einem Gesundheitscheck und erhalten viele weitere Hilfen.

Zum zentralen Instrument geriet zunächst das sogenannte langfristige Spezialvisum (*Speciální dlouhodobé vízum*), welches gegenüber regulären Asylverfahren nicht zuletzt einen Geschwindigkeitsvorteil verspricht (MVČR 2022f). Daran geknüpft ist nicht nur eine Aufenthaltsgenehmigung. Es ermöglicht dazu den Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung, zu Arbeitsmarkt und Bildungswesen sowie den Bezug von Sozialleistungen.

Um eine angemessenere legislative Grundlage für den Umgang mit Geflüchteten zu schaffen, legte die Regierung dem Parlament Anfang März drei Sondergesetze vor. Bekannt geworden sind sie als die sogenannte Lex Ukrajina. Das erste Sondergesetz regelt das Aufenthaltsrecht an einigen Stellen neu, das zweite den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherung, das dritte Sondergesetz nimmt Anpassungen im Schulrecht vor. Im Hintergrund der Lex Ukrajina steht ein einstimmiger Beschluss der EU-Innenminister respektive die Aktivierung der sogenannten EU-Massenzustrom-Richtlinie (2001/55/EG des Rates) am 7. März 2022. In Reaktion auf die Fluchtmigration vom Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens 2001 erlassen worden und nun zum ersten Mal in Kraft gesetzt, schreibt sie EU-weite Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes vor und benennt Maßnahmen für eine ausgewogene Lastenverteilung. Die Lex Ukrajina setzt diese EU-Richtlinie in nationales Recht um. Am 11. März passierten alle entsprechenden Sondergesetze – nach einer notstandsbedingt verkürzten Debatte – das tschechische Abgeordnetenhaus. Am 16. März stimmte auch der Senat dreimal mehrheitlich mit Ja. Seit dem Inkrafttreten erhalten anerkannte Geflüchtete anstelle des Spezialvisums einen sogenannten vorübergehenden Schutzstatus. Dieser gilt erst einmal für die Dauer von einem Jahr bis zum 31. März 2023. Er ermöglicht den freien Zugang zum Arbeitsmarkt, der Sozialversicherung und dem Bildungswesen – all das nicht nur auf dem tschechischen Staatsgebiet, sondern in allen Ländern der Europäischen Union.

### DREI SONDERGESETZE - LEX UKRAJINA

Bereits zwei Monate später stellte die Regierung im Parlament eine Novelle des Gesetzespakets zur Diskussion, die sogenannte Lex Ukrajina II (PSP 2022c). Einerseits galt es durch sie ein legislatives Fundament für die Zeit nach dem Notstand zu legen. Andererseits reagierte die Regierung mit der Gesetzesänderung auf die enorm gewachsene Zahl an Geflüchteten, auf verschiedene ungelöste Aspekte der Fluchtmigration (bspw. die Problematik um Romnja und Roma) und nicht zuletzt auf den steigenden Druck aus Öffentlichkeit und Opposition. Im Eilverfahren verabschiedete sie das Abgeordnetenhaus mit einer überwältigenden Mehrheit. Senat und Staatspräsident gaben der Novelle ebenfalls ihre Zustimmung, sodass sie am 30. Juni 2022 in Kraft treten konnte.

### NOVELLIERUNG DER LEX UKRAJINA

In ihrer verabschiedeten Form legt die Lex Ukrajina II den Geflüchteten etliche Pflichten auf und verschärft den Zugang zu staatlichen Leistungen wesentlich (Sbírka zákonů č. 198/2022). Beispielsweise sind Ukrainerinnen und Ukrainer, die das Land länger als 15 Tage verlassen, fortan meldepflichtig. Die sogenannte außergewöhnliche Soforthilfe (*Mimořádná okamžitá pomoc*) von

5.000 Kronen (ca. 200 Euro), wie sie von der ersten Fassung der Lex Ukrajina jedem Geflüchteten einmal pro Monat zugesprochen wurde, steht fortan nur noch denjenigen zu, deren Lebensunterhalt nicht durch eine kostenlos bereitgestellte Unterkunft und Verpflegung gesichert ist. Nach sechs Monaten wird sie entsprechend den in Tschechien geltenden Existenzminima durch niedrigere Sätze für Erwachsene und Kinder abgelöst.

**TSCHECHISCHER EU-RATSVORSITZ SETZT UKRAINE ALS PRIORITÄT**

Abseits staatlicher Maßnahmen auf der nationalen Ebene ist die politische Elite Tschechiens im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft darum bemüht, der Situation rund um den Krieg in der Ukraine auch auf der europäischen Ebene Herr zu werden. Entsprechend formuliert der Ratsvorsitz folgende fünf Prioritäten: „1. Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Erholung der Ukraine nach dem Krieg, 2. Energiesicherheit, 3. Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten und der Cybersicherheit in Europa, 4. Strategische Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und 5. Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen“ (EU2022.cz 2022a). Konkret hat die tschechische Diplomatie bislang dabei geholfen, einen Legislativvorschlag (FAST-CARE) auf den Weg zu bringen, der Ländern und Regionen, die große Flüchtlingszahlen aufgenommen haben und/oder aufgrund der russischen Aggression ökonomische Nachteile haben, vor allem eine weitere und rasche finanzielle Unterstützung verspricht. Im Herbst soll die Ratspräsidentschaft den Vorschlag weiter mit dem Europäischen Parlament beraten (EU2022.cz 2022b).

**HERAUSFORDERUNGEN**

**Unterbringung**

Die meisten ukrainischen Geflüchteten kamen zunächst in die tschechische Hauptstadt. Nachdem Prag und wenige andere Regionen deutlich stärker mit der Fluchtmigration konfrontiert waren als andere, schien eine Um-

Abb. 7: Anzahl ukrainischer Geflüchteter pro tschechisches Gemeindemitglied



Quelle: seznamzpravy.cz 2022 / Eigene Darstellung

verteilung angebracht.<sup>12</sup> Sie sollte sich an der Einwohnerzahl und der wirtschaftlichen Stärke der Regionen orientieren. Nicht zuletzt ging es jedoch auch darum, freie Kapazitäten zu nutzen.

Überproportional viele geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer sind in Gemeinden angesiedelt worden, die sich in der Peripherie und dabei besonders in zwei Grenzregionen befinden: an der tschechisch-deutschen Grenze im Westen und an der tschechisch-polnischen Grenze im Norden. Mit über 90.000 Personen befindet sich die größte absolute Zahl an Geflüchteten weiterhin in Prag, die zweitgrößte Zahl mit knapp 20.000 in Brünn.

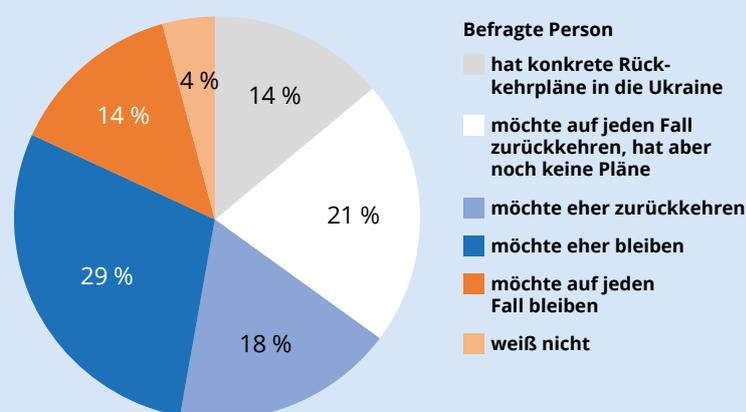
Von den Geflüchteten, die in Tschechien geblieben sind, lebten laut einer Studie des Ministeriums für Arbeit und Soziales im Juni die meisten (44 Prozent) in sogenannten Solidarhaushalten. Hierbei handelt es sich um bestehende Haushalte, die Geflüchteten entweder ein Zimmer oder eine ganze Wohnung zur Verfügung gestellt haben. Diese Haushalte werden zu etwa 70 Prozent von Tschechinnen und Tschechen geführt, den Rest bilden bereits vor dem Krieg existierende ukrainische Haushalte. Rund die Hälfte der Geflüchteten in diesen Haushalten erhält die Unterkunft kostenlos. Andere häufige Arten der Unterbringung stellen mit 24 Prozent Mietwohnungen und mit 15 Prozent Herbergen und Wohnheime dar. Die übrigen Geflüchteten leben in Hotels, Notunterkünften oder sonstigen Unterkünften (MPSV 2022).

Laut dem Ministerium für Arbeit und Soziales gilt der Themenkomplex Unterbringung vorerst als stabil. Es ist momentan nicht zu erwarten, dass sich eine größere Zahl von Ukrainerinnen und Ukrainern innerhalb des Landes in Bewegung setzt, gleichwohl viele dazu bereit sind, zu Arbeitszwecken umzuziehen (MPSV 2022). Mittelfristig steht Tschechien allerdings vor der Herausforderung, dass die Geflüchteten, die bleiben wollen und können, sich eigene Unterkünfte suchen werden und damit den vielerorts schon jetzt angespannten Wohnungsmarkt weiter unter Druck setzen.

In einer repräsentativen Umfrage, die Ende Juni / Anfang Juli durchgeführt wurde, gaben zwar mit 52 Prozent über die Hälfte der befragten Ukrainerinnen und Ukrainer an, in den nächsten zwei Jahren zurückzukehren re-

## GEFLÜCHTETE IN GROSSSTÄDTEN UND GRENZREGIONEN

Abb. 8: Rückkehr- oder Bleibepläne für die kommenden zwei Jahre



Quelle: PAQ Research/AV ČR 2022 / Eigene Darstellung

<sup>12</sup> Im Juni veranlasste der Prager Bürgermeister Zdeněk Hřib übergangsweise die Schließung des Nationalen Assistenzentrums – nicht zuletzt um auf die Überforderung der Hauptstadt mit der Fluchtmigration zu reagieren und gegenüber der Regierung ein deutliches Zeichen zu setzen (denik.cz 2022b). Im Juli wurde es auf Druck des Innenministeriums wieder geöffnet.

spektive (eher) zurückkehren zu wollen (Abbildung 8). 43 Prozent der Geflüchteten gaben allerdings an, Bleibepläne zu haben, was einer Größenordnung von über 100.000 Personen entspricht.

### Arbeitsmarkt

#### SEHR GÜNSTIGE BEDINGUNGEN

Durch die Verabschiedung der Lex Ukrajina erhielten ukrainische Geflüchtete auch ohne Arbeiterlaubnis Zugang zum tschechischen Arbeitsmarkt. Die Situation für sie ist im europäischen Vergleich sehr günstig. Tschechien hatte im Juni eine Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent, gleichzeitig waren 319.000 Stellen ausgeschrieben. Laut den Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziales gingen Ende Juni 68.777 Personen, die einen Schutzstatus innehaben, einer Erwerbstätigkeit nach (irozhlaz.cz 2022b). Das war mehr als die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter. Drei von vier waren Frauen und besetzten zumeist Stellen in Betrieben mit mehr als 250 Angestellten, die eine geringe Qualifikation erforderten und schon längere Zeit vakant waren. Oft handelte es sich um administrative und unterstützende Tätigkeiten (32 Prozent) oder Tätigkeiten in der verarbeitenden Industrie (28 Prozent) (MPSV 2022).

#### BESCHÄFTIGUNG MEIST UNTER FORMALER QUALIFIKATION

Zwar haben staatliche Kontrollen ergeben, dass ukrainische Geflüchtete unter denselben Arbeitsbedingungen arbeiten wie tschechische Staatsangehörige (ČTK 2022c), eine wirkliche Integration in den Arbeitsmarkt ist damit aber noch nicht vollzogen. Die meisten Schutzbedürftigen gehen lediglich kurzfristigen Arbeitsverhältnissen nach, auch weil viele von ihnen in die Ukraine zurückkehren möchten. Etwa ein Drittel arbeitet – oft mangels Kinderbetreuung – in Teilzeit. 84 Prozent der Geflüchteten gehen nicht der Tätigkeit nach, die sie zuvor in der Ukraine ausübten und bleiben gleichzeitig häufig weit hinter ihrer formalen Qualifikation zurück (MPSV 2022). Gründe hierfür können in der Sprachbarriere liegen, da viele weder die tschechische noch englische Sprache angemessen beherrschen<sup>13</sup> und/oder weil ihr Bildungsabschluss (noch) nicht anerkannt wird.

Nachdem mehr als ein Drittel der Erwachsenen über einen Hochschulabschluss verfügt,<sup>14</sup> haben die Geflüchteten „ein beachtliches Entwicklungspotenzial“ für Tschechien (MPSV 2022). Inwiefern es gelingen wird, dieses Potenzial zu entfalten, hängt nicht nur vom weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine ab bzw. davon, ob die Geflüchteten bleiben wollen. Entscheidend wird dazu sein, ob der tschechische Staat ihnen mithilfe einer überzeugenden Integrationspolitik eine attraktive Bleibeperspektive bietet.

### Gesundheitsversorgung

Der Schutzstatus im Sinne der EU-Massenzustrom-Richtlinie sieht für Geflüchtete auch einen freien Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung vor. Im tschechischen Fall hatte die Anfang März verabschiedete Lex Ukrajina zunächst vorgesehen, dass ukrainische Geflüchtete in die „Allgemeine Gesundheitsversicherung“ (*Všeobecná zdravotní pojišťovna*, VZP) aufgenommen werden und diese dann ein Jahr lang sämtliche medizinischen Leistungen und Produkte für sie übernimmt. Der Verband der Gesundheitsversicherungen war davon ausgegangen, dass die Geflüchteten für das Gesundheitssystem „eher ein kurzfristiges Problem“ darstellen

<sup>13</sup> Knapp 70 Prozent der ukrainischen Geflüchteten gaben an, kein Tschechisch zu können, 29 Prozent meinten, sie beherrschten die Sprache teilweise. Ähnlich sind die Werte im Fall von Englisch, das von 60 Prozent nicht und von 30 Prozent nur teilweise gesprochen wird (MPSV 2022).

<sup>14</sup> Einschränkend sei an dieser Stelle erwähnt, dass in der Ukraine tendenziell mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen existieren, da sich das Bildungssystem von denen in (Ost-)Mitteleuropa unterscheidet.

würden. Die meisten Personen seien jung und ließen keine erhöhten Gesundheitsrisiken erwarten. Sobald die Erwachsenen erwerbstätig würden, trage ohnehin der Arbeitgeber die Kosten ihrer Gesundheitsversorgung (ČTK 2022d).

Weil sich die Zahl der ausgestellten Schutztitel seither jedoch mehr als verdoppelte und die VZP Mitte Juli bereits 350.000 ukrainische Geflüchtete, die formal Anspruch auf medizinische Leistungen haben, registrierte (novinky.cz 2022c), sah der Gesetzgeber Handlungsbedarf. Mit der Novelle der Lex Ukrajina schränkte er den Zugang zum Gesundheitssystem mindestens für einen Teil der Geflüchteten empfindlich ein: Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren haben nurmehr 150 Tage lang Anspruch auf eine kostenlose Krankenversicherung. Falls sie bis dahin keine Arbeit gefunden haben, sind sie bei der Krankenkasse meldepflichtig und tragen ab diesem Zeitpunkt ihre Gesundheitskosten selbst. Laut dem Minister für Arbeit und Soziales Marian Jurečka ist die gesetzliche Neuregelung „für die Geflüchteten eine weitere Motivation, nicht von der staatlichen Unterstützung abhängig zu bleiben und aktiv in den Arbeitsmarkt einzutreten“ (MZČR 2022). Nachdem Minderjährige, Senioren, Erziehungsberechtigte, Studierende, registrierte Arbeitsuchende und geringfügig Beschäftigte von der Verschärfung unberührt bleiben (MZČR 2022), bezieht sich letztere tatsächlich nur auf diejenigen, von denen der tschechische Staat realistisch einen Beitrag zur öffentlichen Versorgung erwarten kann.

### EINSCHRÄNKUNG BEIM ZUGANG ZU GESUNDHEITSLEISTUNGEN

## Bildung

Knapp ein Drittel der Geflüchteten aus der Ukraine ist im schulfähigen Alter.<sup>15</sup> Die möglichst rasche Eingliederung der Kinder und Jugendlichen in den Schulbetrieb ist nicht nur für ihre persönliche Entwicklung elementar. Ihre Betreuung tagsüber ist gleichzeitig eine Voraussetzung dafür, dass Sorgeberechtigte einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Zwischen der Ukraine und Aufnahmeländern wie Tschechien existiert dabei ein Interessenkonflikt: Während erstere die jüngste Generation weiterhin an sich binden möchte, damit künftig auch sie zum Wiederaufbau des Landes beitragen kann, möchten letztere die Integration der Jugend nicht unnötig verzögern. Die ukrainischen Kinder und Jugendlichen sollen sich rasch in die Aufnahmegesellschaft eingliedern, damit im Fall ihres Verbleibs eine umfangreiche Teilhabe möglich ist.

Laut dem tschechischen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport nutzten im Juli 2022 knapp 39.000 Kinder und Jugendliche den Zugang zum tschechischen Bildungssystem (MŠMT 2022). Deutliche Unterschiede gab es jedoch nicht nur entlang unterschiedlicher Schultypen, sondern auch unter den Einzelpersonen selbst. Aus einer repräsentativen Studie geht hervor, dass ukrainische Kinder und Jugendliche im Grundschulalter (7 bis 15 Jahre) am besten eingebunden waren: 57 Prozent besuchten eine tschechische Schule. Deutlich geringer besucht war mit 25 Prozent hingegen die Sekundarstufe (16 und 17 Jahre). Der jeweilige Rest hatte entweder noch eine Anbindung an die Ukraine (bspw. in Form von Online-Unterricht) oder aktuell keinen Zugang zu irgendeinem Bildungssystem. Von den Kindern im Vorschulalter (2 bis 6 Jahre) besuchte etwa jedes dritte Kind einen tschechischen Kindergarten (PAQ Research/AV ČR 2022).

### NUR EINE MINDERHEIT NUTZT ZUGANG ZUM TSCHECHISCHEN BILDUNGSSYSTEM

Eine erste Herausforderung für das neue Schuljahr wird sein, die ukrainischen Kinder und Jugendlichen entsprechend den Aufnahmekapazitäten von tschechischen Einrichtungen besser zu verteilen. Oftmals sind Geflüch-

<sup>15</sup> Hierzu zählen in tschechischen Statistiken nicht nur Kinder und Jugendliche im Grundschulalter (7 bis 15 Jahre) sowie Jugendliche in der Sekundarstufe (16 und 17 Jahre), sondern auch Kinder im Vorschulalter (2 bis 6 Jahre).

tete in Gemeinden ansässig, an denen die Grenze der Aufnahmefähigkeit längst erreicht ist (v.a. in Prag). Andere Gemeinden weisen demgegenüber noch freie Einrichtungsplätze aus (PAQ Research 2022). Hinzu kommt, dass besonders die Kinder und Jugendlichen, die in den vergangenen Monaten weder in Tschechien noch in der Ukraine beschult wurden, motiviert werden, sich in das System zu integrieren. Sollten sie dauerhaft „herausfallen“, wären die Kosten für sie und die Gesellschaft enorm. Schließlich bedarf es eines besonderen Augenmerks auf Kleinkinder. In 43 Prozent der ukrainischen Geflüchteten-Haushalte lebt mindestens ein Kind unter 5 Jahren (MPSV 2022). Für das Erlernen der tschechischen Sprache, die weitere gesellschaftliche Integration und für die Entlastung der Sorgeberechtigten wäre es von großem Vorteil, wenn diese Kinder einen Kindergarten besuchen könnten.

## LITERATUR

- ANO 2022: Hnutí ANO se rozhodlo podpořit Ukrajinu. Vyčlenilo na pomoc 10 milionů korun. Verfügar unter: <https://www.anobudelip.cz/cs/makame/aktuality/tiskove-zpravy/hnuti-ano-se-rozhodlo-podporit-ukrajinu.-vyclenilo-na-pomoc-10-milionu-korun-47621.shtml> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- Babiš, Andrej* 2022a: Redebeitrag im tschechischen Abgeordnetenhaus am 24. Februar 2022. Verfügar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2021ps/stenprot/013schuz/s013007.htm> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- Babiš, Andrej* 2022b: „S Ruskem musíme jednat, vláda se musí starat i o naše lidi“. Verfügar unter: <https://www.stream.cz/domaci-9257/politalk-andrej-babis-64336430> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- Bašta, Jaroslav* 2022: Redebeitrag im tschechischen Abgeordnetenhaus am 24. Februar 2022. Verfügar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2021ps/stenprot/013schuz/s013008.htm> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- Chmelar, Kristina* 2019: Verteidigung um jeden Preis? Zur Immigrationsfeindlichkeit im tschechischen Migrationsdiskurs. In: Zeitschrift für Politik 66 (3), S. 270-292.
- Chmelar, Kristina* 2020: MIDEM Länderbericht Tschechien. Verfügar unter: [https://forum-midem.de/cms/data/fm/user\\_upload/Projekte/TUD\\_MIDEM\\_Laenderbericht\\_2020-2\\_DINA4\\_RZ\\_web.pdf](https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Projekte/TUD_MIDEM_Laenderbericht_2020-2_DINA4_RZ_web.pdf) (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- ČTK 2022a: Sněmovna schválila snazší postupy udělování pobytu uprchlíkům z Ukrajiny. Verfügar unter: <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/zive-snemovna-schvalila-snazsi-postupy-udelovani-pobytu-uprchlikum-z-ukrajiny/2175675> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- ČTK 2022b: Na tříhodinový protest proti vládě přišlo v Praze asi 70.000 lidí. Verfügar unter: <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/zive-demonstrace-proti-vlade-na-vaclavskem-namesti/2251373> (letzter Zugriff: 08.09.2022).
- ČTK 2022c: Inspekce: Ukrajinstí uprchlíci pracují v Česku za stejných podmínek jako ostatní. Verfügar unter: <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/inspekce-ukrajinsti-uprchlici-pracuji-v-cesku-za-stejnych-podminek-jako-ostatni/2231859> (letzter Zugriff: 17.07.2022).
- ČTK 2022d: Rakušan: Vláda počítá s přísnějším přerozdělováním uprchlíků mezi kraji. Verfügar unter: <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/cesko-udelilo-150-000-specialnich-viz-nahlasilo-se-temer-85-000-uprchliku/2177050> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- ČT24 2022a: Neobhajitelná agrese, hodnotí bezmála devadesát procent Čechů ruskou invazi. Pokračují protesty. Verfügar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/specially/rusko-ukrajinsky-konflikt/3447684-neobhajitelná-agrese-hodnoti-bezmála-devadesat-procent> (letzter Zugriff: 31.07.2022).
- ČT24 2022b: Ochota přijmout uprchlíky z Ukrajiny je v Česku vysoká, ukazuje průzkum. Verfügar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/3448074-ochota-prijmout-uprchliky-z-ukrajiny-je-v-cesku-vysoka-ukazuje-pruzkum> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- ČT24 2022c: Vláda kvůli snazší pomoci běžencům vyhlásila nouzový stav, rozpočet obrany navýší o miliardu. Verfügar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/3449790-trista-lidi-chce-bojovat-v-cizinecke-legii-na-ukrajine-ceske-institute-maji> (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- CVM 2018: Postoj české veřejnosti k přijímání uprchlíků – duben 2018. Verfügar unter: [https://cvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c2/a4643/f9/pm180608.pdf](https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4643/f9/pm180608.pdf) (letzter Zugriff: 17.03.2022).
- CVM 2022: Postoj české veřejnosti k přijímání uprchlíků z Ukrajiny – jaro 2022. Verfügar unter: [https://cvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c2/a5540/f9/pm220708.pdf](https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5540/f9/pm220708.pdf) (letzter Zugriff: 30.07.2022).
- denik.cz* 2022a: Česko, země Ukrajincům zaslíbená. O víza jich požádalo již čtvrt milionu. Verfügar unter: <https://data.denik.cz/cesi-v-cislech/ukrajinci-viza-cesko.html> (letzter Zugriff: 20.07.2022).
- denik.cz* 2022b: Praha zavře asistenční centrum pro uprchlíky, prý za to může pasivita vlády. Verfügar unter: [https://prazsky.denik.cz/zpravy\\_region/asistencni-centrum-uprchlici-ukrajina-kacpu-praha-uzavreni.html](https://prazsky.denik.cz/zpravy_region/asistencni-centrum-uprchlici-ukrajina-kacpu-praha-uzavreni.html) (letzter Zugriff: 20.07.2022).
- Dražanová, Lenka / Geddes, Andrew* 2022: Europeans welcome Ukrainian refugees but governments need to show they can manage. Verfügar unter: <https://blogs.eui.eu/migrationpolicycentre/attitudes-towards-ukrainian-refugees-and-the-responses-of-european-governments/> (letzter Zugriff: 20.07.2022).
- Drbohlav, Dušan / Janurová, Kristýna* 2019: Migration and Integration in Czechia: Policy Advances and the Hand Brake of Populism. Verfügar unter: <https://www.migrationpolicy.org/article/migration-and-integration-czechia-policy-advances-and-hand-brake-populism> (letzter Zugriff: 06.07.2022).
- EC 2022a: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union (Stand: Januar/Februar 2022). Verfügar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=81216> (letzter Zugriff: 06.07.2022).

*EC* 2022b: Zvláštní Eurobarometr 526: Hlavní výzvy naší doby – EU v roce 2022 (Stand: April/Mai 2022). Verfügbar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=82581> (letzter Zugriff: 06.07.2022).

*ESS* 2020: ESS10 – integrated file, edition 1.2. Verfügbar unter: <https://ess-search.nsd.no/en/study/172ac431-2a06-41df-9dab-c1fd8f3877e7> (letzter Zugriff: 06.07.2022).

*Eurostat* 2022: First instance decisions on asylum applications by type of decision – annual aggregated data (Stand: Juli 2022). Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00192/default/table?lang=en> (letzter Zugriff: 30.07.2022).

*EU2022.cz* 2022a: Programm des tschechischen Ratsvorsitzes. Verfügbar unter: <https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/programme/programme-of-the-presidency/> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*EU2022.cz* 2022b: SCHNELLE PFLEGE: Rat verabschiedet Verhandlungsmandat zur weiteren Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine und zur Bewältigung der Folgen der russischen Aggression. Verfügbar unter: <https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/fast-care-council-adopts-negotiating-mandate-on-further-help-for-refugees-from-ukraine-and-on-addressing-the-consequences-of-russia-s-aggression/?etrans=de> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Fiala, Petr* 2022: Premiér Fiala: Jsme v tom společně", jsme v tom my všichni dohromady, jsme v tom my společně" s Ukrajinou. Verfügbar unter: <https://www.vlada.cz/cz/clenove-vlady/premier/projevy/premier-fiala-jsme-v-tom-spolecne--jsme-v-tom-my-vsichni-dohromady--jsme-v-tom-my-spolecne-s-ukrajinou-194515/> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Focus* 2022: Vybrané aspekty války na Ukrajině podle české veřejnosti (duben 2022). Verfügbar unter: <https://www.focus-agency.cz/files/contentFiles/valka-na-ukrajine-fin.pdf><https://www.focus-agency.cz/files/contentFiles/valka-na-ukrajine-fin-7007.pdf> (letzter Zugriff: 30.07.2022).

*idnes.cz* 2022a: Češi už poslali Ukrajině nejméně 2 miliardy. Je to nejvíc, co kdy darovali. Verfügbar unter: [https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/uprchlici-alka-na-ukrajine-pomoc-sbirka-rusko-putin-zelenskyj-cesko.A220310\\_122533\\_domaci\\_dape](https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/uprchlici-alka-na-ukrajine-pomoc-sbirka-rusko-putin-zelenskyj-cesko.A220310_122533_domaci_dape) (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*idnes.cz* 2022b: Nový průzkum vyzdvihuje ANO, vrací do hry ČSSD a naopak vylučuje STAN. Verfügbar unter: [https://www.idnes.cz/volby/volby-median-model-snemovna-ano-ods-cssd-stan-pirati-top-09-kdu-csl.A220926\\_102915\\_volby\\_remy](https://www.idnes.cz/volby/volby-median-model-snemovna-ano-ods-cssd-stan-pirati-top-09-kdu-csl.A220926_102915_volby_remy) (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*idnes.cz* 2022c: Ubytovat romské uprchlíky kraje většinou odmítly, řekl Rakušan. Stát hledá dál. Verfügbar unter: [https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/urad-ubytovatel-rom-uprchlik-ukrajina-rusko-alka-cesko-pomoc-vlada-migrace.A220505\\_134617\\_domaci\\_lisv](https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/urad-ubytovatel-rom-uprchlik-ukrajina-rusko-alka-cesko-pomoc-vlada-migrace.A220505_134617_domaci_lisv) (letzter Zugriff: 25.08.2022).

*idnes.cz* 2022d: Romové, nechodte do Česka, čeká vás život na ulici, varují ukrajinští celníci. Verfügbar unter: [https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/uprchlici-davky-zneuzivani-romove-migrace-praha-hlavni-nadrazi.A220523\\_190343\\_domaci\\_albe](https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/uprchlici-davky-zneuzivani-romove-migrace-praha-hlavni-nadrazi.A220523_190343_domaci_albe) (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*irozhlas.cz* 2022a: Česká veřejnost považuje vojenskou invazi do Ukrajiny za neobhajtelný akt agrese. Verfügbar unter: <https://www.irozhlas.cz/fotogalerie/8689014?id=10125396> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*irozhlas.cz* 2022b: Nezaměstnanost v Česku klesla na 3,1 procenta. Uprchlíci z Ukrajiny obsazují nechtěné pozice. Verfügbar unter: [https://www.irozhlas.cz/ekonomika/cesko-nezamestnanost-pokles-uprchlici-ukrajina\\_2207121018\\_til](https://www.irozhlas.cz/ekonomika/cesko-nezamestnanost-pokles-uprchlici-ukrajina_2207121018_til) (letzter Zugriff: 31.07.2022).

*Le Monde* 2022: Visite surprise à Kiev de trois premiers ministres européens. Verfügbar unter: [https://www.lemonde.fr/international/article/2022/03/16/visite-surprise-a-kiev-de-trois-premiers-ministres-europeens\\_6117720\\_3210.html](https://www.lemonde.fr/international/article/2022/03/16/visite-surprise-a-kiev-de-trois-premiers-ministres-europeens_6117720_3210.html) (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*MPSV* 2022: Situace uprchlíků z Ukrajiny. Verfügbar unter: [https://www.mpsv.cz/documents/20142/1248138/Situace\\_uprchliku\\_MPSV\\_13072022.pdf/7f85ee74-a010-fc04-d696-364b1c4e3eab](https://www.mpsv.cz/documents/20142/1248138/Situace_uprchliku_MPSV_13072022.pdf/7f85ee74-a010-fc04-d696-364b1c4e3eab) (letzter Zugriff: 31.07.2022).

*MŠMT* 2022: V českých školách pracovalo v minulém školním roce téměř 1500 Ukrajinek a Ukrajinců. Verfügbar unter: <https://www.msmt.cz/ministerstvo/novinar/v-ceskych-skolach-pracovalo-v-minulem-skolnim-roce-temer> (letzter Zugriff: 31.07.2022).

*MVČR* 2022a: Tweet von Ministerstvo vnitra České republiky vom 03.11.2022. Verfügbar unter: <https://twitter.com/vnitro/status/1588078528846876672?s=20&t=G4sfrmvggNb7zu4VcvghGA> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*MVČR* 2022b: Počty osob s uděleným pobytovým oprávněním v souvislosti s válkou na Ukrajině ke dni 3.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/soubor/statistika-ukr-03-11-2022-xls.aspx> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*MVČR* 2022c: Čtvrtletní zpráva o migraci za 4. čtvrtletí 2021. Verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/migrace/soubor/ctvrtletni-zprava-o-migraci-iv-2021.aspx> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*MVČR 2022d:* Čtvrtletní zpráva o migraci za 2. čtvrtletí 2022. Verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/migrace/soubor/ctvrtletni-zprava-o-migraci-ii-2022.aspx> (letzter Zugriff: 06.09.2022).

*MVČR 2022e:* Cizinci 3. zemí se zaevidovaným povoleným pobytem na území České republiky a cizinci zemí EU + Islandu, Norska, Švýcarska a Lichtenštejnska se zaevidovaným pobytem na území České republiky k 31.05.2022. Verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/soubor/05-2022-tab-internet-stav-k-31-05-2022-xlsx.aspx> (letzter Zugriff: 30.07.2022).

*MVČR 2022f:* Informace pro ukrajinské občany na území ČR v návaznosti na ruskou agresi na Ukrajině. Verfügbar unter: [https://www.mvcr.cz/docDetail.aspx?docid=22368652&doctype=ART&#Informace\\_pro\\_obcany\\_Ukrajiny\\_-\\_zakladni\\_informace](https://www.mvcr.cz/docDetail.aspx?docid=22368652&doctype=ART&#Informace_pro_obcany_Ukrajiny_-_zakladni_informace) (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*MZČR 2022:* Nové podmínky úhrad zdravotního pojištění uprchlíků: stát jej už nebude platit všem. Verfügbar unter: <https://www.mzcr.cz/tiskove-centrum-mz/nove-podminky-uhrad-zdravotniho-pojisteni-uprchliku-stat-jej-uz-nebude-platit-vsem/> (letzter Zugriff: 17.07.2022).

*nasregion.cz 2022:* Počty nových uprchlíků klesají. Kolik jich v ČR přesně je, není známo. Verfügbar unter: <https://nasregion.cz/pocty-novych-uprchliku-klesaji-kolik-jich-v-cr-presne-je-neni-znamo-302184/> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*novinky.cz 2022a:* Babiš: Hrad zvažím, jsem v podstatě na odchodu. Verfügbar unter: <https://www.novinky.cz/domaci/clanek/babis-hrad-zvazim-jsem-v-podstate-na-odchodu-40401933> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*novinky.cz 2022b:* V Praze demonstrovaly desítky tisíc lidí proti strachu. Promluvila i Zelenská. Verfügbar unter: <https://www.novinky.cz/clanek/domaci-v-praze-se-znovu-demonstruje-tentokrat-proti-strachu-a-nenavisti-40413017> (letzter Zugriff: 04.11.2022).

*novinky.cz 2022c:* Tisícům Ukrajinců skončí automatický nárok na státní zdravotní pojištění. Verfügbar unter: <https://www.novinky.cz/domaci/clanek/tisicum-ukrajincu-skonci-automaticky-narok-na-statni-zdravotni-pojisteni-40403345> (letzter Zugriff: 31.07.2022).

*PAQ Research 2022:* Vzdělávání a uprchlíci: Praha bude přehlcená, nejvíce zatížen 2. stupeň ZŠ a mateřské školy. Verfügbar unter: <https://www.paqresearch.cz/post/vzdelavani-a-uprchlici-praha-bude-prehlcena-nejvice-zatizen-2-stupen-zs-a-materske-skoly> (letzter Zugriff: 31.07.2022).

*PAQ Research/AV ČR 2022:* Hlas Ukrajinců: Zkušenosti a potřeby dětí a rodičů v českém vzdělávání / Výzkum mezi uprchlíky. Verfügbar unter: <https://www.paqresearch.cz/post/vzdelavani-ukrajinskych-deti-v-cesku> (letzter Zugriff: 17.07.2022).

*PSP 2022a:* Usnesení PS č. 109 ke stanovisku Poslanecké sněmovny k ruské agresi proti Ukrajině (24. února 2022). Verfügbar unter: <https://www.psp.cz/sqw/text/orig2.sqw?idd=204814&pdf=1> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*PSP 2022b:* 13. schůze, 4. hlasování, 24. února 2022, 17:20. Verfügbar unter: <https://www.psp.cz/sqw/hlasy.sqw?G=77733> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*PSP 2022c:* Vládní návrh zákona o dalších opatřeních v souvislosti s ozbrojeným konfliktem na území Ukrajiny vyvolaným invazí vojsk Ruské federace a o změně dalších zákonů v souvislosti s ozbrojeným konfliktem na území Ukrajiny vyvolaným invazí vojsk Ruské federace. Verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2021ps/stenprot/025schuz/bqbs/b01000101.htm> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Rakušan, Vít 2022a:* Redebeitrag im tschechischen Abgeordnetenhaus am 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2021ps/stenprot/013schuz/s013005.htm> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Rakušan, Vít 2022b:* Nouzový stav pomůže zefektivnit a zrychlit řízení uprchlické krize. Do budoucna chystáme Lex Ukrajina. Verfügbar unter: <https://radiozurnal.rozhlas.cz/rakusan-nouzovy-stav-pomuze-zefektivnit-a-zrychlit-rizeni-uprchlicke-krize-do-8694087> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*RFERL 2022:* As Czech Support For Refugees Wanes, Ukrainians Fleeing The War Are Facing Tougher Choices. Verfügbar unter: <https://www.rferl.org/a/ukraine-refugees-czech-republic-waning-support/32002669.html> (letzter Zugriff: 28.08.2022).

*Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten.* Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32001L0055&from=DE> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*seznamzpravy.cz 2022:* Uprchlíci v datech: Podívejte se, kolik lidí našlo azyl ve vaší obci. Verfügbar unter: <https://www.seznamzpravy.cz/clanek/fakta-uprchlici-v-datech-podivejte-se-kolik-lidi-naslo-azyl-ve-vasi-obci-193127> (letzter Zugriff: 30.7.2022).

*SPD 2022a:* Politické usnesení SPD – 1.3.2022. Verfügbar unter: <https://www.spd.cz/stanoviska/> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*SPD 2022b:* Politické usnesení SPD – 7.6.2022. Verfügbar unter: <https://www.spd.cz/stanoviska/?pg=1> (letzter Zugriff: 17.07.2022).

*SPD* 2022c: Politické usnesení SPD – 10.5.2022. Verfügbar unter: <https://www.spd.cz/stanoviska/> (letzter Zugriff: 17.07.2022).

*SPD* 2022d: Politické usnesení SPD – 12.7.2022. Verfügbar unter: <https://www.spd.cz/stanoviska/> (letzter Zugriff: 17.07.2022).

*SPD* 2022e: Politické usnesení SPD – 31.5.2022. Verfügbar unter: <https://www.spd.cz/stanoviska/> (letzter Zugriff: 17.07.2022).

*STEM* 2022a: Ruská agrese proti Ukrajině: analýza nálad české veřejnosti (Stand: Juni 2022). Verfügbar unter: <https://www.stem.cz/ruska-agrese-proti-ukrajine-analyza-nalad-ceske-verejnosti-2/> (letzter Zugriff: 30.07.2022).

*STEM* 2022b: Ruská agrese proti Ukrajině: analýza nálad české veřejnosti (Stand: April 2022). Verfügbar unter: [https://www.stem.cz/wp-content/uploads/2022/04/STEM\\_Ruska\\_agrese\\_proti\\_Ukrajine\\_analyza\\_nalad\\_ceske\\_verejnosti\\_VER.pdf](https://www.stem.cz/wp-content/uploads/2022/04/STEM_Ruska_agrese_proti_Ukrajine_analyza_nalad_ceske_verejnosti_VER.pdf) (letzter Zugriff: 30.07.2022).

*UNHCR* 2022: Ukraine Refugee Situation. Verfügbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*Válek, Vlastimil* 2022: Redebeitrag im tschechischen Abgeordnetenhaus am 31. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2021ps/stenprot/025schuz/bqbs/b01000101.htm> (letzter Zugriff: 25.08.2022).

*Vláda ČR* 2019: Zpráva o stavu romské menšiny v České republice za rok 2018. Verfügbar unter: <https://www.vlada.cz/assets/ppov/zalezitosti-romske-komunity/dokumenty/Zprava-o-stavu-romske-mensiny.pdf> (letzter Zugriff: 10.02.2020).

*Vláda ČR* 2022a: Vláda připravila soubor opatření na pomoc s uprchlickou vlnou i se začleňováním uprchlíků, zlevnit chce i pohonné hmoty a zrušit silniční daň. Verfügbar unter: <https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/vlada-pripravila-soubor-opatreni-na-pomoc-s-uprchlickou-vlnou-i-se-zaclenovanim-uprchliku--zlevnit-chce-i-pohonne-hmoty-a-zrusit-silnicni-dan-194919/> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Vláda ČR* 2022b: Projev předsedy vlády Petra Fialy v Poslanecké sněmovně k aktuální situaci na Ukrajině. Verfügbar unter: <https://www.vlada.cz/cz/clenove-vlady/premier/projevy/projev-predsedy-vlady-petra-fialy-v-poslanecke-snemovne-k-aktualni-situaci-na-ukrajine-194660/> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Washington Post* 2022: European leaders travel to Kyiv as Russian siege of Ukrainian capital continues. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/15/ukraine-european-leaders-visit/> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Zákon*, kterým se mění zákon č. 65/2022 Sb., o některých opatřeních v souvislosti s ozbrojeným konfliktem na území Ukrajiny vyvolaným invází vojsk Ruské federace, ve znění zákona č. 175/2022 Sb., a zákon č. 66/2022 Sb., o opatřeních v oblasti zaměstnanosti a oblasti sociálního zabezpečení v souvislosti s ozbrojeným konfliktem na území Ukrajiny vyvolaným invází vojsk Ruské federace, ve znění zákona č. 175/2022 Sb. Verfügbar unter: <https://www.zkola.cz/wp-content/uploads/2022/07/LEX-UKRAJINA-II.pdf> (letzter Zugriff: 7.08.2022).

*Zeman, Miloš* 2022a: Projev prezidenta republiky k občanům České republiky. Verfügbar unter: <https://www.hrad.cz/cs/prezident-cr/soucasny-prezident-cr/vybrane-projevy-a-rozhovory/projev-prezidenta-republiky-k-narodu-16307> (letzter Zugriff: 17.03.2022).

*Zeman, Miloš* 2022b: Zdravice prezidenta republiky účastníkům konference Naše bezpečnost není samozřejmost. Verfügbar unter: <https://www.hrad.cz/cs/prezident-cr/soucasny-prezident-cr/vybrane-projevy-a-rozhovory/zdravice-prezidenta-republiky-ucastnikum-konference-nase-bezpecnost-neni-samozrejmost-16330> (letzter Zugriff: 17.03.2022).





**FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE**

## 5 UNGARN

### Factsheet

Bevölkerungszahl (01.01.2022)	9.689.010
BIP pro Kopf (2021)	15.840 €
Registrierte ukrainische Geflüchtete (02.11.2022)	31.290
Ukrainische Geflüchtete pro 100.000 Einwohner	323

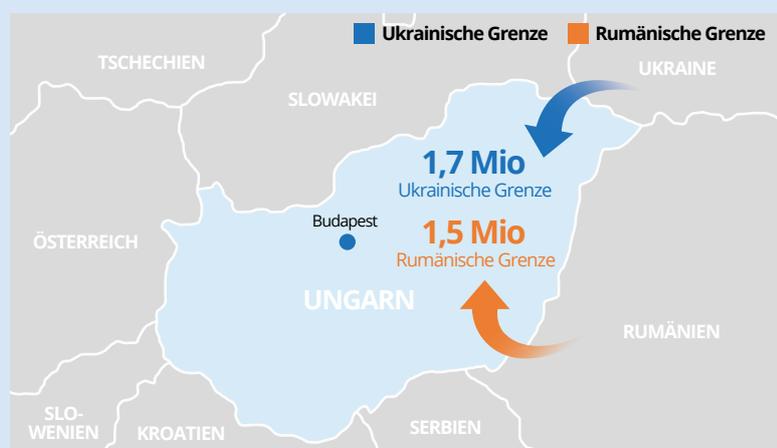
Quellen: Eurostat 2022; UNHCR 2022 / Eigene Darstellung

Über Ungarn führte seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 eine der Hauptfluchtrouten für ukrainische Geflüchtete, sowohl über die schmale Grenze, die Ungarn mit der Ukraine teilt, als auch über andere Nachbarstaaten, insbesondere Rumänien (Abbildung 1).

In der Anfangsphase des Krieges kam es zu einem starken Anstieg der Grenzüberschreitungen, danach gingen die Zahlen wieder zurück. Ein zweiter Höchstwert wurde im August 2022 verzeichnet, erreichte aber nicht die Dimension von Februar/März. Die hohe Zahl der Grenzüberschreitungen hält seitdem an, hat sich jedoch auf etwa 10.000 pro Tag stabilisiert (Abbildung 2). Diejenigen, die die Grenze erreichen, können ohne Ausweispapiere nach Ungarn einreisen und einen Antrag auf vorübergehenden Schutz und Aufenthalt stellen. Der Großteil der erwachsenen Geflüchteten, die in Ungarn ankommen, sind Frauen (44 Prozent gegenüber 29 Prozent Männern), während Kinder etwa ein Viertel der Schutzsuchenden ausmachen (27 Prozent) (UNHCR 2022c).

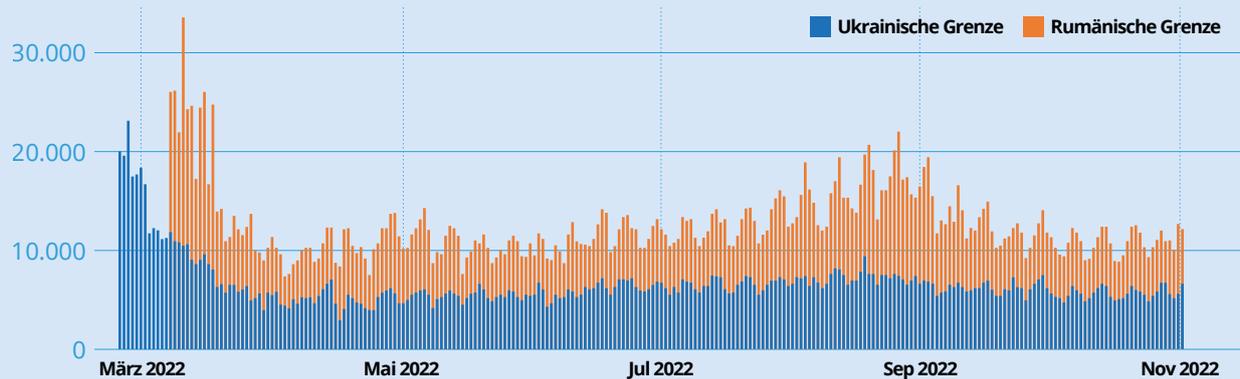
**10.000 GRENZÜBERTRITTE  
TÄGLICH**

Abb. 1: Grenzüberschreitungen nach Ungarn



Quelle: UNHCR 2022a (Stand: 2. November 2022) / Eigene Darstellung

Abb. 2: Grenzübertritte ukrainischer Geflüchteter nach Ungarn (nach Grenze und Datum)



Quelle: UNHCR 2022a (Stand: 13. Oktober 2022) / Eigene Darstellung

### NUR WENIGE REGISTRIERUNGEN

Ungarn ist nach Polen das wichtigste Erstaufnahmeland für Geflüchtete aus der Ukraine (wenn auch mit großem Abstand), jedoch kein Hauptzielland – die Geflüchteten bleiben in der Regel ein paar Tage und ziehen dann weiter in Richtung Westeuropa (Mizsur/Bakró-Nagy 2022; AFP 2022). Mit Ausnahme derjenigen, die die regulären Einreisebedingungen erfüllen (biometrische Pässe im Falle ukrainischer Staatsbürger, gültige Visa im Falle nicht-ukrainischer Drittstaatsangehöriger), ist eine Registrierung obligatorisch. Tatsächlich weist Ungarn, verglichen mit den anderen Anrainerstaaten, die niedrigste Zahl von registrierten Geflüchteten aus der Ukraine aus, sowohl in absoluten Zahlen (etwa 30.000 im September) als auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (UNHCR 2022b). Die meisten Anträge auf vorübergehenden Schutz werden bewilligt, die Ablehnungsquote liegt bei etwas über 10 Prozent. Trotz der verschwindend geringen Anzahl an Asylanträgen kann die Wartezeit bis zur Entscheidung mehrere Wochen betragen. Während dieser Zeit ist es den geflüchteten Menschen erlaubt, sich mit einem befristeten Visum in Ungarn aufzuhalten, sie haben jedoch keinen Anspruch auf Unterhaltsgeld. Dieses wird seit dem 29. April 2022 nur noch registrierten Geflüchteten gewährt (Rédl et al. 2022). Auch Drittstaatsangehörige können nach Ungarn einreisen und eine befristete Aufenthaltserlaubnis beantragen. Diese berechtigt sie jedoch nicht zur Aufnahme einer Arbeit oder zu Reisen in andere EU-Länder (HHC 2022a).

### FEHLENDE DATEN ZU RÜCKWANDERUNG

Die ungarischen Behörden erheben keine Daten über die Rückwanderung in die Ukraine. Man kann aber davon ausgehen, dass ukrainische Geflüchtete die Grenze mehrmals überqueren und für kürzere oder längere Zeit in die relativ sicheren westlichen Gebiete der Ukraine zurückkehren (IOM 2022). Während laut Polizei und Regierung täglich bis zu 10.000 ukrainische Geflüchtete die Grenze überqueren, gehen lokale NGOs davon aus, dass viele von ihnen Pendler sind: Menschen, die zum Einkaufen kommen, ihre Familie besuchen oder Waren schmuggeln (Rédl et al. 2022). Die ungarische Regierung hat jedoch ein Interesse daran, diese Zahlen aufzublähen, um sich selbst in ein positives Licht zu rücken und von der EU mehr finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe einfordern zu können.

### GESELLSCHAFTLICHE REAKTIONEN

Sowohl die Regierung als auch zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer haben unmittelbar nach Ausbruch des Krieges Maßnahmen getroffen, um den Geflüchteten Schutz und Unterkunft zu bieten. Während das Innenministerium und die Stadtverwaltung von Budapest die Bereitstellung von Notunterkünften in Grenzregionen und städtischen Gebieten koordinierten, haben lokale Behörden vor Ort und NGOs Notunterkünfte für den

vorübergehenden oder längerfristigen Aufenthalt bereitgestellt.<sup>1</sup> Humanitäre Hilfe wurde vom staatlich organisierten Charity Council (einer Dachorganisation mehrerer kirchlicher Organisationen) sowie von Basisgruppen, NGOs, lokalen Regierungen, Kirchen und einzelnen Bürgern geleistet, die unter anderem Spenden und Transportmittel zur Verfügung stellten. Einige Repatriierungsflüge für Drittstaatsangehörige wurden organisiert, damit sie in ihre Heimatländer zurückkehren konnten.

In der Anfangsphase der Fluchtmigration wurden zudem von NGOs in den Budapester Bahnhöfen Anlaufstellen eingerichtet. Diese boten Dolmetscherdienste, medizinische Versorgung, Aufenthaltsmöglichkeiten für Eltern mit kleinen Kindern, einen Internetzugang und Sanitäreinrichtungen in einem beheizten Bereich an. Diese Art der Flüchtlingshilfe entwickelte sich organisch, war dezentralisiert und stützte sich auf die starke Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ab dem 21. März 2022 übernahm die Regierung dann die vollständige Kontrolle über die Flüchtlingsbetreuung und verlegte sie in das Sport- und Konferenzzentrum. Die Halle ist eine von den Vollzugsbehörden betriebene Einrichtung für Geflüchtete auf der Durchreise, in der Neuankömmlinge einen Tag lang Unterstützung erhalten. Die Geflüchteten müssen hier einen Antrag auf vorübergehenden Schutz stellen. Diejenigen, die längerfristig in Ungarn bleiben wollen, werden von der staatlich verwalteten Katastrophenhilfe betreut. Die Ukrainerinnen und Ukrainer werden dann auf Einrichtungen (wie Rathäuser, Freizeit- und Sportstätten sowie Schulen) im ganzen Land verteilt (UNHCR 2022b). Diejenigen, die von Ungarn aus weiterreisen wollen, werden bis zu ihrer Weiterreise in einer von NGOs und Freiwilligen betriebenen Herberge untergebracht. Einige Geflüchtete umgehen diese beiden Möglichkeiten ganz und versuchen, ihre eigenen Vorkehrungen für den Aufenthalt oder die Ausreise zu treffen (Rédl et al. 2022).

## REGIERUNG KONTROLLIERT FLÜCHTLINGSBETREUUNG

Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Migration stieg 2015/2016, während der sogenannten Flüchtlingskrise, gemessen an der medialen Präsenz, dramatisch an und blieb in den Jahren danach relativ hoch. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die regierende *Fidesz*-Partei das Thema immer wieder fokussiert (Bíró-Nagy 2022). Während der COVID-19-Pandemie nahm die Aufmerksamkeit ab, um dann 2022 angesichts der Ukraine-Krise wieder deutlich anzusteigen.<sup>2</sup> Das bedeutet, dass die Präsenz des Themas in den Medien auf einem ähnlichen Niveau liegt wie zur Zeit der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016, auch wenn bisher zahlenmäßig viel mehr Geflüchtete aus der Ukraine nach Ungarn kamen als vor sieben Jahren Geflüchtete aus dem Nahen Osten oder Nordafrika. Außerdem ist festzustellen, dass nach dem anfänglichen Schock im Februar/März 2022 die Migrationsproblematik, unabhängig von der Situation in der Ukraine, Gegenstand der Debatte ist. Ein Blick auf die letzten zwölf Monate zeigt, dass der Fluchtmigration aus der Ukraine im März 2022, als die Zahlen einen Spitzenwert erreichten, die größte Bedeutung beigemessen wurde. Kurz darauf, als die Flüchtlingszahlen drastisch sanken, nahm sie rasant ab.

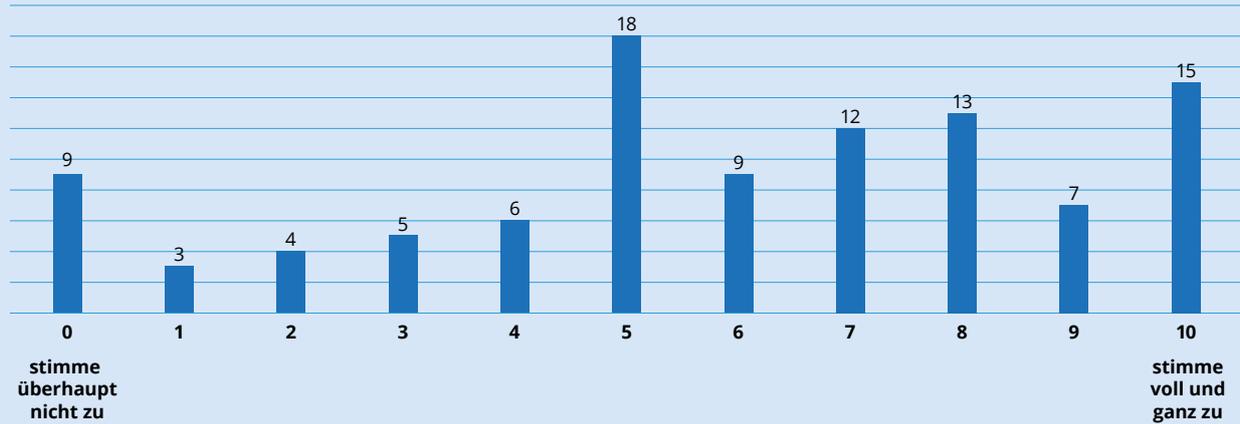
## SCHWANKENDE SALIENZ DES MIGRATIONSTHEMAS

Grundsätzlich steht die ungarische Bevölkerung den Geflüchteten wohlwollend gegenüber. Das für Ungarn untypisch hohe Maß an Unterstützung für Geflüchtete wurde durch verschiedene Umfragen wiederholt belegt (vgl. Eurobarometer 2022, IPSOS 2022, Társadalomkutató 2022). Vier Fünftel der Befragten (79 Prozent) gaben bei einer Umfrage des ungarischen Meinungs-

<sup>1</sup> Für den Transport der Geflüchteten zu ihren Unterkünften sorgt die staatliche Bahngesellschaft MAV, die kostenlose Fahrkarten für Fahrten innerhalb Ungarns ausgibt (MAV 2022).

<sup>2</sup> Die Daten für 2022 sind unvollständig, da die Untersuchung im September endet, es ist jedoch davon auszugehen, dass die Zahl der Artikel, die sich mit Migration befassen, bis zum Ende des Kalenderjahres 2022 ein höheres Niveau als in den COVID-19-Jahren erreicht und mit dem Spitzenwert von 2015/2016 vergleichbar sein wird.

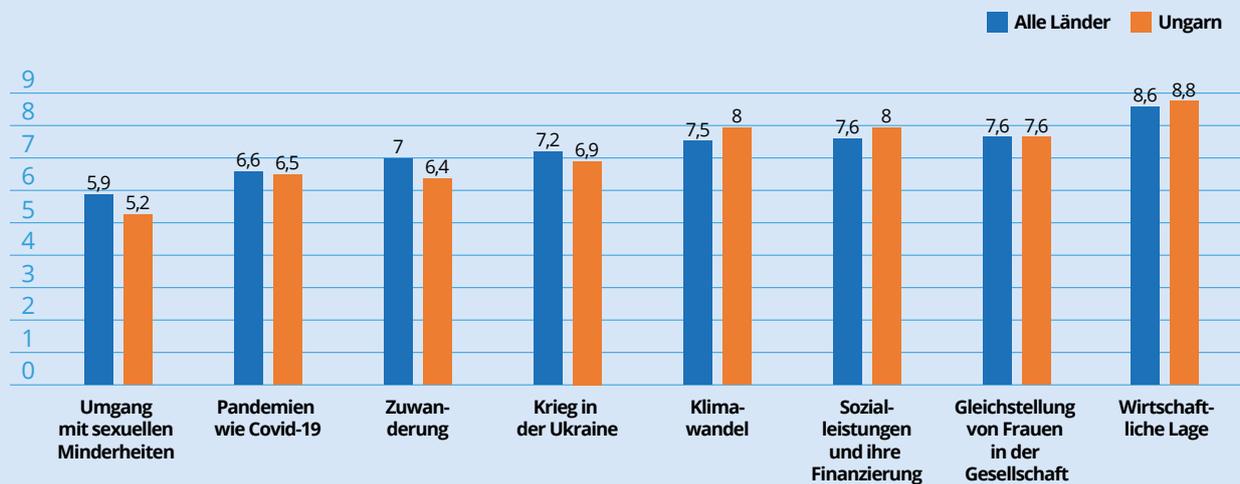
Abb. 3: Einschätzung der Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteter im Vergleich (in Prozent)



Anmerkung: Zustimmungswerte zu folgender Aussage: „Flüchtlinge aus der Ukraine sind deutlich besser in die ungarische Gesellschaft integrierbar als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika.“ Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n=2.069).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

Abb. 4: Salienz verschiedener Themen in Ungarn (Mittelwerte)



Anmerkung: Dargestellt sind Mittelwerte. Fragestellung: „Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Themen?“ Die Befragten sollten sich zwischen „0 – überhaupt nicht wichtig“ und „10 – sehr wichtig“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n = 2.069).

Quelle: Eigene Erhebung / YouGov

forschungsinstituts Társadalomkutató an, dass ukrainische Geflüchtete ohne Einschränkungen aufgenommen werden sollten. Laut einer Umfrage von Dražanová und Geddes (2022) betrachten 22 Prozent der Befragten die Unterstützung ukrainischer Geflüchteter als „große Pflicht“. Allerdings betreffen diese Ergebnisse explizit ukrainische Geflüchtete. Werden Einstellungen zu Geflüchteten aus nichteuropäischen Ländern wie zum Beispiel Syrien abgefragt, fallen die Zustimmungswerte deutlich niedriger aus. Die überwiegende Mehrheit (78 Prozent) würde keine oder zumindest nur wenige syrische Geflüchtete ins Land lassen (Dražanová/Geddes 2022). Die ungarische Auffassung, dass ukrainische Geflüchtete der eigenen Bevölkerung hinsichtlich ethnischer Zugehörigkeit, Kultur und Religion näherstehen, trägt sicherlich zur erhöhten Akzeptanz bei.

Die Daten der von MIDEM in Zusammenarbeit mit dem Umfrageinstitut YouGov durchgeführten Umfrage vom Herbst 2022 zeichnen ein ähnliches Bild: Demnach stimmten 56 Prozent eher bzw. voll und ganz der Aussage zu, dass Flüchtlinge aus der Ukraine deutlich besser in die un-

garische Gesellschaft integrierbar sind als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika. Lediglich 9 Prozent stimmten dieser Aussage überhaupt nicht zu (Abbildung 3).

Die Umfragedaten von MIDEM 2022 (in dieser Studie) zeigen weiterhin, dass der Krieg in der Ukraine keine vergleichsweise herausragende Stellung in der ungarischen Bevölkerung einnimmt. Die Befragten bewerteten den Krieg in der Ukraine zwar immer noch als „eher wichtig“. Allerdings sind wirtschaftliche und soziale Themen wie der Klimawandel, Sozialausgaben oder die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes von höherer Bedeutung (Abbildung 4).

Die ungarische Solidarität mit den Geflüchteten scheint außerdem im Zuge sinkender Temperaturen und steigender Energiekosten einen Dämpfer erhalten zu haben. Dass Ungarn die Ukraine auch dann noch unterstützen sollte, wenn dies mit negativen wirtschaftlichen Folgen für das eigene Land verbunden wäre, wird nur von 27 Prozent der Befragten befürwortet. 22 Prozent sind diesbezüglich unentschlossen.

## POLITISCHE REAKTIONEN

Am 24. Februar 2022 hatte die Regierung beschlossen, ukrainischen Geflüchteten (Staatsbürgern oder Personen mit legalem Wohnsitz in der Ukraine) vorübergehenden Schutz zu gewähren und ihnen zu ermöglichen, Asyl zu beantragen. Obwohl die ungarische Regierung zunächst verkündet hatte, dass sie gegen die Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie über den vorübergehenden Schutz<sup>3</sup> für ukrainische Geflüchtete sei, stimmte sie ihr letztlich doch zu (Vaski 2022). Gleichwohl konnte der ungarischen Regierung vorgeworfen werden, sie versuche, die Anwendung der EU-Massenzustrom-Richtlinie zu „vermeiden“ und verstieße so gegen EU-Recht (Babická 2022).

## MISSACHTUNG DER EU- MASSENZUSTROM-RICHTLINIE

Am 8. März 2022 verabschiedete Ungarn ein neues Dekret. Während laut der Richtlinie nicht nur ukrainische Staatsangehörige, sondern auch Staatenlose und Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in der Ukraine aufhalten, einen Schutzanspruch haben, sah das neue Dekret vor, dass Drittstaatsangehörige „gemäß den allgemeinen Vorschriften“ in Ungarn Schutz beantragen sollten. In der Praxis bedeutet das, dass sie überhaupt keinen Schutzstatus erhalten (Babická 2022). In einem Bericht des ungarischen Helsinki-Komitees heißt es dazu:

*„Nach den allgemeinen Regeln hat seit Mai 2020 niemand mehr das Recht, in Ungarn Asyl zu beantragen. Alle, die in Ungarn Asyl beantragen wollen, müssen zunächst zur ungarischen Botschaft in Belgrad oder Kyjiw (!) reisen, eine sogenannte „Absichtserklärung“ abgeben, zwei Monate auf eine Genehmigung warten und, falls diese erteilt wird, dann nach Ungarn reisen und um Asyl bitten“ (HHC 2022: 2).*

Am 3. März kündigte der Premierminister an:

*„Wir werden versuchen, jedem die Möglichkeit zu geben, seinen eigenen Lebensunterhalt zu verdienen“, und fügte hinzu: „Arbeit nimmt einen zentralen Stellenwert in Ungarn ein, und wir helfen jedem, Arbeit zu finden“ (MTI Daily Bulletin 3. März 2022).*

<sup>3</sup> Die EU-Massenzustrom-Richtlinie wurde 2001 als Reaktion auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und im Kosovo verabschiedet. Ihr zufolge soll Flüchtlingen aus Nicht-EU-Staaten ein sofortiger Schutz für ein Jahr gewährt werden – bei Umgehung der bürokratischen Hürden, die für Flüchtlinge aus einem Nicht-EU-Land sonst existieren. Auch soll ihnen in jedem EU-Land, in das sie einreisen, sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsversorgung und zu Bildungsangeboten sowie Wohnraum und Sozialhilfe gewährt werden.

## SCHNELLE INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT

Die Regierung unterstütze diejenigen Arbeitgeber, die ukrainischen Geflüchteten einen Arbeitsplatz sowie eine langfristige Unterkunft und Transportmöglichkeiten anbieten. Am 12. März 2022 erließ die ungarische Regierung daraufhin eine Reihe von Dekreten, um den Rahmen für die Unterbringung, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die soziale Unterstützung von Personen, die in Ungarn vorübergehenden Schutz genießen, festzulegen. Ukrainische Staatsbürger, die vorübergehenden Schutz beantragen, über kein Einkommen verfügen und als potenzielle Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer registriert sind, haben Anspruch auf reguläre Unterhaltsbeihilfe<sup>4</sup> (HHC 2022). Jede dieser Personen im erwerbsfähigen Alter muss sich innerhalb von fünf Tagen nach Erhalt der ersten Überweisung bei der zuständigen Bezirksbehörde als arbeitssuchend melden. Innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der ersten Zahlung muss die Person einen geeigneten Arbeitsplatz annehmen, der ihr von den staatlichen Behörden angeboten wird (HHC 2022). Das bedeutet, dass der Zugang zur Unterstützung an Bedingungen geknüpft ist, die für Geflüchtete oft nur sehr schwer zu erfüllen sind. Für Personen, die Kinder unter drei Jahren betreuen oder ein Kind haben, das eine Grundschule besucht, können Ausnahmen erwirkt werden (HHC 2022). Nach Angaben des Ministeriums für Technologie und Industrie wurden 536 Anträge auf eine solche Unterstützung eingereicht (CEDEFOP 2022).

Im Sommer 2022 erklärte die Regierungssprecherin Alexandra Szentkiralyi, dass im Rahmen des Regierungsprogramms zur Beteiligung an den Kosten für Beschäftigung, Unterkunft und Reisen von Geflüchteten Arbeitgeber für insgesamt 900 ukrainische Geflüchtete Zuschüsse in Höhe von 1,54 Mio. Euro beantragt hätten und in mehr als 500 Fällen positive Entscheidungen getroffen worden seien (MTI Daily Bulletin 7. Juni 2022). Im August 2022 weitete das Landwirtschaftsministerium die Verfügbarkeit seines internen Portals zur Ausschreibung freier Stellen auf ukrainische Geflüchtete aus, um saisonale Arbeitsplätze für die Herbsternter anzubieten (MTI Daily Bulletin 23. August 2022).

## ZUGANG ZU BETREUUNGSANGEBOTEN UND BILDUNG

Ein weiterer wichtiger politischer Schwerpunkt neben dem Thema Beschäftigung war der Zugang zu Bildung für geflüchtete Minderjährige aus der Ukraine. Personen, die in Ungarn vorübergehenden Schutz genießen und minderjährige Kinder betreuen, haben Anspruch auf die gleichen Dienstleistungen wie ungarische Staatsangehörige, einschließlich des Zugangs zu Kindergärten und Vorschulen. Die öffentlichen Schulen wurden aufgefordert, Flüchtlingskinder im schulpflichtigen Alter sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe einzuschulen (Balla 2022). Bis Ende März besuchten nach Angaben der Regierung etwa 200 ukrainische Kindergartenkinder und 750 Schulkinder ungarische Einrichtungen. Schulen, die ukrainische Flüchtlingskinder aufnehmen und ihnen an fünf Tagen in der Woche auch eine Nachmittagsbetreuung anbieten, haben Anspruch auf eine zusätzliche Unterstützung von 350 Euro pro Kind (MTI Daily Bulletin 28. März 2022). Im Bereich der Hochschulbildung wurde im Rahmen der bereits bestehenden Initiative „Stipendium Hungaricum“ ein Programm mit dem Namen „Students at Risk“ eingeführt, das ukrainische Studentinnen und Studenten beim Abschluss ihres Studiums unterstützen soll. Das Programm bietet u.a. ein monatliches Stipendium, kostenlose Ausbildung, Unterstützung bei den Wohnkosten und eine Krankenversicherung.

## ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Regierung hat die Gesundheitsversorgung für ukrainische Geflüchtete ausgeweitet, die über den nationalen ungarischen Gesundheitsdienst-

4 Diese monatliche Unterhaltsbeihilfe entspricht der ungarischen monatlichen Erwerbsersatzleistung (61,50 Euro). Für Familien mit Kindern entspricht die monatliche Unterstützung der ungarischen Familienbeihilfe (37 Euro) (HHC 2022).

leister Zugang zu Behandlung und Medikamenten erhalten. Mobile Teams sind an den Registrierungsstellen an der Grenze stationiert, um medizinische Hilfe, Vorsorgeuntersuchungen, Erste-Hilfe-Maßnahmen, Krankenhausaufenthalte und Tests sowie Impfungen gegen COVID-19 anzubieten. Gleichzeitig sollen so übertragbare Krankheiten behandelt und weitere Ansteckungen verhindert werden. Darüber hinaus bieten Gesundheitsdienstleister in Krankenhäusern und Kliniken sowie mobile Teams medizinische Leistungen an (UNHCR 2022b).

Der Ausbruch des Krieges hatte immense Auswirkungen auf die ungarische Innenpolitik, da er mit dem Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2022 zusammenfiel. Am 12. Februar 2022, als Russland Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze zusammenzog, eröffnete Orbán seine Wiederwahlkampagne mit der Warnung vor „Hunderttausenden oder sogar Millionen“ von Flüchtlingen, die aus der Ukraine nach Ungarn strömen würden, falls ein Krieg ausbräche, und „die politische und wirtschaftliche Situation Ungarns grundlegend verändern würden“ (Euractiv 2022). Die meisten Oppositionsparteien verurteilten die ambivalente Haltung der Regierung zum Krieg. Der Spitzenkandidat der vereinigten Opposition, Péter Márki-Zay, stellte klar, dass er Russland als „den Aggressor“ in dem Konflikt betrachte und die territoriale Integrität der Ukraine unterstütze (MTI Daily Bulletin 14. Februar 2022). Er sprach sich dafür aus, dass Ungarn gemeinsam mit Polen, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern Waffen an die Ukraine liefern sollte. Und bei entsprechender Aufforderung sollte Ungarn innerhalb des von der NATO vorgegebenen Rahmens die Entsendung von Truppen in Erwägung ziehen (Bozzay 2022). *Fidesz*-Politiker verdrehten diese Position und behaupteten, dass die Opposition, falls sie gewählt würde, „das Land in einen Krieg stürzen würde“ (MTI Daily Bulletin 10. März 2022). Eine Botschaft, die von den extrem parteiischen, regierungsfreundlichen Medien, die die ungarische Medienlandschaft dominieren, unkritisch verbreitet wurde (vgl. Bátorfy/Urbán 2020). Der Krieg überschattete andere Wahlkampfthemen, wobei Orbán versuchte, seine Kompetenz und Führungserfahrung angesichts einer existenziellen Bedrohung in den Vordergrund zu stellen. Viele Wählerinnen und Wähler entschieden, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt für einen Führungswechsel sei, und bescherten der *Fidesz* eine vierte Regierungszeit in Folge.

Die Beziehungen zwischen der ungarischen und der ukrainischen Regierung waren bereits vor Ausbruch des Krieges angespannt. Ungarische Beamte hatten Gespräche auf Ministerebene zwischen der NATO und der Ukraine mit der Begründung blockiert, die Rechte der autochthonen ungarischen Minderheit in Transkarpatien würden verletzt (siehe Infobox).

#### **INFOBOX – Die Situation der ungarischen Minderheit in der Ukraine**

Der Volkszählung von 2001 zufolge leben etwa 156.600 Ungarinnen und Ungarn in der Ukraine. Sie sind die drittgrößte nationale Minderheit des Landes und konzentrieren sich auf das Gebiet Zakarpattia (Transkarpatien), wo sie etwa 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen. In dem Gebiet entlang der ukrainisch-ungarischen Grenze (Theiß-Tal) bilden sie gar die Mehrheit. Das Gebiet von Zakarpattia war historisch gesehen Teil des mittelalterlichen ungarischen Königreichs und wurde im Laufe der Jahrhunderte von verschiedenen Gerichtsbarkeiten kontrolliert. Es wurde 1945 in die Sowjetrepublik Ukraine eingegliedert und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Teil der unabhängigen Ukraine.

Der ukrainische Staat garantiert die Rechte der ungarischen Minderheit, einschließlich des Rechts, ihre ethnische und religiöse Identität zu

#### **FLUCHTMIGRATION IM WAHLKAMPF**

bewahren und Schulunterricht in ihrer Muttersprache zu erhalten. Ein 2017 verabschiedetes neues Bildungsgesetz schränkte jedoch den ungarischsprachigen Unterricht ein und führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der ungarischen und der ukrainischen Regierung. Die Ukraine erkennt die doppelte Staatsbürgerschaft zwar formell nicht an, dennoch besitzen viele ethnische Ungarinnen und Ungarn neben der ukrainischen auch die ungarische Staatsbürgerschaft. 2011 hatte die *Fidesz*-Regierung auch Ungarinnen und Ungarn die Staatsbürgerschaft gewährt, die nicht im Land leben.

Während der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Flucht-migration tauchte bezüglich dieser doppelten Staatsbürgerschaft ein spezielles Problem auf: Ende Februar 2022 hatten in der Ukraine ansässige Ungarinnen und Ungarn für einige Tage keinen Anspruch auf vorübergehenden Schutz, da sie als reguläre ungarische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger betrachtet wurden. Nach einem Aufschrei der Zivilgesellschaft änderte die Regierung schnell die Bestimmungen. Laut einem am 8. März 2022 verabschiedeten Erlass „erhalten ungarische Staatsangehörige mit ständigem Wohnsitz in der Ukraine, die am 24. Februar 2022 oder zu einem späteren Zeitpunkt aus der Ukraine einreisen, alle Leistungen und Vorteile, die für Personen mit vorübergehendem Schutz vorgesehen sind, es sei denn, sie haben im Hinblick auf ihre ungarische Staatsangehörigkeit einen höheren Leistungsanspruch“ (Nagy 2022).

#### AMBIVALENTE HALTUNG DER UNGARISCHEN REGIERUNG

Innerhalb der Europäischen Union hat die *Fidesz*-geführte ungarische Regierung zum Angriffskrieg gegen die Ukraine die ambivalenteste Haltung eingenommen, was auf die Abhängigkeit Ungarns von Russland im Energiebereich zurückzuführen ist, aber auch auf die allgemein guten Beziehungen zwischen den Machthabern beider Länder. Als die Europäische Union vor Ausbruch des Krieges ein erstes Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg bringen wollte, um eine Eskalation zu verhindern, erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán, dass „Ungarn zwar die Unabhängigkeit der Ukraine unterstütze, aber über die gegen Russland verhängten Sanktionen nicht glücklich sei“ (MTI Daily Bulletin 21. Dezember 2021). Als sich die Situation weiter verschlechterte, betonten hochrangige ungarische Beamte immer wieder die Notwendigkeit diplomatischer Lösungen und riefen zum „Dialog auf der Grundlage gegenseitigen Respekts“ auf (MTI Daily Bulletin 28. Januar 2022). Am 1. Februar 2022 trafen sich Viktor Orbán und Wladimir Putin zu einem bilateralen Treffen, bei dem es unter anderem um Gaslieferungen ging. Zu diesem Zeitpunkt leugnete die russische Regierung noch jegliche Pläne für einen Einmarsch in die Ukraine.

#### SPANNUNG ZWISCHEN UNGARN UND DER UKRAINE

Auf internationaler Bühne zeigte die ungarische Regierung stets nur halbherzige Unterstützung für die Schritte, die die Europäische Union, einschließlich der osteuropäischen Vertreter, enthusiastisch befürwortete. Als der beschleunigte EU-Beitritt der Ukraine vorgeschlagen wurde, wartete die ungarische Regierung zunächst ab, schloss sich aber schließlich den osteuropäischen Regierungen an.<sup>5</sup> Anfang März 2022 erließ die Regierung ein Dekret gegen Waffenlieferungen über Ungarn an die Ukraine mit dem erklärten Ziel, das Land aus dem Konflikt herauszuhalten (MTI Daily Bulletin 7. März 2022). Die ungarische Regierung äußerte auch zunehmend Kritik an den aufeinanderfolgenden Sanktionen der EU. Diese trafen Ungarn besonders hart. Außerdem seien sie ineffizient oder lediglich aufgrund bestimmter Prinzipien beschlossen worden, wie im Fall der Sanktionen gegen religi-

<sup>5</sup> In einem offenen Brief der osteuropäischen Mitgliedstaaten, in dem diese darauf drängten, den Kandidatenstatus der Ukraine zu beschleunigen und Beitrittsgespräche aufzunehmen, fehlte die Unterschrift des ungarischen Vertreters. Das einzige andere EU-Land aus der Region, das sich hier verweigerte, war Rumänien (Euractiv 2022).

öse Führer (MTI Daily Bulletin 9. Mai 2022). Die ungarische Regierung ist die einzige in Europa, die Präsident Wolodymyr Selenskyj offen kritisiert. Die Spannungen zwischen beiden Ländern eskalierten, als Selenskyj in einer Rede vor dem Europäischen Rat Orbán in einer Videobotschaft aufforderte, „ein für alle Mal zu entscheiden, mit wem er sich verbünden wolle“ (AFP 2022). Nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der Fidesz-Partei attackierte Orbán Selenskyj in seiner Siegesrede: „Wir hatten noch nie so viele Gegner. Brüsseler Bürokraten [...] die internationalen Mainstream-Medien und den ukrainischen Präsidenten“ (BBC 2022). Bemerkenswert ist auch, dass sich die traditionell guten Beziehungen zu anderen Visegrád-Ländern, insbesondere zu Polen, im Zuge des Konflikts verschlechterten. Dies erinnert an ein früheres Zerwürfnis zwischen dem polnischen und dem ungarischen Rechtsbündnis im Zusammenhang mit der Annexion der Krim (Holesch/Kyriazi 2020), auch wenn der Streit damals wie heute nur von vorübergehender Natur sein dürfte (Skolimowski 2022).

Die ungarische Regierung instrumentalisierte das Flüchtlingsthema, um der Kritik, die ihr auf nationaler wie internationaler Ebene aufgrund ihrer Blockadehaltung im Konflikt mit Russland sowie in der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 entgegenschlug, etwas entgegenzusetzen. Hierfür nutzte sie vor allem folgendes Argument: Sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung Ungarns zeigten außerordentliche Solidarität mit den Menschen, die aus der Ukraine fliehen.<sup>6</sup> Daher seien darüberhinausgehende Forderungen, wie die Unterstützung weiterer Sanktionen gegen Russland oder die Genehmigung von Waffenlieferungen in die Ukraine über Ungarn, unangemessen. Gleichzeitig sieht die ungarische Regierung den Zustrom ukrainischer Geflüchteter als Gelegenheit, ihre harte Haltung bei der vorangegangenen Fluchtmigration 2015/2016 in Europa abzugelten und zu zeigen, dass auch Ungarn solidarisch sein kann – vorausgesetzt, die „richtige Art“ von Geflüchteten steht an der Grenze. Folglich stellte die Regierung die ukrainischen Geflüchteten überwiegend positiv dar (in expliziter oder impliziter Gegenüberstellung zu den „gefährlichen“ Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten), während sie gleichzeitig ihr eigenes Handeln in ein möglichst positives Licht rückte. Die folgenden Text- und Redenauszüge verdeutlichen.

## INSTRUMENTALISIERUNG DES FLÜCHTLINGSTHEMAS

Die ersten ukrainischen Geflüchteten kamen Ende Februar 2022 in Ungarn an und wurden von den Medien im Allgemeinen sehr positiv dargestellt:

*„Seit Donnerstagmorgen haben mindestens 400–500 Menschen mit Koffern und anderem Gepäck die Grenze von der Ukraine nach Ungarn bei Beregsurány überquert [...]. Die meisten Menschen kamen in Zweier- oder Dreiergruppen an, viele warteten in der Nähe der Grenze auf der ungarischen Seite, um von Familie oder Freunden abgeholt zu werden. Viele waren junge Paare, die kleine Kinder auf dem Arm trugen oder Kinderwagen schoben. Ein junger Mann erzählte, dass es auf der ukrainischen Seite lange Autoschlangen gab, die meisten mit transkarpatischen Kennzeichen. Er sagte, er werde bei einem Verwandten in Ungarn bleiben, und fügte hinzu, dass er befürchtet habe, zur ukrainischen Armee eingezogen zu werden, wenn er in der Ukraine bliebe.“* (MTI Daily Bulletin 24. Februar 2022)

<sup>6</sup> Am 2. März 2022 richtete die ungarische Regierung einen humanitären Rat ein, der die Hilfsmaßnahmen der staatlichen Stellen und der Wohlfahrtsverbände für die Flüchtlinge aus der Ukraine koordinieren sollte und von Gergely Gulyás, dem Stabschef des Ministerpräsidenten, geleitet wurde. Auch das staatliche Programm für humanitäre Hilfe, Hungary Helps, wurde mobilisiert. Der damalige ungarische Staatspräsident János Áder startete eine Spendenkampagne unter dem Motto „Es ist gut, gut zu sein“. Eine 24-Stunden-Hotline für Geflüchtete und eine E-Mail-Adresse (menekultinfo@me.gov.hu) wurden eingerichtet. Des Weiteren organisierten die Regierung und Wohltätigkeitsorganisationen gemeinsam ein Sommerlager, in dem über 1.200 Kinder aus der Ukraine ihre Ferien verbracht haben (MTI Daily Bulletin 18. August 2022).

Dies steht im Gegensatz zu früheren Berichten über hektische Szenen, in denen die Grenzen von Migrantenmassen „gestürmt“ wurden. Die Erwähnung von Familie, Freunden und Verwandten sowie die Tatsache, dass viele der Autos transkarpatische Kennschilder haben, vermitteln das Gefühl geographischer und ethnischer Verbundenheit.<sup>7</sup>

Die Medien veröffentlichten unablässig wohlwollende Äußerungen hochrangiger Regierungs- und Staatsbeamter zu ukrainischen Geflüchteten. Der Premierminister versicherte den Geflüchteten, dass „sie von Freunden in Ungarn willkommen geheißen werden. [...] Wir werden sie ernähren, sie beherbergen und für ihre Kinder sorgen.“ Geflüchteten aus der Ukraine zu helfen, sei ein „elementarer menschlicher, christlicher Instinkt“ (MTI Daily Bulletin 27. Februar 2022). Die von *Fidesz* nominierte Präsidentschaftskandidatin Katalin Novák erklärte bei einem Besuch in der Westukraine ebenfalls, dass die Ungarn „den Kummer, die Angst und die Not teilen“, und fügte hinzu, dass „jetzt alle mit einem einzigen schlagenden Herzen an die Ungarn in Transkarpatien denken“ und dass „Ungarn alle Flüchtlinge willkommen heißt [...], dass sie so lange bleiben können, wie es ihnen nötig erscheint“ (MTI Daily Bulletin 4. März 2022). Als Präsidentin der Republik betonte Novák weiterhin die Notlage der ukrainischen Geflüchteten und sicherte ihnen die Unterstützung Ungarns zu.

#### „FLÜCHTLING“ VS. „MIGRANT“

Diese Stellungnahmen stehen in eklatantem Gegensatz zu der gut dokumentierten Verunglimpfung von Geflüchteten während der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016. Hier verfolgte die ungarische Regierung einen radikalen Ansatz (Bíró-Nagy 2022) und politisierte das Thema Migration in schärfster Form. Sie stellte die Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern in die EU als wirtschaftliche und zivilisatorische Bedrohung für Ungarn und Europa dar. Die strenge Unterscheidung zwischen dem „echten/würdigen/harmlosen“ Flüchtling und dem „falschen/unwürdigen/gefährlichen“ Migranten wurde im Laufe der Zeit immer deutlicher. Ein charakteristisches Beispiel lieferte der oberste Sicherheitsberater der Regierung György Bakondi, der behauptete, der Unterschied zwischen „Flüchtlingen“ und „Migranten“ sei „deutlich sichtbar“. Erstere kämen auf der Flucht vor einer realen Gefahr an, verfügten über Dokumente und kooperierten mit den Behörden, um vorübergehend Schutz zu suchen. „Die Identität und die Staatsangehörigkeit der letzteren sind unbekannt, ebenso wie ihr Motiv, mit Hilfe von Menschenschmugglern illegal nach Ungarn einzureisen“ (MTI Daily Bulletin 2. März 2022a). Ungarns Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó betonte ebenfalls, dass „keine Parallelen zwischen Flüchtlingen aus der Ukraine und illegalen Migranten gezogen werden sollten“ (MTI Daily Bulletin 2. März 2022b). Viktor Orbán forderte, dass „die Migranten gestoppt werden sollten, während den Flüchtlingen alle erforderliche Hilfe zukommen sollte“ (MTI Daily Bulletin 3. März 2022). Und Justizministerin Judit Varga sagte, dass es keine Analogie zwischen der ukrainischen Flüchtlings- und der Migrationskrise im Jahr 2015 gebe, da „die meisten der Migranten, die in den letzten Jahren angekommen sind, nachweislich keinen Anspruch auf internationalen Schutz haben. Diese Krise ist völlig anders, es ist klar, dass es einen bewaffneten Konflikt in unserer direkten Nachbarschaft gibt“ (MTI Daily Bulletin 23. März 2022). Die Betonung nicht nur der moralischen, sondern auch der rechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Nachbarland Ukraine gehörte zu den am häufigsten angeführten Begründungen für die Hilfsmaßnahmen. So entstanden in den Diskursen nicht nur zwei gegensätzliche Bilder vom „echten Flüchtling“ und dem „gefährlichen Migranten“, sondern auch ein schmeichelhaftes Bild des „großzügigen ungarischen Volkes“ und des „vorbildlichen ersten sicheren

<sup>7</sup> Bemerkenswert ist auch das eindrucksvolle Bild von jungen Paaren, die ihre Kinder in Sicherheit bringen. Auch der junge Mann, der interviewt wird, stellt keine Bedrohung dar: Er will nichts mit Krieg und Gewalt zu tun haben und ist daher der Sympathie und des Mitgefühls der Leser „würdig“.

Landes“, das im Gegensatz zu dem Vorwurf steht, Ungarn und seine Bevölkerung seien abweisend und feindlich. Ungarn „ist ein gutes Land, mit guten Menschen“, erklärte Orbán (MTI Daily Bulletin 27. Februar 2022).

Zu diesem Narrativ gehörte anfänglich auch das Beharren Ungarns darauf, all diese Herausforderungen mit eigenen Mitteln und Spenden zu bewältigen – ohne auf die Hilfe der EU zu warten (MTI Daily Bulletin 5. März 2022). Diese Haltung war allerdings nur von kurzer Dauer – die ungarische Regierung forderte bald immer lauter Hilfe von der EU, um die Situation zu bewältigen. Es ist erwähnenswert, dass die EU die COVID-19-Hilfsgelder für Ungarn (und Polen) aus Gründen mangelnder Rechtsstaatlichkeit zurückgehalten hatte. Als Reaktion darauf hatte die ungarische Regierung die Inanspruchnahme von Krediten aus der Resilienz- und Wiederaufbaufazilität zunächst abgelehnt, änderte aber ihre Meinung mit dem Argument, dass Ungarn die Mittel für Verteidigung, Grenzkontrolle sowie humanitäre und andere akute Aufgaben des Krisenmanagements benötige (Reuters 2022). Im April gab die EU 263,2 Millionen Euro frei, die für die Flüchtlingshilfe vorgesehen waren. Die Regierung hat diese Gelder Presseberichten zufolge jedoch anderweitig ausgegeben (Rédl et al. 2022).

Während die Regierung immer wieder von „illegaler“ Migration über die südliche Grenze sprach, verschärfte sich im späten Frühjahr und im Frühsommer 2022 der Ton deutlich. Einerseits wurde nun auch die ukrainische Fluchtmigration bedrohlicher dargestellt als zu Beginn, da die Regierung auf den Zustrom aus dem Osten reagieren musste, während die „illegale“ Migration aus südlicher Richtung weiterging. Andererseits begann die ungarische Regierung, vor den negativen Auswirkungen einer möglichen „Flüchtlingswelle“ aus dem Süden zu warnen, die durch den anhaltenden Konflikt in der Ukraine ausgelöst würde. Hochrangige Regierungsbeamte befürchteten, dass die durch den Krieg in der Ukraine verursachten Unterbrechungen der Lebensmittelversorgung zu weiteren Migrationswellen nach Europa führen und zur Ausbreitung des Terrorismus beitragen könnten (MTI Daily Bulletin 22. September 2022). Die Regierung kehrte somit zu ihrer Position zurück, die Einwanderung als existenzielle Bedrohung darzustellen. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass diese Positionen denen der neuen rechtsextremen ungarischen Partei *Mi Hazánk Mozgalom* (dt.: Unsere Heimatbewegung) ähneln, aber nicht annähernd so weit gehen wie diese.<sup>8</sup>

## MISSBRAUCH VON EU-GELDERN

## FLUCHTMIGRATION ALS WACHSENDE BEDROHUNG

## HERAUSFORDERUNGEN

### Arbeitsmarkt

Von Anfang an lag der Schwerpunkt der Regierung auf der Organisation des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete. Doch scheinen die Initiativen der Regierung unzureichend zu sein, denn eine von der IOM im Sommer 2022 durchgeführte Umfrage unter ukrainischen Geflüchteten ergab, dass die Mehrheit der Geflüchteten, die von Ungarn in die Ukraine zurückkehrten, dies taten, weil sie „keine Arbeit finden konnten“ (38 Prozent), gefolgt von „nicht genügend Ressourcen/Geld für den Lebensunterhalt“ (19 Prozent) und dem Wunsch, Familienangehörige wiederzusehen (14 Prozent) (IOM 2022).

## SCHLECHTE ARBEITSMARKT-BEDINGUNGEN

<sup>8</sup> Mi Hazánk, eine Abspaltung von Jobbik, steht der Fluchtmigration skeptisch gegenüber und zögert, Russland für seine Aggression zu verurteilen. Die Feindseligkeit der Partei gegenüber der Ukraine rührt von ihren extrem nationalistischen und revisionistischen Positionen her (sie betrachtet Transkarpatien als ungarisches Gebiet). In einer Rede griff der Parteivorsitzende László Toroczkai die Argumente des Kremls auf, indem er z.B. die historische Legitimität des heutigen ukrainischen Staates anzweifelte („Die Ukraine wurde aus Spenden, polnischen, russischen und ungarischen Gebieten zusammengesetzt.“) und behauptete, ukrainische Soldaten hätten in der Donbass-Region Gräueltaten an russischen Zivilisten begangen (RTL 2022). In Bezug auf die Situation der Geflüchteten betonen die Parteimitglieder, dass die Öffnung der Grenzen die Einreise von „Scheinflüchtlings“, insbesondere Roma und Romnja, ermögliche, die nach Ungarn kommen, um von ungarischen Steuergeldern zu leben (Bodacz 2022).

### CHRONISCHER LEHRERMANGEL UND FEHLENDE INFRASTRUKTUR

#### Bildung

Berichten zufolge wurden im September 2022 „mehr als 2.500 ukrainischsprachige Kinder“ in öffentlichen Bildungseinrichtungen eingeschult (Hirado 2022). Für Kinder ungarischer Herkunft ist die Integration dank vorhandener Sprachkenntnisse leichter, auch wenn damit nicht alle Schwierigkeiten ausgeräumt sind. Am problematischsten ist die Situation von Roma-Kindern oder solchen, deren Muttersprache Russisch ist (Balla 2022). Die Kapazitäten des ungarischen Schulsystems sind längst nicht ausreichend, es herrscht ein chronischer Mangel an Lehrern für Ungarisch als Zweitsprache und an interkulturellen Vermittlern (Balla 2022). Hinzu kommt, dass einige Schülerinnen und Schüler mittels Fernunterricht dem ukrainischen Lehrplan folgen (UNHCR 2022c). Dies wirft eine Reihe anderer Probleme auf, da viele Kinder keinen Zugang zu Tablets, Laptops und einer stabilen Internetverbindung haben (UNHCR 2022c). Inwieweit dies angesichts der in Ungarn geltenden Schulpflicht für Kinder unter 16 Jahren auf Dauer tragbar ist, wird diskutiert (Balla 2022). In der IOM-Umfrage, in der die Gründe für die Rückkehr von Geflüchteten erfasst wurden, rangierte die „Unmöglichkeit, Zugang zu Bildung zu erhalten“, auf jeden Fall ganz weit unten (5 Prozent).

#### Fehlende Unterstützung

Nach Angaben von Hilfsorganisationen bleiben nur 10 bis 20 Prozent der Geflüchteten tatsächlich länger als ein paar Tage in Ungarn (AFP 2022). Die Haltung der ungarischen Regierung zu dem Krieg, insbesondere ihre vermeintliche Nähe zu Russland, wurde als einer der Hauptgründe dafür genannt, dass die in Ungarn ankommenden ukrainischen Geflüchteten weiterreisen wollen (AFP 2022). Gleichzeitig gewähren die ungarischen Behörden den Geflüchteten relativ wenig Unterstützung – weder in materielle Hinsicht noch in puncto Informationen, was ihre Rechte auf offiziellen Schutz betrifft (Tait 2022).

### MANGEL AN UNTERKÜNFEN

NGOs, die sich vor Ort engagieren, wiesen wiederholt darauf hin, dass für Personen und Familien, die längere Zeit in Ungarn bleiben werden, ein Bedarf an geeignetem Wohnraum besteht. Kritisiert wird, dass einige der von den Behörden ausgewiesenen Einrichtungen nur für kurze Aufenthalte (d.h. weniger als drei Nächte) geeignet sind und oft nicht einmal die Minimalstandards erfüllen. So fehlt es bisweilen an Grundlegendem, wie einer Küche, der Ausgabe von Mahlzeiten, medizinischer Versorgung, Hygieneartikeln und Internetanschlüssen. Zudem wird von überfüllten Einrichtungen, in denen es kaum Privatsphäre gibt, berichtet (UNHCR 2022b). Trotz des Mangels an Unterkünften beschloss die Regierung, die Flüchtlingslager in Bicske und Vámoszabadi geschlossen zu lassen (Rédl 2022). Berichten zufolge wohnt ein großer Teil der in Ungarn verbliebenen ukrainischen Geflüchteten auf eigene Kosten in Hotels (Tait 2022) oder in Mietwohnungen, deren Mieten oft weit über dem Marktpreis liegen (Hetényi 2022).

#### Diskriminierung und Informationsmangel

Trotz des „rosigen Bildes“, das von der Regierung und einem Großteil der regierungsfreundlichen Medien gezeichnet wird, machten zivilgesellschaftliche Organisationen auch auf sehr schwerwiegende Mängel im System aufmerksam. So beklagte Dunja Mijatovic, Menschenrechtskommissarin des Europarats, den Mangel an Informationen für Geflüchtete und die Diskriminierung benachteiligter Gruppen, insbesondere der Romnja und Roma, und bezeichnete die Rhetorik der Regierung, die zwischen „echten“ Geflüchteten und Wirtschaftsmigrantinnen bzw. -migranten unterscheidet, als „bedauerlich“ (MTI Daily Bulletin 21. Juni 2022).

Ein großes Problem ist die fehlende Bereitstellung angemessener Informationen für Personen, die vorübergehenden Schutz benötigen. Dies betrifft vor allem den Mangel an Dolmetscherinnen und Dolmetschern, aber auch unzureichende Informationen über die Antragstellung – was die Geflüchteten davon abhält, einen entsprechenden Antrag in Ungarn einzureichen (HHC 2022). Diejenigen, die in ländlichen Unterkünften untergebracht sind, berichteten von Schwierigkeiten beim Zugang zur Registrierung und anderen rechtlichen Verfahren. Diejenigen, die einen solchen Zugang hatten, mussten extrem lange auf eine Entscheidung warten, Berichten zufolge bis zu 45 Tage (Tait 2022).

## HOHE HÜRDEN BEI REGISTRIERUNG

### Staatliche Medien als Sprachrohr der Regierung

Die anfängliche Aufmerksamkeit für die ukrainischen Geflüchteten nahm schnell ab und fokussierte sich vor allem auf die regelmäßige Berichterstattung über die Zahl der Neuankömmlinge (wobei die Zahl der Kinder oft gesondert ausgewiesen wurde) sowie die der eingereichten Asylanträge. Da die meisten ungarischen Medien als Sprachrohr der Regierung fungieren, zeichnen sie ein sehr positives Bild von der Aufnahme von Geflüchteten, stellten die echte Solidarität der ungarischen Zivilgesellschaft und der Bevölkerung heraus und berichteten ausführlich, wenn die Regierung Lob von internationalen Organisationen (z.B. ICMPD und UNHCR) erhielt. Sie verbreiten unkritisch die selbstgefälligen Einschätzungen von Regierungsvertretern, die behaupteten, dass die ungarische Regierung das „größte humanitäre Hilfsprogramm in der Geschichte Ungarns“ gestartet habe (MTI Daily Bulletin 15. März 2022) und dass „Ungarn im Vergleich zu anderen Zielländern im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die größte Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen hat“ (MTI Daily Bulletin 8. Juli 2022). Solche Behauptungen sind jedoch irreführend, da sie auf der Zahl der Grenzübertritte beruhen, die überwiegende Mehrheit der nach Ungarn einreisenden Geflüchteten jedoch nicht länger als ein paar Tage in Ungarn bleibt (Mizsur/Bakró-Nagy 2022; AFP 2022). Darüber hinaus ist der Umfang der humanitären Bemühungen auch in Bezug auf die eingesetzten Ressourcen gering, wie Berichte über anhaltende Engpässe (bei Lebensmitteln, Unterkünften, Kleidung) sowie die im Vergleich zu anderen Visegrád-Staaten sehr geringe finanzielle Unterstützung für Geflüchtete in Ungarn nahelegen (Rédl 2022).

## IRREFÜHRENDE INFORMATIONEN ÜBER FLÜCHTLINGSSITUATION

## LITERATUR

- AFP* 2022: Hungary's Neutral War Stance Puts off Ukraine Refugees. 20. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://www.france24.com/en/live-news/20220520-hungary-s-neutral-war-stance-puts-off-ukraine-refugees> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Babická, Karolína* 2022: Temporary Protection: Poland and Hungary Once Again Creating Their Own Rules in Breach of EU Law. *OpinioJuris*. Verfügbar unter: <https://opiniojuris.org/2022/04/11/temporary-protection-poland-and-hungary-once-again-creating-their-own-rules-in-breach-of-eu-law/#comments> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Balla, István* 2022: Menekültek az iskolapadban: nem egy minisztériumi levél fogja megoldani a tanárok újabb hatalmas feladatát. *Heti Világgazdaság*. Verfügbar unter: [https://hvg.hu/elet/20220323\\_Menekult\\_gyerekek\\_az\\_iskolaban](https://hvg.hu/elet/20220323_Menekult_gyerekek_az_iskolaban) (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Bátorfy, Attila / Urbán, Ágnes* 2020: State Advertising as an Instrument of Transformation of the Media Market in Hungary. *East European Politics*, 36 (1), S. 44-65.
- BBC* 2022: Hungary Election: PM Viktor Orban Criticises Ukraine's Zelensky as He Wins Vote. 4. April 2022. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/world-europe-60977917> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Bíró-Nagy, András* 2022: Orbán's Political Jackpot: Migration and the Hungarian Electorate. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 48 (2), S. 405-424.
- Bodacz, Péter* 2022: „Eltartani való cigány nélkülük is van elég!” – a Mi Hazánk fővárosi elnöke a Nyugatiban járt. In: *Magyar Hang*, 3. März 2022. Verfügbar unter: <https://hang.hu/belfold/eltartani-valo-cigany-nelkuluk-is-van-eleg-a-mi-hazank-fovarosi-elnoke-a-nyugatiban-jart-137771> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Bozzay, Balázs* 2022: Fact-check: Erre alapozza a kormány, hogy "a baloldal katonákat és fegyvereket küldene" Ukrajnába. In: *Telex*, 24. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://telex.hu/ellenorzo/2022/02/24/marki-zay-fidesz-media-propaganda-nato-magyar-katonak> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Brzozowski, Alexandra* 2022: Ukraine Requests EU Membership Under Fast-Track Procedure. In: *Euractiv*, 1. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/europe-s-east/news/ukraine-requests-eu-membership-under-fast-track-procedure/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- CEDEFOP* 2022: Hungary: Measures Taken in Favour of the Integration of Ukraine Refugees in VET and the Labour Market. Verfügbar unter: <https://www.cedefop.europa.eu/en/news/hungary-measures-taken-favour-integration-ukraine-refugees-vet-and-labour-market> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Dražanová, Lenka / Geddes, Andrew* 2022: Europeans welcome Ukrainian refugees but governments need to show they can manage EU Migration Policy Center Blog. Verfügbar unter: <https://blogs.eui.eu/migrationpolicycentre/attitudes-towards-ukrainian-refugees-and-the-responses-of-european-governments/> (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Euractiv* 2022: Hungary's Orban Kicks off Re-Election Campaign. 14. Februar 2022. Verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/elections/news/hungarys-orban-kicks-off-re-election-campaign/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- European Commission* 2022: Flash Eurobarometer 506 EU's response to the war in Ukraine. Verfügbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_22\\_2784](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_2784) (letzter Zugriff: 03.11.2022).
- Hetényi, Zsuzsa* 2022: A Derailed Train - The Role of the Hungarian State and of Civil Society in Supporting Refugees from Ukraine. *Heinrich Böll Stiftung Prague*. Verfügbar unter: <https://cz.boell.org/en/2022/07/12/ukrainian-refugees-hungary> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Hirado* 2022: Több ezer ukrán anyanyelvű gyermek kezdte meg Magyarországon az iskolai tanévet. In: *Hirado.hu*, 9. September 2022. Verfügbar unter: <https://hirado.hu/belfold/cikk/2022/09/09/tobb-ezer-ukran-anyanyelvugyermek-kezdt-meg-magyarorszagon-az-iskolai-tanevet#> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Holesch, Adam / Kyriazi, Anna* 2022: Democratic Backsliding in the European Union: the Role of the Hungarian-Polish Coalition. *East European Politics* 38 (1), S. 1-20.
- HHC - Hungarian Helsinki Committee* 2022: War in Ukraine Protection Situation in Hungary. Verfügbar unter: [https://helsinki.hu/en/wp-content/uploads/sites/2/2022/03/War-in-Ukraine\\_1603update.pdf](https://helsinki.hu/en/wp-content/uploads/sites/2/2022/03/War-in-Ukraine_1603update.pdf) (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- HHC - Hungarian Helsinki Committee* 2022a: Information for Non-Ukrainian Citizens Fleeing from Ukraine. Verfügbar unter: <https://helsinki.hu/en/information-for-nonukrainian-citizens-fleeing-from-ukraine/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- IOM - International Organization for Migration* 2022: Ukrainian Nationals and TNCs Crossing Back to Ukraine. *Ukraine Response 2022 – Hungary*. Verfügbar unter: <https://reliefweb.int/report/hungary/ukraine-response-2022-hungary-displacement-surveys-ukrainian-nationals-and-tcns-crossing-back-ukraine-06-29-july-2022> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- Ipsos* 2022: The world's response to the war in Ukraine. A 27-country Global Advisor Survey. Verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/en/war-in-ukraine-april-2022> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*MÁV* 2022: Szolidaritási jeggyel utazhatnak az ukrainai menekültek. Verfügar unter: <https://www.mavcsoport.hu/mavinform/szolidaritasi-jeggyel-utazhatnak-ukrainai-menekultek> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Mizsur, András / Bakró-Nagy, Ferenc* 2022: Alig maradnak itt az ukrainai menekültek, alig kérnek segítséget az államtól, és azt is nehezen kapják meg. In: *Telex*, 9. Mai 2022. Verfügar unter: <https://telex.hu/belfold/2022/05/09/orsz-ukran-haboru-menekultek-menedekes-statusz-magyar-helsinki-bizottsag-budapest-migration-aid> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*MTI Daily Bulletin* (21. Dezember 2021): Szijjarto: Hungarian Firms to Launch Major Investment Projects in Angola. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (28. Januar 2022): UPDATE - Coronavirus - Orban: Vaccination of Residents to Continue (Part 4). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (14. Februar 2022): UPDATE - Marki-Zay: Hungary's Future in EU, NATO (adds Fidesz). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (24. Februar 2022): Ukraine Crisis - Ukrainian Refugees Crossing Hungarian Border on Foot. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (27. Februar 2022): Ukraine Crisis - Orban: "Every Refugee from Ukraine Must Be Helped". Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (2. März 2022a): Ukraine Crisis - Chief Security Advisor: 104,000 Arrivals from Ukraine so Far. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (2. März 2022b): UPDATE - Ukraine Crisis - Szijjarto Calls for Swiftest Possible End to War (adds details). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (3. März 2022): UPDATE - Ukraine Crisis - Orban: All Refugees from Ukraine Taken Care of in Hungary (adds details). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (4. März 2022): Ukraine Crisis - Novak: "We Can Count on Each Other". Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (5. März 2022): Ukraine Crisis - Chief Security Advisor: More Than 140,000 Refugees Arrive from Ukraine. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (7. März 2022): Ukraine Crisis - Orban: Hungary Will not Send Weapons to Ukraine. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (10. März 2022): UPDATE - Election 2022 - Marki-Zay Presents Opposition Election Programme (adds Fidesz). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (15. März 2022): March 15 - Orban: "We Won't Allow Left Wing to Drag Hungary Into War" (Part 1). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (23. März 2022): Justice Min: Families at Heart of Hungarian Constitution. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (28. März 2022): UPDATE - Ukraine Crisis - Humanitarian Council: Hungary Received Largest Number of Refugees per Capita (adds details). Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (9. Mai 2022): MTI News Roundup. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (7. Juli 2022): Ukraine Crisis - Govt spox: Hungary Providing Jobs, Education for Refugees. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (21. Juni 2022): Ukraine Crisis - CoE Praises Hungary's 'Fair and Effective' Asylum Procedure. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (8. Juli 2022): Fidesz MEP: 'We Reject European Left's Petty Attacks'. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (18. August 2022): Govt, Charities Organise Camps for 1,200 Ukrainian Children. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (23. August 2022): Agriculture Ministry Makes Job Portal Available in Ukrainian. Abgerufen über Factiva.

*MTI Daily Bulletin* (22. September 2022): MTI News Roundup. Abgerufen über Factiva.

*Nagy, Boldizsár* 2022: About-Face or Camouflage? Hungary and the Refugees from Ukraine. In: ASILE. Verfügar unter: <https://www.asileproject.eu/about-face-or-camouflage-hungary-and-the-refugees-from-ukraine/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Rédl, Boglárka / Nagy Sarkadi, Márton / Zubor, Zalán* 2022: Ukrainian Refugees in Hungary: Volunteers Are Doing the Government's Work. In: VSQUARE, 20. September 2022. Verfügar unter: <https://vsquare.org/ukrainian-refugees-in-hungary-volunteers-are-doing-the-governments-work/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Reuters* 2022: Orban Asks for EU Funds to Help Hungary Amid Refugee Crisis. 22. März 2022. Verfügar unter: <https://www.reuters.com/world/europe/orban-asks-eu-funds-help-hungary-amid-refugee-crisis-2022-03-22/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*RTL* 2022: Oroszország mellé állt a Mi Hazánk, amely szerintük emberséges az ukránokkal. In: RTL.hu, 3. März 2022. Verfügar unter: <https://rtl.hu/belfold/2022/03/03/>

oroszország-mi-hazánk-karpatalja-toroczkai-laszlo-vlagyimir-putyin-ukrajna (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Skolimowski, Piotr* 2022: Poland Seeks to Mend Ties With Hungary After Rift Over Ukraine. In: Bloomberg Europe Edition, 5. September 2022. Verfügbar unter: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-09-05/poland-seeks-to-mend-fences-with-hungary-after-rift-over-ukraine> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Tait, Robert* 2022: Hungary Accused of Inflating Number of Ukrainian Arrivals to Seek EU Funds. In: The Guardian, 31. März 2022. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2022/mar/30/hungary-accused-of-inflating-number-of-ukrainian-arrivals-to-seek-eu-funds> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Társadalomkutató* 2022. Szolidárisak az ukrainai menekültekkel a magyarok. Verfügbar unter: <https://tarsadalomkutato.hu/szolidarisak-az-ukrainai-menekultekkel-a-magyarok/> (letzter Zugriff: 03.11.2022).

*UNCHR* 2022a: Ukraine Situation Hungary. Population Figures as of October 13 2022. Verfügbar unter: <https://app.powerbi.com/view?r=eyJrIjojZDdmYjQwN2QtNmFjZi00N2RiLTg0NTUtZmM3OTVhNjdhNG11IiwidCI6ImU1YzM3OTgxLTY2NjQtNDEzNC04YTBlTY1NDNkMmFmODBiZSIsImMiOiJh9> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*UNCHR* 2022b: Hungary: UNHCR Ukraine Refugee Situation Operational Update - 26 September 2022. Verfügbar unter: <https://data.unhcr.org/en/documents/details/95796> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*UNCHR* 2022c: Hungary: Ukraine Situation Inter-Agency Operational Update - 10 May 2022. Verfügbar unter: <https://data.unhcr.org/fr/documents/details/92769> (letzter Zugriff: 18.10.2022).

*Vaski, Tamás* 2022: Hungary Also Joins EU Refugee Protection Scheme. In: Hungary Today, 4. März 2022. Verfügbar unter: <https://hungarytoday.hu/hungary-also-joins-refugee-protection-scheme/> (letzter Zugriff: 18.10.2022).



# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

## A Einleitung

Abb. 1: Geflüchtete aus der Ukraine in Europa, in absoluten Zahlen nach Zielland	S. 11
Abb. 2: Geflüchtete aus der Ukraine pro 100.000 Einwohner in Europa, nach Zielland	S. 12
Abb. 3: Wie viele ukrainische Geflüchtete sollen aufgenommen werden?	S. 13
Abb. 4: Zufriedenheit mit der Reaktion der Regierung auf die ukrainische Fluchtmigration	S. 14
Abb. 5: Spaltungswahrnehmung verschiedener Themen	S. 15

## B Einstellungen zu Krieg und Migration in Europa

Abb. 1: Erhebungsregionen in Europa	S. 21
Abb. 2: Salienz verschiedener Themen in Europa	S. 23
Abb. 3: Spaltungswahrnehmung verschiedener Themen	S. 24
Abb. 4: Einstellung zur Ukrainepolitik nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen	S. 26
Abb. 5: Nato Verantwortung für den Ukraine-Krieg nach Ländern, soziodemographischen und politischen Merkmalen	S. 28
Abb. 6: Einschätzung der Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteten nach Ländern sowie soziodemographischen und politischen Merkmalen	S. 29
Abb. 7: Einstellungen zum Thema Zuwanderung	S. 31
Abb. 8: Einstellung zum Thema Zuwanderung nach Ländern sowie soziodemographischen und politischen Merkmalen	S. 32
Abb. 9: Zustimmung zu verschiedenen migrationsbezogenen Aussagen	S. 35
Abb. 10: Einschätzung der Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteter nach Zustimmung zu migrationsbezogenen Aussagen	S. 36
Abb. 11: Unterstützungsbereitschaft für die Ukraine in Ost- und Westdeutschland	S. 37
Abb. 12: Zustimmung zu Aussagen über Migration und Krieg in Ost- und Westdeutschland	S. 37

## C Ukrainische Fluchtmigration

### 1 Deutschland

- Abb. 1: Zuzüge aus der Ukraine S. 41
- Abb.2: Verteilung ukrainischer Leistungsberechtigter nach Bundesland S. 42
- Abb.3: Art der Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten S. 50
- Abb. 4: Angemessenheit der Maßnahmen zur Aufnahme und Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge nach Parteianhängerschaft S. 50
- Abb. 5: Wie viele ukrainische bzw. syrische Geflüchtete aufnehmen? S. 51
- Abb. 6: Geflüchtete Kinder aus der Ukraine an deutschen Schulen nach Bundesländern S. 57
- Abb. 7: Schulorganisatorische Modelle für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche S. 60

### 2 Polen

- Abb. 1: Grenzübertritte aus der Ukraine nach Polen und zurück S. 77
- Abb. 2: Aufnahmebereitschaft der polnischen Bevölkerung gegenüber ukrainischen Geflüchteten S. 80
- Abb. 3: Akzeptanz von Bleibeperspektiven ukrainischer Geflüchteter S. 81
- Abb. 4: Einstellungen gegenüber geflüchteten Menschen in Polen S. 82
- Abb. 5: Twitter-Post von Grzegorz Braun (Konfederacja) S. 85
- Abb. 6: Neueinstellung ukrainischer Staatsangehöriger in Polen S. 90

## C Ukrainische Fluchtmigration

### 3 Slowakei

Abb. 1: Grenzübertritte von der Ukraine in die Slowakei zum 25.10.2022 S. 99

Abb. 2: Demographische Struktur der ukrainischen Geflüchteten zum 26.10.2022 S. 101

Abb. 3: Ausländische Staatsangehörige mit Aufenthaltstitel vor und nach Kriegsbeginn S. 101

Abb. 4: Gewünschte Reaktionen der Slowakei auf den russischen Angriff der Ukraine S. 104

Abb. 5: Einverständnis mit dem Zuzug von Personen derselben Rasse oder Ethnie in der Vise-grád-Gruppe S. 105

Abb. 6: Slowakische Einstellungen im Zusammenhang mit ukrainischen Geflüchteten S. 106

Abb. 7: Regionale Verteilung der Geflüchteten S. 111

### 4 Tschechien

Abb. 1: Ukrainische Geflüchtete mit Schutzstatus nach Alter und Geschlecht S. 121

Abb. 2: Ausländische Staatsangehörige in Tschechien vor und nach Kriegsbeginn S. 122

Abb. 3: Interesse an der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingssituation S. 124

Abb. 4: Haltung gegenüber der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten S. 124

Abb. 5: Kurzfristige und langfristige Aufnahmebereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten S. 125

Abb. 6: Individuelle Hilfsbereitschaft und Bewältigung einer Verschlechterung des eigenen Lebensstandards S. 125

Abb. 7: Anzahl ukrainischer Geflüchteter pro tschechisches Gemeindemitglied S. 132

Abb. 8: Rückkehr- oder Bleibepläne für die kommenden zwei Jahre S. 133

**5 Ungarn**

- Abb. 1: Grenzübertritte nach Ungarn S. 143
- Abb. 2: Grenzübertritte ukrainischer Geflüchteter nach Ungarn nach Grenze und Datum S. 144
- Abb. 3: Einschätzung der Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteter S. 146
- Abb. 4: Salienz verschiedener Themen in Ungarn S. 146

# AUTORINNEN UND AUTOREN

**Angeli, Oliviero** MIDEM, TU Dresden  
*Einleitung*

**Chmelar, Kristina** MIDEM, TU Dresden  
*Slowakei | Tschechien*

**de Ghantuz Cubbe, Giovanni** MIDEM, TU Dresden  
*Infobox - Die Flucht aus der Ukraine und die AfD*

**Herold, Maik** MIDEM, TU Dresden  
*Einstellung zu Krieg und Migration in Europa*

**Hormig, Felix** MIDEM, TU Dresden  
*Deutschland, Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter*

**Joachim, Janine** MIDEM, TU Dresden  
*Einstellung zu Krieg und Migration in Europa*

**Kozłowska, Marta** MIDEM, TU Dresden  
*Polen*

**Kyriazi, Anna** Università degli Studi di Milano Statale  
*Ungarn*

**Lindner, Katja** MIDEM, TU Dresden  
*Deutschland, Integration in das deutsche Gesundheitssystem*

**Otteni, Cyrill** MIDEM, TU Dresden  
*Einstellung zu Krieg und Migration in Europa*

**Vorländer, Hans** MIDEM, TU Dresden  
*Einleitung*

**Yilmazel, Ender** MIDEM, TU Dresden  
*Deutschland, Einleitung, Bildungsintegration ukrainischer Geflüchteter*

## **Lektorat:**

Gudrun Raether-Klünker

## **Mitarbeit:**

Lea Bellmann, MIDEM, TU Dresden

Mathilde Rave, MIDEM, TU Dresden

Steven Schäller, MIDEM, TU Dresden

Rhea Schönherr, MIDEM, TU Dresden

## ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

### **MIDEM untersucht:**

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

### **MIDEM hat zur Aufgabe:**

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten

*Alle Texte, Bilder, Abbildungen und Grafiken unterliegen dem Urheberrecht. MIDEM ist stets bemüht, die Urheberrechte anderer zu beachten. Sollte uns dies dennoch nicht vollständig gelungen sein, möchten wir den betroffenen Rechteinhaber bitten, sich mit uns schnellstmöglich in Verbindung zu setzen.*

## IMPRESSUM

ISSN 2750-3461

### **Herausgeber:**

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor  
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden  
Institut für Politikwissenschaft  
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung  
Philosophische Fakultät  
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811  
midem@mailbox.tu-dresden.de  
www.forum-midem.de

### **Redaktion:**

Dr. Oliviero Angeli  
Johanna Haupt

### **Gestaltung:**

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2022

*MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.*

ISSN 2750-3461

